

Inhalt

Editorial	1
Volker Braun: Die hellen Orte. Rede zum Schriftstellerkongreß	5
Günther Anders: Das Harmloseste	8

Politik des Kulturellen

Helmut Fleischer Die Perestrojka erreicht die Philosophie	9
Wolfgang Fritz Haug Gramsci und die Politik des Kulturellen	32
Utz Maas Der Sprachwissenschaftler Gramsci	49

* * *

Helga Krüger Qualifizierungsoffensive — Chance für Frauen?	65
Gérard Bensussan Die Judenfrage in den Marxismen	76

Sven-Eric Liedman Probleme einer institutionenbezogenen Ideengeschichte	86
--	----

Margareta Steinrücke Notiz zum Begriff des Habitus bei Bourdieu	92
--	----

George Leaman Die geheime Nebenregierung der USA. Zur Iran/Contra-Affäre	96
---	----

Kongreßberichte

Konferenz der Feministinnen Lateinamerikas; Europäische Sozialistisch-Feministische Konferenz; Von der Arbeits- zur Kulturgesellschaft?; 40. Jahrestag des Darmstädter Worts; Hochschulkonferenz der GEW; International Conference of Young Philosophers; Ausdauersport	104
---	-----

Besprechungen

Blumenberg; Erfahrung und Literatur; Volkskultur; Geschichte der Sozialwissenschaften; Bildungstheorie und Sozialisation; Arbeiterbewegung; Faschismus; Wirtschaftsplanung in Ost und West	115
--	-----

Verfasser/innen; Zeitschriftenschau; Summaries	167
--	-----

Besprechungen

Philosophie

<i>Blumenberg, Hans</i> : Die Sorge geht über den Fluß (<i>F.O.Wolf</i>)	115
<i>Raulet, Gérard</i> : Gehemmte Zukunft. Zur gegenwärtigen Krise der Emanzipation (<i>M.Haupt</i>)	117
<i>Gamm, Gerhard</i> : Wahrheit als Differenz. Studien zu einer anderen Theorie der Moderne (<i>M.Lilienthal</i>)	118
<i>Spinner, Helmut F.</i> : Das »wissenschaftliche Ethos« als Sonderethik des Wissens (<i>J.Magenau</i>)	120
<i>Eicher, Peter, u.a.</i> : Karl Barth: Der Störenfried? (<i>Th.Klein</i>)	121

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Keitel, Evelyn</i> : Psychopathographien. Die Vermittlung psychopathologischer Phänomene durch die Literatur (<i>U.Blankenburg</i>)	123
<i>Richter-Schröder, Karin</i> : Frauenliteratur und weibliche Identität. Theoretische Ansätze zu einer weiblichen Ästhetik und zur Entwicklung der neuen deutschen Frauenliteratur (<i>U.Blankenburg</i>)	124
<i>Hartig, Matthias</i> : Angewandte Linguistik des Deutschen. Bd.I.: Soziolinguistik (<i>U.Ammon</i>)	126
<i>Hartig, Matthias (Hrsg.)</i> : Perspektiven der angewandten Soziolinguistik (<i>U.Ammon</i>)	126

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Jeggle, Utz, u.a. (Hrsg.)</i> : Volkskultur in der Moderne (<i>K.Hickethier</i>) . . .	127
<i>Jeggle, Utz</i> : Der Kopf des Körpers. Eine volkskundliche Anatomie (<i>K.Hickethier</i>)	129
<i>Virilio, Paul</i> : Krieg und Kino. Logistik der Wahrnehmung (<i>M.Hinz</i>)	130
<i>Baltrušaitis, Jurgis</i> : Der Spiegel. Entdeckungen, Täuschungen, Phantasien (<i>R.Konersmann</i>)	132
<i>Holzappel, Heinrich</i> : Subversion und Differenz. Das Spiegelmotiv bei Freud, Thomas Mann, Rilke und Jacques Lacan (<i>R.Konersmann</i>)	132

Soziologie

<i>Ringer, Fritz K.</i> : Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890-1933 (<i>S.-E.Liedman</i>)	86
<i>Lepenes, Wolf</i> : Die drei Kulturen. Soziologie zwischen Literatur und Wissenschaft (<i>F.Balke</i>)	134
<i>Rammstedt, Otthein</i> : Deutsche Soziologie 1933-1945 (<i>W.Schönleiter</i>)	135
<i>Baier, Horst (Hrsg.)</i> : Helmut Schelsky — ein Soziologe in der Bundesrepublik (<i>J.Weyer</i>)	136
<i>Bell, Daniel</i> : Die Sozialwissenschaften seit 1945 (<i>W.van Treeck</i>)	137
<i>Hamman, Peter</i> : Das politische Denken in der neueren Staatslehre in der Bundesrepublik (<i>N.Dimmel</i>)	137

(Fortsetzung Seite VIII)

Editorial

Mit diesem Heft tritt das *Argument* in sein dreißigstes Jahr ein. Aus der Krise ist es gekräftigt hervorgegangen. Das Bild der Zeitschrift schwankt. Balance zu halten zwischen selbstkritischer Erneuerung und notwendigem Beharrungsvermögen ist kein Kinderspiel. Nimmt der Gegensatz zum »Zeitgeist« wieder einmal zu? Das mag sein. Und doch steht die Zeitschrift damit weniger allein als noch vor kurzem. Die »Postmoderne« ist vielen schal geworden. In der politischen Kultur scheint der Einfluß der Neokonservativen zurückzugehen, wie sich am Fortgang des »Historikerstreits« ablesen läßt. Aber die Linke hat daraus kaum neue Kraft gezogen. Das rot-grüne Feld ist mehrfach zerrissen. Die Hoffnung, es werde eine lebensfähige Alternative hervorbringen, ist im Schwinden. Die Kombination von Markt & Medien fasziniert mehr denn je. Dabei ist das Bild denkbar widersprüchlich. Börsenkrach, Währungswirren, Schuldenkrise; Umweltskandale; Waterkantgate; aber auch Hochtechnik in Produktion und Reproduktion, in Zerstörung und Zerstreuung — der Kapitalismus zeigt, was er kann. Und er beeindruckt: »Die deutsche Linke«, schrieb Peter Glotz Ende 1987 im *Spiegel* (51/1987), »kann den Kapitalismus ruhig Kapitalismus nennen (statt entwickelter Marktwirtschaft); aber sie muß die lebensentscheidende Bedeutung unternehmender Unternehmer für jede Ökonomie auch innerlich akzeptieren.« Unterdessen droht den Gewerkschaften Mitgliederschwund. Die neuen Typen der abhängig Arbeitenden sind schwer für sie zu aktivieren. So sehen die Gewerkschaften sich gezwungen, ökonomisch wie kulturell zunehmend über alte korporative Beschränkungen hinauszugreifen, um nicht die Handlungsfähigkeit zu verlieren. Auch die alternativen Bewegungen sind zurückgesunken. Ihre neuen Fragen wurden von den ideologischen Mächten aufgenommen und werden derart »kleingearbeitet«, daß sie die früher ihnen anhaftende Radikalität jäh zu verlieren begonnen haben.

Gehen die Sozialismen der Welt unter dem Konkurrenzdruck der kapitalistischen Innovationen in die Knie? Während der Weltmarkt im Bereich der Börse verrückt spielt und über ganze Regionen den »Verfall als unentrinnbares Schicksal« (wie die FAZ über das Ruhrgebiet schrieb) verhängt, sollte derselbe Markt die sozialistischen Länder aus der Stagnation führen? Das künftige Schicksal der sowjetischen Suche nach einem neuen Weg wird zum Orientierungsfaktor für Solidarbewegungen und die kritischen Geister aller Länder. Illusionen wären gefährlich. Selbstkritische Neuerungsfähigkeit und Treue gegen das unerfüllte Versprechen müssen auch dort in eine schwierige Balance gebracht werden. Wenn es überhaupt gelingt, dann nicht ohne Zerreißproben und Rückschläge. Daß nun gar Franz Josef Strauß in Moskau vom militärstrategischen Saulus zu einem auf friedliche wirtschaftliche Kooperation setzenden Paulus geworden ist, mag nicht nur der Überzeugungskraft Gorbatschows, sondern mehr der unsicheren Wirtschaftslage im Westen, den Gefahren für das Airbusprojekt und ganz gesunden kapitalistischen Kalkulationen entsprungen sein. Wird der »innere Feind«, einschließlich der AIDS-Infizierten und der Asylanten, noch mehr herangezogen werden, um dem herrschaftlichen Feindbedarf künftig zu genügen, nachdem der sowjetische Erbfeind nicht mehr als Friedensgefahr taugt? Wird eine vierte Partei rechtsaußen davon Auftrieb erhalten? Langweilig ist diese Zeit nicht.

An Aufgaben für diese Zeitschrift herrscht kein Mangel. Wahrnehmen, was ist; theoretische Grundlagendiskussion einer pluralen Linken; einen Diskussionszusammenhang und eine Haltung eingreifenden Denkens weiterzuentwickeln — das bezeichnet einige der Aufgaben. Viele davon kann die Zeitschrift im Zusammenspiel mit anderen Medien wahrnehmen. Der Rezensionsteil als Dienstleistung für die theoretische Kultur der Linken gehört zu den Mühen, die man dem *Argument* gern überläßt. Bei manchen Aufgaben, es sind nicht die unwichtigsten, trifft die Zeitschrift auf Barrieren unterschiedlichster Provenienz, so bei der Verbindung von Feminismus und Marxismus. Von den einen als »Postmarxismus« (Deutsche Zeitschrift für Philosophie), von den anderen als »Stalinismus« (TAZ) gescholten, bringt uns das Festhalten am Marxismus in Mitarbeit an dessen selbstkritischer Weiterentwicklung nicht nur Freunde ein, gelinde gesagt.

Wir danken denen, die das *Argument* durch ihr Abonnement mittragen, denen, die daran mitschreiben und -redigieren. Fehler werden wir weiterhin dadurch begehen, daß wir zu wenige sind, daß wir uns keine hauptberuflichen Redakteure leisten können, daß zwischen Berufstätigkeiten, Schreiben, Organisations- und Redaktionsarbeiten zu wenig Zeit für die Kommunikation mit potentiellen Autoren bleibt. Wenn Brecht im Lehrgedicht über die Entstehung des Buches Taoteking sagt, man solle auch den Zöllner loben, der dieses Buch seinem Autor abverlangt hat, dann müssen wir einräumen, daß wir als solche Zöllner nicht genug tun können. Die Zeitschrift wäre besser, wenn sie mehr von ihren einmal gewonnenen Autoren langfristig zur Mitarbeit motivieren könnte. Die Herausgeber

Zum vorliegenden Heft

Dem Anschein nach saß die Philosophie in der Sowjetunion auf hohem Roß. Ihre Gedanken wurden als herrschend vorgestellt. Die Wirklichkeit war anders: Die Herrschaft hielt die Philosophie besetzt. Der philosophische Marxismus-Leninismus war zum Dasein einer Staatsideologie verurteilt.¹ In seiner berühmten Rede vom Januar 1987 nannte Michail Gorbatschow das theoretische Klima als einen der Gründe der Stagnation und des Verlusts an politischer Handlungsfähigkeit. »Die Lage an der theoretischen Front hatte negativen Einfluß auf die Lösung praktischer Fragen.« Der Wert der Theorie, ließ Gorbatschow Lenin sagen, besteht darin, daß sie »alle die Widersprüche, die im Leben bestehen«, genau abbildet (LW 4, 75). Statt solcherart Theorie wurde »nicht selten allerlei Art scholastischen Theoretisierens gefördert«.

Dennoch war es eine Sensation, als die Perestrojka tatsächlich die Philosophie erreichte, die als letzte Bastion des alten Regimes unangefochten zu überdauern schien, was angesichts ihrer Bedeutung für die herrschende Marxismusauffassung kein gutes Licht auf die Aussichten der Reformen warf. Bei einer Philosophenkonferenz im April 1987 brach das Eis. Seit Juli 1987 veröffentlicht *Woprosy filosofii*, das führende sowjetische Philosophicorgan, monatlich eine neue Folge von Diskussionsbeiträgen. Helmut Fleischer, der in sowjetischer Kriegsgefangenschaft russisch gelernt hat, wertet diese Diskussion bis einschließlich November 1987 aus. Als langjährigem Beobachter der sowjetischen Philosophie gelingt ihm ein historisch reflektiertes Bild der gegenwärtigen Diskussion (was uns dazu bewegen hat, den Umfang dieses Beitrags als Ausnahme von der Regel zu

1 Vgl. Georges Labica: Der Marxismus-Leninismus. Elemente einer Kritik. West-Berlin (Argument) 1986.

akzeptieren). Dabei wird auch über die Widersprüche und Barrieren der Perestrojka gesprochen. — Für den Spätsommer dieses Jahres bereiten wir ein Themenheft über die sowjetische Reformpolitik vor.

Kulturdiskurse sind derzeit inflationär. Die Städte wetteifern in »kulturellen« Standortvorteilen. Die Konzerne selber haben die »Unternehmenskultur 'als Quelle strategischer Stoßkraft'« entdeckt. Um die Zersetzung gewachsener Zusammenhänge zu kompensieren, pflegen sie »ein besonderes Wir-Gefühl ..., ihre eigene Corporate Identity«. Ende 1987 lud der »Rat für Formgebung« gar zu einem Symposium über »Unternehmenskultur und Stammeskultur«. »Verpackung und Design, Fassade und Dekor, noch vor wenigen Jahren als Warenästhetik gescholten und der Demaskierung preisgegeben, erscheinen heute plötzlich als der legitime Ort der kulturellen Differenzierung der achtziger Jahre.« (FAZ) So hätten sie es gern. Daß die *Kritik der Warenästhetik* derzeit in den USA rezipiert wird, könnte ihnen zu denken geben. Sie vergessen eine vielförmige Widerstandskultur, die immer auch Widerstand gegen die Warenästhetik sein muß.

Politik des Kulturellen, nicht Kulturpolitik — aus einer neuerlichen Lektüre von Gramscis *Gefängnisaufzeichnungen* entwickelt Wolfgang Fritz Haug diesen Begriff, wobei er Übersetzungsprobleme im Umkreis des Begriffs »società civile« diskutiert. Bei der Politik des Kulturellen geht es um kulturelle Handlungsfähigkeit von unten, um Bedingungen und Perspektiven einer alternativen Kultur, die sich aus der Fremdbestimmung durch Markt und herrschende Ideologie löst. Diese Perspektive des kollektiven »Hervorgehens aus selbstverschuldeter Unmündigkeit«, wie Kant die Aufklärung bestimmte, oder in Gramscis Begriffen: der Befreiung von Subalternität geriet im Westen in wachsenden Gegensatz zum »hegemonialen« Zeitgeist, dessen Porträt Haug skizziert.

Dem bisher nur wenigen bekannten *Sprachwissenschaftler* Gramsci wendet sich Utz Maas zu. Gramsci, der zunächst Sprachwissenschaft studiert hat, hatte noch im Gefängnis bis zuletzt vor, ein Werk über das Sardische, den Dialekt seiner Herkunft, zu schreiben. Als Medium des Alltagsdenkens enthalten Dialekte unverzichtbare Erfahrungen und können doch zur Fessel werden, die das Leben »an den Kirchturm« bindet, wieso es nach Gramsci auch kein Hervorgehen aus der Subalternität ohne Aneignung der Nationalsprache gibt. Maas zeigt, daß Gramscis Überlegungen dazu beitragen können, die ins Stocken geratene materialistische Sprachtheorie voranzubringen.

Helga Krüger zeigt, daß die »Qualifizierungsoffensive« die herrschende geschlechtsspezifische Arbeits(ver)teilung noch verstärkt: Betriebe nutzen die Spaltung der Geschlechter als Personaleinsatzstrategie, wobei weibliche Arbeitskräfte deshalb interessieren, weil der befristete Verbleib, der atmosphärische Wert und kurze Einarbeitungsfrist bei hohem Allgemeinbildungsniveau profitabel sind. — Gérard Bensussan, Mitherausgeber des *Kritischen Wörterbuchs des Marxismus*, rekonstruiert die »Judenfrage« auf eine Weise, die Schwächen des geschichtsdeterministischen Marxismus in den Blick bringt. In Walter Benjamins und Ernst Blochs Kritik an der Zeitauffassung des hegelianisierenden Marxismus hebt er die produktive Verbindung von jüdischem Messianismus und historischem Materialismus hervor.

Zwei Beiträge erörtern Methodenfragen der Wissenssoziologie: Sven-Eric Liedman diskutiert am Beispiel von Fritz K. Ringers Buch über die deutschen Staatsintellektuellen die Schwäche des alten Ansatzes, der im geistigen Habitus

nur den Reflex der sozialen Lage sieht und die Bedeutung »gefrorener« Ideologien unterschätzt. Margareta Steinrücke befaßt sich mit Bourdieus spezifischer Ausarbeitung dieses wichtigen Begriffs »Habitus«.

George Leaman zeigt am Beispiel der »Iran/Contra«-Affäre, wie sich darin eine Geheimregierung abzeichnet, die sich parlamentarischer Kontrolle entzieht. Im Versuch einer Abwürgung der nicaraguensischen Revolution begegnen sich illegaler Waffenhandel, Staatsterrorismus, Rauschgifthandel und Verfassungsverrat. Angesichts des Friedensplans für Mittelamerika, dessen Bedingungen Nicaragua sorgfältig erfüllt, wird die Fortdauer der Finanzierung und mittelbaren Führung des schmutzigen Krieges gegen das neue Nicaragua vollends unerträglich.

Antje Vollmer als neue Ständige Mitarbeiterin

Wir begrüßen Antje Vollmer (geb. 1943) herzlichst unter den Ständigen Mitarbeiter(inne)n dieser Zeitschrift. Sie ist Pädagogin und Theologin, war 1968 Vikarin in Berlin, dann Assistentin an der dortigen Kirchlichen Hochschule. Von 1976-1983 arbeitete sie als Dozentin an der Evangelischen Heimvolkshochschule in Bethel; seit 1983 ist sie Bundestagsabgeordnete der Grünen. Zur Zeit wirkt sie mit an der Ausarbeitung eines Manifests des grünen Aufbruchs, das der Vorbereitung des Perspektivenkongresses der Grünen und zugleich der Stärkung einer Vermittlungsposition dient, die sich die Überwindung der lähmenden Folgen der Spaltung in Fundamentalisten und Realpolitiker vorgenommen hat.

Verlagsmitteilungen

Rechtzeitig zum Jahrestreffen von IWF und Weltbank in Berlin äußern sich in dem Band *Schuldenkrise und Armut in der Dritten Welt* (hrsg. v. Ullrich Laaser und Karl Ernst Wendt) international renommierte Wissenschaftler/innen zu diesem Komplex (u.a. Altwater, Schui, Frank) und diskutieren Ursachen, Entwicklungen und Lösungsstrategien der Weltschuldenkrise. Zudem versammelt der Band ausgewählte Analysen und Berichte, die politische, soziale und juristische Aspekte des globalen Verarmungszusammenhangs beleuchten (ca. 220 S., 22 DM)

Gulliver will mit dem Band *Einwandererland USA — Gastarbeiterland BRD* (hrsg. v. Dirk Hoerder und Diethelm Knauf) Praxis und Bewußtsein gegenüber den ethnischen Minderheiten in der BRD verändern helfen. Einen besonders breiten Raum nehmen diesmal Unterrichtsmaterialien ein, da in der Schule Konflikte um die »Ausländerfeindlichkeit« besonders zugespitzt auftreten (AS 163, 176 S., 18,50 DM).

In der Reihe Kritische Medizin ist der Band *Grenzen der Prävention* erschienen. Er enthält Beiträge zum HIV-Antikörpertest, zur Brustkrebs-Vorsorgeuntersuchung, zu Chancen und Grenzen der Früherkennung, zur betrieblichen Gesundheitsförderung, zu Arzneimittelrisiken sowie den Chancen und Kostenfragen einer verstärkten Prävention in der Krankenversicherung (AS 178, 196 S., 18,50 DM).

Neu in den Argument-Studienheften ist der Rezensionsband *Frauen in China. Der lange Marsch zur Emanzipation* (hrsg. v. Mechthild Leutner und der Arbeitsgruppe Frauen in China). Er macht die wichtigsten neueren Forschungsergebnisse zugänglich, erleichtert Sinolog(inn)en und Sozialwissenschaftler/innen eine Einarbeitung in diesen Themenkomplex und gibt einen Überblick über die Geschichte der Frauenbewegung in China (SH 70, 88 S., 8 DM).

Volker Braun

Die hellen Orte*

Einige Jahre wurde, wenn wir im Verband ein politisches Referat erwarteten, vom Wohnungsbau gesprochen. Das war, und bleibt, ein gutes und friedliches Thema, und wir sehen in den Berliner Straßen, mit welcher Entschlossenheit hier ein ganzes Programm verwirklicht wird. Freilich war damit das eigene Thema, das Programm der Literatur, umgangen. — Ich denke natürlich nicht daran, eines der Themen aufzugeben. Und ist der Bau nicht wie ein Bild unserer Literatur, mit ihren kostbaren Passagen und raschen Neubauvierteln? Jetzt werden endlich die Lücken geschlossen, oder doch wahrgenommen: und Leerstellen gefüllt, das Ausgesparte, Verschwiegene, das Nichtgewußte; aber die Frage ist: *womit?* Was kommt nun hinein? Welches Material von Gedanken, welches Bewußtsein springt in die Bresche, sickert ein? Es gibt immer billige Behelfe, und allzu einfache Lösungen. — Um einen wichtigen Film zu erwähnen: Es genügt nicht »Die Reue«, wenn der Weg doch wieder zu einer Gottheit führt. (Aber elend ist es, das Bereute zynisch zu verharmlosen, um einen andern Glauben zu retten. »Ein geflickter Strumpf besser als ein zerrissener; nicht so das Selbstbewußtsein«, sagt Hegel.) — Ist die Lücke verschwunden, aber vielleicht auch ein *Durchblick?* Zugebaut, zugegacht? Sehen wir nicht das Erreichte mit Lust und Besorgnis: war es das, was wir von uns erwarten? Wie in der Baukunst stehen in der Literatur die neuen Werke neben den alten. Was ist haltbar: Was hält stand vor dem Urteil der Zeit? Was fertig ist, ist es das Wahre?

Und auf dem Acker sozusagen, auf dem *freien Feld* ist die Herausforderung noch größer — wo wir das Eigene nicht einpassen ins Gewohnte, sondern einen neuen Ort erfinden. Hier muß es sich zeigen, das sogenannte Neue.

Die Frage ist also eine fachliche: Was haben wir für Lösungen zu bieten? Für technische, ästhetische, ideelle Neuerungen? Kann man in unseren Lösungen wohnen? Bieten sie Raum? Sind unsere Bücher die *hellen Orte*, nach denen wir sehnlich verlangen?

Ich frage mich jetzt oft beim Schreiben, ob ich nicht unter meinem Wissen, meinem Empfinden bleibe. Ob ich den Wahwitz des Weltzustands in meinem Text fasse: *und die neue Chance zugleich*. Oder ob ich, angesichts der industriellen Megamaschine, die die Natur verheert, und inne der Gefahr des Sterbens aller Arten, die menschliche eingeschlossen, mit dem Rücken zur Wand stehe, von wo kein Weichen mehr möglich ist. Kein Fortgang, kein Denken. Ob meine Furcht nicht, wie ein Fixativ, das gemalte Bild verfestigt. Ich meine nicht, daß es ein zu hartes Bild wäre, ein zu kritisches — und insonders unsere landesinneren, sozusagen häuslichen Angelegenheiten können wir nicht kräftig genug austragen —, ich meine: rät das inständige Warnen nicht zu einem Stillestehn, statt unsere *Bewegung* zu beraten? Zwei unserer besten Organe, der Kopf und die Hand, sind uns am Ende des bürgerlich-proletarischen Zeitalters problematisch geworden — müssen wir sie verdorren machen?


* Rede auf dem X. Schriftstellerkongreß der DDR

In Frankreich grassiert die Gleichung: Aufklärung — Revolution — Gulag; so bleibt vom Fortschritt nur der Terror. Es wäre schade, wenn die 200-Jahr-Feier der Französischen Revolution von der Großen Nation derart intoniert würde. In der arbeitsamen und arbeitslosen deutschen Republik wird, ironischerweise, entdeckt, daß die Arbeit aus dem Zentrum der Theorie gerückt sei, selbst Habermas gilt »das politische Anregungspotential der arbeitgesellschaftlichen Utopie« als erschöpft, mithin die Arbeiterbewegung als mit ihrer Wissenschaft am Ende. Allenthalben wird die Alternative jetzt außerhalb der Produktion gesucht und der entfremdete Raum Hals über Kopf verlassen; die Befreiung fände draußen statt in der sogenannten Lebensweise. Der Herrschaft wird nicht zu nahe getreten. Und wo das Bild der Zukunft aus dem kapitalistischen Rahmen genommen wird, zeigt es die Idylle einer Umkehr. Wie denn immer der erste Reflex auf kompliziertere Verhältnisse Rückkehr zum Alten, zum Einfachen hieß. Als müßten wir nur loslassen, was wir haben, um gerettet zu sein. Wir können aber nicht unsere Verhältnisse verlassen, ohne sie zu ändern. Wir werden die Maschine, die sich weltweit so gigantisch verselbständigt, nicht wieder von uns abhängig machen, indem wir aussteigen; sie würde, mit dem Rest ihrer Energie, den Krieg in der Natur zuendeführen. Die Arbeit hat den Menschen gemacht, nur *andere* Arbeit macht ihn anders und wird ihn aus dem rohen Zustand reißen. (Eine Vorstellung von der *anderen Arbeit* gibt der Vorschlag von Ardennes *Über die Umprofilierung der Industrie für militärische Produktionen auf Industrien für friedliche Produktionen*. Sein, wie er sagt, »erster bescheidener Denkversuch in dieser Richtung«, enthält eine Liste von Aufgaben der kommenden Generationen — es ist die Richtung des Technikers; die politischen Aufgaben lassen sich ebenso mutvoll formulieren.) Vielleicht sagt das Wort Arbeit nicht, was ich meine. Die »freie bewußte Tätigkeit«, von der Marx sprach, wird heute begreiflich als *Handlungsfähigkeit*. Der Begriff läßt ahnen, welcher Umbau nötig ist. Wunderikone oder Datenbank. Glaube oder Glasnost. Geducktheit oder neues Denken.

Ich frage mich, sagte ich: dringt mein Denken, mein Fühlen aus meinem Text? Es ist ja ein widersprüchliches; gemischte Gefühle, ungeklärte Gedanken — wo sie nicht gar rasch fertig sind. Es gibt eine Schreibstrategie, mit der ich mir und dem Leser verweigere, was nicht greifbar scheint, die durch diesen Mangel peinigigen will; verzweifelte Kinderei der Kunst, wenn die Philosophie schlummert, Ruhestörung. Wenn sie die Kraft im Leben nicht spürt, der sie sich anschließen kann. Jetzt spüren wir aber die Bewegung, das heißt, etwas kommt in Fluß: und das Fragen beginnt! Der Streit der Interessen, der Streit verschiedener Wertsysteme, in dem die Wälder und das Automobil, die Chemie und die Abenddämmerungen Kampfpositionen beziehen. Wir wissen, es ist ein ernster Kampf, der den alten Text zersprengt und eine neue Form erzwingt, denn ich liege ja mit mir selbst im Streit, dahin bin ich gekommen! Und ich kann ihn nur fassen als den Streit der Welt, für die sich der Text offenhält. Aber die gewohnte Enge, die Einrichtung, der halbherzige Ton, der sich über den Mund fährt! Die Formen, die die Läden dichtmachen, statt den Blick zu öffnen! Die Struktur des Textes muß den Interessenstreit in Gang halten, die Suche nach dem Sinn organisieren, die Suche nach der neuen Formel (sagt Aitmatow) der menschlichen Beziehungen. Die konstruktive Struktur nur wird den neuen Vorschlag enthalten.

Das Problem der Kunst enthält das Problem unserer Gesellschaft: unter ihrem Bewußtsein zu bleiben, unter ihren Möglichkeiten zu leben, wo sie in Strukturen verharren, die die Produktivität behindern. Es ist kein Zufall, daß in der Union der Umgestaltung, nach Jahrzehnten des Moralisiertens, wieder der Staatsaufbau debattiert wird. Sie muß, um im Bild des Baus zu bleiben, auf die *Grundrisse* zurück. Die Strukturen sollen durchsichtig sein und Knotenpunkte der Akkumulation gesellschaftlicher Erfahrungen bilden — wie es in gewisser Weise schon die Partezellen sind, aber nun in universaler Weise. Wenn es wahr ist, daß die gefundene Metapher klüger ist als der Autor: es müssen auch im Staat Erfindungen gemacht werden, die uns klüger machen. »Von diesem alten 'Daß sich das große Werk vollende, / Genügt ein Geist für tausend Hände', das Goethe beschwor, hat sich die sozialistische Gesellschaft noch nicht losarbeiten können. Das muß sie aber, denn unser Ziel kann nur ein Ensemble der Ideen von Tausenden und Millionen sein«, lese ich im Hefter eines Ökonomiestudenten. Das wäre der Umbau der Welt, ein wirkliches Experimentum Mundi, der exemplarische Großversuch in Demokratie.

Wir müssen die verschiedenen Stimmen unserer Literatur nicht fürchten. Sie ist selbst ein Ensemble in dem geträumten Ensemble, und es ragt in ihren Traum die gewaltige, unausrechenbare Realität. Die Aussicht auf die erschöpfte Erde, den Hungermarsch in die Metropolen, die Notwehr der Natur, und aber auch auf den Ausbruch der erschütterten und hoffnungsvollen Staaten hat die Logik eines simplen Fortarbeitens und Fortschreibens an der bekannten Geschichte zerstört. Wir sind nicht mehr autorisiert, die Probleme in Menschengruppen und Regionen einzugrenzen, in die Dürrezonen zu delegieren, und ebensowenig, uns herauszuhalten aus dem neuen Denken, der solidarischen Weltvernunft, die unsere Orte erhellt. Wir schreiben, wie Anna Seghers sagte, »damit viele aufatmen unter dem Licht der Worte«.

<p>Literatur im historischen Prozeß</p>  <p>Scherpe / Winckler (Hg.) Frühe DDR-Literatur Argument</p>	<p>Frühe DDR-Literatur Traditionen, Institutionen, Tendenzen Hrsg. v. Klaus R. Scherpe und Lutz Winckler</p> <p>In der Diskussion um die »Einheit« der deutschen Literatur spielt die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der frühen DDR-Literatur eine Schlüsselrolle: Betont die Literaturgeschichtsschreibung der DDR den historischen und kulturellen Neuanfang und damit die Konstituierung einer eigenständigen DDR-Literatur, so wird im Westen verwiesen auf Kontinuitäten der Sprache und Kultur, die die deutsche Literatur auch nach 1945 als Einheit erscheinen lassen. Der vorliegende Band versteht sich als Beitrag zu dieser Diskussion. Neben einzelnen Autoren und ihren Werken werden literarische Traditionen und Gattungen sowie maßgebliche literarische Institutionen untersucht.</p> <p>AS 149, Literatur im historischen Prozeß 17 160 S., DM 18,50/15,50 für Studenten</p>
--	--

Das Harmloseste

Nichts ist geschichtlich komischer als »*revolutionäre Künstler*«, da diese sich ja darauf beschränken, ihre »revolutionäre« Existenz auf der Leinwand oder in Partituren auszutoben; die sich aus Dummheit vielleicht selbst als »revolutionär« mißverstehen und die sich sogar vom Establishment (das sich unter anderem ebenfalls kühnen Avantgardismus einzureden wünscht) preiskrönen lassen; die sich andererseits aber durch ihren Hinweis auf ihre Selbstbeschränkung: also darauf, daß sie sich nur als Künstler so wild aufführen, als völlig ungefährlich rechtfertigen und bewähren. Es gibt nichts Harmloseres als die Kunst.

Dritte im Lügenbunde dieser geschichtlich Lächerlichen sind die Galeristen in der 57th street, die solche »revolutionären Künstler« erfinden, ausstellen, durch bestellte Kritiker fördern, gegen gutes Geld verkaufen — kurz: who are making them and their own fortune; so daß auch sie nun, angesteckt von der Reputation ihrer Waren, als »revolutionär«, mindestens als »modern« eingestuft werden.

Und schließlich gibt es noch die Galeriebesucher und Bilderkäufer, die durch ihr, von den Medien gewecktes Interesse, für die ausgestellten Objekte beweisen, daß auch sie ein Recht darauf haben, als »modern«, »avantgardistisch«, oder »revolutionär« aufzutreten. Es gibt nichts Unmoderneres als den Ausdruck »modern«; nichts obsoleteres als diesen Avantgardismus und nichts Unrevolutionärereres als diese Kunstrevolution.

Kunst ist Feigheit, die Kühnheit zu sein präntiert. Und nicht zufällig und nicht selten hat gerade die damals verspätet als »revolutionär« plakatierte *gegenstandslose* Kunst (da sie ja nichts Bestimmtes aussagte oder gar propagierte) oder die Identifizierung mit dieser als *Tarnung der Konterrevolution* gedient. Systematisch haben das damals die »Partisan Review« und die von der CIA finanzierten Kulturzeitschriften »Encounter« und »Monat« bewiesen. In der Zeit des Vietnamkrieges haben sie sich der melancholischen jüdischen Augen des angeblich modernen, längst verstorbenen Kafka bedient, um Reklame für die Modernität ihrer eigenen »westlichen Kultur« zu machen und um zu tarnen, daß die Zeitschriften letztlich keinem anderen Zweck dienten als dem, die Hitlersche Antisowjethetze fortzusetzen.

Helmut Fleischer

Die Perestrojka erreicht die Philosophie

Was kann schon Gutes aus der sowjetischen Philosophen-Ecke über die philosophische Hintertreppe herunterkommen? Vor nunmehr gut dreißig Jahren schrieb Jürgen Habermas dieses Urteil nieder:

»Der als Staatsideologie ausgehaltene, grundsätzlicher Diskussion längst entzogene und im Innersten leblose Kanon des Diamat, mit einem Wort: die parteioffizielle sowjetische Philosophie ist nicht nur philosophisch gesehen so unbeträchtlich, sondern auch in Ansehung ihrer orientierenden Kraft für die politische Praxis von so geringer Wirksamkeit, daß das Gewicht einer Auseinandersetzung mit dieser Philosophie, für sich genommen, kaum unterschätzt werden kann.« (Zur philosophischen Diskussion um Marx und den Marxismus [1957]; nachgedr. in: *Theorie und Praxis* 1963, 266)

Als was stellte sich diese Philosophie dem kritischen Beobachter dar? Als eine »abgestandene naturalistische Metaphysik«, als ein »philosophisch naiver Erkenntnisrealismus« und als das »geschichtsphilosophische Schema einer verballhornten Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen«. Nur mit einem Überschuß an »christlicher Nächstenliebe« konnten sich Leute aus der philosophischen Ästheten-Kultur des Westens wenn nicht als Krieger oder Prediger, dann als Sucher oder Rufer in diese Wüste begeben, und sie wurden dafür dort wie auch hier mit Steinen beworfen.

Als unter N.S. Chruschtschow die erste Welle der »Entstalinisierung« einsetzte, machte auch ich mich auf den Weg, um zu sehen, ob dort wirklich nur Steine herumliegen, aus denen man allenfalls unphilosophische Götzen zusammenfügen kann. Es zeigte sich, daß durchaus einiger Pflanzenwuchs eingesetzt hatte, nicht gerade üppig, und beachtenswert vielleicht nur für Leute, die »das Gras wachsen hören«. Und dieser Vorfrühling währte dann auch nicht lange. Als ich 1965 meine Studie zur Ontologie im Diamat der nachstalinischen sowjetischen Philosophie abgeschlossen hatte, war dort auch bereits wieder ein Entwicklungsstopp gegen weitergehende Neuerungsgelüste verfügt. Das meiste von dem »höheren Blech« blieb in Geltung, und nur in Feldern einer ganz subalternen »philosophischen Forschung« gab es Spielraum für nicht sehr aufregende Verfeinerungen (etwa in der Wissenschaftsmethodologie). In der Ära Breshnew bekam die Philosophie erneut ihren nieder-klerikalen Zuschnitt verpaßt. Man mußte sich besorgt fragen, ob diese verkommene Zunft denn überhaupt noch eine Anziehung für unternehmungsfreudigere Geister behalten und in einigen Ecken und Winkeln Raum für sie geboten hat. Jetzt darf dies als erwiesen gelten. Die Perestrojka hat mit einiger Verspätung die Philosophen erreicht, und sie hat in ihren Reihen unversehens Elemente in Freiheit gesetzt, die auf sehr weitreichende Neuerungen in der Philosophie und weit über sie hinaus zielen. Noch ist von hier aus nicht auszumachen, wie viel es ist und welches öffentliche Gewicht es zu erlangen verspricht. Aber sie sind da, diese »Bildungselemente« einer höheren philosophischen Kultur, die im Schoß einer niedergehenden und stagnierenden Offizialphilosophie herangewachsen sind und nun zu freier Entfaltung drängen.

Im April 1987 hat die Redaktion der Zeitschrift *Fragen der Philosophie* (*Woprosy filosofii*, monatlich in einer Auflage von derzeit 26 Tausend) unter dem

Generalthema »Philosophie und Leben« eine Konferenz über »philosophische Öffentlichkeit« veranstaltet. Mehr als 60 Teilnehmer haben das Wort genommen, hauptsächlich mit vorbereiteten oder spontanen Kurzreferaten. Zudem wurden die Teilnehmer mit einem Fragebogen dazu eingeladen, ihre Ansichten über den Zustand ihrer Wissenschaft und ihre Reformideen zu äußern. Vom Juliheft der Zeitschrift an wurden Referate und Umfrageergebnisse fortlaufend veröffentlicht — bis zum Novemberheft waren es 35 Referate auf 90 engbedruckten Seiten. Dieses Material (der Abdruck wird noch fortgesetzt) liegt meiner Inspektion zugrunde.

»Philosophie und Leben« — Der »gesellschaftliche Auftrag«: Philosophie als Magd der Parteipolitik

Bevor von den Problemen und Nöten die Rede sein soll, mit denen der *doktrinale Bestand* der Sowjetphilosophie die Philosophen konfrontiert, muß nach Lage der Dinge das Institutionelle und Atmosphärische dieser Philosophenzunft zur Sprache kommen. Denn das eigentliche Lebenselixier (oder Krankenbett) der sowjetischen Offizialphilosophie ist nicht so sehr ihr »System« wie vielmehr ihre gesellschaftliche Funktion, ihr politischer Auftrag. Was in der übrigen Welt längst die Spatzen von den Dächern gepfiffen haben, das ist jetzt als Protestruf auch im Anlauf zur Philosophie-Perestrojka laut geworden. A.W. Chatschaturian (Professor an der pädagogischen Fernuniversität Moskau) hat es unverblümt beim Namen genannt, worin der »besorgniserregende Zustand« der sowjetischen Philosophie begründet liegt — nun schon seit einem Halbjahrhundert: darin, »daß sie in eine Magd der Politik verwandelt worden ist und darum in beträchtlichem Maße sich selbst verloren hat«. So spricht einer, der damals »mit zusammengebissenen Zähnen und den Schmerz verbergend« Philosophie zu studieren begonnen hat, als die Verhaftungen begannen und Leute verschwanden. Unter diesem Regime ging er wie mancher andere den Weg einer »inneren Emigration« — wohin? In die ideellen Reichtümer der »Weltgeschichte des philosophischen Denkens«.

Die Herren der philosophischen Lage waren unter diesem Regime diejenigen, die keine niederen Knechtsdienste scheuten und auch nicht allzuviel Intellekt zum Opfer darzubringen hatten. Die subalterne Offizialphilosophie hat sich nach den Fortpflanzungsregeln einer Bürokratie (Gleiches erzeugt Gleiches und zieht es an sich heran) inzwischen bis auf den Personalstand von rund Zehntausend vermehrt und wurde zur Domäne einer grandiosen intellektuellen Korruption, die sich bis auf den heutigen Tag auswirkt. So richtet sich ein erheblicher Teil der jetzt vorgebrachten Klagen auf das, was an der sowjetischen Philosophie im buchstäblichen Sinne »Zustand« ist, also auf ihre institutionelle, korporative Verfassung: Qualifikationsstand, Nachwuchsförderung, Karriereplanung, Machtpositionen, Publikationskanäle — und auf den Ausstoß an »philosophischer Makulatur«, welche die Informationskanäle verstopft. So war lange Zeit hindurch ein Mechanismus der negativen Auslese am Werk. »Glänzende Möglichkeiten« standen, wie B.A. Gruschin (Professor am Moskauer Akademie-Institut) bemerkt, denjenigen offen, die sich geschickt der herrschenden Richtung unter-

warfen und ihr ganzes Wirken auf die Kommentierung und Popularisierung der obrigkeitlichen Wahrheiten reduzierten. »In der Philosophie bildeten solche Amtswalter mit der Zeit die Mehrheit«, und ihr negatives Werk war zum einen die Zerstörung der philosophischen Sprache, dieses Hauptwerkzeugs traditionellen Philosophierens, und zum anderen die »Deprofessionalisierung des philosophischen Wissens, seine Assimilation an die Ideologie, die Propaganda, das Alltagsbewußtsein«.

Eine oberste geistige Initiative und Legislative liegt traditionell überhaupt nicht bei den Philosophen, sondern bei der Politikratie: »Sie erklären (verlautbaren) etwas, und die Philosophen erklären (interpretieren) es für die anderen.« W.S. Semjonow, Chefredakteur der Zeitschrift *Fragen der Philosophie*, hat in seinem Einführungsreferat nachgezeichnet, wie sich seit Anfang der dreißiger Jahre fünf Prozesse und Momente geltend gemacht haben: 1. Eine Linie der »Simplifizierung und Primitivierung«. 2. Die Philosophie nimmt (ebenso wie die anderen Gesellschaftswissenschaften) einen durch und durch »autoritären« Charakter an. 3. Zu ihrer Hauptleistung wird die Anpassung an Vorgaben anderer, und sie verliert ihre kritische Funktion. 4. Ihre Aussage wird normativistisch, bindend, dogmatisch. Der Philosoph wird Popularisator und Mentor.

Wie schon das Generalthema der Apriltagung suggeriert, sieht man das Übel vor allem darin beschlossen, daß sich die Philosophie »vom Leben losgelöst« habe. Einige widersprechen dem jedoch, und einer meinte, man hätte umgekehrt sagen sollen: Leben und Philosophie: »Wie das Leben, so die Philosophie! Nicht umgekehrt! Ist nicht klar, daß eine Gesellschaft immer die Philosophie hat, deren sie bedarf ... und die sie verdient? Das bedeutet, daß alle Eigenheiten, Probleme und 'Geheimnisse' unserer jetzigen Philosophie in den ... 'Geheimnissen' unserer Gesellschaft beschlossen liegen«, zumal in den »Machtstrukturen« — so B.A. Gruschin, Professor am Philosophie-Institut der Akademie der Wissenschaften, der in seiner Diskussionsrede »Dem Kaiser, was des Kaisers ist — und Gott, was Gottes ist« für eine mehr bescheidene Perestrojka plädiert, für eine neue Arbeitsteilung. Die Philosophie war bisher sehr wohl und sogar im Übermaß mit einer Art von »Leben« verbunden — mit dem Eigenleben der »Politik«, also der Polit-Oligarchie, und sie war eben darum nicht Medium eines Eigenlebens der übrigen-Gesellschaft. Dieser Gesellschaft übermittelte eine Philosophie, an deren Spitze der »Diamat« stand (und für die meisten wohl auch noch steht), im Auftrag und unter ständiger Oberaufsicht der politischen Führungsinstanz eine Große Logik der Subalternität, des Gesetzesgehorsams und des Einverständnisses mit dem schwer erforschlichen Ratschluß jener Obrigkeit. Ihrer Form nach erweist sich die klassische Sowjetphilosophie unbeschadet der notorischen »Simplifizierung und Primitivierung« aber auch als eine kunstvolle Artistik für den Umgang mit schwer einsichtig zu machenden Begriffstiteln von höchster Allgemeinheit und Abstraktivität: vom Materie- und Bewußtseinsbegriff über die Nomenklatur der dialektischen Bewegungsgesetze (Einheit und Kampf der Gegensätze, Umschlag quantitativer in qualitative Veränderung, vor und nach Stalin auch noch »Negation der Negation«) bis hin zur Hauptdialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in der geschichtlichen Entwicklung der Menschengesellschaft. Die augenfälligen begrifflichen Künstlich-

keiten und Undeutlichkeiten, denen man hier so oft begegnet, sind allerdings etwas von der Art eines Irrsinns, der durchaus Methode hatte. Eine Logik der Subalternität hat den pragmatischen Sinn, jede Unbotmäßigkeit in Form intellektueller Eigenwilligkeit entweder abzuwehren oder auch herauszufordern, um sie bloßzustellen und dingfest zu machen. Das Bekenntnis zu den philosophischen Hauptsätzen stellt dann so etwas wie eine negative intellektuelle Mutprobe dar: Wer das brav geschluckt hat, ist eben damit als unschädlich und voll diensttauglich erwiesen.

Die denkende Gesellschaft wehrt sich

Obleich jeder Absolvent mittlerer und höherer Schulen irgendwann von der Allgegenwart jener zehntausend Philosophen ereilt wird, von denen mehr als neun Zehntel eben nur Mentoren und Popularisatoren ihrer kanonischen Schulweisheit sind, kommt diese Botschaft in der Tiefe der Geister und Gemüter einfach nicht recht an. Die denkende Gesellschaft verweigert schlicht die Aufnahme dieser dürftigen Kost und wird ärgerlich gegen die einfalllosen Köche. »Für einen Philosophen gehalten zu werden«, bemerkte A.A. Nujkin, »ist bei uns schon lange nichts Ehrenvolles mehr«, und weiter: »Die Gesellschaft selbst, denke ich, will es und erlaubt es nicht mehr, daß man sich weiterhin mit der Abwertung des philosophischen Wissens abfindet.«

Ju.D. Granin, wissenschaftlicher Konsultant der Zeitschrift *Fragen der Philosophie*, hat »Rezeptionsforschung« betrieben und ist der Frage nachgegangen, was aus dem Gedankenangebot der Schulphilosophie zur »realen Philosophie« denkender Bürger wird. Er berichtet: »Heute besteht das massenhafte, 'reale' Philosophieren von Leuten mit höherer Bildung bestenfalls darin, daß sie der Wirklichkeit auf eine metaphysische Manier das kategoriale Netz überwerfen, das in den Lehrbüchern fixiert ist.« Metaphysische und unmarxistische Gedankengänge hüllen sich in das Gewand einer marxistischen Terminologie, »und diese Formen nehmen die Leute in aller Ehrlichkeit für den Inhalt«. Auf höheren intellektuellen Anspruchsstufen geht die Immunreaktion indessen noch viel weiter. »Es ist kein Geheimnis«, führt Granin aus, »daß die wissenschaftliche Produktion der Philosophen in letzter Zeit auf eine bald offene, bald versteckte Gegenwehr stößt, ineins mit einer skeptisch-ironischen Bewertung, die in verschiedenen Kreisen recht verbreitet ist, besonders aber, wie mir scheint, im Milieu der schöpferischen Intelligenz. Diese Bewertung ist angesichts des objektiv niedrigen Niveaus eines Großteils der philosophischen Arbeiten berechtigt.« Und das Fazit: »Die Verschmutzung der Informationskanäle mit philosophischer 'Makulatur' auf der einen Seite und die philosophische Unbildung des Volkes auf der anderen Seite haben dazu geführt, daß sich die professionelle Philosophie im Endeffekt an der Peripherie des ... kulturellen Lebens befindet.« Ein Bekenner der Philosophie sagt es noch direkter als der Berichterstatter. W.I. Tolstych, Professor am Moskauer Akademie-Institut, sieht den Übelstand kardinal darin beschlossen, daß die eigene Position verlorengegangen ist: »Die Mehrzahl unserer philosophischen 'Werke' ermangelt der vitalen Kraft, eines fühlbaren Ethos, sie sind — verzeihen Sie — charakterlos. Und deshalb liebt man uns, die Philo-

sophen, nicht sonderlich, weil man das Charakterlose, Schwammige, Unbestimmte, Amorphe nicht mag.« Ähnlich äußert sich der schon genannte A.A. Nujkin, ein Philosoph unter den Kunstwissenschaftlern. Dies sei die größte Sünde, die auf das Philosophengewissen drückt: »daß das philosophische Wissen unter unserer kräftigen Mitbeteiligung die Qualität der Verbindlichkeit, der praktischen Gewichtigkeit und der Lebensnotwendigkeit verloren hat, indem es statt dessen die Qualitäten des Dekorativen und Ritualen angenommen hat, die eines Spiels nach bedingten Regeln«.

Die peinliche Frage nach dem geistigen Format der Philosophen

Die Realität einer Philosophie — das sind letztlich die Philosophen, die hinter den Texten stehen. Makulatur kommt von solchen, die mangelhaft qualifiziert, vielleicht überhaupt nicht philosophisch qualifiziert sind. Einer der Sanftmütigen unter den Selbstkritikern, W.Sh. Kelle, blickt verständnisvoll darauf zurück, wie die Sowjetphilosophie nach dem Krieg — 1947 wurde die Zeitschrift *Fragen der Philosophie* begründet — etwas ärmlich angetreten sei, und wie danach jedoch viele qualifizierte Leute herangewachsen seien — die Autoren der Monographien und Kompendien der Chruschtschow-Ära, von denen er selbst einer ist. Andere aber legen hier schon sehr viel strengere Kriterien an: Ihnen wird auch der »Historische Materialismus«, den Kelle 1962 zusammen mit M.Ja. Kowalson publiziert hat, schon als »Makulatur« gelten.

Manche Streiflichter fielen in den Diskussionsbeiträgen der Apriltagung auf die Qualifizierungs- und Auswahlprozeduren der sowjetischen Schulphilosophie, vom Philosophiestudium über die Promotionen bis zur Personalpolitik bei den Dozenten und Professoren. Wer studiert überhaupt Philosophie — wer will sie, wer soll sie studieren? Wenn man die durchschnittliche intellektuelle Fassung der Lehrtexte vor Augen hatte, mußte man befürchten, daß Leute mit etwas überdurchschnittlicher geistiger Unternehmungslust sich kaum zu dieser Zunft hingezogen fühlen könnten. Es muß aber auch Ausnahmen von der Regel geben. Der Methodologe A.I. Ujomow erinnert sich daran, wie er beim Logikunterricht in Oberschulen mit aufgeweckten Schülern zusammengekommen sei, die er für das Philosophiestudium interessiert habe. Eine solche »Früherkennung« (und Frühförderung) von Talenten, sagt er, sei inzwischen aber kaum noch möglich. Das Philosophiestudium selbst ist (nach dem Bekunden von W.W. Iljin, Dozent in Moskau) nicht auf Bildung, sondern auf Ausbildung und frühe Spezialisierung angelegt. »Sich mit Philosophie beschäftigen kann jeder«, resümiert er eine gängige Ansicht. Wenn es dann um den entscheidenden Qualifizierungsschritt geht, die Kandidaten- oder Doktordissertation, machen die kleineren Talente einen cleveren Kalkül auf. Wie läuft so etwas? »In manchen Spezialdisziplinen ... kann man viel leichter eine Dissertation verteidigen als in anderen. Dorthin strömt die Hauptmasse der Bewerber. Sehr leicht schafft man eine Verteidigung in wissenschaftlichem Atheismus und in Kritik der zeitgenössischen bürgerlichen Philosophie. Im letzteren Falle genügt es, sich für die Kritik einen beliebigen, nicht sehr bekannten bürgerlichen Philosophen vorzunehmen — am besten einen Reaktionär. Dieser Philosoph wird sich nicht verteidigen, und man wird ihn

nicht verteidigen. Aber der Dissertant wird verteidigt und wird Doktor, wie grau er auch sein mag. Er wird fernerhin den Kampf gegen jede Manifestation von schöpferischem Denken führen.« Das Resümee von Ujomow lautet, daß jahrzehntelang Mechanismen am Werk gewesen sind, die er »Generatoren von Grauin-Grau« nennt. Es gehört dazu auch die vorsätzliche Verhinderung der Publikation talentierter, »frischer« Texte — und wenn einmal ein solcher »durchrutsche«, bekam der Verlagsredakteur einen Rüffel. A. A. Nujkin spricht davon, daß es mit philosophischen Manuskripten genauso gehen konnte wie mit so vielen literarischen. Es gibt, sagte er, durchaus Monographien und Aufsätze, die vieles über den toten Punkt hinwegbringen und philosophische Dispute hervorrufen könnten. »Doch sie liegen ... schon seit zehn Jahren in verstaubten Instituts- und Verlagsregalen, ohne einen Schritt in Richtung zur Setzmaschine geschafft zu haben. Und wer wundert sich darüber? Leute, die wie eine tote Wand zwischen den schaffenden, suchenden Autoren und den Druckereien stehen, befinden sich allesamt nach wie vor auf ihren Plätzen ...«

M. Ja. Kowalson erhebt heftige Anklagen gegen das Philosophie-Regime an der Moskauer Fakultät. Deren einstiger Dekan Molodzew habe zusammen mit dem Lehrstuhldirektor Schtschipanow systematisch die eigenständigen Dozenten aus der Fakultät vertrieben: Iljenkow, Korowikow, Arefjew, Burlak, Plimak, Korjakin, Kelle, Ojserman und Butenko nennt er als Beispiele. »Beständig wurde in der Fakultät eine Unduldsamkeit gegen jeden nicht-trivialen Gedanken erzeugt.« Schon Studenten konnten mit dem Vorwurf des »Revisionismus« oder »Antimarxismus« traktiert werden. An der philosophischen Professionalität fehlt es ganz erheblich. Nur der derzeitige Institutsdirektor ist Philosoph, seine drei Stellvertreter haben keine philosophische Grundausbildung. »Fehlende Professionalität bei einem Leiter ist gefährlich, weil er Spezialisten fürchtet, die un schwer seine Inkompetenz bemerken, und eben darum umgibt er sich mit noch weniger professionellen Mitarbeitern.« — Man sieht, wie die Perestrojka auf Personalpolitik und Positionskämpfe durchschlägt.

So beginnt die Philosophen-Perestrojka mit einem Scherbengericht. Einige Versöhnler mahnen, man möge nicht rundweg alles verdammen und auch die Meriten nicht vergessen. Die Redaktions-Umfrage hat solche Differenzierungen vorstrukturiert und die Konferenzteilnehmer aufgefordert, sie sollten sagen, welche Arbeitsbereiche besser und welche schlechter dastünden. Einige wollten sich darauf nicht einlassen — alles sei gleichermaßen äußerst zurückgeblieben. Wo man sich auf unterschiedliche Benotungen einließ, da war es zugunsten der Wissenschaftsmethodologie und der Philosophiegeschichte. Die Geschichte der Philosophie steht besser da, die Philosophie der Geschichte um so schlechter. Die allgemeine Regel ist: Je dichter eine Thematik an die Lebenswirklichkeit heranreicht, um so dürftiger steht es um ihre philosophische Bearbeitung.

Perestrojka für die Philosophie

Von einem »Umbau« zu reden, ist im Hinblick auf die Philosophie noch problematischer als sonst schon. Man möchte geradezu sagen, daß diejenigen unter den sowjetischen Philosophen, die dienstbeflissen den Ruf der Partei nach einer

Perestrojka ihrer Wissenschaft aufnehmen, schon im Ansatz verfehlt haben, was hier fällig ist. »Umgebaut« hat man in den zurückliegenden Jahrzehnten ja fortwährend, auch die »materialistische Dialektik« liegt in einer schon wieder umgebauten Architektonik vor — aber aus demselben Architekturbüro Fedosejew & Co (2. Auflage 1985). Manches schlichtere Philosophiegemüt schmerzt es, daß noch immer jene Zweiteilung von Diamat und Histomat nicht überwunden ist — wie könnte man da einen Umbau vornehmen? Die Ernsthaften jedoch sprechen von einer »kardinalen Erneuerung«, die aus einem Neu-Durchdenken aller Fragen erwächst, einem Neu-Durchdenken, dem sich nichts entziehen kann. Schluß also mit der Gebietsteilung zwischen den diskussionsoffenen Fragen und den vielen diskussionsenthobenen Positionen, von denen man immer nur »ausgeht«.

Dabei stellt sich indessen die Vorfrage, welches beim gegebenen Stand der Dinge die Aktivbasis einer solchen Erneuerung der philosophischen Wissenschaft in der UdSSR sein kann — wer und wie viele unter diesen zehntausend? Ein Philosophieprofessor aus Simferopol, W.N. Sagatowskij, hat diese »Kaderfrage« denn auch ganz unumwunden mit einem zweifelnden Unterton gestellt: »Wie weit können die Leute, die für die Loslösung der Philosophie von den realen Komplikationen unseres Lebens verantwortlich sind, dazu fähig sein (moralisch und faktisch), ihre Perestrojka zu leiten?« Schuld an der »negativen Situation«, so bekennt W.I. Stoljarow, Vizepräsident der Philosophischen Gesellschaft der UdSSR, »sind wir alle, die wir in diesem Saal versammelt sind. Wo ist eine Garantie, daß dieselben Leute fähig wären, einen wirksamen Ausweg aus dieser Situation zu finden?« Chefredakteur Semjonow hatte sein Referat mit der Feststellung begonnen, man habe zwei Jahre nach den Zusprüchen des Zentralkomitees und ein Jahr nach dem 27. Parteitag den Eindruck, daß trotz vielfältiger Bemühungen »in der Sache der Perestrojka in der Philosophie noch sehr wenig getan ist«. Der Rigorist A.A. Nujkin findet, die Perestrojka in der Philosophie habe noch nicht einmal begonnen. Er rührt gewiß an einen wunden Punkt, wenn er die agitatorische Gestik ironisiert, mit der manche die Perestrojka einläuten. Diese hat nicht ernstlich begonnen, »solange wir bloß mit den Armen winken und einander agitieren: 'Vorwärts, hurra, kühner, im Laufschrift!', ohne auch nur einen Schritt voran zu tun«. Hier könnte man sich an das Marx-Axiom erinnern, daß immer nur Elemente eines Höheren »in Freiheit gesetzt« werden, die im Schoß einer niedergehenden Formation herangewachsen sind. W.G. Fedotowa, Senior-Mitarbeiterin im Akademieinstitut, hat sogar offen ihren Argwohn geäußert, daß viele unter den Diskutanten unehrlich gesprochen hätten, indem sie sich den Anschein gäben, sie änderten sich, obwohl sie sich gar nicht verändern können. Die Frage ist also, welche verschütteten Aktivkräfte und Arbeitsansätze, vielleicht auch schon Arbeitsergebnisse, der Wink des Generalsekretärs in Freiheit setzen kann und wird. B.A. Gruschin faßt die »entscheidende Frage« so: »Ist eine Wiederherstellung der legitimen Rechte und des legitimen Platzes der Philosophie im Leben unserer Gesellschaft möglich? Das heißt, mit anderen Worten, die Emanzipation der Philosophie (wie auch der Gesellschaftswissenschaft insgesamt) von den verschiedenen Arten einer pseudotheoretischen Betriebsamkeit? Ich antworte darauf: Im Prinzip ja, sie ist möglich. Dazu bedarf es

gewiß einer höchsten Entschiedenheit nicht nur der Philosophen, sondern auch der zuständigen Leitungsorgane. Werden die einen und die anderen sie aufbringen?« Werden auch alle der neuen Sache schon über den Weg trauen? Chefredakteur Semjonow beklagt sich: Man habe eine Artikelserie »Zu den aktuellen sozialphilosophischen Problemen der Gegenwart« (»im Lichte der Beschlüsse des 27. Parteitags der KPdSU«) eröffnet und bisher 30 Texte bekommen. Wo bleiben die anderen? »Man muß es unumwunden sagen, daß viele bisher eine abwartende Haltung einnehmen, nicht auftreten wollen. Sie warten. Worauf?« Vielleicht, ob das Wetter hält?

Einer der Perestrojka-Rigoristen, A.W. Gulyga, Professor am Moskauer Akademieinstitut, hat mit seinen kritischen Diskussionsbemerkungen über den verstorbenen M. Lifschiz, zu Streitfragen der Philosophiegeschichte und über Cliqueswirtschaft in der Redaktion der *Fragen der Philosophie* sogleich heftige Animositäten ausgelöst. Seinen Beitrag schloß er mit den Worten: »Wir brauchen keine Philosophie für Philosophen, sondern eine Philosophie fürs Volk. (...) Wir brauchen keine 'Pensionäre des Geistes', wie sie im Redaktionskollegium überreichlich repräsentiert sind — ich denke dabei nicht an das Lebensalter, sondern an die Lebenseinstellung, die Unlust am schöpferischen Denken, das Verlangen, auf den Lorbeeren (recht zweifelhaften manchmal) auszuruhen.« Insbesondere stellt sich die Frage nach der »Öffentlichkeitsfähigkeit« der Philosophen, nach der öffentlichen Relevanz dessen, was sie zu sagen haben. Es geht namentlich um jene, die auch in *Nowyi mir*, in *Ogonjok*, in *Moskowskie nowosti* u.ä. schreiben können. Denn das Umwälzende könnte nur darin beschlossen liegen, daß eine autonom gewordene Philosophie in einer autonom werdenden Öffentlichkeit ihren Bezugspartner und ihr Medium findet.

Der »Grundwiderspruch der Perestrojka«

»Wie ist Perestrojka möglich?« — diese Frage kommt sogleich aus dem präliminaren Stadium einer »Geschäftsordnungsdebatte« heraus, wenn wir dem Gedankengang von L.I. Goldin folgen, der Professor für Wirtschaftsverwaltung und Sozialpsychologie ist. Bei ihm wird die Frage nach den Möglichkeitsbedingungen der Perestrojka zu einem Stück akuter Gesellschaftsanalyse. Die Möglichkeitsbedingungen für eine Erneuerung der Philosophie liegen nicht allein in der Philosophie beschlossen, und auch nicht nur zuvor noch in den Lizenzen der politischen Führungsspitze. Eine »klassenanalytische« Betrachtung führt auf die gesellschaftliche Realität der Bürokratie, welche die Trägerschicht des nachrevolutionären Systemzustandes der UdSSR darstellt. Die Rede ist also nicht mehr vom »Bürokratismus« als einer Unart von Verwaltungsleuten, sondern akkurat von der Bürokratie als Korporation und den Bürokraten als ihren Repräsentanten. Sie sind deutlich als eine Machtelite von Gegnern der Perestrojka ins Auge zu fassen, und mit einem sehr geschärften Blick. Dieser Widerpart hat nicht nur den Genuß materieller Privilegien, sondern mehr noch den einer Machtstellung, eines feudalen Sich-alles-erlauben-Könnens, einer genüßlichen Herabsetzung der Würde von Abhängigen, einer habituell ihm entgegengebrachten Schmeichelei und Euphorie — oft attraktiver als manches andere.

Solche Leiter sind verantwortlich »für die soziale Apathie, die Atrophie des Schöpferturns, die Profanierung gesellschaftlicher Interessen und Ideale«. Die Verantwortlichen sind noch nicht entlarvt. »Sie beherrschen vorzüglich die Kunst des sozialen Mimikry, der feinen Demagogie im Gebrauch des ganzen Arsenal von modernsten Parolen des Tages.« Diesem Gegner ist es gelungen, viele institutionelle Verteidigungslinien aufzubauen. Er ist durchaus professionell ausgebildet, jedoch keiner Reflexion zugänglich. »Einer Erneuerung der Gesellschaft stehen nicht Töpel und mangelhaft Ausgebildete im Polit-Set entgegen, sondern Leute, die sich dessen voll bewußt sind, womit die Perestrojka sie bedroht. Sie sind im höchsten Maße daran interessiert, daß eine Konsolidierung der Kräfte der revolutionären Erneuerung der Gesellschaft nicht zugelassen wird.« (Der Neologismus »Politset« klingt wie das englische »Jetset«, er ist jedoch mit dem russischen Wort *set* = Netz gebildet.)

Darin sieht Goldin den Mangel der bisherigen Philosophen-Debatte, daß sie das Hauptinteresse auf die geistige Erneuerung konzentriert und den »Basis-Faktoren der Perestrojka« zu wenig Aufmerksamkeit zuwendet. Sie ist wahrlich imponierend und atemraubend, diese enorme Ausweitung der Maßbestimmungen geistiger Freiheit, dieses Zerschlagen etablierter Stereotype — »wo immer mehr Menschen sich dessen bewußt werden, daß heute niemand das Wahrheitsmonopol besitzt, und wo die vormalige Einteilung in Verkünder und Zuhörer nicht mehr gilt«. Vor diesem Hintergrund wird das »Zurückbleiben in der entscheidenden Sphäre der Perestrojka, in der gesellschaftlichen Produktion und den ökonomischen Verhältnissen«, besonders augenfällig. Indessen können die Prozesse der geistigen Erneuerung nur dann unumkehrbar werden und eine weitere Entfaltung finden, wenn reale Veränderungen in der ökonomischen Sphäre gelingen. Scharfe Kollisionen können daraus erwachsen, »daß eine sich verstärkende Diskrepanz entsteht zwischen den gewachsenen und zuvor nie dagewesenen Graden der Demokratisierung, der politischen und bürgerlichen Freiheit der Menschen, dem Umbruch in den Vorstellungen von menschlicher Würde auf der einen Seite, und den Bedingungen ihres Arbeitslebens andererseits, wo die rigide technologische Abhängigkeit, die Fesselung an Arbeitsplätze mit verarmtem kreativem Inhalt und beengten Möglichkeiten der geistigen und physischen Entwicklung der Arbeitenden erhalten bleibt«. Somit besteht ein »Grundwiderspruch der Perestrojka« zwischen der neuen Weltanschauung, den geistigen Ansprüchen der Menschen und den Bedingungen ihrer Arbeitstätigkeit.

Grundlinien einer Reform der Sowjetphilosophie

Für Makulatur gibt es naturgemäß nur das Recycling, die Wiederverwendung als Rohstoff für neues Papier. Die Redaktionsumfrage hält sich weiterhin recht brav innerhalb des tradierten Philosophie-Kanons. Sie will z.B. von den Tagungsteilnehmern wissen, was man tun solle, um »die Einheit des dialektischen und des historischen Materialismus zu vertiefen«. Ebenso Brave antworten, daß man ihre Zerteilung überwinden müsse. Ein mehr Gewitzter hat die Frage anscheinend als einen schlechten Scherz aufgenommen und mit einem guten Witz beantwortet: »Diese Philosophie hat sich schon dermaßen vertieft, daß sie auf der Oberfläche

des geistigen Lebens nicht mehr zu sehen ist.« Ein anderer beantwortet dieselbe Frage in einer anderen thematischen Richtung, indem er ans Allerheiligste rührt und unbefangen erklärt: »Anstelle der Widerspiegelungstheorie eine Erkenntnistheorie ausarbeiten, die Gesetze des geistigen Lebens, die subjektive Seite des Bewußtseins aufklären.« Der auf Lenin zurückgehenden Widerspiegelungstheorie ist damit schlicht der Titel der Erkenntnistheorie streitig gemacht. Für manche (und zwar nicht wenige) Bauteile des tradierten sowjetmarxistischen Philosophie-Kanons gibt es keine Perestrojka, keinen Umbau, sondern nur den »revolutionären Sturz« — in den Reißwolf. Ob der Generaltitel »Dialektischer Materialismus« tauglich bleibt, ließe sich wohl erst entscheiden, wenn geklärt ist, was »Materialismus« abseits jener öden »Grundfrage nach dem Ursprünglichen und dem Abgeleiteten« eigentlich bedeuten kann, und wenn niemand mehr Grund zu der Feststellung findet, die »Dialektik« sei der am schlechtesten ausgearbeitete Theoriebestand. Ein Beantworter findet alle Fragen falsch gestellt, die am Konstruktionsdetail hängen bleiben, »weil das neue Denken ein kardinales Neubedenken aller Probleme erfordert«.

Ich möchte nun aus den Beiträgen der Konferenzteilnehmer und aus meiner eigenen Beurteilung der Problemlage einige Hypothesen über den möglichen produktiv-progressiven Fortgang der sowjetischen Philosophie-Reform begründen. Ein präliminar Erstes wäre die Vermutung, daß diese Reform auf einer unverhältnismäßig schmalen Personalbasis in Gang kommt — ich kann noch nicht ermessen, wie weit die aktive Mitträgerschaft über die Dutzende hinaus in die Hunderter-Größenordnung reicht; bei den ersten größeren Neuerschließungen wohl noch kaum. Die zweite präliminare Überlegung führt auf den Punkt, daß die kanonische, konfessionelle Einheit der »Sowjetphilosophie« aufbrechen wird. Wir finden dies ebenso als Vermutung wie als Desiderat ausgesprochen: »Es ist notwendig, sich vom Wahrheitsmonopol loszusagen, Freiheit für verschiedene Sichtweisen und Konzeptionen zuzulassen.« Frau Fedotowa nahm eine Diskussionsbemerkung von W. Kelle auf: daß in »unserer homogenen Gesellschaft«, sowie man es freigäbe, eine unwahrscheinliche Vielfalt von Positionen zum Vorschein käme. Sie fügt hinzu, daß die Philosophie gleichwohl nicht ganz so bunt werden müßte, wenn die Philosophen nicht mehr so kommunikationslos jeder vor sich hinarbeiteten. — Als dritte Präliminarie wäre zu vermerken, daß es nicht mehr so sicher scheint, ob eine erneuerte Philosophie noch innerhalb der bloßen Grenzen einer »marxistischen« (und erst recht marxistisch-leninistischen) Konfessionalität verbleiben wird. Ist »der Marxismus« eine »soziokulturelle Selbstverständlichkeit« geworden, oder durch jahrzehntelange Überstrapazierung abgenützt, undeutlich und langweilig? Aus den Indikatoren und Indizien leite ich meine Vermutung her, daß sich die uneinheitliche Erneuerung der philosophischen Kultur in der Sowjetgesellschaft in mehreren thematischen Zentrierungen und Vektoren anbahnt:

a) Unter den Aktiven des philosophischen Umdenkens gibt es in dem so viel »politischeren« Kontext der Sowjetgesellschaft nicht wenige — wesentlich mehr als proportional in den westlichen Philosophien —, die ihre *Philosophie als »ihre Zeit in Gedanken erfaßt«* zu erneuern im Begriffe sind. Die Sowjetgesellschaft ist, wie jetzt ruchbar wird, für sich selbst das »unbekannte Wesen«. Der schon

einmal zitierte W.I. Tolstych sieht den Krisenzustand der sowjetischen Philosophie darin beschlossenen, daß sie kein Verhältnis zur sozialen Wirklichkeit hat, daß diese noch nicht zum Gegenstand philosophischer Reflexion geworden ist: »Wir sehen uns auf einmal genötigt einzugestehen, daß wir die Gesellschaft, in der wir leben, schlecht kennen.« Und das, obwohl so viele Bücher und Artikel der Problematik von Sozialismus und Sowjetgesellschaft gewidmet sind! »Es ist notwendig, die Anstrengungen zur Schaffung eines realitätsgerechten, mit der 'wirklichen Bewegung' (K. Marx) übereinstimmenden, 'arbeitsfähigen' Modells vom Sozialismus zu vereinigen, eines Modells, das die gesamte akkumulierte Erfahrung des sozialistischen Aufbaus in sich aufnimmt« und »in dem diese Welt sich wiedererkennt«. (Auch hinsichtlich der Frage nach den »bewegenden Kräften, dem Subjekt der Perestrojka«, gibt es nicht wenige »weiße Flecken«.) — Eine solche *historische Phänomenologie der Sowjetgesellschaft* kann sich mehr von ihrem gegenwärtigen Erscheinungsbild oder mehr genealogisch-retrospektiv vom Prozeß ihrer Geschichte her entfalten. (Eine Erschwernis sieht W.W. Iljin darin, daß die UdSSR im Niveau der Sozialstatistik, die den »Boden« der Philosophie bilden müßte, einen der letzten Plätze unter den entwickelten Ländern der Welt einnimmt, und daß die Empirie der Geschichte erst recht ein Land der »weißen Flecken« ist.)

b) Nun war die Analytik der »wirklichen Bewegung« im Philosophenreich noch nie jedermanns Sache. Die große Liebe der meisten Vordenker ist, wenn sie sich nicht auf das »Unvordenkliche« des Seins richtete, das »Unvorhandene« gewesen, das Nicht-nicht, das Normative und Ideale: Philosophie als Nachdenken über eine höhere »Bestimmung des Menschen«. In der Sowjetphilosophie kündigt es sich schon recht lange an (wie es im Westen längst im Gange ist), daß die Krise des Sozialismus viele dazu beflügelt, sich aufs neue der Leitideen eines »sozialistischen Humanismus« zu vergewissern. In den Diskussionen der Apriltagung klang es bei einigen an, daß die Zukunft der Philosophie in einer »humanitären Wendung« beschlossen liege. (In den siebziger Jahren haben Philosophen in Tiflis, u.a. der inzwischen verstorbene S.M. Kakabadse, eine große Diskussion zur philosophischen Anthropologie geführt und damit die Moskauer Oberaufsicht beunruhigt. Noch jetzt kann, wie M.S. Kagan bemerkt, ein Nervenzittern über manchen angesehenen Philosophen kommen, wenn von einer »marxistischen philosophischen Anthropologie« die Rede ist.)

c) Für Liebhaber eines originären philosophischen Denkens hat es in der Sowjetphilosophie stets die *Fluchtbuch Philosophiegeschichte* gegeben. In ihr konnte sich inmitten einer verarmten philosophischen (oder unphilosophischen) Gegenwart eine Welt von Reichtümern des menschlichen Geistes auf tun. Das differentielle Urteil in einer der Fragebogen-Antworten lautet: »Am besten bearbeitet ist die Geschichte der Philosophie, am schlechtesten die Philosophie der Geschichte.« Die systematischen Problemgehalte, die in der sowjetphilosophischen Systematik heillos verbaut waren, konnten oft nur auf dem »Umweg« über geschichtliche Gestalten (z.B. Hegel und Kant) neu aktualisiert werden. Im Augustheft der *Fragen der Philosophie* finden wir — was ein Novum darstellt — ein Buch von A.W. Gulyga über die klassische deutsche Philosophie zweifach und kontrovers rezensiert. In seiner Gegenrezension moniert T.I. Ojserman u.a.,

daß Gulyga jene Grenzlinie nicht streng genug nachzeichne, die Kant zwischen Glauben und Wissen gezogen hat. Eine Fundgrube für Neuorientierungen ist neben der westeuropäischen Philosophie-Klassik auch die »vaterländische«, insbesondere die russische vor- und außer marxistische Philosophiegeschichte. Neuauflagen der Werke von N.F. Fjodorow, von W. Solowjow u.a. sind initiiert (und umstritten). Fjodorow ist der Begründer des eigentümlichen russischen »Kosmismus«; Gulyga nennt diesen Versuch, eine vereinte Menschheit ohne Krieg in Einheit mit dem Kosmos zu denken, »unseren nationalen Stolz«. — Mancher verspricht sich sogar von der Neuerschließung der vergessenen und verdrängten eigenen Geschichte der sowjetischen Philosophie einige Bereicherung.

d) Die schwierigste aller Neuerschließungen dürfte es indessen sein, die tradierte und kanonisierte, aber ausgedörrte und wesenlos gewordene Grundbegrifflichkeit eines gewissen Karl Marx zu neuer Lebendigkeit und Ergiebigkeit gedeihen zu lassen: den Rückfall in die vormarxischen, vorhegelschen und vorkantischen Positionen des »alten« oder »anschauenden« Materialismus zu überwinden und den »neuen Materialismus« der *Feuerbachthesen systematisch-verbindlich zu entfalten*. Was ist die »materialistische Geschichtsauffassung« einmal gewesen (oder was wollte sie einmal werden), bevor sie vom Geröll jenes unsäglichen »Histomat« verschüttet wurde? Was bedeuten die »Produktivkräfte« und die »Produktionsverhältnisse« als Zentralkategorien einer theoretischen Apperzeption des Sozial-Geschichtlichen? Die neue sowjetische Diskussion hat bereits einige Ausgangspunkte für eine solche Revision der Fundamentalien markiert: die notwendige Kritik des »Objektivismus«, die Rehabilitierung des »Subjektiven«, das Sich-Einlassen auf die Subjekt-Objekt-Dialektik und die Kritik an den kategorialen Fetischismen des Gesellschaftsbegriffs.

Sowjetgesellschaft — Gegenwart und Geschichte

Der »normativistische« Gestus der sowjetischen Philosophie, den Chefredakteur Semjonow konstatiert, macht zumal ihren Begriff von der sowjetisch-sozialistischen Gesellschaft geltend. Diese zeigte sich stets mehr »im Lichte« der marxistisch-leninistischen Doktrin als in ihren eigenen abgestuften Farb- und Schattentönen; und bei ihrer Wahrnehmung in jenem bald milden, bald strahlenden Licht galt bis jetzt immer ein Axiom von der faktischen Kraft des Normativen: Der »reale Sozialismus« ist im Prinzip so, wie er vom Prinzip her sein soll. Als man sich nach Stalins Tod auch einige Schatten und Dunkelstellen eingestehen mußte, geschah dies mit läppischen Kategorisierungen (wie »Personenkult«, »einzelne Abweichungen von der sozialistischen Legalität« usw.). Von 1965 an kam die historische Selbstkritik des Sowjetsozialismus erneut unter ein striktes Tabu. Die sowjetische Öffentlichkeit hat dieses Tabu unter Federführung der Literaten und Filmleute jetzt beherzt und wohl unwiderruflich zerbrochen. Es können jetzt zwar noch inkriminierende Akten vernichtet, es kann aber nicht mehr die öffentlich gemachte Erinnerung ausgelöscht werden. Die schlichte, unverstellte Empirie fordert unerbittlich ihr Recht. V.F. Schapowalow meldet an, die Kategorie »historische Erfahrung« auch für die Philosophie neu zu erschließen.

Wie so manches Mal schon wird die (Vor-)Geschichte zum Schlüssel für ein vertieftes Verständnis der Gegenwart, von der man im Gegenwärtigen selbst so etwas wie eine historische, »historisierende« Distanz zu gewinnen sucht. »In den letzten Monaten«, sagt W.S. Rogowin in seinem Referat zum philosophischen Neubedenken der Geschichte des Sozialismus, »erleben wir den Beginn einer Bewegung zum erneuten Durchdenken jener historischen Sujets, deren Studium ab 1965 unter ein festes und unbedingtes Tabu gesetzt war.« Sache eines Philosophen wäre es daraufhin, sich um die begrifflichen Denkmittel für eine vertiefte geschichtstheoretische Deutung zu bemühen. Rogowin brachte es darin allerdings nicht gerade sehr weit. Er führt ein paar reichlich formalisierte begriffliche Nenner wie das »Verhältnis von Notwendigkeit und Zufälligkeit« an und meint, daß die eine sich in die andere verwandeln könne. Wo er auf bestimmte geschichtliche Tatbestände eingeht, da nimmt es sogleich einen apologetischen Zug an. So polemisiert er gegen einen Autor, für den der Stalinkult aus dem Streben nach der Weltrevolution erwachsen sei, und gegen andere, die (entgegen Lenins Beurteilung) ein positives Bild von der privaten Kleinproduktion in den zwanziger Jahren zeichnen. Er gibt dagegen zu bedenken, daß man die realen Gefahren jener Zeitlage nicht übersehen dürfe. Der »altgläubige« T.I. Ojserman spricht sogar noch ganz in der alten Kirchentonart davon, daß die KPdSU die rechten Opportunisten zerschlagen habe (und ganz richtig so!).

Den Versuch einer theoretischen Modellierung finden wir in der Diskussionsrede von E.Ja. Reshabek (Rostov). Sein Ausgangspunkt ist das ziemlich allgemeine Empfinden, daß in der Sowjetgesellschaft ein »Defizit an Sozialismus« zu beklagen sei. Das Deutungsmodell, das er umreißt, macht sich an einer geschichtsphilosophisch (und normativ) definierten Grundrelation fest: an dem Grundverhältnis zwischen einem von innen her, von den eigenen Intentionen geleiteten Handeln und einem Wirken, das von den äußeren Umständen und den Gegenkräften her aufgenötigt ist. Die Sinnbestimmung des Sozialismus liegt ja darin, das menschliche Leben von der deformierenden Einwirkung der äußeren Umstände frei zu machen, mögen sich diese nun als Zufall oder als Willkür darstellen. Wie aber hat sich jene Grundrelation beim Aufbau des Sozialismus in der UdSSR de facto dargestellt? »Ein beträchtlicher Teil der Kräfte, deren Bestimmung in Zielen des Schaffens läge, wurden von den Nöten des Kampfes gegen mißgünstige äußere Einwirkungen abgezogen. (...) Das Wirken der äußeren Notwendigkeit kann das Wirken der inneren Notwendigkeit teilweise oder gänzlich paralisieren, das Wirken der äußeren Notwendigkeit ... versetzt den geschichtlichen Prozeß in Abhängigkeit von Zufall und Willkür.« Um die Willkür geht es wohl vor allem. Sie bekundet sich in der »Forcierung« des Industrialisierungstempos und der Kollektivierung, für die es eine innere Notwendigkeit nicht gab. »Auf diesem Boden bildete sich eine Zwangsform des Agierens der einen gesellschaftlichen Kräfte gegen die anderen aus«, ein »Maximalismus der forcierten Entwicklung«. Auf einen Stadtbewohner entfiel zwischen 1917 und 1977 das Elfache der Entwicklungsleistungen, die einem Dorfbewohner zuteil wurden. (T.I. Ojserman jedoch beschreibt jenen dramatischen geschichtlichen Vorgang ganz im alten ideologischen Ritus: »Das Volk nahm bewußt große Entbehren um dieses großen Ziels willen auf sich ...«) Mit Marx- und Engels-

zungen bekräftigt Reshabek die Perspektive einer Freisetzung der inneren Notwendigkeit — der Notwendigkeit des Lebens selbst, seiner »Selbstschöpfung«.

Wie sich die Gegenwart der Sowjetgesellschaft im Licht der Wirklichkeitserfahrung und in der Antagonistik ihrer Interessenrealität darstellt, davon gab der Bildausschnitt von L.I. Gol'din bereits eine Probe. Das größte theoretische Interesse gebührt, nach einer der Fragebogen-Antworten, »den Widersprüchen und dem sozialen Kampf in unserer Gesellschaft heute«. Sehr strikt wendet sich Ju.E. Wolkow, Professor an einer Gewerkschaftshochschule, in seinem Diskussionsvotum »Zur realistischen Analyse der sozialen Erscheinungen« gegen das apologetische Harmonisieren der Sowjetgeschichte und -gegenwart. Mit einiger Mühsal hat man es inzwischen dahin gebracht, daß die »gesellschaftsfeindlichen« Erscheinungen im sowjetischen Leben nicht mehr bloß als »Überbleibsel der Vergangenheit im Bewußtsein« registriert werden. Doch kann man bis jetzt nicht sagen, daß man für sie schon eine bis ins Letzte ehrliche und erschöpfende Erklärung hätte, eine, die auf »Wesenszüge des ökonomischen Systems« und nicht auf »einzelne Mängel« hinführte. Eine »Analyse der Wirklichkeit ohne vorgegebene apologetische Ziele« tut hier not — und ebenso eine aufrichtige Rechenschaft von ihrer Vorgeschichte. Es gilt, »den wirklichen Sinn der gesellschaftlichen Realien zu enthüllen«.

Die offizielle Klassen-Schichtenanalyse der sowjetisch-sozialistischen Gesellschaft hat viel Aufhebens um Differenzen und »Widersprüche« gemacht, denen gar keine sonderlich praktische Aktualität zukommt; Wolkow nennt sie die »ruhigen«. »Das Hauptsächliche an der Sozialstruktur ist jedoch die mitunter dramatische Wechselwirkung zwischen verschiedenen Gruppen, deren Interessen aufeinanderstoßen. Manchmal kann es sein, daß sich dieses Zusammenstoßen von Interessen in größter Heftigkeit gerade nicht dort abspielt, wo die Wasserscheide zwischen den gesellschaftlichen Hauptgruppen verläuft« — nach der offiziellen Sozialdoktrin sind dies Arbeiterklasse, Bauernschaft und Intelligenz. »Kann man denn übersehen, zu welcher großen relativ eigenständigen Kraft, und das schon seit langem, die Schicht der Mitarbeiter im Verwaltungsapparat geworden ist, die sich jetzt so kräftig gegen die laufende Perestrojka stemmt, weil sie ihren Eigeninteressen zuwiderläuft?« Als Wolkow vor zwanzig Jahren einmal einen Artikel darüber veröffentlichte, mußte er vieles davon »weghauen« und glätten, und trotzdem hat es Unwillen in bestimmten Kreisen erregt.

Und nun zur Vorgeschichte. Hier müssen die Reformatoren gegen den hartnäckigen Widerstand derer angehen, die eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit für überflüssig und schädlich halten. Mit A.W. Gulyga ist Wolkow entschieden der Ansicht, daß die kritische Analyse sehr wohl nötig ist. Denn die Vergangenheit und die Gegenwart, die aus ihr hervorgewachsen ist, bilden eine Einheit der Kontinuität. Wolkow setzt sich in einem längeren Passus mit einer Art von relativistischer Apologetik auseinander:

»Sehr oft kann man hören, daß der wirtschaftliche Mechanismus, der sich in den zwanziger bis dreißiger Jahren formiert hat, erst in den letzten Jahren ein solcher Bremsmechanismus geworden sei, daß er zu seiner Zeit aber der einzig mögliche, notwendige und am meisten effektive gewesen sei und gerade die Beschleunigung der ökonomischen Entwicklung, die rasche Industrialisierung des Landes begünstigt habe. Ich erlaube mir, einen starken Zweifel an der Begründetheit solcher Vorstellungen anzumelden. Überhaupt scheint es mir, daß wir Mißbrauch mit einem solchen methodologischen

Herangehen an die Geschichte unserer Gesellschaft treiben, wenn wir soziale Erscheinungen oder selbst ganze Systeme, die im Laufe der folgenden Entwicklung verworfen worden sind, als 'notwendig für ihre Zeit' hinstellen und damit das Prinzip ad absurdum führen, daß 'alles Wirkliche vernünftig' sei.«

Das habe man ebenso am Kriegskommunismus wie an der NEP exekutiert und an ihrer abrupten Beendigung unter Stalin. Das war vielmehr jedesmal eine unsichere, geradezu »naturwüchsige« Suchbewegung in einer nicht immer wohlbe-gründeten Erwartung. Die den Kriegskommunismus einführten, glaubten allen Ernstes, sie könnten damit geradewegs in eine Gesellschaft der völligen Gleichheit und höchsten Gerechtigkeit eintreten. »Das Leben, die Praxis zeigte, daß ein solcher Versuch untauglich war.« Lenin machte danach den Versuch mit der NEP. »Und wenn man die NEP ziemlich bald abdrehte, so nicht, weil ihre Zeit gekommen war, sondern weil man unter der Leitung Stalins ein von Grund auf anderes System der Wirtschaftsorganisation ausarbeitete. Ob ein besseres, das ist die Frage.«

Anmerkung über Marxismus und marxistische Orthodoxie

Zwischen den Zeilen kündigt sich die Gretchenfrage an: Wie hältst du es mit der angestammten marxistischen oder marxistisch-leninistischen Konfession? Die einst so geheiligte Intonationsformel: »Der Marxismus geht davon aus, daß ...«, scheint keine Verbindlichkeit mehr zu stiften. S.T. Kaltachtschjan führt aus einer Zeitung eine Leserzuschrift an: »Was soll das, wenn ihr auf Marx und Lenin verweist? Das sind Leute der Vergangenheit und haben für die Vergangenheit geschrieben.« Nur noch ganz vereinzelt, fast schon vereinsamt erklang bei der Apriltagung die Stimme von Rufern aus der Wüste einer »marxistisch-leninistischen« Orthodoxie, die eisern dabei bleiben, die dort herumliegenden Steine seien Brot. Während andere »in sich gehen«, befindet S.T. Kaltachtschjan: »Wir müssen davon ausgehen, daß die Leninsche Dialektik, die Methode und Theorie zugleich ist, die objektive Natur des Imperialismus enthüllt hat, der neuen Epoche des Übergangs von der alten Welt zur neuen. Diese Epoche dauert an und folglich auch die Leninsche Etappe des Marxismus. Die Korrekturen, die es in unserer Umbruchphase in die Taktik und selbst in die Strategie der weltweiten revolutionären und kommunistischen Bewegung einzubringen gilt, ändern nichts an ihrer Natur, wie auch ebensowenig an der Natur des Marxismus-Leninismus und seiner Philosophie.« Das Vorwärts der Perestrojka gerät in ein Zurück: »Heute besteht die Aufgabe darin, vollständiger zu Marx, Engels und Lenin zurückzukehren, den Sozialismus in Übereinstimmung mit ihrer erprobten Lehre zu bringen (was natürlich heißt, sie schöpferisch zu entwickeln), nicht aber zu versuchen, sie als veraltet und den neuen Erscheinungen nicht mehr entsprechend hinzustellen.« — Etwas kräftiger tönten die Stimmen aus der Steppenzonen einer Art von »Halb-Orthodoxie«; ich würde dazu I.S. Narskij, W.Sh. Kelle, M.Ja. Kowalson und andere rechnen.

Auf Kaltachtschjan (wohl auch auf einiges, was er außerhalb seines gedruckten Referats sagte) nahm Frau Fedotowa in ihrem sichtlich spontanen Diskussionsbeitrag Bezug — und sie zielte damit noch auf andere: »Gestern trat S.T. Kal-

tachtschjan hier auf. Er trat ehrlich auf, und das ist erfreulich, weil viele unehrlich gesprochen, sich den Anschein gegeben haben, sie änderten sich, obwohl sie sich nicht ändern können. Er brachte seine Position in aller Direktheit zum Ausdruck. Hat er irgend etwas unrichtig gesagt? (...) Nein. (...) Er hat die marxistische Position in der Frage Gott, Religion usw. dargelegt. « In dieser Anerkennung liegt indessen etwas recht Fatales, was den Status des »Marxismus« betrifft, den Frau Fedotowa so bereitwillig an ihren Opponenten »abtritt«. Es scheint, der Titel »marxistisch« ist bei manchen in ein Zwielicht geraten. Aus dem Diskussionbeitrag von W.I. Tolstych kann man ersehen, daß manche der sowjetischen Philosophen und Ideologen schon dazu gekommen sind, sich vor anderen mit Emphase als »orthodoxe Marxisten« aufzubauen. Das Folgende klingt wie eine Gegenherausforderung: »Heute kann man sich furchtlos streiten (jedenfalls mit weniger Gefahr als vor zehn oder fünfzehn Jahren). Aber vor einem Streit, der eine Verschiedenheit der Positionen offenbaren könnte, weichen alle zurück. Besonders jene, die sich die 'orthodoxen Marxisten' nennen und so zu verstehen geben, daß die anderen nicht sehr orthodox und vielleicht gar nicht so sehr Marxisten sind. Es wäre interessant, zu erfahren, wie die 'Orthodoxen' des Marxismus das Phänomen der 'Stagnationsperiode' und des 'Bremsmechanismus' erklären. Sehr interessant!« Ein ironischer Ton ist nicht zu überhören.

Ein kurzer Blick auf den (wenig ergiebigen) Beitrag von I.S. Narskij: Die Perestrojka scheint bei ihm, dem international Reisenden, ganz dem Zweck untergeordnet zu sein, die sowjetmarxistische Überlegenheit in der Konkurrenz mit den westlichen Philosophen zu erringen — z.B. auch dadurch, daß man sich an ihren Koryphäen emporarbeitet: an E. Husserl, N. Hartmann und E. Cassirer. Man müßte, heißt es weiter, den Neopositivisten das Terrain der Wissenschaftsphilosophie wirksamer streitig machen und überall im Detail die »entsprechenden marxistischen Konzeptionen« dagegensetzen. Er lobt ein gutes Buch eines Kollegen, das »eine marxistische Konzeption der Entwicklung der Physik in den letzten 150 Jahren auf der Ebene der Methodologie« präsentiert — nur gut, wenn dabei nicht auch gleich eine »marxistische Physik« mit herauspringt!

Es muß sich noch herausstellen, ob es eine der nächsten großen Arbeiten des sowjetischen Philosophierens sein wird, parallel zu der neu eröffneten Lektüre im »Buch des Lebens« auch einen tiefen neuen Blick in die Bücher des alten Marx zu tun, um dort etwas von einem größeren Reichtum für eine Erneuerung des »Marxismus« zu erschließen. (Und ob der konfessionelle Titel eines »Marxismus« auch noch in das dritte Jahrtausend hinein für die Sowjetgesellschaft eine geistig-praktisch »identitätsstiftende« Bedeutung behält.)

»Humanitäre Perestrojka der Philosophie«

Nicht selten führen die Reflexionen aus dem beschädigten Leben der Sowjetgesellschaft geradewegs in die Bahnen einer Neuvergewisserung der »normativen Fundamente« oder der »Suche nach dem Absoluten«. Schon seit längerem macht sich in der systematischen Durchführung der sowjetmarxistischen Philosophie zu ihrem materialistisch-dialektischen Hauptthema das Seitenthema »Problem des Menschen/Humanität« geltend, für das es im tradierten Kanon eigentlich

keinen systematischen Ort gibt, und das sich ja nicht einfach direkt an die Motive und Axiomatik des Materialistischen und des Dialektischen anschließen läßt, sondern ihr anderswie zuzuordnen wäre. Eine etwas zwielfichtige Position nahm hier in den Jahren der Kleinen Reform unter Chruschtschow die »marxistisch-leninistische Ethik« ein, und zu mehr axiomatischer Strenge konnten die Bemühungen hinführen, die Thematik der »Wertordnungen« des menschlichen Lebens und der Kultur zu integrieren. (Die 1960 erschienene Einführungsschrift des inzwischen verstorbenen W.P. Tugarinow kam zwei Jahre später auch deutsch in der DDR heraus.) Die Bemühungen um eine philosophische Anthropologie habe ich schon erwähnt. In der jetzigen zweiten Reformphase, die eine Große Reformation werden möchte, haben sich alle diese Problematiken neu aktualisiert. Bei den Mängelrügen kommt die Sprache darauf, daß die »materialistische Philosophie des Geistes« nicht ausgearbeitet ist, ungenügend auch die Ethik, das »Problem des Menschen« und die »axiologische« Problematik. Nehmen wir einige der neu angemeldeten Diskussionsinteressen auf.

Der Direktor des Akademieinstituts, N.I. Lapin, erklärt es zum Desiderat, daß »der ganze Inhalt unserer Philosophie« durchdrungen wird von dem »Verhältnis zum Menschen als dem Selbstzweck des gesellschaftlichen Fortschritts, als dem höchsten Wert und dem Maß aller Dinge«. Das bedeutet eine »Humanisierung der Philosophie«, doch diese steht in einem Spannungsverhältnis: Sie soll nicht in die »Einseitigkeiten einer anthropologischen Philosophie verfallen«, aber auch nicht aus dem Menschen ein Einzelthema neben anderen machen. In dieselbe Richtung weist das Reformprojekt einer »humanitären Perestrojka der Philosophie« bei M.S. Kagan, Philosophieprofessor in Leningrad. Es zielt darauf, daß die Wesenskorrelation »Mensch und Welt« zum Zentrum der Philosophie überhaupt wird. Die erste Marxsche Feuerbachthese mit ihrer Auszeichnung der »Praxis« als Ort eines »Subjektiven« gewinnt hier eine neue systematische Verbindlichkeit. An die Stelle des schlecht »ursprungsphilosophischen« Begriffsfetischs »Materie« träte in letzter Konsequenz eine subjektiv-objektive »transzendente Einheit der Apperzeption«.

W.M. Figurovskaja, Professorin am Polytechnikum in Kalinin, setzt an die erste Stelle der wirklich philosophischen Probleme eine noch deutlicher »existenziell« ansetzende Reflexion über das Menschliche: die »ewigen menschlichen Fragen nach dem Guten, dem Glück, dem Wohlergehen, der Gerechtigkeit, der Schönheit, der Wahrheit«. Die so vielfältig gesuchte »Vereinigung der Philosophie mit dem Leben« sollte danach in der Weise geschehen, daß der Mensch zum Gefühl seiner eigenen Würde und zur Achtung für die anderen und ihre Meinungen erzogen wird, und erst auf diesem Fundament zur Ausbildung einer wissenschaftlichen Weltansicht und sozialen Verantwortlichkeit. »Aber das alles wird nicht entstehen, wenn philosophische Wahrheiten wie eine Multiplikationstabelle dargeboten werden. Zu diesen Wahrheiten muß jeder selbst gelangen. Das heißt, man soll nicht Philosophie lehren, sondern Philosophieren im besten Sinn des Wortes.« Ebenso gewinnt bei M.S. Kagan die »Hinwendung zur humanitären Problematik« diesen »existentiellen« Sinn und macht die Philosophie zu etwas »persönlich Bedeutsamem«.

Auf der Stufe des Kategorialen legt Frau Fedotowa die philosophischen Orien-

tierungskoordinaten erst einmal auseinander, um sie anders wieder zusammenzuführen. Sie stellt fest, daß bis jetzt in allen philosophischen Dingen eine Grunddisposition in Kraft gewesen sei, ein bestimmter »Typus der Geistigkeit«, den sie »Theoretizismus« nennt: die Manier, alles und jedes vorgängig als eine Sache theoretischer Erkenntnis anzugehen und das Praktische als eine daraus zu ziehende Schlußfolgerung ableiten zu wollen: »daß eine theoretische Folgerung hinreichend sei, um zu leben und zu handeln«. Das exemplifiziert sie an der gängigen Philosophen-Kritik in religiösen Fragen, die der Wirklichkeit des Religiösen schlechthin unangemessen ist. »Die Religion ist aber eine komplexe Legierung aus theoretischen Gedankengängen, ästhetischen Empfindungen und ethischen Überzeugungen, d.h. ein reicher und eigentümlicher Typus der Geistigkeit, den man nur von einer nicht minder reichen geistigen Alternative her kritisieren kann« — nicht aber von der Position des besagten Theoretizismus. Frau Fedotowa stimmt A. Jujkin zu, der in *Nowyi mir* geschrieben hatte, die herrschende Atheisten-Gilde erziehe in Wahrheit gar keine Atheisten, sondern Gottlose, und diese Leute seien auch selber keine Atheisten, sondern »Gläubige des Atheismus«; sie fügt noch hinzu: »Und wir erziehen häufig solche Marxisten, die gar nicht Marxisten sind, sondern Gläubige des Marxismus.« Frau Fedotowa erachtet es für die »Hauptaufgabe der Philosophie«, »sich über das Verhältnis klar zu werden, in dem das geistige Leben der Gesellschaft zu unseren eigenen Interessen steht«. In der Konstruktion eines theoretischen Modells verarmen die geistigen Probleme aufs äußerste. »Eine gute Theorie kann sich nicht mit dem Theoretizismus als Typus der Geistigkeit zufriedengeben.« Darum ist die Öffentlichkeit mit der Philosophie so unzufrieden und hat sich zusammen mit den Literaten einen eigenen, gesellschaftlich bedeutsamen Typus der Geistigkeit geschaffen, einen »Ethizismus«.

Zur »Glasnost« die »Grashdanstwennost«

In der sowjetischen Philosophendiskussion taucht ein Ausdruck auf, den das große Bielfeldt-Wörterbuch in dieser grammatischen Variante noch gar nicht enthält: Grashdanstwennost. Grashdanin ist der »Bürger« als öffentliche Rechtsperson, und es ist auch die amtliche Anrede außerhalb »der Partei«, wo Hohe wie Niedrige als »Genossen« mehr oder weniger vereinigt sind. Die adjektivische Form »grashdanskij« bezeichnet zudem das »Zivile« im Unterschied zum Militärischen. Man könnte die Grashdanstwennost vielleicht als »Zivilbürgerlichkeit« oder einfach als »Zivilität« übersetzen — oder könnte man ebenso wie bei der Glasnost ein russisches Lehnwort daraus machen?

Frau Fedotowa kam in ihrer Diskussionsrede auch auf diesen Punkt zu sprechen. Sie monierte, daß es den Philosophen im Vergleich zu den Literaten an Grashdanstwennost und Kulturnost fehle, an Zivilität und Kultiviertheit oder Kulturbürgerschaft. Wie ein *ceterum censeo* wiederholt sich dieses Monitum und Desiderat im Beitrag von W.W. Iljin, Dozent an der Moskauer Universität. Er sieht den Tiefstand der sowjetischen Philosophie vor allem darin begründet, daß sie zu sehr auf die gesellschaftlich-politischen Institutionen bezogen ist. Diese aber konnten, selber in Stagnation geraten, der Philosophie keine Impulse

geben. Der »parteiliche« Klassencharakter wird prekär, wenn man die partei-ideologischen Einstellungen nicht daraufhin bewertet (bewerten darf), ob sie der »wirklichen Lage der Dinge« entsprechen. »Man muß sagen, daß die Philosophie dem Druck einer sehr unfruchtbaren Ideologie mit Elementen von Dogmatismus und Utopismus ausgesetzt gewesen ist.« Im Gegenzug gilt: Eine erfolgreiche Entwicklung von Wissenschaft und Philosophie ist nur gewährleistet bei »hohen Bürgerqualitäten der Gelehrten«, durch die sich aber bei weitem nicht alle Philosophen auszeichnen. Iljin beklagt an ihrer Textproduktion eine »massenhafte Vermehrung rebellionsfreier Thematik« — auch das ein Anzeichen für den Verlust der Grashdanstwennost. Die Wiederherstellung einer philosophischen Realistik, einer empirischen Fundiertheit philosophischer Theorie, Schluß mit dem »Chwostismus« (dem Nachtraben der Philosophen hinter den offiziellen Autoritäten): »Kampf für eine hohe zivilbürgerliche Philosophie«. Frau Fedotowa brachte es auf die Formel: »Den Warlam [eine Gestalt in dem vielbesprochenen Film »Die Reue«] muß man vor allem in sich selbst ausgraben. Wir müssen lernen, unter Bedingungen der Demokratie zu leben.« Zu der eingeforderten Zivilität rechnet sie auch, daß die Philosophen sich zueinander mehr persönlich, und nicht nur als Kollegen verhalten: »Wir kennen einander oft nicht; alle schreiben wir, aber wir lesen wenig ...« — Erinnern wir uns jedoch, mit welcher Ironie A. A. Nujkin das Appellative solcher Normenbeschwörungen bedacht hat, wie man sie bei den anthropologischen Philosophie-Reformern so oft zu hören bekommt.

Regeneration des historischen Materialismus

Naturgemäß haben die meisten Redner ihre Diskussionsthemen und Entwicklungsprojekte in jener Konferenzrunde nur recht kursorisch vorgetragen. Eine der Ausnahmen machte A.W. Margulis, Professor an der Moskauer pädagogischen Fernuniversität. Sein Referat über »Das Subjekt im geschichtlichen Prozeß« umreißt ein kardinales Kritik- und Reformkonzept für den »historischen Materialismus« im Blickwinkel einer Analytik der sowjetgesellschaftlichen Realität. Es spielen auch hier die Desiderate mit hinein, in denen sich der »eigentliche« Sinn des Sozialismus erfüllen soll, doch geht es ebenso um ein eigentlich Theoretisches, die grundbegriffliche Dimensionierung und Modellierung des Sozialen.

»Welche wesentliche Praxis-Orientierung bestimmte die Lebenstätigkeit unserer Gesellschaft ein halbes Jahrhundert lang? (...) Es herrschte ein objektmäßiges Herangehen nach Art eines Systems von Prinzipien, Formen und Organisationsweisen des gesellschaftlichen Lebens. Das Wesen liegt darin, daß das ganze System der Lebenstätigkeit der sozialen Subjekte ... in einer Grunddisposition geplant und organisiert wurde, die einen dirigistischen Ausdruck fand und sich vorzugsweise auf eine Umgestaltung objektmäßig definierter Daseinsbedingungen richtete, deren Charakter und deren Veränderungslogik vermeintlich die notwendige Veränderung des Subjekts selbst, des Menschen, bestimmt. Das real existierende Subjekt wurde hierbei betrachtet (und fungierte) vornehmlich als ein Mittel, als ein Faktor für die Lösung allgemeingesellschaftlicher Aufgaben — der Schaffung und Produktion von Grundlagen eines zukünftigen sozialistischen Seins —, nicht aber als der unmittelbare und höchste Zweck der gesellschaftlichen Praxis.«

Diese Disposition lag in den Entstehungsbedingungen des Sozialismus begründet, in dem Extremzustand der inneren und äußeren Faktoren der Konsolidierung der neuen Gesellschaft: die »objektmäßige Taktik« war etwas »ursprünglich Aufgezwungenes«. Margulis erinnert an Lenins Beunruhigung über die enormen Gefahren des »kommunistischen Dekretierens«, der Bürokratisierung der sozialen Verhältnisse, die das Potential des Volkes als des Subjekts seiner eigenen sozialen Umgestaltung eng begrenzen. Vom Ende der zwanziger Jahre an wird, so Margulis, wieder die »objektmäßige Orientierung« dominant. »Es reproduziert und entwickelt sich eine für den Sozialismus völlig unnatürliche Opposition: 'wir und sie', wobei das 'Wir' der neu in Erscheinung getretene sozialistische Apparat als der 'wahre Träger' der sozialistischen Interessen und Ideale ist, und das 'Sie' die ganze übrige werktätige Masse, die jener Apparat zur Realisierung der sozialistischen Ideale und Interessen organisieren, mobilisieren und notfalls auch zwingen muß.« Den Leuten kommt eine bloß exekutive Funktion zu: Ökonomisch sind sie Ausführende der ihnen vorgeschriebenen Produktionsaufgabe. »Eine ähnliche Situation besteht in der gesellschaftlich-politischen und in der geistigen Sphäre, wo der Mensch vor allem als Objekt der Verwaltung und der geistigen Einwirkung in Betracht kommt, nicht aber als souveräner Mitbeteiligter dieser Prozesse.« Der Philosophie obliegt es, die laufende gesellschaftliche Praxis ideologisch zu sanktionieren. Der historische Materialismus wird in der objekthaften Verfahrensweise zu einem »subjektlosen Schema«. Worin liegt der Ausweg? Darin, daß man in der methodologischen Disposition von der Objekt-zur Subjekt-Objekt-Orientierung übergeht.

A.M. Kowaljow, Leitender Professor in der Abteilung »Wissenschaftlicher Kommunismus« an der Moskauer Universität, verfolgt die Deformation der historisch-materialistischen Begrifflichkeit noch etwas weiter. Er demonstriert an den Begriffen »Produktivkräfte« und »Produktionsverhältnisse«, wie gleichermaßen ein prägnanter Begriff des »Sozialen« und ein intensiver Begriff des Menschlichen, der »im menschlichen Faktor selbst eingeschlossenen Tiefenschichten«, verlorengegangen ist. So ist für die Gesellschaftswissenschaften »der Mensch bis jetzt weiterhin in erheblichem Maße ein Mittel zur Entwicklung der Produktion geblieben, nicht aber fungiert die Produktion als Mittel für die Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit«. Eben darum untersucht die politische Ökonomie des Sozialismus nicht den Gebrauchswert, sondern den Tauschwert. Darum tritt sie auf als Wissenschaft vom materiellen Reichtum und nicht von den menschlichen gesellschaftlichen Beziehungen, vom Menschen als dem Hauptreichtum der Gesellschaft. »Menschlicher Faktor« bedeutet, »daß man die Leute dazu veranlassen muß, besser und gewissenhafter zu arbeiten«.

Sowjetphilosophie — ein »historisches Schicksal

Dreißig Jahre nach dem Tode des Lehrmeisters schrieb Lenin einen kurzen Aufsatz über die »historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx«. Von welcher Bedeutungsschwere die Rede von einem »Schicksal« hier gewesen und geworden ist, konnte Lenin zu jener Zeit noch gar nicht ahnen. Etwas »Schicksalhaftes« scheint mir schon darin zu liegen, daß das Gedankenerbe von Marx inzwischen

überhaupt in einem so emphatischen Sinne zu einer »Lehre« geworden war. Aus Marxens eigener Perspektive muß es als eine tiefe Anomalie erscheinen, wie die »wirkliche Bewegung« des modernen Sozialismus schließlich doch wieder einer personal und doktrinal fixierten Lehrautorität bedurft hat. Das geht wohl bereits auf denselben geschichtlichen Grundtatbestand zurück, der bewirkt hat, daß diese »Lehre von Karl Marx«, der »Marxismus«, bis zu Lenins Zwischenbilanz von 1913 und erst recht in den Zeiten danach solche »Schicksale« durchgemacht hat. Was heißt das anders, als daß eine geschichtliche Konstellation heraufgezogen ist, in der das Betroffen-werden und Erleiden von Fremdverfügbarem ein beträchtliches Übergewicht über das eigene Handeln-können erlangt hat?

In seinem Artikel zeigt Lenin sich allerdings ganz und gar zuversichtlich. Er blickt mit Genugtuung darauf zurück, daß die »Lehre von Karl Marx« zwischen 1872 und 1904 in der europäischen Arbeiterbewegung »den vollen Sieg davongetragen« hat, und auch schon darauf, daß sie gleich danach in der Grenzzone nach Asien hin zum Banner einer ersten russischen Revolution geworden ist und »in Asien ein neuer Herd der heftigsten Weltstürme entstand«: »Auf die russische Revolution folgten die türkische, die persische, die chinesische.« Beim Blick nach Westen aber zeigte sich, daß die »wahnsinnigen Rüstungen des Imperialismus in Europa einen »sozialen Frieden« geschaffen haben, der »einem Pulverfaß gleicht« — überaus triftige Feststellungen im Jahre 1913. Was für neue »historische Schicksale« werden daraus für den Marxismus erwachsen? Ganz übergewichtig — zunächst jedenfalls — eben *Schicksale*, d.h. Handlungsketten, die nicht von ihm selbst ausgehen, sondern mit Sturmesgewalt über ihn kommen. Wir haben heute vor Augen, wie sich diese Geschichte, die der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution« nicht minder, dann noch weiter und immer weiter als ein »Schicksal« fortgesetzt und als ein solches in die geschichtliche Erinnerung eingegraben hat.

Was für den »weltlich gewordenen« ehemaligen Philosophen Marx die Philosophie künftig nicht mehr bleiben sollte — jener dirigierende Geist über den Wassern —, zu dem wurde entgegen Marxens Intentionen sein eigenes Gedankenerbe in einem selektiven und vielfältig fungiblen Arrangement: zur Lehre des »Marxismus«, die seinen Schülern kaum noch als Theorie, weit mehr als Doktrin, als »Anleitung zum Handeln« diente; mehr noch dienten sie dem Marxismus, den sie wie ein Banner hoch über ihren Häuptern erblickten. (Die russischen Marxisten waren hierin noch inbrünstiger als die anderen.) Zum historischen Schicksal der Russischen Revolution von 1917 gehört es, daß ineins mit den enormen Verspannungen der »revolutionären Praxis« das prekär herrschende gesellschaftliche Bewußtsein der Revolutionspartei im höchsten Grade *ideologisch* wurde; und es gehörte dazu ferner, daß in dieser Ideologie das Element von »Philosophie« ebenso wieder in einer ideologischen Gestalt zu einem aparten und abstrakten Revolutions- und Staatsgeist hoch über den Häuptern der Gesellschafter aufstieg; allerdings nicht ganz hoch nach oben, sondern gerade nur bis zu den Füßen der nachrevolutionären Staatsobrigkeit.

Auf die vorrevolutionären Philosophie-Institutionen wurde die marxistische (mehr und mehr »leninistische«) Revolutionsphilosophie aufgefropft, und in dieser ideologischen Institution versammelte sich eine immer zahlreicher

werdende Korporation von Berufsphilosophen. Sie zählt jetzt, wie wir hörten, um die zehntausend. (Als A. Sinowjew 1954 ins Moskauer Akademie-Institut für Philosophie kam, hatte es 50 Mitarbeiter; als er es 1976 verließ, waren es schon 500.) Das ist an und für sich schon ein hochgradig pathogenes Gewebe. Und heute liegt es auch offen zutage, daß die Quantität hier — ganz und gar undialektisch — in mindere Qualität umgeschlagen ist. Die Geschichte der sowjetischen Schulphilosophie ist in ihren wichtigsten Organbereichen eine Krankheitsgeschichte, eine Pathologie des Geistes. Kundige Ärzte wurden vom Krankenbett sorglichst ferngehalten, nur Heilkundige mit homöopathischen Mittelchen hatten Zutritt: Gleiches mit Gleichem kurieren ...

Die Heillosigkeit der systematischen Matrix von dialektischem und historischem Materialismus

Schon frühzeitig begab sich die sowjetische »marxistische« (und dann »marxistisch-leninistische«) Philosophie auf den Weg, ein *System* werden zu wollen oder zu müssen — unter dem Generaltitel »Dialektischer (und Historischer) Materialismus« und mit reichlicher Wegzehrung von keinem geringeren als Lenin selbst. Dieser Dia/Histomat ist (oder war) ein Aggregat von summarischen, trivialen oder halbweisen Sätzen oder Halbsätzen, in denen sich zunächst ganz »ursprungsphilosophisch« so etwas wie eine Grundbeschaffenheit der »Welt im allgemeinen« aussprechen sollte: Sie sei materiell, nicht geistig; bewegt und sich entwickelnd, nicht unveränderlich; gesetzlich zusammenhängend und geordnet, nicht isoliert und chaotisch; nicht von einem Bewußtsein hervorgebracht, sondern dieses hervorbringend und von ihm »widergespiegelt«; etc. Und dazu noch ein artverwandter Schematismus zur »Erklärung« der Menschenwelt, von Gesellschaft und Geschichte, von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Diese Systematik war eine kolossale Fehlgeburt, eine klappernde Mühle unter der Betriebsregie einer klerikalisierten Halbbildung und ein schwerer Mühlstein am Hals der sowjetischen Bildungsschicht. Es ist eine eigene Leidensgeschichte, wie sich die Systemkonstruktion des Dia/Histomat von einem Rekonstruktionsversuch zum anderen Stück um Stück weitergequält hat: vor Stalin, mit Stalin, nach Stalin, nach Chruschtschow, in der Stagnations-Ära Breshnew. Hier hilft keine Perestrojka, sondern nur so ein kräftiger Fluß, wie ihn einst Herkules durch den Augiasstall geleitet hat. Nur was nicht in diesen Begriffsschutt eingesunken ist oder sich in ihm angewurzelt hat, kann künftighin Bestand haben.

Es gehört zum leidigen historischen Schicksal der sowjetmarxistischen Philosophie, daß sie mit ihrem Doppel-Ismus unter einen ganz und gar konfessionell geprägten Titel gekommen ist. Wenn ihr Vorwärts ein Moment des Zurück in sich schließen könnte, so wäre es die Rückkehr von der System-Einheit des »Historischen Materialismus« zu der Methoden-Essenz der »materialistischen Geschichtsauffassung«. Und auch ein »Zurück zu Marx« hätte durchaus seinen Sinn, denn gerade mit der materialistischen Geschichtsauffassung war einmal eine »kopernikanische Wende« vollführt, die — als die *ideologiekritische Aufklärung* — der Kantischen und der Hegelschen Epoche an Bedeutung nicht nachsteht und mit diesen beiden zu einer Einheit zusammenwachsen könnte. Ob nun

»Marxismus« oder nicht, eine Philosophie »nach Marx« hätte ihre eigene geistig-praktische Dignität, an die vieles in der philosophischen Welt von heute noch längst nicht heranreicht. Keine »westliche« Philosophie kann rechtens darauf Anspruch erheben, das Maß aller philosophischen Dinge zu sein, des philosophisch Wahren und Falschen; auch keine der westlichen Marxismen.

Für die allgemeine Geringschätzung der »Sowjetphilosophie« aber, die Habermas seinerzeit auf einen so bündigen Nenner gebracht hat, wird es je länger desto weniger noch eine Rechtfertigung geben. Es ist an der Zeit, daß die Reformkräfte dieser Philosophie vollgewichtig in die international-kooperative Bemühung um eine Philosophie mit-eintreten, die eben dies sein kann: »ihre Zeit in Gedanken erfaßt«. Vielleicht kommt die Sache überhaupt erst dann in den richtigen Bezugsrahmen, wenn die Intelligenz, die in dieser Revolutionsära eine so reiche geschichtliche Erfahrung durchgemacht hat, mit einem aktiven und originären philosophischen Denken auf den internationalen Plan tritt.

Diskussionsreferate in *Woprosy filosofii* 7-11/1987 (die Zahlen in Klammern bezeichnen den Erscheinungsmonat)

- Chatschaturjan, A.B.: Die philosophische Analyse des Massenbewußtseins — Bedingung für die geistige Bewältigung der Perestrojka (9)
- Fedotowa, W.G.: Die Philosophie und das geistige Leben der Gesellschaft (10)
- Fejnberg, E.L.: Die Philosophie muß Philosophie sein (II)
- Figurovskaja, W.M.: Was verändern und was bewahren vom Gehalt der gegenwärtigen Philosophie? (10)
- Goldin, L.I.: Über die Widersprüche der Perestrojka (8)
- Gorskij, D.P.: Gegenstand und Sprache der Philosophie (II)
- Gott, W.S.: Das große Potential der philosophischen Wissenschaft (8)
- Granin, Ju.D.: Professionelle und »reale« Philosophie: Probleme und Perspektiven ihrer produktiven Wechselwirkung (10)
- Grigorjan, B.T.: Über Wortrituale, Denken und Wirken (10)
- Gruschin, B.A.: Dem Kaiser, was des Kaisers ist — und Gott, was Gottes ist (II)
- Gulyga, A.W.: Die Philosophie dem Leben näher bringen (8)
- Ilijn, W.W.: Die schöpferische Entwicklung der philosophischen Theorie — wichtigstes Erfordernis der Perestrojka (10)
- Iwanow, W.D.: Über den Mechanismus des Zusammenhangs zwischen Philosophie und Leben (9)
- Kagan, M.S.: Was bedeutet Perestrojka in der Philosophie? (II)
- Kaltschtschjan, S.T.: Das neue Denken kann sich nur auf der Grundlage des Leninischen Denkens entwickeln (10)
- Kelle, W.Sh.: Die Perestrojka und die Probleme des historischen Materialismus (8)
- Kotschergin, A.N.: Die Philosophie der Perestrojka und die Perestrojka der Philosophie (9)
- Kowaljow, A.M.: Philosophische Forschungen unter den Bedingungen der Perestrojka (II)
- Kowalson, M.Ja.: Für Professionalität in unserer Arbeit (10)
- Kruschanow, A.A.: Über die Perestrojka der Philosophie sollte man an Hand herausragender Beispiele urteilen — sie gibt es bisher nicht (II)
- Lapin, N.I.: Über die Konzeption zur Entwicklung philosophischer Forschungen in der UdSSR (7)
- Lektorskij, W.A.: Die Perestrojka in der Philosophie (9)
- Margulis, W.M.: Das Subjekt im geschichtlichen Prozeß (9)
- Narskij, I.S.: Die Zeit der Wahrheit (8)
- Nujkin, A.A.: Etwas über das »dialektisch-widersprüchliche« Gogol-Mogol (10) — [Anmerkung des Verf.: »Gogol-Mogol« ist ein Zucker-Ei-Schaum, der in einer satirisch-literarischen Vorlage figuriert als Demonstrationsobjekt für rabulistische Exerzitien dient.]
- Ojserman, T.I.: Sich des Berufs eines marxistischen Philosophen bewußt sein und ihn recht verstehen! (7)
- Orlow, W.W.: Neue Ideen und Konzeptionen für die Grundprobleme der marxistisch-leninistischen Philosophie sind notwendig (9)
- Reshabek, E.Ja.: Einige Lehren und Probleme der Entwicklung des Sozialismus (8)
- Rogowin, W.S.: Die Perestrojka und das philosophische Begreifen der Geschichte des Sozialismus (8)
- Sagatowskij, W.M.: Die Ursachen der negativen Tendenzen in der Entwicklung der sowjetischen Philosophie und die Wege ihrer Überwindung (8)
- Schapowalow, W.F.: Über die Notwendigkeit einer philosophischen Verallgemeinerung der historischen Erfahrung und einer Vervollkommnung der philosophischen Kultur (9)
- Semjonow, W.S.: Die Probleme im gegenwärtigen Zustand der Philosophie und die Wege ihrer Entwicklung (7)
- Stoljarow, W.I.: Philosophie und Praxis (9)
- Ujomow, A.I.: Über den Mechanismus zur Stimulation des Schöpfertums in der Philosophie (7)
- Tolstych, W.N.: Schuld und Elend der Philosophie (8)
- Wolkow, Ju.E.: Zu einer realistischen Analyse der sozialen Erscheinungen (II)
- (Die Dokumentation wird noch fortgesetzt)

Wolfgang Fritz Haug

Gramsci und die Politik des Kulturellen*

Für C.H. Hermansson

Vorbemerkung

Der fünfzigste Todestag Antonio Gramscis ist in der bürgerlichen Öffentlichkeit mit Schweigen übergangen worden. Die linksalternative *Tageszeitung* aber gab einem der »reuigen Marxisten«¹ für folgende Botschaft das Wort: Gramscis, des »italienischen Nationalphilosophen« Leben lasse »sich kaum besser begreifen denn als Hunger nach erleuchteter Religion«. Dazu die Losung: »Gramsci lesen — statt ihn zu zitieren!«² Sie wird alsbald überführt in den Vorschlag³, »lieber mit Benedetto Croce anzufangen ..., eine(r) Art Mischung aus Dilthey und Thomas Mann« (Kallscheuer 1987). Croce statt Gramsci, der liberale Hegelianer statt des marxistischen Erneuerers: Zeit der Zurücknahme. In *Prokla* veröffentlichte Elmar Altvater einen Überblick über die deutsche Gramsci-Rezeption, den er für die *Rinascita* geschrieben hatte. Er teilte mit, daß es der Redaktion »nicht gelingen wollte, einen kompetenten Autor zu finden, um eine Würdigung Gramscis anlässlich seines 50. Todestags zu verfassen«. Noch wenige Jahre zuvor war Gramsci Modethema gewesen. Dabei ist in der Sache nichts veraltet.

Noch immer gilt: Indem man von Antonio Gramsci lernt — vor allem von seinen Aufzeichnungen aus dem faschistischen Gefängnis —, bekämpft man das Sektierertum im Marxismus zugleich mit seinem komplementären Gegenteil, der bloßen Betriebsamkeit und dem Utopieverlust in der Sozialdemokratie. Noch immer fehlt eine zusammenhängende und verlässliche deutsche Übersetzung. Aber das ist nicht das einzige Übersetzungsproblem. Mit Gramsci geht es wie mit allen historischen Toten. Aus wachsender Entfernung müssen sie in die neuen Verhältnisse übersetzt werden. Eine politische Kultur, der sie wichtig sind, verständigt sich darüber, was sie zu sagen haben. Auch Marxisten brauchen ihre Hermeneutik. Freilich keine des Zurück. Denn für sie hat sich die Wahrheit noch nie voll ereignet. Zwischen den gegenwärtigen Auseinandersetzungen suchen sie in der Vergangenheit die Erinnerung an eine unfertige Zukunft.

An der Abschaffung der Zukunft wird nun aber heute eifrig gearbeitet. »Vor-mals linke Katastrophenphilosophen arbeiten rechten Ideologieplanern in die Hände« (Schirrmacher 1986). Wenn es nach ihnen ginge, blieben nichts als Märkte und Mächte der Herrschenden: Kulturelle Hegemonie des Kapitals, solide verwurzelt in der Lebensweise und im gesunden Menschenverstand. — »Kulturelle Hegemonie des Kapitals« — fällt diese Begrifflichkeit unter Altvaters Verdikt vom »Hegemonie-Abra-kadabra«? Es ist Zeit für eine neue Lektüre. Und über die Übersetzung, ersten wie zweiten Grades, müssen wir uns verständigen.

* Vorabdruck aus *Pluraler Marxismus*, Band 3 (in Vorbereitung für Herbst 1988).

1. Zutritt nur für Übersetzer

Unter den sprachlichen Übersetzungsproblemen steht das mit dem Ausdruck *società civile* verbundene an erster Stelle. »Bürgerliche Gesellschaft« zu sagen, ist verwehrt durch die in den lateineuropäischen und slawischen Sprachen völlig anders als im Deutschen vorgegebene Verteilung der Bedeutungen auf Wortfelder.⁴ Wo im Deutschen der »Bürger« in falscher Eindeutigkeit steht, tritt im Französischen der *citoyen* dem *bourgeois* gegenüber⁵ wie im Russischen der *grashdanin*⁶ dem *burshua*, und so gewiß man in der *Marseillaise* nicht singen könnte *aux armes, bourgeois!*, so gewiß läßt sich *citoyen* nicht problemlos mit »Bürger« übersetzen. Im deutschen Gemeinsinn schätzt es der Bourgeois, der *homo oeconomicus* des Privateigentums, beim *homo politicus*, dem Staatsbürger, im selben Ausdruck unterzuschlüpfen. Denn die bürgerliche Gesellschaft ist eine mit beschränkter Haftung, was die Hauptsache angeht, und die Bourgeoisie ein Herr, der nicht genannt sein will. Unter solchen linguistischen Umständen verdient sich der Erwerbssbürger, auch wo er, wie in Devisenspekulationen, sich parasitär bereichert, stets die »Bürgerkrone«, wie Karl Marx gespottet hat. In anderen Sprachen hat es die Bourgeoisie nicht so leicht. Für die Italiener fallen *civiltà* und *borghesia* auseinander. Das Stichwortverzeichnis der kritischen Ausgabe der *Gefängnishefte* verzeichnet unter *borghesia* fünfundzwanzig Unterstichworte auf anderthalb Spalten. Gramsci analysiert etwa die deutsche Reichsgründung von 1871 als kompromißhafte Verschlingung der halbherzigen »Lösungen« zweier Fragen: der nationalen Frage und des Klassengegensatzes zwischen Bürgertum und Aristokratie. Und da es nie schaden kann, der deutschen Erinnerung auf die Sprünge zu helfen, sei zitiert:

»Die Bourgeoisie (*borghesia*) erhält die ökonomisch-industrielle Regierung, aber die alten Feudalklassen verbleiben als regierende Schicht des politischen Staates, mit weitreichenden korporativen Privilegien im Heer, in der Verwaltung und im Grundbesitz (*sulla terra*).« (Q 19, 2032, »Risorgimento italiano«, 1934-35)

Es führt in einen ausgewogenen hermeneutischen Schlamassel, den Unterschied von *borghese* und *civile*, von Bereicherung und Bürgersinn usw., der sich bekanntlich bis zum feindlichen Gegensatz steigern kann, in dem einen Ausdruck »bürgerlich« verschwinden zu lassen. Dies tun aber z.B. Sabine Kebir (1983) und Guido Zambis (1980), wie vor ihnen der Pionier der deutschen Gramsci-Übersetzung, Christian Riechers (1967). Kebir erläutert einleitend, Gramsci habe nicht den Marxschen Begriff der bürgerlichen Gesellschaft⁷ rekonstruiert, sondern »er bezeichnet mit 'bürgerlicher Gesellschaft' den Teil des Überbaus, der Schule, Kirche, Kultur usw., also das ganze System der kulturellen Überbauten enthält und den freiwilligen Konsens erzeugt« (II, Fn 2). — Aber nein! Gramsci bezeichnet das mit *società civile*, und in Frage stand ja gerade, wie dies auf deutsch wiederzugeben war. An der Aufzählung der Gehalte, die Sabine Kebir der *società civile* zuschreibt, fällt auf: »Kultur« figuriert neben Kirche usw. als Teil des »Systems der kulturellen Überbauten«. Das wirft mehrere Fragen auf. Erstens: Was soll es für einen Sinn haben, Kultur als Teil ihrer selbst aufzufassen? Zweitens: Ist »Kultur« als »Überbau« zu begreifen? Was wird dann aus der Alltagskultur oder aus der Arbeitskultur? Ist da, gegen Gramsci, »Kultur«

wieder einmal auf so etwas wie Oper oder höhere Bildungsanstalt eingengt? Drittens: Ist es richtig, *ideologische Mächte* (Engels) oder *ideologische Staatsapparate* (Althusser) ohne weiteres mit »Kultur« zu identifizieren? Kriecht nun, nachdem der Bourgeois beim Staatsbürger Unterschluß gefunden hat, die Ideologie bei der Kultur unter? Kurz: die Frage nach der Übersetzung der *società civile* bei Gramsci führt zur Frage nach der Auffassung der Kultur. Und das ist keineswegs zufällig. Man muß sich nur das Problem vom Standpunkt jener Sprachen aus ansehen, die den Unterschied von Zivilität und Bourgeoisie, zwischen ziviler und bourgeoiser Gesellschaft machen.

Norberto Bobbio etwa erklärt, bei Gramsci gehöre »civil society ... not to the structural moment, but to the superstructural one« (1979, 30), also nicht zur ökonomischen Struktur, sondern zum Überbau. Darin liege ein ausdrücklicher Unterschied zwischen Gramsci und Marx. Er bemerkt nicht, daß der Zusammenhang mit dem deutschen Sprachgebrauch nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden konnte. Nur wenn man Marx' Rede von der »bürgerlichen Gesellschaft« mit *civil society* übersetzt statt mit *bourgeois society*, kann man sagen, daß Marx und Gramsci denselben Term benutzten für unterschiedliche Gehalte, den Unterschied im Sprachgebrauch zur gegensätzlichen Sachauffassung steigernd. Dasselbe Objekt scheint dann für Marx zur Basis, für Gramsci zum Überbau zu gehören, und Kallscheuer erklärt uns, warum das so sein muß: Gramscis »Hunger nach Idealismus« verwandelt Basis in Überbau. — Es ist Zeit, in Gramscis nachgelassene *Gefängnishefte* hineinzulesen, um etwas vom Zusammenhang und von den Begriffen zu vergegenwärtigen, in denen er von *società civile* und »Kultur« spricht.⁸

2. *Società civile* und Hegemoniefrage

Den Ökonomismus bekämpft man, indem man den Hegemoniebegriff entwickelt. So haben wir es von Gramsci gelernt (vgl. dazu PM 1, 127ff.). Das Konzept *società civile* taucht in den *Gefängnisheften* genau in diesem Zusammenhang auf. Verknüpft sind die Überlegungen in der Frage nach der Revolution im Westen, d.h. in den »industriell und (civilmente) fortgeschrittensten Staaten« (Q 860). Gemeint ist, daß diese eine völlig andere Form von Revolution als das zaristische Rußland hervorbringen müssen. »Civilmente« wird man hier schwerlich mit »bürgerlich« übersetzen können.

Bei der *società civile* geht es um die Ermöglichung von Politik gegen zwei Fronten: den bürgerlichen Ökonomismus der Liberalen⁹ und den links-spon-tanen Ökonomismus (vgl. PM 1, 134ff. u. 143ff.). Bei letzterem ist der Angelpunkt, daß eine subalterne Klasse (noch) nicht die Perspektive ergreift, »sich zur Phase ethisch-politischer Hegemonie in ihrer *società civile* und zur Dominanz im Staat zu erheben« (1590; *Noterelle sul Machiavelli*). Die Frage stellt sich also stets so: ethisch-politische Hegemonie einer Klasse in ihrer Kultur (*società civile*) — oder: Subalternität! (1590f.) Was auf dem Spiele steht, ist »die Umformung der untergeordneten Gruppe in die herrschende« (*la trasformazione del gruppo subordinato in dominante*).

Die Hegemoniefrage («*quistione egemonica*») verlangt von der Arbeiterbewegung, eine eigene Intellektuellenschicht herauszubilden. Die spontaneistische Linke versteht eine entsprechende Politik daher als etwas, »was die hegemoniale Klasse unterordnet« («*come un fatto che subordina il gruppo*¹⁰ *egemone*«, 1591), und in der Tat hat die Arbeiterbewegung mit ihren Intellektuellen und Politikern immer ambivalente Erfahrungen gemacht. Der spontaneistischen Antwort hält Gramsci entgegen: Wenn die Hegemoniefrage nicht gestellt wird, bleibt es bei der Subalternität. Frank Deppe hat bei der West-Berliner Volksuniversität von 1985 die Hegemoniefrage mit der *Machtfrage* identifiziert (vgl. dazu PM 1, 186 ff.). Die Hegemoniefrage stelle sich zur Zeit in der Bundesrepublik nicht, erklärte er folglich. Im Marxismus der Zweiten Internationale hat diese Vertagung der Frage der kulturellen Hegemonie Tradition, und nicht die schlechteste. Rosa Luxemburg erklärte 1903 den »theoretischen Stillstand« im Marxismus mit der strukturellen Unmöglichkeit der sozialistischen Arbeiterbewegung, »ihrer politischen Herrschaft die intellektuelle Herrschaft *vorauszuschicken*«, also der bürgerlichen Kultur »eine eigene, neue Wissenschaft und Kunst entgegenzustellen« (GW 1/2, 367). Kategorisch erklärte sie: »Innerhalb dieser Gesellschaft und solange ihre wirtschaftlichen Grundlagen bestehen, kann es keine andre Kultur geben als *bürgerliche*.« (Ebd.)¹¹ Rosa Luxemburg erwartete die endliche Veränderung von einem Zusammenwirken der ökonomischen Entwicklung und der Massenspontaneität. Man versteht, daß Lenin in seiner Kritik des Ökonomismus, als es um die Öffnung politischer, kultureller und geistig-moralischer Aktivitätsräume ging, mit ihr zusammenstoßen mußte (vgl. PM 1, 134ff.). Auch Gramsci zufolge ist die Verwechslung der Hegemonie- mit der Machtfrage fatal für die Arbeiterbewegung und die Linke insgesamt. Nichts an eigener Kultur und Politik ist sinnvoll möglich, ohne die Hegemoniefrage zu stellen. In die Auseinandersetzung um kulturelle Hegemonie einzutreten heißt natürlich nicht, sie jederzeit und auf allen Feldern für sich entscheiden zu können. Unter allen Umständen aber geht diese Anstrengung als Kraft in die konkreten Kräfteverhältnisse ein.

Auf der andern Seite wird die Hegemoniefrage bei Peter Glotz (vgl. dazu Baratta 1987) in die politische Abstraktion eingeschlossen, der es um Einflußgewinnung im Blick auf Wahlen geht. Dieser handfest pragmatischen Verengung der Frage stellt Habermas das Modell einer »dritten Arena« zur Seite, in der es um kulturelle Hegemonie gehe. Zuerst präsentiert sich die i.e.S. politische Arena; unterhalb derselben eine zweite Arena, in der »eine Vielzahl anonymer Gruppen und kollektiver Akteure« gegeneinanderstießen oder koalitierten im Geringel um »den Zugang zu Produktions- und Kommunikationsmitteln«. In der dritten Arena werde »nicht unmittelbar um Geld oder Macht, sondern um Definitionen gestritten«, und zwar gehe es hier darum, daß »schwer greifbare politische Kommunikationsströme die Gestalt der politischen Kultur bestimmen und mit Hilfe von Realitätsdefinitionen um das, was Gramsci kulturelle Hegemonie genannt hat, wetteifern« (Habermas 1985, 159). Es entfremdet aber Gramscis Vorstellungen, wenn man einerseits den Bruch mit der herrschenden Ideologie und die Arbeit an einer anderen Kultur wegläßt¹², andererseits die mit der Hegemoniefrage verknüpfte Wendung gegen den Ökonomismus als Absehen vom Ökono-

mischen faßt. Ökonomie und Hegemonie sind keine einander ausschließenden Problematiken, denn »wenn die Hegemonie ethisch-politisch ist, kann sie unmöglich nicht auch ökonomisch sein, nicht ihr Fundament in der entscheidenden Funktion haben, welche die führende Klasse (gruppo dirigente) im entscheidenden Kernbereich der ökonomischen Aktivität ausübt« (Q 1591). Der Führungsanspruch der Arbeiterbewegung ging ja von der Basisfunktion der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Industrie aus und artikulierte sich in der Perspektive der Selbstvergesellschaftung der assoziierten Produzenten. Die Frage steht zwar: Ökonomismus *oder* Hegemonie; aber letztere umfaßt auch das Wirtschaftsleben. Zugleich ist sie es, die zwingend auf die Frage nach der Kultur führt. Diesem Hinweis gilt es nun zu folgen. Vielleicht wird dann auch die Frage der Übersetzung des Begriffs *società civile* eher beantwortbar.

3. Der Kampf für eine neue Kultur oder Lebensweise

Wir wenden uns Heft 23 der *Gefängnishefte* (1934) zu, das auf das Heft über *Amerikanismus und Fordismus* folgt und sich eingehend mit Fragen der Literaturkritik befaßt. Der theoretische Rahmen, der zu Beginn entwickelt wird, befaßt sich aber mit Kultur, genauer: mit dem *Kampf um eine neue Kultur/Lebensweise*, »lotta per una nuova cultura, per un nuovo modo di vivere« (Q 2190), eine Formulierung, die sich als Leitmotiv durch die Seiten zieht. Außerhalb dieses Ausgreifens nach einer neuen Kultur hat der Begriff bei Gramsci keinen Sinn. Als wichtigster Anschlußbegriff zur Kultur gilt darum auch die *Kritik*. Eine Leitfrage ist für Gramsci — und das bezeichnet seine Methode —, welcher Typ von *Kritik* (im Hinblick auf Literaturkritik) sich für den Marxismus eignet (§ 1, Q 2185). Ihren vollen Sinn erhält die Frage von daher, daß »jeder einzelne Kritiker« begriffen wird als informell zugehörig »zu einer Organisation von Kultur, die als Zusammenhang wirkt; was dem einen entgeht, wird von einem andern 'entdeckt' und öffentlich gemacht usw.« (Q 2231). An dieser Kultur des Kritisierens als einem wichtigen Lebenselixier politischer Kultur arbeitet Gramsci mit seiner Frage nach dem richtigen Typus von Kritik. Wenn der Faschist Gentile das *Zurück zu De Sanctis* propagiert, so zögert Gramsci nicht, dies durchzudenken. Schließlich geht er (mit scharfer Wendung gegen Croce) voran mit *De Sanctis*.

Andare al popolo, sich dem Volk zuwenden — diese Losung des Populismus am Ende des 19. Jahrhunderts war von De Sanctis aufgenommen worden in einer Situation, die Gramsci durch Verweis auf den Niedergang der 1848er Demokratie und den Aufstieg der Arbeiterklasse infolge der Industrialisierung in den Städten charakterisiert. Er geht aus von einem Satz von De Sanctis, der, sehr frei übersetzt, folgendermaßen lautet: »Kein Standhalten ohne Überzeugung. Und keine Überzeugung ohne Kultur.« Gramsci hakt ein mit der Frage: Was heißt hier Kultur? Und so artikuliert er seine Antwort: Bei der Kultur geht es um eine »kohärent, einheitlich und national verbreitete 'Auffassung vom Leben und vom Menschen', eine 'laizistische Religion', eine Philosophie, die eben genau zur 'Kultur' geworden ist, d.h. sich eine Ethik, eine Lebensweise, ein ziviles und individuelles Verhalten (*una condotta civile e individuale*) erzeugt hat«. Das aber habe zur Zeit von De Sanctis vor allem die Vereinigung der »gebildeten Klasse«

(»classe colta«) erfordert — und genau daran sieht Gramsci De Sanctis arbeiten: Gründung eines »Philologischen Zirkels«, der alle »colti e intelligenti« zusammenbringen sollte, vor allem aber eine neue Einstellung zu den Volksmassen verlangte, einen Begriff des Nationalen, der nicht so exklusiv und »polizeilich« war wie der Nation-Begriff der historischen Rechten. — Im folgenden Paragraphen benützt Gramsci eine ähnlich lautende Formulierung Pirandellos, um den Gegensatz zu einer Position zu markieren, die im *individuellen* Rahmen verbleibt, statt den Zusammenhalt des Volkes, das »National-Populare« zu meinen.

Der dritte Paragraph ist überschrieben: Die Kunst und der Kampf für eine *nuova civiltà* (2187). Ähnlich wie in Paragraph 6 (*Arte e cultura*) geht es hier darum, Kunst und Kultur analytisch streng auseinanderzuhalten. Das Künstlerische (*artistico*) der Werke ist von ihrem Inhalt (der z.B. eine Politik widerspiegelt) streng zu trennen. Der notwendige Inhaltsbezug hat sein Recht auf einem anderen Terrain, dem der »politischen Kritik, der Kritik der Gewohnheit (*costume*), im Kampf um die Zerstörung und Überwindung bestimmter Strömungen des Fühlens und Glaubens, bestimmter Haltungen gegenüber dem Leben und der Welt« (ebd.). All das ist natürlich noch keine Kunstkritik. Verwechselt man es damit — und hier spielt Gramsci vermutlich auf die stalinistische Kunstreglementierung an —, kommt es zur »Stagnation der wissenschaftlichen Begriffe« und zum Konfusionismus; »die dem Kulturkampf inhärenten Ziele« (2187) würden so auf jeden Fall verfehlt.

Das wird in Paragraph 6 vertieft (2192): Vom Standpunkt der Politik geht es um den »Kampf für eine neue Kultur« und nicht für eine neue Kunst.¹³ Letzteres zu erreichen, gäbe es für politische Akteure keinen direkten Weg, denn dazu müßten sie ja künstlich Künstler schaffen. Und dann entfaltet Gramsci noch einmal die Begriffsfamilie, mit der er Kultur denkt: »Man muß vom Kampf für eine neue Kultur sprechen, das heißt für ein neues moralisches Leben, wobei es ausgeschlossen ist, daß dieses nicht eng verknüpft ist mit einem neuen Lebensgefühl, bis daraus eine neue Weise des Empfindens und Sehens der Wirklichkeit wird und folglich eine Welt, die in sich die 'möglichen Künstler' und die 'möglichen Kunstwerke' enthält«. Die »neue kulturelle Welt« erzeugt sich ihre neuen Künstler, »indem sie Leidenschaften und menschliche Wärme hervorbringt«. »Eine neue gesellschaftliche Klasse (*gruppo*), die ins geschichtliche Leben mit einer hegemonialen Haltung eintritt«, wird auch ihre eigne Ausdrucksweise hervorbringen.

»Lotta per una nuova cultura, per un nuovo modo di vivere« und »lotta per una nuova civiltà« fungieren offenbar als Synonyme. Liegt es dann nicht nahe, die Linie von der Kultur über die *civiltà* zur *società civile* zu ziehen? Dann erhält auch die Formel von den »Staaten, die industriell und civilmente weiter fortgeschritten« sind, ihren Sinn, nicht anders die Rede von der »*condotta civile e individuale*« als Bildungselement der Kultur. Das alles läuft darauf hinaus, daß *società civile* nicht mit bürgerliche Gesellschaft übersetzt werden sollte. Sondern als die Dimension der Zivilität, der Bürgertugenden, des Bürgersinns, des *Citoyens*, überhaupt der zivilisierten Gesellschaft, der Zivilisation in einem Sinn, der auch Fragen der Lebensgestaltung, Gewohnheiten, Empfindungs-, Seh- und Ausdrucksweisen der Wirklichkeit usw. umfaßt. Im Deutschen nimmt »Kultur«

den Kreuzungsplatz ein, den in den Nachfolgesprachen des Lateinischen — und das infolge der französischen Eroberung linguistisch überlagerte England gehört in dieser Hinsicht dazu — der Begriff der *società civile*, der *civil society* einnimmt. Im Deutschen zieht »Kultur« die angrenzenden semantischen Bahnen in sich zusammen. Die »Zivilität«, die es allenfalls zum Status einer gerade noch geduldeten Asylantin der Sprache gebracht hat, das mehr auf die Kleidung bezogene Eigenschaftswort »zivil«¹⁴, das als Schimpfwort im Munde der Militärs geäußerte »Zivilist«, die als »Syphilisation« verunglimpft Zivilisation, selbst die gerühmte »Zivilcourage« stehen leider, zur Sprache sei's geklagt, auf Grund der von Norbert Elias skizzierten revolutionslosen Sonder- und Spätentwicklung des deutschen Bürgertums, ziemlich dumm herum. Ihnen fehlt der integrierende Zusammenhang. (Und Jörg Fisch, der in der *Frankfurter Allgemeinen* vom 3.6.1987 Elias der erwähnten These wegen angriff, überhörte sorgfältig den Klassen- und Revolutionsbezug und behauptete, Elias habe gemeint, »Kultur« sei im Deutschen nationalistisch gefäßt.)¹⁵

Einen Ausweg scheint der späte Engels anzubieten, wenn er definiert: »Die Zusammenfassung der zivilisierten Gesellschaft ist der Staat« (MEW 21, 170), was sich auf Gramscis Gedanken vom *integralen Staat* (der aus der *società civile* und dem politischen Staat im engeren Sinn besteht) zubewegt. Aber bei Engels geht es in der Hauptsache darum, Zivilisation als auf der Knechtschaft der Produzenten gegründet zu fassen. Auch die »antibarbarische« Stoßrichtung des Begriffs »zivilisierte Gesellschaft« weist in eine andere Richtung.

Kann man die Sache so wenden, daß man *società civile* mit *Kulturgesellschaft*¹⁶ oder mit *kulturellem Leben* übersetzt? Oder mit *kulturellen Verhältnissen*? Oder, der Sprache etwas Neues bebringend — aber wieviel Kraft gehörte dazu! —, als *zivile Gesellschaft*?

4. Politik des Kulturellen

Vielleicht werden manche die Übersetzungsfrage beiseite schieben wollen, um endlich zur Sache zu kommen. Aber hat uns nicht gerade die Übersetzungsfrage zur Sache geführt? Jedenfalls sind wir auf eine strategische Vernetzung von Problematiken gestoßen. Das deutet auf die Schlüsselstellung der »Hegemoniefrage« bei Gramsci. Sie ist die konkretisierte Form der Befreiungsfragen, d.h. der Frage nach der Emanzipation aller durch die Klassenherrschaft von der Bestimmung über ihre gesellschaftlichen Lebensgrundlagen Ausgeschlossenen und insofern *subaltern* Gehaltene. Die Frage der Befreiung, konkret gestellt, führt nach Gramsci unweigerlich zunächst auf Kultur und Lebensweise, wo die Aufrichtung der Subalternen beginnt. Und dies beginnt keineswegs als kritiklose Aneignung der Kultur der Herrschenden, sondern als Zurückdrängung von deren kultureller Hegemonie, indem die »Hegemoniefrage« im Kulturellen vom Standpunkt der Niedergehaltenen gestellt wird. Deshalb kann er den Prozeß der antagonistischen Herausbildung einer befreienden Kultur als *politica culturale* fassen (in § 7, 2193). Entscheidend ist dabei die kulturelle »Schöpfung«: »nicht zu verwechseln«, wie er einschärft, »mit der künstlerischen Schöpfung, sondern statt dessen in die Nähe der politischen Aktivitäten zu rücken, und genau in diesem Sinn«,

fährt er fort, »kann man von einer 'politica culturale' sprechen« (2193). Dieser Begriff läßt sich mit *Politik des Kulturellen* übersetzen. Keinesfalls werden wir *Kulturpolitik* sagen. Denn von ihrem Standpunkt ist Kultur, was der Staat unter Berufung auf den Kulturstatus subventioniert (oder subventionieren sollte).¹⁷

Im Kontext geht es um Weisen der Verständlichkeit verbaler im Unterschied zu nonverbalen Werken, Roman versus Film. Der bildliche Oberflächendiskurs des Filmes ist insofern kosmopolitisch (2994), als die Verständlichkeit der Bilder nicht an den Grenzen der Nationalsprache halt macht. Den Tiefendiskurs sieht Gramsci aber auch hier durch Spezifiken bedingt. Er analysiert unterschiedliche Schichten der Bildsprache, worunter immer die »national-populare« Stufe von Bedeutung ist, »und oft davor noch die Stufe des Provinziell-Dialekthaft-Folkloristischen«. Schließlich stößt er auf »die Stufe einer bestimmten 'Kultur' ('civiltà'), die sich empirisch von der religiösen Tradition herleiten kann«. Gramsci geht so weit, nach christlichen Konfessionen zu spezifizieren. Als letzte Determinante, die für »die moderne Welt« spezifisch sei, nennt er: »eine bestimmte 'kulturell-politische Strömung'«. Wie kommt es zu diesem Interesse für semiotische Schichten und Bedingungen der Filmwirksamkeit? Gramscis Antwort:

»Um eine Politik der Kultur (politica di cultura) zu etablieren, sind solche Beobachtungen unumgänglich; für eine Politik der Kultur der Volksmassen sind sie grundlegend.« (Q 2195)

5. Kultur, die Achse Intellektuelle-Volk und der historische Block

Eine Politik des Kulturellen vom Standpunkt der subaltern Gehaltenen ist die erste Form, sich der Hegemoniefrage zu stellen. Subalternität heißt nichts anderes als ein soziales Dasein unter der ökonomischen und kulturellen Hegemonie einer privilegierten Klasse zu führen. Die weitere Verfolgung dieses Gedankens führt zu den Intellektuellen und zur Bildung eines historischen Blocks. Das kann hier nur angedeutet, nicht am Text vorgeführt werden. Als Schlüsselfrage sieht Gramsci das Verhältnis von Wissen/Begreifen, was für die Intellektuellen steht, einerseits, und Fühlen, was für das »populare Element« steht, andererseits. Fallen die beiden auseinander, ist für die Linke Zerfall und Schwächung angesagt. »Die beiden Extreme sind deswegen die Haarspalterei (pedanteria) und das Philistertum auf der einen Seite und die blinde Leidenschaft und das Sektierertum auf der andern Seite.« (1505) Man muß sich nur überlegen, in welchen Gestalten die beiden Seiten dieser Selbstzersetzung einer möglichen Linken heute vorkommen, um die Aktualität der Frage nach ihrem Zusammenhang zu spüren. Nichts ist so gefährlich wie das potentiell, in anderer Anordnung, Nützlichste. Die kombinierte Variante der leidenschaftlichen Haarspalterei ist nach Gramscis Einsicht noch schlimmer und lächerlicher und nicht weniger gefährlich als das Sektierertum und die entfesselte Demagogie.

Die Intellektuellen sind gefährlich, heißt es bei Brecht, »wie Zigarren, die man in die Suppe schneidet«. Zigarren waren ihm freilich unentbehrlich. Der Intellektuelle wird zum Problem, sagt Gramsci, »wenn unterschieden und abgehoben von Volk-Nation, d.h. ohne die elementaren Leidenschaften des Volkes zu fühlen, sie verstehend und daher in der bestimmten historischen Situation erklärend und rechtfertigend und dialektisch mit den Gesetzen der Geschichte ver-

knüpfend, mit einer höheren, wissenschaftlich und kohärent ausgearbeiteten Weltanschauung, dem 'Wissen'; man macht keine Politik ohne diese Leidenschaft, d.h. ohne diese gefühlsmäßige Verknüpfung zwischen Intellektuellen und Volk-Nation« (1505). Wo diese Beziehung fehlt, reduzieren sich die Verhältnisse Intellektuelle-Volk auf bürokratische und formalisierte Verhältnisse. Die Intellektuellen werden eine Kaste oder eine Priesterschaft. In Klammern fügt Gramsci hinzu: »cosí detto centralismo organico« (ebd.), grenzt sich also im Ansatz ab von dem, was aus dem Leninschen »demokratischen Zentralismus« geworden ist.

Ohne Gefühl und Wissen ineinanderzuarbeiten, ist keine Kultur der sozialen Befreiung denkbar. Nur auf der Achse Intellektuelle-Volk »verwirklicht sich das Leben des Zusammenhangs (la vita d'insieme), das allein die soziale Kraft darstellt, bildet sich der 'historische Block'« (1506).

Was Gramsci meint, hat also nichts mit dem Kult des Volkstümlichen zu tun, auch nichts mit dem, was heute an dessen Stelle getreten ist: die Verklärung von Subkulturen. Er benützt Henri De Man als Kontrastfigur, um dies klar zu machen. Dieser »studiert« die Empfindungen des Volkes nur, »fühlt sie nicht mit, um sie zu orientieren und zu einer Katharsis moderner Kultur (civiltà) zu führen«, als ginge es dabei nur um Folklore und als hätte er Angst, die Moderne würde dieses sein Studienobjekt zerstören.

Muß man in Erinnerung rufen, daß »Intellektueller« bei Gramsci, dem Sprachgebrauch entgegen, nicht den Akademiker meint? Die so handeln, daß sie in emanzipatorischer Perspektive in der Bevölkerung, im Imaginären der Unteren, in der Alltagssprache, in Lebensweise und Ausdrucksformen arbeiten, nehmen dadurch Intellektuellenfunktionen wahr. Gramsci weiß genauer als viele von uns Heutigen, daß dem Verhältnis von Regieren und/oder Regiert-Werden nicht zu entkommen ist. Bloß vom Zugang »von unten« zu schwärmen, ohne Fähigkeit, ein gesamtgesellschaftliches Projekt auszubilden oder sich mit einem solchen zu verknüpfen und so in den Staat sich hineinzuarbeiten¹⁸, ist nur eine auf Selbstbetrug hinauslaufende Art, in der Subalternität zu verharren.

Entsteht aber eine Verknüpfung der Subaltern-Gehaltene mit Intellektuellen in der Perspektive des Hervorgehens aus der verordneten Unmündigkeit, »nur dann wird das Verhältnis eines der Repräsentanz und es kommt zum Austausch individueller Elemente zwischen Regierten und Regierenden, zwischen Geführten und Führenden« (1505f.), und »dann entsteht die soziale Kraft des historischen Blocks, die den riesigen Block der Herrschaft, diesen historischen Findling, aus dem Weg zu schaffen vermöchte« (ebd.). Kultur, die den Namen verdient, läßt sich nach Gramsci nicht denken und praktizieren, ohne diese historischen Dimensionen zu betreten. Läßt sich im Vergleich damit ermesen, wie groß der Utopieverlust der Gegenwart ist, wie sehr Leben und Denken und Politik geschrumpft sind? Oder kommen die Elemente nur anders vor?

6. Elemente der »geistigen Situation der Zeit«

Wäre der Traum aus? Ginge am Ende nur der falsche Traum weiter? Lebensweise, Gefühl und gesunder Menschenverstand scheinen mehr denn je von

kapitalistischer Kulturindustrie bestimmt, auch wenn es Hoffnung machende Vertrauenskrisen an den Rändern gibt. Die Akteure sozialdemokratischer Politik sind weithin von Utopieverlust geschlagen, nachdem sie sich im Verwalten kleinerer Übel verbraucht haben. Ihre Basis ist im Schwinden oder driftet auseinander. Die »Gemeinwirtschaft« scheint — in je unterschiedlicher Form in der Bundesrepublik, Österreich, Frankreich, Italien, England usw. — im Zusammenbruch. Der Fortschritt wird weithin als »vergiftet« empfunden, die Fähigkeit, zwischen fortschreitender Zerstörung und zivilisatorischem Fortschritt differenzieren zu können, ist wie gelähmt. Natürlich ist der am Kapitalprozeß orientierte positivistische Fortschrittsbegriff zurecht (und viel zu spät) zerbrochen. Walter Benjamins drei Jahre nach Gramscis Tod niedergeschriebene Thesen *Über den Begriff der Geschichte* hätten als Grabrede genügen können. Die Vernunft ist weithin diskreditiert nach so vielen Ratschlägen, sei es aus technokratischem, sei es aus obrigkeitsstaatlichem Mund, »vernünftig zu sein«; die Fähigkeit, die Vernunft den Dienern des Kapitalfetichs und ihren Technokraten streitig zu machen, ist wie verwirrt. Vor allem droht der Begriff der *Arbeit* verloren zu gehen. Zuerst überließ man dem Kapital die Definition von »Arbeit«. Dann verschob sich unter kräftigem Mittun von links das Interesse von den Themen Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung auf »Sinnlosigkeit der Arbeit« und Verkürzung ihrer Bedeutung. Was dazu beitrug, war die Unfähigkeit, zwischen Lohnarbeit und gesellschaftlich nützlicher Arbeit analytisch zu unterscheiden (was nicht heißt, daß in der Form der Lohnarbeit nicht gesellschaftlich nützliche Arbeit geleistet werden *kann*), die Verwechslung der auf dem Fließband basierenden fordistischen Produktionsweise mit der Industrie schlechthin, die Verwechslung der Massenarbeitslosigkeit, d.h. der von Marx im *Kapital* analysierten kapitalistischen »Reservearmee« und »Überbevölkerung«, mit dem »Ende der Arbeitsgesellschaft«, das Verwechseln der Ausdifferenzierung des Gesamtarbeiters auf dem Niveau der neuen Produktivkräfte mit einem Übergang zur »Dienstleistungsgesellschaft« usw. Statt die Arbeit neu zu denken unter den Bedingungen der überlebensnotwendigen Umgestaltung der Mensch-Natur-Verhältnisse, auf dem Niveau der elektronisch-automatischen Produktionsweise mit dem von ihr heraufgeführten zumindest partiellen Zusammenbruch der alten fundamentalen Arbeitsteilung zwischen Handarbeit und geistiger Arbeit, damit auch der Geschlechterverhältnisse in der Arbeit, wurde dieses Terrain von vielen voreilig geräumt.

Die postmoderne Kultur ist nur die postkulturelle Moderne. Die Herrschaft des jeweils Neuesten frißt ihre Kinder, um sie immer aufs Neue zu gebären. Es gibt kein Zurück zur Moderne, weil sich alles in ihr abspielt als ihre Metastasen. Jeder Frage geht in diesem Diskurs etwas Wesentliches abhanden, abstrahiert sie von der Frage nach sozialer Herrschaft und ihrer herrschenden Ideologie.

Gibt es noch eine Alternative zu dem, worin sich das Bürgerliche verwandelt hat? Ist die Problematik der *Gefängnisaufzeichnungen* des Antonio Gramsci noch aktuell? Vermögen wir seine Gedanken ins Heutige zu übersetzen? Was wäre, wenn wir sie fallen ließen? Gäben wir sie auf, bliebe nur Konsumismus. In Meinung und Wahl, diesen Abstraktionen der bürgerlichen Gesellschaft, würden wir uns verzehren. Beides sind leere Freiheiten. Menschen auf Privateigentümer

ihrer Meinung zu reduzieren, ist eine Gemeinheit. Die Abstraktion der *Meinung* muß in konkretem Handeln aufgehoben werden, und damit stellt sich die Frage nach unserer Fähigkeit, gesellschaftlich relevant zu handeln. An diese Fähigkeit ist nicht einmal im Traum zu denken, wenn man sich nicht bewegen kann in den kulturellen Relevanzstrukturen. Reale Freiheit bemißt sich daher immer auch in *kultureller Handlungsfähigkeit*. Die bloße Fähigkeit zu Wahl und Konsum selbst handverlesener Waren wäre nur ein goldener Schatten über der kulturellen Handlungsunfähigkeit. Bloße Unterhaltung ist nicht einmal unterhaltend. Die neue Realkarikatur vom Menschen und seiner Freiheit ist der Fernsehkonsument, der mit dem Infrarot-Fernbedienungsgerät zwischen den Programmen hin- und herschaltet — nicht freilich jener andere Benutzer, der abschaltet, wenn die Werbung kommt, was die Werbeinteressenten so beunruhigt. Das ziellose *Umschalten* verstärkt noch die immer vorhandene Tendenz der kommerziellen Medien, über die Peter Weiss sagt:

»Alles wird zu einem Quatsch, ohne Tiefe, ohne Analyse, nur herausgerissenes Zeug, nur irgend-einer Pointe wegen gebracht...« (Notizbücher 1971-80, I, 16).

Was für den unterprivilegierten konsumtiven *Umschalter* gilt, zeigt sich, mit einigen Umstandsbestimmungen, auch im Selbstbild jener Jungen Aufstiegsorientierten Städtebewohner, der Jas¹⁹, die unter dem amerikanischen Namen »Yuppies« beredet werden.

»Der neue Typus Mann ist der des selbstreflektierenden Mannes. Jay McInerney beschreibt ihn im Yuppie-Kultbuch 'Bright Lights, Big City': 'Du siehst dich als den Typ Mann, der sonntags früh aufsteht und rausgeht, um die *Times* und Croissants zu holen. Der sich vom Kultur- und Freizeiteil inspirieren läßt und beschließt, sich eine Ausstellung anzusehen — Kostüme des Habsburger Hofes im Met beispielsweise oder japanische Lackdosen aus der Muromachi-Zeit in der asiatischen Gesellschaft.'« (Weinberger 1987)

Diese Verbindung des Marktbegriffs *Angebot* mit dem der Kultur ist eines der verräterischen Symptome unserer Zeit. *Kulturelle Angebote*: Coca oder Pepsi, Lackdosen oder Hofkostüme ... Nicht, daß der Begriff »kulturelle Angebote« nicht beschriebe, was tatsächlich formell gemacht werden muß! Was immer sich an andere richtet, über den engsten Kreis persönlich Verbundener hinaus, hat dadurch formell teil an einem Merkmal des Marktes. In der hier beschriebenen Haltung hat aber die Markt- oder Warenform die Kultur zu ihrem Trägermaterial degradiert, und der Strukturwandel der Öffentlichkeit ist dahin weitergegangen, daß den Programmzentralen der *Corporate identity* die Menschen als Hin- und-her-Schalter gegenüberstehen, denen privilegiertenfalls die *Programmzeit-schrift* zum Paradigma von Öffentlichkeit geworden ist.

Den realen Vordergrund des Geschehens bildet die kapitalistische Massenkultur, und die Frage ist, wie weit sie die Muster der Entgegennahme und die Lebensweise des Kulturellen bestimmt. Wie ein Gleichnis liest sich das Schicksal der staatlichen Sexualmoral in den USA in Gestalt des *Pornographieberichts*, den der Justizminister 1986 der Öffentlichkeit übergab und worin einschneidende Maßnahmen gegen Schmutz und Schund gefordert wurden. Der Markt funktionierte den Bericht alsbald um. Trotz des hohen Preises von 35 Dollar war der Band beim Government Printing Office sofort vergriffen.

»Wer den Kauf eines einschlägigen Films oder Magazins erwägt, findet in dem amtlichen Dokument ein ebenso umfassendes wie zuverlässiges Nachschlagewerk. Nicht nur sind sämtliche vorhandenen Titel alphabetisch aufgeführt; auf 150 Seiten geben die Sachverständigen auch detaillierte Hinweise auf besonders pikante Stellen und abartige Szenarien. Kein Wunder, daß der Bericht inzwischen von einem Verlag in Tennessee als preiswertes Taschenbuch nachgedruckt wurde. 50000 Exemplare, so hört man, sind bereits verkauft.« (v. Uthmann 1986)

So holt der Markt die Moral ein, indem er ihren Verbotsindex in einen Versandkatalog umfunktioniert. Wenn der bestimmende Zweck und das treibende Motiv nicht darüber hinaus sind, wird Kultur zum Witz. Aber was heißt darüber hinaus? Das Schicksal der Moral sollte warnen. Natürlich, da bietet sich an die Darüber-Hinausheit als solche, die gute alte Transzendenz, die Metaphysik als Metamarkt. Wenn aber mehr daran sein soll als Metaphysik des Todes und Warten auf Godot, dann rückt das Schicksal der vergesellschafteten Menschheit in ihrem prekären Naturverhältnis ins Blickfeld: das Gemeinwesen, seine Sprachlosigkeit, seine Zersetzung, seine Entstellungen; seine Träume und Projekte; sein versteinertes Reichum; seine versprengten Akteure ...

7. Läßt sich Gramsci in die neuen Verhältnisse übersetzen?

Das Gramsci-Problem besteht fort, ungelöster denn je. In den sozialistischen Ländern, vor allem der Sowjetunion, tritt es immer deutlicher auf die offizielle Tagesordnung.²⁰ Aber kann im Westen die Übersetzung von Gramscis Impuls einer Politik des Kulturellen unter Bedingungen des transnationalen Kapitalismus noch gelingen? Kann sie es im »Videopoli« einer »verkabelten« Gesellschaft, deren Lebensweisen mediatisiert sind durch den integrierten kapitalistischen und staatlichen Apparat der »Massenkommunikation«? Kann sie es, obwohl hinsichtlich der Klassenstruktur die Rede vom Proletariat nicht mehr greift²¹ und in der Politik »die Partei«, wie sie Gramsci noch vorschwebte, dieser eine Akteur, in dem die gesamten Fäden des historischen Blocks zusammenliefen und der die in ihm Organisierten zu organischen Intellektuellen machte, wohl der Vergangenheit angehört und neuen Formen des politischen Zusammenwirkens (und damit auch der Parteien, denn trotz gewandelter Form und Funktion bleiben sie politisch entscheidend) Platz machen mußte? Andererseits steht die Hegemoniefrage gnadenlos. Wenn sich keine alternative Kultur der Selbstbestimmung der Vielen herausbildet, bleiben sie subaltern — in unsern privilegierten Bereichen zu zwei Dritteln mit dem Zusatz: Konsumenten.

Können die neuen sozialen Bewegungen etwas mit Gramsci anfangen? Begrenzte Politiken des Kulturellen haben diese Bewegungen in der Tat hervorgebracht, der Feminismus, die Friedensbewegung, die »Alternativen«, die »Instandbesetzer«, die »Geschichtswerkstätten« usw. In der Frauenbewegung haben viele begriffen, daß es darum geht, »eine Herrschaftskultur zu zerstören, die sie in Subalternität festhält ... und der sie eine neue Kultur entgegensetzen müssen« (Frigga Haug 1987, 559). Die Arbeiterbewegung und ihre Intellektuellen stehen in dieser Hinsicht in vielen entwickelten kapitalistischen Industrieländern im Hintergrund, werden von den anderen Bewegungen teilweise mitgezogen, teilweise gespalten. Läßt sich die Vernetzung dieser begrenzten Politiken des Kulturellen im Anschluß an Gramsci denken? Läßt Gramscis Fragestellung sich re-

formulieren in bezug auf ein plurales Feld von Kräften der Linken, in dem eine Partei, die mit dem Polyzentrismus dieses Felds umzugehen gelernt hätte, sich eine führende Rolle »verdienen« könnte, ohne die politische Kultur auf sich zu zentrieren? Oder werden wir Gruppi (1977, 118) darin folgen, »daß in Gramscis Verständnis kein Platz für die Auffassung einer antagonistischen oder alternativen Kultur ist«?²² Wenn nein, wie kann eine entsprechend vorwärtsgewandte und praxisorientierte Gramscilektüre aussehen?

Der Begriff einer Politik des Kulturellen von unten fällt nicht nur nicht mit den inzwischen verschwundenen Rahmenbedingungen linker Politik zur Zeit Gramscis, sondern er wird gerade dadurch ausbaufähig und desto aktueller, daß ein neues Spiel von Akteuren und Instanzen sich herausbildet, deren Zusammenspiel noch zu lernen ist. Deshalb habe ich versuchsweise und beschränkt auf die Ebene des Kulturellen die Frage gestellt, ob es eine Hegemonie ohne Hegemonie geben kann, und von *struktureller Hegemonie* gesprochen (vgl. PM 1, 158-95). Das ist zunächst nur eine Frage, und es ist nicht heraus, ob hier die Stellung der Frage schon zu ihrer Beantwortung führt. Soviel aber steht fest: Für die versprengten Akteure alternativer, emanzipatorischer Kulturen, in denen die Individuen nicht unter Ausnutzung ihrer Naschhaftigkeit nachhaltig vernascht werden, ist die Frage ihres gesellschaftlichen Zusammenhangs letztlich schicksalhaft, unabhängig davon wie sehr sie sich heute amüsieren oder nicht und unabhängig davon, ob sie es wissen oder nicht. Über die Kulturgesellschaft entscheidet die kulturelle Vergesellschaftungsarbeit. Dies ist auch der entscheidende Ort einer neuen Aufklärung, die ihre Dialektik gelernt hat und bei der es um das Sich-Herausarbeiten der subalternen Gehaltene aus ihrer Unmündigkeit geht. Darum dreht es sich in der Politik des Kulturellen. Freilich spreche ich so formulierend eine Sprache, die eine historische Ferne zu Gramsci anzeigt.

Daß die Volksuniversitäten und ihre Organisatoren Gramsci weiterwirkende Ideen verdanken, liegt auf der Hand. Mit welchen Einschränkungen, Akzentverlagerungen? Den Tendenzen einer neuen Lebensweise, einer neuen Kultur Artikulationsmöglichkeiten bereitzustellen, Durcharbeitung und Diskussion der verschiedenen Praxisfelder zu fördern, immer wieder von neuem die Kritik herrschender Ideologien zu leisten, Handlungsmöglichkeiten zu erkunden, der Subalternität entgegenzuwirken und die Bedingungen für die Entstehung eines neuen *common sense* und eines alternativen Lebensgefühls zu verbessern — dies und ähnliches mehr sind Aufgaben der Volksuniversitäten. Die Perspektive einer *Politik des Kulturellen* stellt diese Aufgaben ins rechte Licht. Sie wirkt dem Utopieverlust entgegen, indem sie auf eine Kultur des Bruchs mit der Subalternität orientiert, ohne imaginäres Zurück zur alten Utopie; und sie zielt, bei aller Politik, auf das Feld des Kulturellen, auf *kulturelle Handlungsfähigkeit*.

Zunächst stößt man freilich auf die kommerzielle Kulturindustrie mit ihren transnationalen Kapitalverflechtungen und massenhaft verbreiteten Kulturwaren und ihrer im Selbstlauf fast übermächtig sich geltend machenden Tendenz, den Konsum dieser Waren zum Inhalt von »Kultur« zu machen. Daß man sich daher nicht nur vom Staat, sondern vor allem auch von der Kulturindustrie, ganz zu schweigen von der Warenästhetik, »abstoßen« muß, um die Dimension kultureller Handlungsfähigkeit freizulegen, gibt einen Hinweis auf das Politikum

eines Kulturellen, das diesen Namen vom Standpunkt der Gesellschaft verdient. Keine der Gruppen und Bewegungen vermag sich allein zu befreien. In dem Maße aber, in dem die alternativen Kulturinitiativen sich vernetzen, ihren Zusammenhang selber gestalten, entwickelt sich ihre Politik des Kulturellen.

Anmerkungen

- 1 Im katholischen Italien, das einen Sinn für reuige Sünder hat, spricht man von *marxisti pentiti*.
- 2 Nicht nur über Gramsci zu reden, sondern ihn vor allem zunächst einmal zu studieren, wäre ein guter Vorschlag. Sobald wir uns darüber verständigen, was wir von ihm lernen können, werden wir ihn zu Wort kommen lassen, also zitieren.
- 3 Der Vorschlag wird in die Begründung gekleidet, die Lektüre sei angesichts der Übersetzungslage »hierzulande immer noch ein Ding der Unmöglichkeit«. Aber es geht um einen Horizontwechsel. »Ein neuer libertärer Umgang mit Gramsci wird darum auch um den alten Croce, der Gramsci als »einen der unsren« ansah, nicht herumkommen.« Das »Wir«, das uns unverschens zu umfassen anspricht, indem es Gramsci als »einen der unsren« ausspricht, ist das liberale Bildungsbürgertum.
- 4 Manfred Riedel beginnt 1974 seinen Artikel in Joachim Ritters *Historischem Wörterbuch der Philosophie* in aller Selbstverständlichkeit mit der Behauptung: »Der Ausdruck 'bürgerliche Gesellschaft' ist von Aristoteles in die Sprache der Philosophie eingeführt worden.« Aber Aristoteles handelt von der Polis als *koinonía politiké*, und das liegt strukturell auseinander, die Differenz umfaßt die Geschichte des Abendlands. — Nachdem Riedel die bürgerliche Gesellschaft in die griechische Sklavenhaltergesellschaft zurückprojiziert hat, entzieht er dem Begriff das Recht für die Gegenwart. Nur die »Globalideologien« werden ihn benutzen. »Er ist nicht nur unvereinbar mit den komplexen Strukturen der Klassen- und Gruppenbildung innerhalb der modernen Industriegesellschaft, sondern widerspricht bei theoretisch reflexionsloser und unkritischer Anwendung der Bildungsstufe jenes geschichtlich aufgeklärten gesellschaftlichen Bewußtseins, das vom Ende des 'bürgerlichen' Zeitalters weiß.« — Es war Joachim Ritters schulgründende Leistung in der Nachkriegszeit, den antiken Polis-Begriff zu verbürgerlichen, um die neu einzurichtende bürgerliche Herrschaft von Aristoteles her philosophisch zu begründen. Das Prinzip der *polis*, erklärt er, »liegt darin, daß sie sich aus Bürgern zusammensetzt; sie ist ein bürgerlicher Staat, weil ihre Teile und Glieder Bürger sind. Bürger (*polités*) ist derjenige, der als politisch vollberechtigtes Mitglied zur Stadt gehört ... 'Politik treiben' (*polituein*) heißt 'als Bürger handeln'. Das 'politische Leben' (*bíos politikós*) ist die Lebensweise des Bürgers; der 'Politiker' (*politikós*) ist der 'Bürgerliche' ...« (Ritter 1977, 72). Das sind keine historisch oder gar ethnologisch zu nehmenden Aussagen, sondern hier geht es um die Festlegung eines Codes, eine systematische Übersetzung über den historischen Abgrund hinweg, der die schon zur Zeit des Aristoteles im Untergang befindliche Sklavenhalterpolis von der Bundesrepublik trennt. Entsprechend wird auch die herkömmliche Lesart der aristotelischen Definition des Menschen als des *zoon politikón* im Sinne des politischen oder gesellschaftlichen Tiers verworfen. Die Bestimmung liest sich mit Ritter so, »daß der Mensch das in der Stadt lebende Wesen ist« (ebd. 75). Nun kann gesagt werden, daß einzig »die freie bürgerliche Gesellschaft« (76) der menschlichen Natur gemäß ist. »Dieselbe Vernunft, durch die sich die menschliche Natur von der Natur aller übrigen Lebewesen unterscheidet, unterscheidet auch die bürgerliche Gesellschaft als Stadt von allen übrigen Formen der Vergesellschaftung.« (76) Usw.
- 5 Peter Glotz konnte daher Eugen Kogon in einem Nachruf dafür rühmen, gemeinsam mit Walter Dirks sei es ihm darum gegangen, »zwei Generationen bürgerlicher, christlicher Intellektueller ... mit der Arbeiterbewegung zusammenzubringen und vom Bourgeois zum Citoyen zu erziehen«.
- 6 Reiman (1987) spricht daher von »Bürgergesellschaft« im Unterschied zur bürgerlichen Gesellschaft.
- 7 Für den Marx des *Kapital* ist das Bürgerliche vom Privateigentum her bestimmt. »Für die bürgerliche Gesellschaft ist aber die Warenform des Arbeitsprodukts ... die ökonomische Zellenform.« (MEW 23, 12) — Schon in den Feuerbachthesen erscheint die bürgerliche Gesellschaft der Privateigentümer als etwas, das es aufzuheben gilt zugunsten einer »menschlichen Gesell-

- schaft« ohne Klassen, und aus diesem Bruch mit der bloß *bürgerlichen* Gesellschaft gründet sich der »neue Materialismus«. »Der Standpunkt des alten Materialismus ist die bürgerliche Gesellschaft, der Standpunkt des neuen die menschliche Gesellschaft oder die gesellschaftliche Menschheit.« (10. These) Im selben Notizheft artikuliert Marx als »bürgerlich« die Welt des *homo oeconomicus* des Privateigentums: »Verdoppelung aller Elemente in bürgerliche und in Staatswesen«, heißt es in einer Eintragung, welche »die *Entstehungsgeschichte des Modernen Staats* oder die *französische Revolution*« zum Gegenstand hat (MEW 3, 537). Die so beginnenden Notizen enden mit dem Punkt: »Das *Wahlrecht*, der Kampf um die *Aufhebung* des Staats und der bürgerlichen Gesellschaft.« — Im selben Kontext findet sich der Ausdruck »politische Zivilisation«. — In der *Deutschen Ideologie* verwendet Marx den Ausdruck einmal formbestimmt, dann wieder, dem bürgerlichen Sprachgebrauch folgend, unspezifisch. In der Sache aber herrscht keine »Aporie«, wie Riedel (1974) meint, sondern eine leicht behebbar terminologische Inkohärenz. Marx: »Das Wort bürgerliche Gesellschaft kam auf im achtzehnten Jahrhundert, als die Eigentumsverhältnisse bereits aus dem antiken und mittelalterlichen Gemeinwesen sich herausgearbeitet hatten. Die bürgerliche Gesellschaft als solche entwickelt sich erst mit der Bourgeoisie; die unmittelbar aus der Produktion und dem Verkehr sich entwickelnde gesellschaftliche Organisation, die zu allen Zeiten die Basis des Staats und der sonstigen idealistischen Superstruktur bildet, ist indes fortwährend mit demselben Namen bezeichnet worden.« (MEW 3, 36) Gemeint ist natürlich: Nachdem es den Namen gab, hat man auch vorbürgerliche Gesellschaften so bezeichnet, wie es ja auch Riedel noch immer tut.
- 8 Für andere Zwecke mag man den »ganzen Gramsci« betonen; für die Zwecke dieser Untersuchung ist es der Gramsci der *Gefängnishefte*, der zu befragen ist. Claudia Mancini hat im Vorwort zu Gruppi (1977, 14) auf die Brüche in Gramscis Denkentwicklung hingewiesen. Der Hegemoniebegriff wird in den *Gefängnisheften* »ganz anders als in der *Südtalitanischen Frage* oder im Kampf gegen Bordiga benutzt«.
 - 9 Der auf »Deregulation« zielende Liberalismus verkennt die Unterscheidung von *società civile* und *società politica*, »che da distinzione metodica viene fatta diventare ed è presentata come distinzione organica« (1590; Noterelle sul Machiavelli). Das ist zugleich eine Form der Verteidigung bürgerlicher »Supra-Alternität« — bei Subalternität der Lohnabhängigen, deren Gesellschaftlichkeit die Privatsache der Unternehmer ist.
 - 10 »Gruppo« bedeutet im Kontext zumeist »Klasse«.
 - 11 Vor der Revolution sei die Arbeiterbewegung bestenfalls in der Lage, »die Kultur der Bourgeoisie vor dem Vandalismus der bürgerlichen Reaktion zu schützen und die gesellschaftlichen *Bedingungen* der freien Kulturentwicklung zu schaffen.« Ihre »geistig führenden Ideologen« können einzig in der »Gesellschaftswissenschaft« schöpferisch sein, weil die Bewegung von dort etwas benötigt, und zwar »die *geistigen Waffen zu ihrem Befreiungskampfe*« (GW 1/2, 367). — Daß es damit bei Rosa Luxemburg nicht sein Bewenden hat, versuche ich zu zeigen in dem Kapitel »Über die Linie Gramsci-Luxemburg« (PM 3).
 - 12 Habermas (1985, 159), der das Arenen-Modell von Offe entlehnt, domestiziert die Auseinandersetzungen folgendermaßen: »Es geht um die Unversehrtheit oder Autonomie von Lebensstilen, etwa um die Verteidigung traditionell eingewöhnter Subkulturen oder um die Veränderung der Grammatik überlieferter Lebensformen.« All das mag zwar mit im Spiel sein, verfehlt aber den Sinn dessen, worum es Gramsci bei der »kulturellen Hegemonie« ging.
 - 13 Es versteht sich, daß Gramsci mit dieser Unterscheidung nicht die Künstler und ihre Bedeutung für die Schaffung einer neuen Kultur abwertet, sondern eine Grenze für die politischen Akteure zieht. Nur die Künstler können die neue Kunst schaffen, die gesellschaftlichen Gruppen aber schaffen kulturelle Voraussetzungen dafür.
 - 14 Helmut Fleischer spricht vom »Projekt einer zivilen Gesellschaft«, die »als bürgerliche, d.h. durch und durch zivile Gesellschaft zu etablieren« sei (1987, 28). In einem neuen Manuskript spricht er von »(zivil-)bürgerlicher Gesellschaft«. Aber das »Bürgerliche« liegt fest in seinem Ausdruck. Darin sedimentierten sich Jahrhunderte deutscher Geschichte. Diese Sprachverhältnisse lassen sich nicht willkürlich umgestalten. Am Ende droht das Projekt einer »zivilgesellschaftlichen« Reformulierung des Bürgerlichen die Reform zu verbürgerlichen.
 - 15 Vgl. Kap. I bei Elias: »Zur Soziogenese der Begriffe 'Zivilisation' und 'Kultur'«. Elias geht aus von der Beobachtung, daß »der Begriff 'kulturell' ... ins Französische und Englische unmittelbar nicht übertragbar« (3) war, eine Spezifik, die freilich seit Veröffentlichung dieser Studie (1936)

- verblaßt ist. Im 18. Jahrhundert war mit dem Kulturbegriff eine ins Innerliche gedrängte, intensive Bedeutung von Geistigkeit verbunden worden, in der eine schwache bürgerliche Intelligenz in einem von absolutistischer Vielstaaterei zerspaltenen »Deutschen Reich« ihren Klassengegensatz im Verhältnis zur höfischen Gesellschaft lebte. »Die bürgerlichen Elemente sind abgedrängt von jeder politischen Betätigung. Sie durften allenfalls selbständig 'denken' und 'dichten'...« (21). Die höfische Kultur folgte dem französischen Vorbild, »Zivilisation« wurde daher zum doppelten Gegenbild des Fremden und der Klassenherrschaft. Später, vor allem dann bei industriekapitalistisch bedingter Mächteilung zwischen Bourgeoisie und Aristokratie, verschob sich die Bedeutung des Gegensatzpaares Kultur/Zivilisation ins Nationalistische des Franzosenhasses. »Aus einer vorwiegend sozialen wird eine vorwiegend nationale Antithese.« (38)
- 16 »Kultargesellschaft« in diesem Sinn darf nicht mit dem gleichlautenden Reizwort verstanden werden, das durch die Politik geistert. Der Programmentwurf der SPD von 1986 führt den Ausdruck »Kultargesellschaft« in Anlehnung an »Kulturstaat« als wertenden Zielbegriff. Die Grün-Alternative Regenbogenfraktion im Europäischen Parlament wiederum, die 1987 den Ausdruck im Titel eines Kongresses führte, setzte ihn der »Arbeitsgesellschaft« entgegen.
- 17 Die Tautologie (Kultur ist, was der Staat als »Kultur« definiert, weil finanziert) wird allenfalls an den Stellen aufgebrochen, wo aus der Gesellschaft »kulturelle« Initiativen auftreten. Die Resonanz in der »Öffentlichkeit« und die Kräfteverhältnisse der am politischen Prozeß mitwirkenden Akteure entscheiden dann, was staatlich als »Kultur« sanktioniert wird.
- 18 Regieren oder regiert werden — unmittelbar ist diese Alternative wahr, verdeckt aber, daß die Emanzipation der subaltern Gehaltene die Bedeutung von »Regiertwerden« verändert, ja, daß dieser Veränderungsprozeß einen »utopischen« Fluchtpunkt hat, in dem dieser Begriff seinen Sinn verliert.
- 19 Ja war bis vor kurzem auch der Titel einer aufwendig lancierten Illustrierten. Daß sie bald eingegangen ist, zeigt, daß Affirmation des Konsums und Konsum der Affirmation nicht zusammenfallen.
- 20 Zur Frage, ob im Zuge der Gorbatschowschen Reformen das Gramsci-Problem einer relativ eigenständigen *società civile* als des Orts, wo sich die Hegemonie-Frage entscheidet, nun in seiner Spezifik für die sozialistischen Gesellschaften anerkannt zu werden beginnt, werde ich mich an anderer Stelle äußern. Einen ersten Ansatz habe ich versucht in der *Festschrift für Klaus Holzkamp* (Maiers/Markard 1987, 91-94). — Vgl. dazu auch H. Fleischers Hinweis auf die Verknüpfung des Schicksals der sowjetischen Perestrojka mit der Entwicklung der »Grashdanstwenost«, d. h. der »zivilen Gesellschaft«.
- 21 Obgleich heute erstmals die Lohnabhängigen eine riesige Mehrheit (in der BRD mehr als vier Fünftel) darstellen.
- 22 Gruppis Begründung lautet, daß »damit geschlossene und entgegengesetzte Kultursysteme unterstellt sind, was den dialektischen Charakter der neuen Kultur ausschließt, die sich durch den Vergleich und die kritische Auseinandersetzung mit der traditionellen Kultur herausbildet.« (118f.) Aber heißt Dialektik nicht auch hier Kampf und Einheit der *Gegensätze*? Läßt sie sich schadlos auf bloßen »Vergleich und kritische Auseinandersetzung« herunterschleifen?

Literaturverzeichnis

- Albers, D., 1983: Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci. Zur politischen Theorie des Marxismus. West-Berlin
- Altwater, E., 1987: »Gramsci in der BRD: Eine Theorie wird gefiltert«, in: Prokla 66, 161-168
- Baratta, G., 1987: »Gramsci befreien«, in: Argument 162, 236-249
- Benjamin, W., 1961: »Über den Begriff der Geschichte«. In: Gesammelte Schriften, Band I.2, 691-704. Frankfurt/M.
- Bobbio, N., 1979: »Gramsci and the conception of civil society«. In: Mouffe, Ch. (Hrsg.), Gramsci and Marxist Theory. London
- Elias, N., 1969: Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Bern und München (2. Aufl.)
- Fleischer, H., 1987: »Der lange Abschied der populistischen Linken«. In: Kommune 2, 28-30
- ders., 1988: »Die Perestrojka erreicht die Philosophie«, im vorliegenden Heft
- Glötz, P., 1985: »Die Bedeutung Antonio Gramscis für eine neue Strategie der europäischen Linken«, Vortrag beim internationalen Kongreß »Gramsci—Luxemburg« in Hamburg (heft. Msk.)

- ders., 1987: »Der streitbare Linkskatholik. Zum Tode des politischen Publizisten Eugen Kogon«. In: FAZ, 30.12.
- Gramsci, A., 1975: *Quaderni del carcere*. Edizione critica dell'Istituto Gramsci. A cura di V.Gerratana. Turin (zit. Q)
- Gruppi, L., 1977: Gramsci. Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats (»Il concetto di egemonia in Gramsci«, Rom 1972), Hamburg
- Habermas, J., 1985: Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V. Frankfurt/M.
- Haug, F., 1987: »Frauenbefreiung als Männerwerk. Warum kollektive Erinnerungsarbeit von Frauen?« In: *Argument* 164, 557-61
- Haug, W.F., 1985: Pluraler Marxismus. Beiträge zur politischen Kultur. Band I. West-Berlin (zit.: PM I)
- Kallscheuer, O., 1987: »Hunger nach Idealismus«. In: TAZ, 29.4.87
- Kebir, S. (Hrsg.), 1983: Antonio Gramsci. Marxismus und Literatur. Ideologie, Alltag, Literatur. (Titel auf dem Umschlag: Marxismus und Kultur). Hamburg
- Luxemburg, R.: *Gesammelte Werke*. Berlin/DDR 1979-1981
- Maiers, W., u. M. Markard (Hrsg.), 1987: Kritische Psychologie als Subjektwissenschaft. Klaus Holzkamp zum 60. Geburtstag. Frankfurt/M., New York
- Marx/Engels: *Werke*. Berlin/DDR (zit. als MEW)
- PM — s.u. Haug 1985
- Puntscher-Riekmann, S., 1987: »Zum fünfzigsten Todestag Antonio Gramscis«. In: *Argument* 162, 155
- Riechers, Ch. (Hrsg.), 1967: Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis. Eine Auswahl. Frankfurt/M.
- Reiman, M., 1987: Lenin, Stalin, Gorbatschow. Kontinuität und Brüche in der sowjetischen Geschichte. Hamburg
- Riedel, M., 1974: »Gesellschaft, bürgerliche«. In: J. Ritter (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd.3.
- Ritter, J., 1956: »Das bürgerliche Leben. Zur aristotelischen Theorie des Glücks«. In: *Vierteljahresschrift für wiss. Pädagogik* 32, 60-94. — Zit.n. ders., 1977: *Metaphysik und Politik. Studien zu Aristoteles und Hegel*. Frankfurt/M., 57-105
- Schirrmacher, F., 1986: »Der neue Sündenfall. Das Bündnis von Katastrophenphilosophen und Ideologen«. In: FAZ, 14.11.
- Uthmann, J., 1986: »Pornokraten«, in: FAZ, 22.11.86, 25.
- Weinberger, M.-L., 1987: »Von der Müsli-Kultur zur Yuppie-Kultur. Über den sozialen Wandel in innerstädtischen Revieren von Ballungsgebieten«. In: *Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* Nr.4, 352-358
- Weiss, P., 1981: *Notizbücher 1971-1980*. 2 Bde., Frankfurt/M.
- Zamis, G. (Hrsg.), 1980: Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften. Leipzig u. Frankfurt.

Weitere Beiträge zum Themenschwerpunkt

- Baratta, Giorgio, 1987: Gramsci befreien. *Argument* 162
- Hermansson, Carl Henrik, 1987: Bericht von einer gewerkschaftlichen Lesegruppe zur »Ästhetik des Widerstands«. *Argument* 162
- Demirovic, Alex, 1985: Philosophie und Staat. Althusser's philosophische Strategie und der hegemoniale Status der Philosophie. *Argument* 152
- Projekt Frauen, Kunst und Kultur, 1983: Zum Nutzen eines kritischen Kulturbegriffs. *Argument* 138
- Hicks, Emily, 1983: Kultureller Marxismus. *Argument* 138
- Wolf, Frieder O., 1983: Für eine subversive Praxis der Philosophie. *Argument* 137
- Kallscheuer, Otto, 1981: Wie von Gramsci lernen? *Argument* 130
- Haug, Wolfgang Fritz, 1981: Strukturelle Hegemonie. *Argument* 129
- Elfferding, Wieland, und Eckhard Volker, 1979: Società civile, Hegemonie und Intellektuelle bei Gramsci. In: *Argument-Sonderband* 40

Utz Maas

Der Sprachwissenschaftler Gramsci

Bei dem vielfältigen neuen Interesse an Gramsci spielt, jedenfalls außerhalb Italiens, das sprachwissenschaftliche noch eine untergeordnete Rolle — obwohl Gramsci ausgebildeter Sprachwissenschaftler war (damit in der Arbeiterbewegung eine Ausnahme) und bis an sein Lebensende sein sprachwissenschaftliches Projekt verfolgt hat. Gramscis sprachtheoretische Überlegungen können den Ansatzpunkt bieten, die in den letzten Jahren scheinbar totgelaufene Diskussion um eine materialistische Sprachtheorie wieder in Gang zu setzen. Eine solche Rezeption möchte ich mit diesem Beitrag anregen, indem ich einerseits Gramscis Argumentation im historischen Kontext rekonstruiere (gegen das im deutschsprachigen Raum leider immer noch schwer vermeidbare Jonglieren mit losgelösten Zitaten aus den allein auf Deutsch vorliegenden Auswahl Ausgaben), andererseits die Implikationen von Gramscis Überlegungen weiterführe.¹

Die Schwierigkeiten, in der Tradition der Arbeiterbewegung über Sprache nachzudenken

Sprachliche Fragen sind in der linken Diskussion traditionell marginal, um nicht zu sagen: suspekt. Wie alle kulturellen Anliegen stoßen sie auf den Verdacht, den Primat der sozialen Frage anzutasten. Bei sprachlichen Fragen gilt das um so mehr, als sie mit einem tieferliegenden Vorbehalt gegenüber der Sprachwissenschaft aufgeladen sind, der wohl in traumatischen Schulerfahrungen mit dem Grammatikunterricht wurzeln muß. Diese diskursive Konstellation läßt sich von heute bis auf die I. Internationale zurückverfolgen: Die politische Reflexion bzw. das Bemühen um deren wissenschaftlich-analytische Begründung war bei den Altvorderen bestimmt von der Reaktion auf den romantisch-schwärmerischen Nationalismus vor allem der studentischen Intelligenz, die in sprachlichen Kriterien den Ansatzpunkt für eine politische Neuordnung suchte: Die neuen Nationalstaaten sollten dem Postulat folgen: eine Sprache — eine Nation.²

Die marxistische Analyse zielte demgegenüber auf die *wirklichen*, die sozialen Beziehungen, die von den »oberflächlichen« sprachlich-kulturellen Differenzen nur verdeckt wurden (»Die Arbeiter haben kein Vaterland«). Daraus erklären sich die (gelinde gesagt) schnodderigen Bemerkungen über die romantischen Bewegungen etwa in der *Rheinischen Zeitung*. Je mehr aber mit der Organisation der Arbeiterbewegung *politische* Fragen reflektiert wurden, desto deutlicher wurde für Marx, daß eine einfache Reduktion sprachlicher Probleme nicht möglich war. Anlaß für eine gründlichere Beschäftigung mit dieser Fragestellung war die Analyse der Befreiungsbewegungen, die die frühe Arbeiterbewegung mobilisierten: die polnische und dann die irische. Hier erkannte Marx ein relatives Eigengewicht kultureller Organisationsformen, das ihn in der irischen Frage sogar zu einem Abrücken vom Freihandelsdogma brachte. Zugleich führte ihn die Analyse der realen Schwierigkeiten politisch-revolutionärer Unternehmungen (vor allem in der Auseinandersetzung mit der Pariser Kommune) dazu, die

konkrete politische Organisation als wichtige Frage ernst zu nehmen, und im Zusammenhang damit wurde für ihn die gesellschaftliche Integration der bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen (vor allem der englischen) gegenüber dem »revolutionären Elan« der marginalen Bewegungen zum Problem.

Das führte zu einer Verschiebung in den politischen Schriften, die sich in den zahlreichen tagespolitischen Beiträgen der letzten Jahre von Marx, und später noch von Engels, vor allem aber auch in ihren Briefen abzeichnet. In der II. Internationale rückten Fragen der Kultur in den Vordergrund, wurden jedoch immer in Hinblick auf die Weltrevolution gestellt: auf dem Weg dahin war den mobilisierenden wie den blockierenden kulturellen Faktoren, darunter den sprachlichen Differenzen, Rechnung zu tragen. Diese Konstellation mußte sich dann zwangsläufig unter den Bedingungen des »Sozialismus in einem Land« verschärfen, und sie führte zu den dogmatisch festgeschriebenen Lehrbuchauffassungen der III. Internationale. Lenin hat zwar den mit dieser Akzentsetzung ausgeblendeten »Rest« des Sprachproblems deutlich gesehen, aber in seinen Schriften ging er nicht weiter, als eine systematische Argumentationsposition für diese Reflexion vorzusehen.³

Dieses Versäumnis rächt sich bis heute: Der verdrängte Komplex einer politischen Analyse sprachlicher Fragen zeigt sich an dem theoretischen Skandalon des Fehlens einer analytisch klaren Position gegenüber dem Aufkommen von Regionalismusbewegungen (mit den Symptomen der »Dialektwelle« bei uns), oder dramatischer noch: gegenüber den »tribalistischen« Tendenzen in den revolutionären Bewegungen der Dritten Welt. Was man hier in der Literatur findet, sind eher hilflose Rückgriffe auf Klassikerzitate mit mehr oder weniger moralisch-opportunistischen Zugeständnissen auf der organisatorisch-strategischen Ebene. Von daher definiert sich ein besonderes Interesse an Gramsci, der sein Denken nicht in diese Schablonen zwängte, Sprachprobleme nicht abstrakt von »oben«, aus der Perspektive des bestehenden oder auch künftigen Staates betrachtete, sondern aus der Perspektive der gesellschaftlichen Reproduktion.

Für dieses Unternehmen brachte Gramsci besondere Voraussetzungen mit. An Lenin orientiert, nahm er die Tradition der marxistischen Arbeiterbewegung auf, aber als ausgebildeter Sprachwissenschaftler hatte er wie wohl kein anderer in der Arbeiterbewegung vor ihm und nach ihm das begriffliche Instrumentarium zur Verfügung, um Sprachfragen systematisch zu analysieren.⁴

Aber Gramsci hatte noch eine Besonderheit, die seine Ausnahmesituation bestimmte: Als Sarde war er unmittelbar gezwungen, die Widersprüche des italienischen gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses auszutragen; er konnte also das analytische Unternehmen als Bearbeitung seiner eigenen subjektiven Widersprüche angehen.⁵

Gramsci hat kein geschlossenes theoretisches Werk hinterlassen, zu Sprachfragen genausowenig wie zu anderen Problemen. Seine Bemerkungen müssen also im jeweiligen Kontext gelesen und nicht als geflügelte Worte genutzt werden: Das gilt für die frühen journalistischen Beiträge, geschrieben im Elan der Organisation einer revolutionären Bewegung, wie für die späteren Kerkerhefte, in denen er die politische Niederlage der Arbeiterbewegung reflektiert — und zugleich, nach einer Bemerkung in einem Brief, versucht, seine Über-

legungen »für ewig« ins Reine zu bringen (Brief an Tatjana v. 19.3.1927, LC 35). Durchgängig findet sich in seinem ganzen Werk an prominenter Stelle das Problem der Sprache — zu dem bis zuletzt ein großes Vorhaben über eine historisch-sprachsoziologische Darstellung des Sardischen gehörte. Für Gramsci war dieses Unternehmen unverzichtbarer Teil seines revolutionären Gesamtprojektes der Befreiung des Denkens in der universalen (kritischen) Abklärung alles dessen, was im Alltagsdenken unabgeklärt sedimentiert ist; als Irrationalität muß es daher ins Handeln immer wieder einbrechen und verlangt insofern schon für den »Berufsrevolutionär«, als den er sich begriff, eine systematische Berücksichtigung, mehr noch aber, weil eine solche kritische Befreiung des Denkens für ihn ein revolutionärer Akt war.

Der sprachpolitische Ausgangspunkt: die »Volkssprache«

Die sprachlichen und damit die Bildungsverhältnisse in Italien führten Gramsci dazu, ein Problem der kulturellen Reproduktion zu analysieren, das in anderen bürgerlichen Gesellschaften damals schon überwunden zu sein schien: die Etablierung einer Nationalsprache und ihre Verankerung im Volkssystem. Die Debatten der II. Internationale standen unter dem Vorzeichen »Wissen ist Macht« und damit der Aneignung des *kulturellen Erbes*, das in den Staatsapparaten der Bildung monopolisiert war; die Volksalphabetisierung schien mit der durchgesetzten Volksschulpflicht erledigt — bis auf nachhängende »Ränder« der Gesellschaft. Die pädagogische Diskussion des späten 19. Jahrhunderts wußte es allerdings besser: zwar in der Regel ohne die Hoch- bzw. Literatursprache (Hochdeutsch, Französisch usw.) in Frage zu stellen, sah sie doch deutlich, wie illusorisch ein Oktroi war, der nicht die Ressourcen der Lerner nutzte. In Deutschland zieht sich durch das gesamte 19. Jahrhundert die Debatte um einen Sprachunterricht, der die Schüler bei ihren spontan erworbenen sprachlichen Fähigkeiten (also in der Regel: ihrem Dialekt) »abholt« und sie über die Reflexion auf den Kontrast von Dialekt und Hochsprache zu einer kontrollierten Aneignung der Literatursprache hinführt. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts wurden diese methodischen Überlegungen in Auseinandersetzung mit der Methodologie der Vergleichenden Sprachwissenschaft und insbesondere ihrer Anwendung auf die Sprachgeographie ausgebaut (vgl. Menges 1906, Hildebrand 1867, von Raumer 1852). In Italien wurde diese Debatte nach der Reichsgründung 1861 virulent, wo von sprachwissenschaftlicher Seite vor allem Graziadio Isaia Ascoli Stellung bezog, der im übrigen auch die damals führenden Entwicklungen der deutschen Sprachwissenschaft (»Junggrammatiker«) nach Italien vermittelte. Er wandte sich entschieden gegen den damals propagierten »Jakobinismus«, der die Reichsgründung als historischen Nullpunkt begriff und den Oktroi einer künstlichen Literatursprache forderte, die auf der Grundlage des literarischen Prestiges des Florentinischen vorgegeben werden sollte (Manzoni). Ascoli lieferte demgegenüber eine konsistente sprachsoziologische Argumentation, zeigte hinter der Frage der Wahl der sprachlichen Form das darin ausgetragene soziale Problem der Vergesellschaftung der Bildung, wobei im Vordergrund die Alphabetisierung der großen Volksmassen stand. Mit dem Blick auf die

historische Entwicklung in Deutschland propagierte Ascoli die Alphabetisierung auf der Basis der Spontansprache der Lerner, wobei er davon ausging, daß bei einmal erreichter Literarisierung (etwa in einem Dialekt) deren Übertragung auf eine andere Sprache (die Nationalsprache) unproblematisch sei, wie er überhaupt die Entwicklung einer normierten Literatursprache als Endpunkt einer solchen Entwicklung ansah (vgl. die von Grassi herausgegebene und eingeleitete Textauswahl Ascoli 1975).

Die italienischen Verhältnisse waren und sind tatsächlich um einiges komplexer als die deutschen. Die sprachlichen Verhältnisse sind hier gekennzeichnet durch extreme Dialektgegensätze zwischen Nord und Süd, es fehlt eine nationale kulturelle Bewegung, wie sie in Deutschland seit dem 16. Jahrhundert als Entwicklung einer kulturellen Dezentrierung *alle* regionalen Formen gegenüber der Schriftsprache »Hochdeutsch« abwertet; es existieren Sprachformen, die mit dem Italienischen zwar eng verwandt, ihm aber nicht zuzurechnen sind (das Sardische und Ladinische) sowie die nichtromanischen Minderheiten Albanisch und Griechisch; schließlich wirkt der prestigegeladene toskanische Literaturdialekt in der Nachfolge von Dante, der von der Entwicklung der sprachlichen Verhältnisse völlig abgelöst ist, als zusätzlicher Hinderungsfaktor für eine nationale Entwicklung, weil die tatsächlichen sozialen Zentren Rom und die norditalienischen Industriegebiete explizit aus dem hochkulturellen Horizont ausgegrenzt waren. Diese konfuse kulturelle Situation korrelierte mit einer der höchsten Alphabetenraten in Europa (vgl. De Mauro 1963).

Dies übte einen enormen Druck auf die italienische Kulturpolitik aus, der in diesem Jahrhundert dazu führte, daß die Sprachpädagogik schließlich in den 20er Jahren offiziell auf die Nutzung der dialektalen Ressourcen der Schüler umgestellt wurde. In den 20er Jahren wurde das methodische Postulat »vom Dialekt zur Sprache« offizielle Schulpolitik (formuliert von Giuseppe Lombardo-Radice), und es wurde auch als konstitutiver Bestandteil der forcierten Modernisierungspolitik des Faschismus unter dem Minister Gentile bis 1931 beibehalten.⁶

Gramsci war mit diesen Debatten als Sprachwissenschaftler vertraut: In seinen frühen Äußerungen dazu nennt er Ascoli ausdrücklich als Autorität. In einem Aufsatz von 1918 paraphrasiert er geradezu Ascolis Argumentation (SG 174-178, hier: 176). Die schon bei Ascoli angelegte Argumentation, die von der »lebendigen« Sprache (*lingua viva*) ausgeht und die »organische Entwicklung« den abgehobenen »kosmopolitischen« Intellektuellen entgegensetzt (vgl. die Textauswahl 1975, 35-37), wird bei ihm jetzt im Duktus von Croce weiterentwickelt. Die sprachliche Form ist eben nicht beliebig verfügbar für sprachpolitische Maßnahmen, sie ist nicht transparent für die darin »transportierten« Inhalte, sondern sie ist eine bestimmte Artikulation der jeweiligen Praxis, die selbst ein historisches Produkt ist; sprachliche Form muß in einem kreativen Prozeß jeweils nachgeschaffen und fortentwickelt werden (vgl. Croce 1902). Wie eng Gramsci in seinen frühen Schriften an Croce orientiert war, zeigen wiederholte Bemerkungen darüber, daß die jeweilige Sprachform nur an der Meßlatte der historisch möglichen optimalen Ausgestaltung in der schöngeistigen Literatur betrachtet werden kann (vgl. SG, 175).

Aber für Gramsci handelte es sich nicht um eine rein theoretische Debatte. Für ihn waren es gelebte Probleme, und dadurch ist sein Crocianismus von Anfang an gebrochen. Als Sarde, der seine Karriere auf Kosten der eigenen Sprache in Italien machen mußte, hatte er diese Spannungen selbst austragen müssen — und angeregt von seinem Lehrer Bartoli hatte er sie früh zum Gegenstand wissenschaftlicher Arbeit gemacht (seine frühen Briefe an die Familie in Sardinien enthalten detaillierte Fragen nach dem Heimatdialekt, vgl. Ferrata/Gallo 1964, Bd. 2, 16-17). Die späteren Briefe zeigen, daß das Thema für ihn »lebendig« blieb. Immer wieder streut er sardische Ausdrücke in diese Briefe ein: ob in einem Exkurs über mundartliche Bezeichnungen für Eidechsen in einem Brief an Tatjana vom 2.6.1930 (LC, 127-129), als intime Grußformel besonders an seine Sohn Giuliano (vgl. die undatierten Briefe bei Ferrata/Gallo, Bd. 2, 435), vor allem aber in den Briefen an die Mutter oder in solchen, in denen er auf die Mutter und besonders ihre kulinarischen Spezialitäten Bezug nimmt (LC, 135f., Brief an Gra-cietta v. 29.12.1930, in Ferrata/Gallo, Bd. 2, 237f.; Brief an Tatjana v. 23.3.1931, in: ebd., 246f.)

Wie sehr ihn das Problem betraf, zeigen vor allen Dingen pädagogische Empfehlungen an die Verwandten — wobei solche Briefe, die von ihm immerhin als Texte für Leser verfaßt und redigiert wurden, hier vielleicht noch stärkeres Gewicht haben als die Notizen in den Gefängnisheften. Er rühmt sich, mit seinem Sohn Delio sardische Lieder eingeübt zu haben — und tadelt im gleichen Brief an Teresina vom 23.3.1927, daß seine Nichte Edmea (anders als die Neffen) nicht Sardisch reden darf (LC, 37-40). Geradezu als Exempel auf seine übereinstimmend mit der damaligen Reformpädagogik eingenommene Position zur Sprachentwicklung fordert er, daß diese sich »spontan in der natürlichen Umgebung, in der die Kinder geboren sind«, abspielt; Edmeas Entwicklung bestätigt das ex negativo: sie hat offensichtlich Schwierigkeiten mit der Orthographie (vgl. den Brief an Carlo vom 31.12.1928, LC, 94-96).

Sprache ist Ausdruck gelebter Erfahrungen (esperienze vissute, SG 176), mit diesen verknüpft und insofern in der Entwicklung nicht zu überspringen — andernfalls kommt es zu hybriden Ergebnissen, zu einem sprachlichen Mischmasch (LC, 38). Aber Gramsci war weit entfernt von aller Romantik des Landlebens und der Dialektnostalgie. Der Dialekt war für ihn ein hautnaher sprachlicher Bereich, der am Anfang der Entwicklung steht — als Lebensform aber, in Umkehrung der Entwicklungsvorzeichen, zur Fessel werden muß. Die Lebensform, die in den Dialekt eingeschrieben ist, »bindet das Leben an den Kirchturm, an die Familie«, wie er drastisch in einem Aufsatz von 1917 schreibt (SG, 81f.) — dafür reichte das »Gespräch im Dialekt« aus, nicht aber für eine Veränderung dieser Lebensform.⁷

Die sprachpolitische Fata Morgana: die Universalsprache

Die Topoi des jakobinischen Diskurses, die Abwertung der Dialekte als rückständig, waren Gramsci also nicht fremd. Sie waren ja auch im Sprachdiskurs der Arbeiterbewegung in der Tradition der Französischen Revolution dominant. Seit der I. Internationale waren sie nicht nur theoretisches Thema, sondern sehr

praktisch präsent: die Altvorderen hatten permanent mit praktischen Sprachfragen zu kämpfen, auf den internationalen Konferenzen wie überhaupt beim Kontakt der verschiedenen Sektionen, aber auch innerhalb von diesen, wo sich naturwüchsig immer wieder »Landsmannschaften« bildeten, die sprachliche Ausgrenzungspolitik betrieben (insbesondere gegenüber Arbeitsmigranten). In gewisser Hinsicht spiegelten sich diese praktischen Probleme der Internationalen in der abstrakten Art, in der Sprachfragen in den programmatischen Äußerungen artikuliert wurden. Auf den Kongressen der I. Internationale wurde die Befreiung des Menschen etappenweise schon für die Gegenwart gefordert — z. B. durch die Praktizierung einer internationalen Sprache. Genährt wurden diese Vorhaben von einer Vielzahl von Projekten einer internationalen Sprache, unter denen das Esperanto nur eines ist. Die Forderung nach einer Universalsprache, die der menschlichen Sprachnatur entspreche (oft in Verbindung mit der in gleicher Weise als »natürlich« apostrophierten radikalen Orthographiereform: der Forderung nach »Phonographie«), wird als Kampf gegen die *unnatürlichen* Beschränkungen der menschlichen Natur durch die bürgerlichen Staaten und ihre Bildungsapparate propagiert. Gerade in den romanischen Föderationen hatten solche Bestrebungen eine ziemliche Bedeutung, und so mußte sich auch Gramsci mit ihnen in seiner Turiner Sektion herumschlagen (zu dieser Phonographiediskussion vgl. Maas 1986, 281-283).

Eine seiner klarsten frühen Äußerungen zur Sprachproblematik stammt aus diesem Kontext, ein polemischer Aufsatz von 1918 gegen die Esperanto-Bewegung (SG, 174-178), in dem er ausdrücklich auf die Autorität der Sprachwissenschaft rekurriert. Er argumentiert grundsätzlich gegen jede Art, abstrakt »von oben« an Fragen der Sprache heranzugehen: Das gilt im internationalen Rahmen für das Esperanto genauso wie im nationalen für den Oktroi einer künstlichen Nationalsprache, die als formale nur staatliches Unterdrückungsinstrument sein kann (Gramsci richtet sich hier explizit gegen puristische Bestrebungen, die die dialektale Vielfalt ausgrenzen). Hier findet sich auch der oben schon angeführte Terminus von Sprache als Ausdruck *gelebter Erfahrungen*. Statt die sprachliche Form zum vordergründigen Problem zu machen, muß es darum gehen, eine neue Kultur herauszubilden, die eine entsprechende neue Sprache nach sich zieht — die gegenteiligen Bestrebungen prangert er als »Kosmopolitismus« an. Die Realisierung des Projektes einer internationalen Sprache ist für ihn in der Sache also die Realisierung des Sozialismus.⁸

Bereits ein Jahr vorher, im Kontext seines militanten Engagements in der Turiner Arbeiterbewegung, stellt Gramsci in einem anderen Aufsatz klar, wo die politische Sprachreflexion anzusetzen hat: bei der Überwindung der kulturellen Barrieren gegen die gesellschaftliche Partizipation, im Kampf gegen den Alphabetismus (vgl. den Aufsatz »Alphabetismo« von 1917, SG, 81-82).

Pointiert stellt er fest, daß da, wo die Beschränkung auf den lokalen Horizont in die dialektale Sprach- und Lebensform eingeschrieben ist, auch die obligatorische Schulpflicht nichts ausrichten kann: Sie kann zwar den Schulbesuch erzwingen, nicht aber die Änderung zu einer Lebensweise, in der die *Schrift* notwendig ist und Sinn hat: der urbanen Lebensform (der *citadini*). Erst in dieser Lebensweise oder ihrer Perspektive hat die Entfaltung der Sprache ihren Ort,

entsteht »die Notwendigkeit der Schrift und der Sprache« (die hier charakteristischerweise beide gegen den Dialekt stehen).

Gramsci verschiebt das Problem aber nicht einfach von der vordergründig formalen Debatte auf die *darunter* liegende soziale Frage, sondern ihn interessieren die *in* der sprachlichen Form liegenden kulturellen Bestimmungen. Dieses Interesse läßt ihn auch im Gefängnis nicht los. Die Kontinuität seiner Gedanken, aber auch die gewonnene Klarheit zeigt sich, wenn er z.B. im elften Heft (von 1932/33) schreibt:

»Wer einen Dialekt oder die Nationalsprache nur teilweise [*in gradi diversi*] spricht, nimmt teil an einer mehr oder weniger beschränkten und provinziellen Weltansicht, die versteinert ist, anachronistisch gegenüber den großen intellektuellen Strömungen, die die Weltgeschichte bestimmen. Seine Interessen sind entsprechend beschränkt, mehr oder weniger korporativ und materiell [economici], nicht universell.« (QC II, 1377)

Eine Sprachform drückt die Erfahrungen einer Gemeinschaft aus, sie zementiert die Erfahrungskategorien, in denen sich die Mitglieder einer Gemeinschaft wiedererkennen, die ihnen die fraglose Koordination des Handelns und die Verständigung untereinander möglich machen — um den Preis der Reproduktion dieser Strukturen. In diesem Sinne spricht Gramsci immer wieder davon, daß die Sprache *organisch* mit der Lebensform zusammengehört, daß jede Sprache (*linguaggio*) »die Elemente einer Weltansicht (*concezione del mondo*) und einer Kultur enthält«. Damit stellt aber die Sprache zugleich eine *Beschränkung* der Praxis dar, die durch Bildungsarbeit in der Perspektive ihrer Universalisierung zu überwinden ist. Universal aber heißt in diesem Sinne nicht: *formal* für alle gleich. Die Entwicklung einer Nationalsprache ist die Bearbeitung und Aufhebung der Partikularismen, wenn auch in nationaler Form: diese bleibt bezogen auf die Familie der von ihr »überdachten« Dialekte; die lokalen Beschränkungen werden überwunden, ohne aber den Boden der gelebten Erfahrungen zu verlieren. Kultur ist für Gramsci in diesem Sinne an die sprachliche Übersetzbarkeit gebunden, die für ihn gewissermaßen definitionsgemäß nur zwischen Nationalsprachen besteht: bezogen auf die universalen Inhalte, die in kulturell spezifischen Formen artikuliert werden. Für die Dialekte, als symbolischer Ausdruck partikularer kultureller Praxen, ist das ausgeschlossen.⁹

Befreiung der Arbeit — Befreiung der Sprache

Gramsci überwindet die Aporien der damaligen (und weitgehend noch heutigen) Sprachdebatte, indem er die romantische Emphase auf der Spontaneität der Muttersprache (dem Dialekt) auf der einen Seite, dem aufklärerisch-jakobinischen Pathos von Fortschrittlichkeit der Universalsprache auf der anderen »dialektisch« vermittelt; dazu dienen ihm die vitalisierenden Termini der *gelebten Praxis*: des *Lebens* der Sprache und des *organischen* Zusammenhalts. Die sprachpolitische Frage stellt sich ihm nicht als Entscheidung zwischen konkurrierenden sprachlichen Formen/Varietäten, sondern als *Arbeit* an der Sprache, als Bearbeitung der Potentiale spontaner Sprachformen und damit zugleich als deren Valorisierung. Der Dialekt ist nicht zu verdrängen, auch nicht zu überspringen, sondern *auszubauen* zu einer universalen Sprache, die keine ganz andere ist, auch keine festzuhaltende Form als solche (von daher Gramscis Polemik

gegen jede Form von Purismus!), sondern ein flexibles Instrument in der sich ändernden Lebensform. Der Ausbau der Sprache ist deshalb für ihn notwendig an das sozialistische Gesellschaftsprojekt gebunden.¹⁰

Hier findet sich bei ihm die gleiche emphatische Argumentationsweise, die sich auch in den Marxschen Schriften findet und es manchmal schwierig macht, analytische von empirischen Aussagen zu trennen. Bildung bedeutet nicht die Aneignung von etwas ganz anderem, sondern die Entfaltung der mitgebrachten Potentiale der Lernenden. So ziehen sich denn auch durch die Kerkerhefte Formulierungen wie »alle Menschen sind Intellektuelle«, die als pointierte Markierung des Skandals fungieren, der eine Organisation der Gesellschaft charakterisiert, in der diese menschliche Grundbestimmung nicht zur Geltung kommt. Sie sind gedacht als Gegenbestimmung zur Analyse der bestehenden (und insofern eben zu verändernden) Verhältnisse: »Nicht alle Menschen haben in der Gesellschaft die Funktion von Intellektuellen« (QC, 1516 — entsprechend an anderen Stellen die gleiche Formulierung mit »Philosophen«). Auch in der nicht entsprechend valorisierten Praxis manifestiert sich das intellektuelle Potential: nämlich im Alltagsdenken (»senso commune«) mit seinen Widersprüchen. Die gelebte Praxis ist der notwendige Ausgangspunkt jeder Bildungs- und damit auch Spracharbeit. Das Kohärentmachen der »spontanen Philosophie«, der »Philosophie der Nichtphilosophen« kann erst durch die Objektivierung in der Sprache (»linguaggio«) gelingen. Daher die enge Koppelung von *Sprache* und *Schrift* im Gegensatz zu den Dialekten: Die kommunale Praxis der oralen »conversazione« ist eingebettet in den Fluß des unmittelbaren Geschehens, der interaktiven Konstellation. Erst durch die Objektivierung der Sprache in der Schrift werden die heterogenen Momente darin faßbar und der Sprachkritik zugänglich (s. QC, 1375-76).

Sprache ist kein feststehendes, formal definierbares System, sondern befreite Praxis. Gramscis Bemerkungen über die »Arbeit an Sprache« müssen zusammen mit seinen ausführlicheren Bemerkungen über die Befreiung der Arbeit gelesen werden (vgl. vor allem die Aufsätze aus der Zeit der Turiner Fabrikrate). Die Praxis enthält notwendig überschüssige Momente über ihre (fremdbestimmte) Organisation im Reproduktionsprozeß hinaus; die befreite Praxis bringt diese überschüssigen Momente zur Entfaltung (vgl. QC, 1063). Die Arbeiter eignen sich mit der Entwicklung des kapitalistischen Produktionsprozesses (die für den frühen Gramsci noch eine zwangsläufige Gesetzmäßigkeit ist) immer mehr die in den Produktionsmitteln steckende Intelligenz an, und sie werden so zu Formen der Selbstorganisation gedrängt (also auch zu einer Veränderung ihrer Sprachpraxis im Betrieb), die immer mehr Momente der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit ihnen verfügbar macht.

Sie werden zu Intellektuellen, die die Formen der Arbeitsorganisation im Betrieb selbst gestalten: Befreiung der Arbeit, Valorisierung der Arbeiter als Intellektuelle, Befreiung der Sprache bilden einen Zusammenhang, dessen Realisierung erst im Kommunismus möglich ist.¹¹

Sprachtheoretische Verallgemeinerungen

Damit hat Gramsci einen theoretischen Ansatzpunkt gefunden, der es erlaubt, gängige kurzschlüssige Reduktionen der Sprachwissenschaft zu überwinden — wobei man bei ihm allerdings kein geschlossenes theoretisches System suchen darf. Dabei sind nicht nur die »Stellen« zu berücksichtigen, an denen das Wort *Sprache* selbst vorkommt, denn gerade dort ist Gramsci oft in den vitalistischen Ausdrucksformen des frühen 20. Jahrhunderts gefangen. Man muß seine Sprachtheorie gewissermaßen gegen das geschriebene Wort herausarbeiten.¹² Gramscis Argumentation basiert auf einer radikalen Historisierung des Praxisbegriffs, den er von den jeweiligen materiellen Bedingungen der Reproduktion her faßt, und in dessen Zusammenhang die Sprachpraxis (die Sprache) als ausgezeichnetes Moment faßbar wird (vgl. hierzu und zum folgenden Maas 1984, 195-201).

Der Ansatzpunkt tritt vielleicht in den frühen Schriften zu den Fabrikräten am schärfsten zutage. Die Arbeit ist jeweils bestimmt durch die Produktionsverhältnisse und die mit diesen verbundene *Kultur* (vgl. ON, 325). In einer recht optimistischen, an den Proletkult erinnernden Argumentation begreift Gramsci die Entwicklung des Kapitalismus als zunehmende Verlagerung organisierender Tätigkeiten in die Produktion selbst: Die Entscheidungen werden dann nicht mehr außerhalb getroffen, sondern von den Produzenten selbst, den qualifizierten Fabrikarbeitern und der »technischen Intelligenz«.

Hier liegt das Kriterium für einen analytischen Begriff der *Intelligenz*: das organisierende Eingreifen in die Produktion. Die kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse verhindern aber letztlich die Verwirklichung der Freisetzung von Intelligenz im Produktionsprozeß, weil der staatliche Machtapparat die Fremdbestimmung in der Produktion weiter fixiert; die endgültige Befreiung der Arbeit ist daher nur als Form des befreiten Zusammenlebens (er spricht ausdrücklich von »convivenza umana«; ON, 127) in der kommunistischen Gesellschaft möglich. Intelligenz steht hier gegen das rein Instrumentelle des Arbeitsprozesses (*operare tecnicamente, industrialmente*), für das Moment der Autonomie.

In den späteren Arbeiten hat Gramsci dann die Analyse des industriellen Arbeitsprozesses realistischer gefaßt und den analytischen Begriff der Intelligenz genauer bestimmt. In einer Radikalisierung dieser Überlegung hat er die als »intellektuell« anzusprechenden Tätigkeiten der »taylorisierten Intelligenz« als total fremdbestimmte Tätigkeit unter das *operare tecnicamente* subsumiert; in diesem Sinne spricht er von der Schule als von einer intellektuellen Taylorisierung, die eben nicht die oben angesprochenen intellektuell-sprachlichen Potentiale der Lernenden entfaltet (vgl. QC, 484).¹³

Mit Gramsci ist die Sprache vor dem Hintergrund der Selbst-/Fremdbestimmtheit der Praxis zu analysieren. Wo diese fremdbestimmt ist, ist das Potential der Sprache reduziert auf die mehr oder weniger ritualisierte Reproduktion der Verkehrsformen, ist Sprachliches weitgehend substituierbar durch non-verbale Gesten, wie in kommunikativ-vertrauten Interaktionen; hier paßt Gramscis Diktum von der Borniertheit »lokaler« Sprachformen. Anders ist es, wenn die Verhältnisse sich nicht hinter dem Rücken der Subjekte reproduzieren, sondern

von ihnen selbst kontrolliert werden. Eine *symbolische* Kontrolle ist dann besonders nötig, wenn, wie in entwickelteren Gesellschaftsformen mit entfalteter gesellschaftlicher Arbeitsteilung, die Verhältnisse nicht ohne weiteres überschaubar sind, sondern über eine symbolische Synthetisierung erst zugänglich werden.

Das gilt für die Selbstvergewisserung der Bedingungen des Handelns nicht weniger als für die Vergewisserung der sozialen Übereinstimmung, soweit es sich eben nicht nur um Konformität handelt, die in Verhältnissen der Fremdbestimmtheit gewissermaßen vorsprachlich oder auf dem »Nullpunkt« der Sprache möglich ist, sondern um organisierte Anstrengungen zur Veränderung der Verhältnisse.¹⁴

Eine weitergetriebene genetische Überlegung kann hier die Kurzschlüssigkeit der gerade oft auch »materialistisch« präsentierten sprachtheoretischen Funktionalismen aufzeigen: Genetisch kann Sprache aus den Bedingungen der Handlungskoordination entwickelt werden (ontogenetisch ist das auch nachzuvollziehen, wo die soziale Praxis für das Kind, das sich an der Praxis der Eltern orientiert, vorgängig ist). Aber *wenn* die Kategorien der Sprachpraxis entwickelt sind, weisen sie einen symbolischen *Überschuß* über die funktionalen Finalisierungen auf, der zur Sinndeutung und Vergewisserung der Ziele des Handelns genutzt werden *kann*. Dieser Prozeß wiederholt sich potenziert mit der Schrift, die ebenfalls in kommunikativen Beziehungen gelernt wird (und vielleicht so auch gesellschaftlich entwickelt worden ist), die aber die Potentiale zur Entfaltung von Deutungsprozessen besitzt, entlastet vom kommunikativen Streß der Interaktion. Allerdings folgt die Realisierung der Potentiale nicht zwangsläufig aus ihrem Praktiziertwerden, wie alltägliches (»phatisches«) Sprechen ebenso wie Gebrauchsschrifttum (kommunikative Vermerke als Substitut für mündliche Kommunikation) zeigen. Nicht von ungefähr koppelt Gramsci die Rede von der entfalteten Sprache an Schrift: In der binomischen Formel von *alfabeto e linguaggio*.

Die sprachtheoretischen Ansätze bei Gramsci sind also kulturanalytisch aufzunehmen: Als dynamische Analyse in der Perspektive der Befreiung der Praxis, aber auch der Beschränkungen, die den historischen Sprachformen und -verhältnissen innewohnen (daher Gramscis entschiedene Frontstellung gegen alle Projekte, Sprachformen normativ festzuschreiben).

Sprache und Intelligenz (traditionelle und organische Intellektuelle)

Die folgenden Bemerkungen verhalten sich recht frei gegenüber Gramscis eigenen Formulierungen. Sie sind nur zu vertreten im Hinblick auf dessen Analyse der Intellektuellen, in der er insbesondere das Verhältnis von analytischen und empirischen Begriffen klärt. Nicht anders als Marx (man denke an die schillernde Kategorie des »Gesamtarbeiters«) tut sich auch Gramsci sehr schwer mit der Trennung der beiden Kategorien, und in seinen frühen Schriften ist diese wohl auch noch nicht vorhanden.¹⁵

Für die Entwicklung von Gramscis Denken in dieser Hinsicht spielt sein Aufsatz über die *Südfrage* von 1926 eine Schlüsselrolle (es war im übrigen seine

letzte für die Publikation fertiggestellte Arbeit, die erst 1930 in Paris veröffentlicht wurde; vgl. CPC, 137-158). Die begriffliche Klärung erfolgt hier, wie dann später verschärft in den Gefängnisheften, unter dem Druck der geänderten politischen Fragestellung: Wie war es möglich, daß der Faschismus die Macht ergreifen konnte? (Wobei Gramsci, anders als in den Gefängnisheften, hier noch nicht von einer grundlegenden Niederlage der Arbeiterbewegung ausgeht, sondern von einer »Übergangsphase«.) Die Intelligenz spielt dabei eine Schlüsselrolle, sowohl als sozial faßbare Gruppe (*gruppo* oder *strato sociale*), die er als Personen namhaft machen kann (dabei treibt er ein im Deutschen schwer nachzumachendes ironisches Spiel mit den Suffixen *-iotti*, *-iali* u.a.) — wie auch im analytischen Sinn als Frage nach der Artikulation des gesellschaftlichen Bewußtseins. Damit wendet er sich mehr oder weniger ausdrücklich gegen jede Art ökonomistischer Reduktion des Bewußtseins und stellt die relative Autonomie der Sprachproblematik heraus (etwa CPC, 151-153): Die Artikulation kann die Praxis in die gesellschaftliche Reproduktion einbinden, sie kann diese aber auch destabilisieren und den »herrschenden Block« »desartikulieren« (das ist die Rolle der linken Intelligenz); sie kann schließlich eine revolutionäre Praxis artikulieren (das ist die Rolle der Intelligenz in der Kommunistischen Partei). Die soziale Funktion der Intellektuellen wird von ihm hier als soziales Bindemittel bestimmt (*collegamento organico*).

Als soziale Gruppe sind die Intellektuellen bezogen auf ihr gesellschaftliches Umfeld, eingelassen in die ungleichzeitige Entwicklung der Gesellschaft. Die »traditionellen Intellektuellen« (für die bei Gramsci exemplarisch der »große Intellektuelle« Croce steht) wirken im Sinne der gesellschaftlichen Reproduktion, wie sie nach wie vor die Verhältnisse im Süden bestimmt. Sie stabilisieren also zunächst die Herrschaftsverhältnisse des Großgrundbesitzes. Die linken Intellektuellen in den (Groß-)Städten des industrialisierten Nordens sind dagegen organisch in die emanzipatorischen Kämpfe der Arbeiterklasse eingebunden.

Die soziale Funktion der Intellektuellen ergibt sich folglich daraus, wie sie auf die gesellschaftlichen Interessengegensätze einwirken. Hier überschneidet sich der empirische Begriff mit dem analytischen. »Organische Intellektuelle« sind — im analytischen Sinne — die in die gesellschaftliche Reproduktion eingebundenen (für sie unverzichtbaren) Intellektuellen. Die Aufgabe der linken Intelligenz ist es, die herrschenden diskursiven Strukturen, die die Reproduktion der Verhältnisse absichern, zu desartikulieren, d.h. eine Bildungsarbeit zu betreiben, mit der diese diskursiven Strukturen in der Perspektive der gesellschaftlichen Veränderung reartikuliert werden.¹⁶

Die empirische Verfaßtheit der Intellektuellen bildet gewissermaßen die materielle Basis für ihre gesellschaftliche Rolle, wie Gramsci besonders deutlich für die formal-universale europäische Orientierung der »Intellektuellen des Südens« zeigt. Diese überspringen damit die notwendige kritische Entfaltung des »*sensu commune*« und kanalisieren dessen revolutionäres Potential zugunsten der Reproduktion der Verhältnisse (CPC 156). Im gleichen Zusammenhang macht Gramsci sehr deutlich, wie die Heterogenität des *sensu commune* fungiert, wenn er etwa die Kollusion des traditionellen bäuerlichen Antiklerikalismus mit der faktischen Kontrolle durch die katholische Hierarchie aufzeigt (CPC, 152).

Diese Widersprüche werden in der konkreten Praxis diffus amalgamiert, nicht zuletzt eben in einer diskursiven Praxis, die auf der Basis der lokalen Kommunikationsformen erfolgt, wobei dann der in den Dialekt eingeschriebene »Kirch-turmschatten« seine Schleusenfunktion erfüllt.

Als organische Intellektuelle fungieren die »traditionellen Intellektuellen« vom Typ Croce also trotz ihrer von der kapitalistischen Entwicklung Italiens überholten Rolle, weil sie im Sinne der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung auf »moderne« Weise zur Reproduktion des bürgerlichen Staates beitragen: Die rebellischen Momente der bäuerlichen »Volkskultur« werden von den organischen Intellektuellen des Großgrundbesitzes desartikuliert; eine fortschrittliche Politik bedarf ihrer Reartikulation, die »national« auf die Gemeinsamkeiten von norditalienischem Proletariat und süditalienischen Kleinbauern und Landarbeitern abstellt (die »Inseln« wie insbesondere Sardinien gehören in dieser Redeweise immer zu Süditalien). Die Rolle der Intelligenz im analytischen Sinne ist also durch ihre Schlüsselfunktion bei der Entfaltung der sprachlichen Potentiale bestimmt.

Indem der traditionelle Intellektuelle das anschauliche Sprachverständnis als artikulierte Praxis monopolisiert, fungiert er zugunsten der Reproduktion der kapitalistischen Verhältnisse in den kulturellen Apparaten (Gramsci spricht in diesem Zusammenhang sarkastisch von den Intellektuellen als den »Commis« des Systems); er verhilft einer Sprachvorstellung zur gesellschaftlichen Geltung, die auf ästhetischer Virtuosität im Umgang mit den komplexen Normen der Schulsprache beruht; diese stiften aber bei der Mehrheit der Bevölkerung in der erzwungenen schulischen Konfrontation mit ihr die traumatischen Inferioritätsprobleme, die die Basis für den meritokratischen Konsens der gesellschaftlichen Reproduktion sind.¹⁷

Eine historische Sprachanalyse, die von Gramscis Prämissen ausgeht, wird also Sprache nicht vom ästhetischen Schein her betrachten. Sie richtet sich gegen die Existenz einer besonderen Schicht von professionellen Auslegern des Sinns — in der Perspektive der Wiederaneignung der Intelligenz und damit auch der Sprache durch die Produzenten selbst.¹⁸

Sprachreflexion und politische Intervention

Gramsci war kein reiner Theoretiker; er schrieb als Politiker, als »Berufsrevolutionär«, wie er mehrfach ausdrücklich für sich reklamierte. Auch seine Überlegungen zur Intelligenz und zur Sprache antworten auf ein praktisch-politisches Problem: in den frühen Schriften die Organisation von Arbeiterkämpfen auf dem linken Flügel der Partei, im Gefängnis dann die Analyse der Niederlage der Arbeiterbewegung durch den Faschismus und der Mechanismen der gesellschaftlichen Reproduktion, die den Faschismus stabilisierten.

Gerade aber der Faschismus bzw. die massenhafte Kollusion mit der faschistischen Macht erforderten eine Klärung des Zusammenhangs von Sprache und Intelligenz: Die korporativen Mechanismen des faschistischen Systems bauten auf die Beschränkungen der gesellschaftlichen Kritik, die in die lokalen Sprachformen eingeschrieben waren.¹⁹

Gramscis Perspektive ist nicht die des antimodernistischen Ressentiments, der antietatistischen Revolte (die allerdings beim jungen Gramsci z.T. doch spürbar ist). Das macht ihn außerordentlich aktuell, nicht nur wegen der eingangs schon angesprochenen Kontinuität der objektiven Probleme. In einer konfusen Diskussion wird Gramsci gerade auch von solchen reklamiert, die »vom Bauch her« Position beziehen, wie es z.B., hier allerdings in faszinierender Art, Pasolini tat, dessen »Freibeuterschriften« bei uns Erfolg haben. Pasolini artikuliert die Revolte gegen die von ihm ausdrücklich als »Faschismus« angesprochene »Amerikanisierung« des Lebens. So eindrucksvoll seine Analyse der Enteignung der Volkskultur auch ist, für die er denn auch explizit Gramscische Prämissen reklamiert (*senso Gramsciano*; 1978, 227), so wenig ist sein Gestus der Revolte im Sinne von Gramscis analytischem Projekt. Was bei Gramsci in den frühen Schriften tatsächlich in einer gewissen Ambivalenz vorhanden ist, wird von Pasolini vereindeutigt: die rebellische Geste steht gegen die fremdbestimmte Homogenisierung der Verkehrssprache (bemerkenswerterweise findet sich bei Pasolini Croces Gegensatz von der Dominanz des »Kommunikativen« gegenüber dem »Expressiven«; vgl. 1972, 21ff.); die Rückzugsbasis ist das Orale, gewissermaßen als Naturzustand, als Barriere gegenüber der Schrift, die für ihn notwendig auf die staatliche Kontrolle verweist. — In diesem emotional aufgeladenen Gegensatz geht verloren²⁰, was Gramsci in der kontinuierlichen Auseinandersetzung mit den Widersprüchen seiner eigenen frühen Position herausgearbeitet hat: daß Sprachreflexion auf die Potentiale der Menschen zu beziehen ist, auf die Möglichkeiten einer Bildungsarbeit, die zur Befreiung der Arbeit und damit zur Befreiung der Sprache führt. Auf dem Weg dahin ist noch viel an analytischer Arbeit nötig.

Anmerkungen

- 1 Zur Aktualität Gramscis vgl. Baratta 1987. In Italien gehört Gramsci inzwischen zu den Standardreferenzen in der sprachsoziologischen Diskussion, vgl. De Mauro 1963 und 1980 oder die umfangreiche Anthologie von Vitale 1978. In der DDR hat jetzt Klaus Bochmann die Voraussetzungen für eine sprachwissenschaftliche Beschäftigung mit Gramsci geschaffen: einerseits mit seinem Auswahlband 1984, andererseits mit der Organisation eines Kongresses über Gramsci in Leipzig 1986 (vgl. dazu meinen Kongreßbericht in *Argument* 164/1987, 564f.). Den Beiträgen auf diesem Kongreß, insbesondere denen von Jürgen Erfurt und Michael Grabek, habe ich wichtige Anregungen für das folgende zu verdanken; Michael Bommers bin ich für kritische Anmerkungen zu einer ersten Fassung des Manuskripts dankbar.
- 2 Es ist hier nicht der Ort, die Geschichte dieser politischen Sprachreflexion nachzuzeichnen, die bisher noch nicht geschrieben ist. In der Struktur dieses Argumentes stimmen politisch noch so gegensätzliche Bewegungen überein wie in Deutschland der Nationalismus des »Turnvater« Jahn und der Burschenschaften, in Italien Mazzini, im slawischen Raum Bakunin u.a. Einige Hinweise zu der Auseinandersetzung des marxistischen Flügels mit diesen Positionen bis zum Ende der II. Internationale finden sich in Maas 1979.
- 3 In der für die politische Organisation zentralen Frage der Selbstbestimmung der Nationen (vor allem in der Auseinandersetzung mit dem jüdischen »Bund«) differenzierte Lenin zwischen der nationalen Form der politischen Organisation einer Partei (gewissermaßen staatskongruent) und dem Inhalt ihrer Politik, der »internationalen Kultur«, vgl. LW 20, 17f. Daraus wurde in der Folge gewissermaßen ein Lehrsatz, den Stalin wiederholt entwickelte: »national in der Form, aber sozialistisch (international) im Inhalt«, ausführlich etwa in Stalin 1930, 321.

- 4 Lo Piparo (1979) hat Gramscis Werdegang als Sprachwissenschaftler und die Spuren seiner sprachwissenschaftlichen Ausbildung im späteren Werk detailliert rekonstruiert. Ausführlichere Verweise erübrigen sich daher hier. In der Arbeiterbewegung drängt sich die Parallele zu Engels auf, der als Autodidakt erstaunlich tüchtig die damalige Philologie beackerte: Er wendete sein Wissen im übrigen nicht nur auf die ihm vertrauten plattdeutschen Verhältnisse an (wo seine originellen sprachsoziologischen Überlegungen heute zu Recht wiederentdeckt werden), sondern eben nicht zuletzt auch auf das Irische, um Grundlagenstudien für die tagespolitischen Interventionen zu treiben. Die Parallele von Engels und Gramsci wäre ein reizvoller Untersuchungsgegenstand.
- 5 Für einen sprachsoziologischen Überblick über die Entwicklung der sprachlichen Verhältnisse in Sardinien s. Blasco Ferrer (1984). In der Arbeiterbewegung gibt es in dieser Hinsicht eine aufschlußreiche Parallele zu Gramsci: Rosa Luxemburg, deren Sensibilität für sprachpolitische Probleme zweifellos mit ihrer Marginalität als Polin in der damaligen politischen Konstellation zusammenhängt (einige Hinweise dazu bei Maas 1979).
- 6 Zu diesen späteren Entwicklungen, insbesondere denen im Faschismus und der Kehrtwendung der faschistischen Sprachpolitik vgl. Klein 1986. Im übrigen war das pädagogische Konzept von Lombardo-Radice ausdrücklich an Croce orientiert, der auch für Gramsci ein zentraler Orientierungspunkt war. Die Parallelen zwischen der Sprachpolitik des italienischen und des deutschen Faschismus wären eine eigene Untersuchung wert, da die von Klein aufgezeigten Parallelen differenziert werden müssen. In der ersten Phase der Stabilisierung seiner Herrschaft band der deutsche Faschismus jedenfalls mit einer Politik, die die bodenständigen Sprachformen zu pflegen vorgab, zumindest die Funktionäre der entsprechenden Verbände erfolgreich ein.
- 7 Es ist bemerkenswert, daß etwa gleichzeitig Ferdinand de Saussure die widersprüchliche Dynamik in der Sprachentwicklung mit dem gleichen Terminus charakterisierte: Die Spannung von »esprit du clocher« (Geist des Kirchturms), der die Dialektgrenzen prägt, und der auf Universalisierung der Verkehrsform tendierenden Kraft des Verkehrs (*intercourse*), vgl. Saussure 1972, 281-285.
- 8 In der Argumentation stimmt Gramsci hier bemerkenswert überein mit gleichzeitigen Diskussionen in der sowjetischen Sprachwissenschaft, die sich ja ebenfalls vor das Problem der Massenalphabetisierung und der Vereinheitlichung einer Nationalsprache gestellt sah. Es gibt allerdings keine Indizien dafür, daß Gramsci von den Arbeiten Vološinovs, Polivanovs u.a. Kenntnis gehabt hätte.
- 9 Gramsci fährt an der o.g. Stelle fort: »Wenn es nicht möglich ist, immer weitere Fremdsprachen zu lernen, um mit verschiedenen kulturellen Lebensformen in Berührung zu kommen, so sollte man wenigstens die Nationalsprache gut lernen. Eine große Kultur kann in die Sprache einer anderen großen Kultur übersetzt werden, d.h. eine große Nationalsprache, die durch die Geschichte reich und komplex ist, kann jede beliebige andere große Kultur übersetzen, als weltweite Ausdrucksform dienen. Das gleiche kann aber kein Dialekt leisten.« (QC II, 1377) Der Akzent liegt hier auf der *großen*, also universalen Kultur, nicht auf der formalen Übersetzbarkeit, die selbstverständlich auch zwischen Dialekten besteht, wie die übliche Vielsprachigkeit bäuerlicher Gemeinschaften in multi-ethnischen Regionen deutlich macht (hier besteht die Übersetzbarkeit gewissermaßen in bezug auf die geteilte Partikularität der Lebensweise).
- 10 In diesem Sinne ist Gramsci auch in praktischen Fragen der Agitation konsequent: Gegen jede Form des Populismus besteht er darauf, daß die Agitation in der Sache kompromißlos (und folglich auch schwierig) sein muß. Bezogen auf die Sprache der Arbeiter muß die Argumentation immer ein Stück weiter sein, als diese in ihrem Denken bzw. in ihrer Sprache, vgl. *Cultura e lotta di classe* vom 25.3.1918; SG, 238-241. Zum Gedanken, daß Spracharbeit Bildungsarbeit ist, vgl. *Il Problema della Scuola*, 27.6.1919; ON, 255f.
- 11 Vgl. die Aufsätze *Lo strumento di lavoro*, 19.2.1920, *L'operaio di fabbrica*, 22.2.1920, *Il concilio di fabbrica*, 5.6.1920; ON, 79-84, 324-327, 123-127. Gramsci skizziert dort eine »Kulturanalyse« der Arbeit, die eine Sprachanalyse impliziert — und die folgerichtig so die Bildungsarbeit als notwendigen Bestandteil revolutionärer Betriebsarbeit herausstellt.
- 12 Gramsci hätte ein solches Vorgehen sicher gutgeheißen. Ihm lag, wie die oft ironischen, selbstpersifizierenden Formulierungen zeigen, bei seinem Vorgehen »für ewig« jede Fixierung eines kanonischen Textes fern; vgl. auch seine Vorbemerkung zu Heft II, wo es heißt, daß seine Notizen mit »laufender Feder geschrieben« seien und vermutlich bei näherem Hinsehen alle radikal zu

- überarbeiten wären (QC, 1365) — was sicher nicht nur auf die Fremdzitate gemünzt ist. Vor allem entspricht das aber dem von Gramscis selbst herausgestellten methodischen Kern, das marxistische Denken zu *leben*, so wie er es exemplarisch für Lenin und die Bolschewisten herausstellt, die die Oktober-Revolution gegen Marxens »Kapital« gemacht haben, wie er 1918 provokativ schrieb (*La rivoluzione contro il capitale*; SG, 149-153, bes. 150).
- 13 Unter dem Stichwort Taylorismus (in gewisser Hinsicht synonym: Fordismus, Amerikanismus) analysiert Gramsci später die kapitalistische Entwicklung im Gegensatz zu seinen frühen, dem Proletkult nahestehenden Äußerungen als immer weiter vorangetriebene Aneignung der organisierenden Momente der Arbeit durch das Kapital (vgl. das Heft 22 der QC). Es ist übrigens bemerkenswert, daß sich die emphatischen Formulierungen über die Intellektuellen in ganz anderem Kontext (und sicherlich ohne Kenntnis von Gramsci) finden, nämlich bei Victor Klemperer, der sich gegen die »nazistische« Desavouierung des Intellekts wendet und ihn für den gesellschaftlichen Neuaufbau reklamiert; dabei unterscheidet er den analytisch-bewertenden Begriff des Intellektuellen und die soziale Statuszuschreibung: »Man kann ein Steinecklopfen sein und doch zugleich ein Intellektueller ... Viel häufiger ist bei uns der andere Grenzfall, daß einer von Berufs wegen der gelehrteste Geistesarbeiter ist, und dabei doch nur ein Steinecklopfen und kein Intellektueller.« (Klemperer 1946, 685)
 - 14 Das ist der Fluchtpunkt der faschistischen Kontrolle der sprachlichen Verhältnisse, nicht aber die vorgebliche Indoktrinierung, die Manipulation durch das Eintrichtern von Vorstellungen in die Köpfe, vgl. dazu Maas 1984.
 - 15 Eine solche Unterscheidung ist schon bei Gramscis wichtigstem Gewährsmann — bei Ascoli — zu finden, der als Korrelat für die gesellschaftliche Entwicklung der sprachlichen Verhältnisse nicht einzelne Gruppen von Personen sieht, sondern ausdrücklich von dem intellektuellen Apparat der Gesellschaft spricht: »apparato intellettuale della nazione« (vgl. 1975, 22).
 - 16 Auch hier betätigt sich Gramsci ausdrücklich als Sprachwissenschaftler. Er macht sich einen Spaß daraus, die intellektuellen Gegner naiver »Volksetymologien« zu überführen, so wenn sie ängstlich aus einer Kneipenbezeichnung der Albanier (*skipetari*) einen Versammlungsort der »Streikenden« (*scoperanti*) machen (CPC, 154). Vor allem macht er hier auch deutlich, daß der Bezugspunkt für die Sprachanalyse bei den artikulierten Erfahrungen liegt, nicht bei der sprachlichen Form: so verweist er darauf, daß der gleiche Liedertext, den sardische Soldaten vor und nach ihrem Einsatz gegen streikende Turiner Arbeiter gesungen haben, durch deren Erfahrungen bei der Konfrontation vorher und nachher mit ganz verschiedenen Bedeutungen aufgeladen war (CPC, 144).
 - 17 Das ist der Kern von Gramscis Analyse des Sprachpurismus und seiner Rolle in der obligaten Volksschule. Das Thema ist jetzt etwa von Sennet/Cobb 1980 entwickelt worden.
 - 18 M. Godelier (1984) hat den systematischen Versuch unternommen, die organische Intelligenz als produktiven Faktor in der gesellschaftlichen (Re)Produktion zu fassen — gegen die schematische Ausdifferenzierung in den Dualismen von Basis/Überbau oder Praxis/Ideologie. Von dieser konstitutiven Funktion der Intelligenz ist ihre spezifische Verfaßtheit in den historischen gesellschaftlichen Organisationsformen zu unterscheiden; wenn insbesondere dieses organisierende Wissen/Können von bestimmten sozialen Schichten monopolisiert wird (also von Intellektuellen im Sinne einer sozialen Stratifikation, etwa den Priesterkasten). Godelier legt den Akzent auf den realen Gebrauchswert der so monopolisierten Intelligenz für die Massen, deren Lebensniveau unmittelbar an diese organisierende Leistung gebunden ist. Dieser Gebrauchswert ist die Basis der Legitimation für die privilegierte Lebensweise der (traditionellen) Intellektuellen — erkaufte durch die Enteignung des Wissens der Produzenten.
 - 19 Der italienische Faschismus führte bis 1931 die pro-dialektale Pädagogik weiter. Wie erwähnt, verstand sich auch der deutsche Faschismus auf die »bodenständige« Kulturpflege. In Deutschland kam der Wechsel in der Kulturpolitik unter den pragmatischen Zwängen der Kriegswirtschaft mit ihrem verstärkten Zentralismus zustande; ähnlich wohl in Italien, wo die Synchronisierung mit der Zunahme des deutschen Einflusses sicher nicht zufällig ist. Gramscis Analyse der sozialen Funktion der ländlichen Intellektuellen ließe sich hier noch weiterführen. Für Deutschland fällt auf, daß die Funktionäre der Dialektpflege ihr Wirkungsfeld, wenn sie es überhaupt auf die Schule bezogen, im Gymnasium sahen — nicht aber da, wo es die dialektal artikulierten sprachlichen Potentiale zu bearbeiten und zu valorisieren galt, nämlich in der Grundschule.

- 20 Das spricht nicht gegen Pasolinis Versuch, die Dialekte gesellschaftlich aufzuwerten, wie er es mit seiner eigenen Dialektdichtung unternimmt (vgl. etwa den Gedichtzyklus *Nuova gioventù* von 1975). Es spricht aber gegen die Romantisierung des Dialektes, der *an sich*, also nicht als intellektuelles Rohmaterial der Bildungsarbeit, sondern mit all dem, was im Dialekt artikuliert wird, positiv aufgenommen wird (vgl. etwa ausdrücklich die Gleichsetzung von Dialekt—Leben—Revolution; 1978, 229). Pasolini hat im übrigen auch selbst seine Vereinseitigung gegenüber Gramsci deutlich gemacht; in seinem Gedichtzyklus »Gramscis Asche« heißt es: »Der Skandal, mir zu widersprechen, mit dir [dem angesprochenen Gramsci; Anm.d.Verf.] zu sein und gegen dich, mit dir im Herzen, im Licht, gegen dich in dem Dunkel der Eingeweide.« So hat denn Pasolini im übrigen auch eine außerordentlich einfühlsame Interpretation der frühen Gramscischen Arbeiten zu Sprachfragen geliefert, vgl. seinen Versuch zu einer »marxistischen Linguistik« (1979, 51-77).

Literaturverzeichnis

- Ascoli, Graziado Isaia, 1975: *Scritti sulla questione della lingua*, Hrsg. C. Grassi. Turin
- Baratta, Giorgio, 1987: Gramsci befreien. In: *Argument* 162/1987, 236-249
- ders., u.a., 1987: Antonio Gramsci: necessità del comunismo. In: *Democrazia proletaria* 5, Mai-Heft 1987 (Sonderteil)
- Blasco Ferrer, Eduardo, 1984: *Storia linguistica della Sardegna*. Tübingen
- Bochmann, Klaus (Hrsg.), 1984: Antonio Gramsci: Notizen zu Sprache und Kultur. Leipzig/Weimar
- Croce, Benedetto, 1902: *Estetica come scienza dell'espressione e linguistica generale*. Bari (1^o 1958)
- De Mauro, Tullio, 1963: *Storia linguistica dell'Italia unita*. 2 Bde, Rom-Bari (Neuauf. 1976)
- ders., u.a., 1980: *Lingua e dialetti nella cultura italiana da Dante a Gramsci*. Florenz
- Ferrata, Giansiro, und Nicolò Gallo (Hrsg.), 1964: 2000 pagine de Gramsci. Mailand
- Godelier, Maurice, 1984: *L'idéal et le matériel*. Paris
- Gramsci, Antonio, 1958: *Scritti giovanili 1914-1918*. Turin (zit. SG)
- ders., 1954: *L'ordine nuovo 1919-1920*. Turin (zit. ON)
- ders., 1971: *La costituzione del partito comunista 1923-1926*. Turin (zit. CPC)
- ders., 1975: *Quaderni del carcere*. Hrsg. V. Gerratana. 4 Bde. Turin (zit. QC)
- ders., 1947: *Lettere dal carcere*. Hrsg. (in Auswahl) P. Spriano. Turin (Nachdruck 1977; zit. LC)
- Hildebrand, Rudolf, 1867: *Vom deutschen Sprachunterricht in der Schule und von deutscher Erziehung und Bildung überhaupt*. Berlin, Leipzig (Neuauf. 1947)
- Klein, Gabriella, 1986: *La politica linguistica del fascismo*. Bologna
- Klemperer, Viktor, 1946: Die Rolle der Intellektuellen in der Gesellschaft. In: *Aufbau* 2, 682-686
- Lenin, W.I., 1913: *Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage*. LW 20, 1-37
- Lo Piparo, Franco, 1979: *Lingua, intellettuali, egemonia in Gramsci*. Bari
- Maas, Utz, 1979: Sprachpolitik in der Arbeiterbewegung (I. und II. Internationale). In: *OBST* 12, 32-83
- ders., 1984: »Als der Geist der Gemeinschaft eine Sprache fand«. Sprache im Nationalsozialismus. Opladen
- ders., 1986: »Die Schrift ist ein Zeichen für das, was in dem Gesprochenen ist«. Zur Frühgeschichte der sprachwissenschaftlichen Schriftauffassung. In: *Kodikas/Code* 9, 247-292
- Menges, Heinrich, 1906: *Mundart in der Volksschule*. In: W. Rein (Hrsg.), *Encyclopädisches Handbuch der Pädagogik*, Bd. 5. Langensalza, 941-982
- Pasolini, Pier Paolo, 1984: *Gramscis Asche* (1957). München
- ders., 1979: *Ketzergespräche* (1972). München
- ders., 1978: *Freibeuterschriften. Die Zerstörung der Kultur des Einzelnen durch die Konsumgesellschaft* (1975). West-Berlin
- Saussure, Ferdinand de, 1972: *Cours de linguistique générale* (1916), Hrsg. Tullio de Mauro. Paris
- Sennett, Richard, und Jonathan Cobb, 1972: *The hidden injuries of class*. Cambridge
- Stalin, J.W., 1930: *Politischer Rechenschaftsbericht an den XVI. Parteitag*. In: *Werke* 12, 207-326
- Vitale, Maurizio, 1978: *La questione della lingua*. Palermo
- von Raumer, Rudolf, 1852: *Der Unterricht im Deutschen*. In: Karl von Raumer (Hrsg.), *Geschichte der Pädagogik*, Bd. III/2, 17-151. Stuttgart

Helga Krüger

Qualifizierungsoffensive — Chance für Frauen?

Die Qualifizierungsoffensive der Frauen — Verbesserung ihrer Marktlage?

Blossfeld (1985) hat auf der Basis von Massendaten über drei Geburtsjahrgänge (1920/21, 1930/31, 1950/51) überzeugend darlegen können, daß der je erreichte Bildungsstand das gesamte darauf aufbauende Erwerbsleben grundlegend strukturiert. Dieses gilt tendenziell auch für Frauen, deren Bildungsstand sich seit der Bildungsoffensive Anfang der sechziger Jahre explosionsartig verbessert hat (Tölke). Inzwischen liegt das Allgemeinbildungsniveau der Frauen tendenziell über dem der männlichen Schulabsolventen (Hurrelmann/Rodax/Spitz 1986). Während in der ersten Nachkriegsgeneration noch rund 70 % der Frauen sich dem Arbeitsmarkt als ungelernete Arbeitskräfte zur Verfügung stellten, liegt der entsprechende Prozentsatz heute bei nur noch rund 20 %. Trotz restriktiver Zugangsbedingungen zu Weiterbildungsmaßnahmen ist ihr Anteil auch hier deutlich gestiegen, und zwar in den nach dem Arbeitsförderungsgesetz angebotenen Weiterbildungsmaßnahmen von 23,9 % im Jahr 1970 auf 33,5 % im Jahr 1985, 1986 auf 35 %. Ihr Anteil liegt zwar deutlich unter dem der Männer, der Anstieg ihrer Beteiligungsrate jedoch deutlich darüber. Und wenn wir qualitativen Studien Glauben schenken, so haben Mädchen heute nicht ein allgemeines Interesse an Bildung, sondern an qualifizierter Berufsausbildung zur Absicherung einer unabhängigen Existenz (Allerbeck/Hoag 1986; Seidenspinner/Burger 1984; Heinz, Krüger u.a. 1985). Ihre Teilnehmerzahl steigt entsprechend auch weniger in der allgemeinen politischen, sondern in der beruflich qualifizierenden Weiterbildung bzw. jenen Maßnahmen, die dafür gehalten werden.

Die Qualifizierungsoffensive der Frauen ist also schon zwanzig Jahre alt — die der Bundesregierung ist dagegen neu. Um einer Überschätzung dieses neuen Instrumentes entgegenzutreten, ist es daher ratsam, den Ertrag der weiblichen Qualifizierungsoffensive kurz zu beleuchten. Und hier verdichten sich die Hinweise, daß der neue Hoffungsstreif am Horizont sich als Nebelwerfer herausstellen wird, solange die alten Probleme der Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht gelöst sind — und diese scheinen nicht per Qualifikation lösbar. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Frauen mit abgeschlossener Berufsbildung lag schon 1984 mit fast 10 %-Punkten *über* der der Männer mit abgeschlossener Berufsbildung (Bundesanstalt für Arbeit 1985, H. 5, 308). Und die Zahl der Mädchen, die auf dem Zweiten Bildungsweg mittlere und höhere Bildungsabschlüsse nachholen, steigt aktuell weiter an, allerdings weniger auf der Basis eines allgemeinen freiwilligen Bildungsbemühens als auf Grund der Tatsache, daß Mädchen mit dem jeweils erreichten Abschluß sich umsonst um eine Lehrstelle bemüht haben (Heinz, Krüger u.a. 1985). Zwei Drittel der nicht vermittelten Lehrstellensuchenden sind Mädchen, von denen wiederum bereits zwei Drittel über den mittleren Bildungsabschluß verfügen. So hat denn auch Handl (1986) in seiner kritischen Analyse der Ergebnisse von Blossfeld herausgearbeitet, daß trotz der Bildungszunahme sich die Ungleichheit von Frauen im Erwerbssystem nicht ver-

ändert hat. In der Tat bestimmt sich die Marktlage eines Arbeitskraftanbieters unterhalb der Akademikerausbildung (die man als Allgemein- oder Berufsbildung definieren kann) u.a. über die *inhaltliche* Ausrichtung der beruflichen Erstausbildung. Der Zugang zur Erstausbildung im dualen System aber bleibt für Mädchen nach wie vor problematisch und verschärft sich in der aktuellen Krise auf dem Lehrstellenmarkt, denn trotz der Modellversuche »Mädchen in Männerberufen« hat sich, so zeigt die Untersuchung von Brandes/Rosemann (1982), die geschlechtsspezifische Segmentierung der Berufsfelder für Männer und Frauen verschärft.

»Hauptsache, man ist Mann«, ist denn auch die Überschrift eines Artikels, in dem folgende Rangskala in der Chancenstruktur auf dem Lehrstellenmarkt quantitativ belegt wird: eine gute Realschülerin hat schlechtere Chancen als ein guter Hauptschüler, eine gute Hauptschülerin schlechtere als ein schlechter Hauptschüler (Dräger, Schönland, Weisbrodt 1985). Die Folge: Wer eine Lehre absolviert hat und weiblich ist, verfügt in der Regel auch über einen für die Arbeitgeberseite nicht unwichtigen höheren Allgemeinbildungsabschluß, und immer mehr junge Frauen verfügen über Berufsbildungsabschlüsse, ohne daß sie eine Berufstätigkeit beginnen können. Das gängige Argument, mit dem die Benachteiligung von Frauen legitimiert wird, bezieht sich auf die vielbeschworene mangelnde Bereitschaft von Mädchen, Lehrstellen auch außerhalb der klassischen Frauenberufe zu akzeptieren. Vor allem gewerblich-technische Berufe seien ihnen nur schwer näherzubringen. Auch hier liegt ein Irrtum vor, der die Bildungsbemühungen, aber auch deren Barrieren unterschätzt. Wie wir in unserer Studie über die Berufswunschentwicklungen und Berufsfindungsstrategien von Mädchen und Jungen der siebten Hauptschulklasse bis zum Abschluß eines Lehrvertrages feststellen konnten (Heinz, Krüger u.a. 1985), waren die Berufswünsche in der siebten Klasse bei den Mädchen noch erheblich breiter gestreut als später beim Eintritt in ein Lehrverhältnis.

Die Erfahrungen während der Betriebspraktika in der Berufsvorbereitung der Arbeitslehre, die Arbeitsratsberatungen und die erfolglose Suche nach aussichtsreichen Lehrverhältnissen, schließlich die allgemeine Einschätzung, daß man als Frau nach der Ausbildung in einem gewerblich-technischen Beruf wenig Aussichten habe, bringen die Mädchen — wie übrigens auch die Jungen — dazu, jede inhaltliche Festlegung bei der Lehrstellensuche aufzugeben. Daß die Lehre dann im Rahmen klassischer Frauenberufe liegt und daß sich Mädchen (wie Jungen) im nachhinein mit der erhaltenen Lehrstelle aussöhnen und sie als ihr Wunschergebnis ausgeben, erweist sich in unserer Längsschnitt-Studie als Versuch, objektive Bedingungen in die eigene Biographie zu integrieren und positiv zu besetzen, nicht als Ergebnis sozialisationsbedingter Festlegungen. Entsprechend zeigen die Ergebnisse der Begleituntersuchung zu Mädchen in Männerberufen, daß es nicht die Qualifikationsanforderungen sind, an denen Mädchen scheitern.

»Die Modellversuche haben ergeben, daß sowohl Ausbildung als auch Beschäftigung junger Frauen in den sog. Männerberufen ohne größere Probleme möglich sind.« (Herrmann 1987, 228)

Wie unsere Untersuchung weiter zeigt, glauben Mädchen wie Jungen selbst dann an die Chancengleichheit, d.h. die Auswahl der Bewerber nach Qualifikation,

wenn unmittelbare und konkrete Erfahrungen diesem Glauben widersprechen. Zu akzeptieren, daß es die Geschlechtszugehörigkeit sei, ein angeborenes, durch keine individuellen Bemühungen auszugleichendes Merkmal, will Frauen heute nicht mehr in den Kopf.

Die Frage, ob Frauen ihre individuellen Bildungsbemühungen nutzen, um sich auf dem Arbeitsmarkt zu halten oder nach Unterbrechung auf gleicher Qualifikationsstufe wieder einsteigen zu können, läßt sich auf Grund der wenigen empirischen Untersuchungen schwer beantworten. Wir haben jedoch wenig Grund, die Chancenverbesserung durch Weiterbildungsbemühungen optimistisch zu bewerten, denn die vorliegenden Daten zeigen, daß der Anstieg der Frauen in der Weiterbildung auf den *öffentlich* finanzierten und organisierten Bereich konzentriert ist. In Überblicksstatistiken über das höchst heterogene Feld der *innerbetrieblichen* Angebote wird die Beteiligung an Fortbildung, Umschulung, Einarbeitung und Weiterbildung kaum nach Geschlecht unterschieden ausgewiesen. Die im Oktober 1986 von der Bundesanstalt für Arbeit vorgelegten Zahlen belegen jedoch, daß Frauen hier mit nur 15,4 % gegenüber den Männern mit 31,8 % sehr viel geringer vertreten sind (Breuer 1987, 105). Die in der Qualifizierungsoffensive neu geschaffene Möglichkeit der Kombination von ABM-Maßnahmen mit Qualifizierungsmöglichkeiten, die Vergabe kompletter Kurse für einzelne Berufsgruppen oder Zielgruppen an private Weiterbildungsunternehmen, Volkshochschulen, Sozialparteien und etablierte Weiterbildungsträger wird von zwei Drittel der Frauen genutzt. An der Spitze liegen die Büro-Datenverarbeitungslehrgänge (Bundesanstalt für Arbeit 1986) sowie die Beteiligung an Modellversuchen der Bund-Länder-Kommission für neue Technologien an Frauenarbeitsplätzen (Breuer 1987). Jedoch zeigen die wenigen Untersuchungen über Übernahme- und/oder Wiedereingliederungsmaßnahmen in das Erwerbssystem, daß

-die Integration der öffentlich betriebenen Weiterbildung in das Beschäftigungssystem relativ schwach ist und die angebotenen Ausbildungen auf vagen Annahmen über den zukünftigen Qualifikationsbedarf beruhen. Öffentliche und betriebliche Weiterbildung sind kaum verzahnt.- (Maier 1986)

Wieder sieht die Bilanz für weibliche Arbeitskräfte besonders negativ aus. Denn auch in diesen Maßnahmen findet sich u.a. die schon für die Erstausbildung der Geschlechter kritisierte Zuweisung von Männern und Frauen auf unterschiedliche Tätigkeitsfelder wieder. Die Vermittlungsquote der Frauen lag zudem mit 25 % deutlich unter der der Männer mit 34 %. Die Qualifizierungsoffensive scheidet nicht am fehlenden Interesse der Frauen. Aber ihre bisher erbrachten Bemühungen haben sich nicht ausgezahlt. Um aussichtsreich an der Qualifizierungsoffensive beteiligt zu werden, müssen Frauen zunächst den Schritt in den Arbeitsmarkt hinein positiv bewältigt haben. Betriebe rekrutieren aber nicht nur nach Qualifikation, sondern auch nach Geschlecht, ein Sachverhalt, der solange verdeckt bleiben konnte, wie weibliches Geschlecht und geringere Qualifikation sich deckten. Seit Frauen an der Spitze der Bemühungen um Formalqualifikationen stehen, wird die Bedeutung betriebsspezifischer Rekrutierungspraktiken unübersehbar. Hierüber gibt es bisher kaum empirische Untersuchungen. Die Qualifizierungsoffensive in den Händen der Arbeitgeber erhöht die Funktion der Erst-Rekrutierung als innerbetriebliches Personalplanungsinstrument.

Personalplanungsstrategien und Rekrutierungspraxis

Das Weibliche an weiblichen Arbeitskräften ist ihre Vergänglichkeit;
das Männliche an männlichen Arbeitskräften ihre Verwertbarkeit
in der Stammebelegschaft.

Innerbetriebliche Weiterbildung setzt dort an, wo auf Grund betriebsinterner Strategien das Interesse am Erhalt einer Stammebelegschaft existiert. Die Qualifizierungsoffensive erweitert die Möglichkeit betriebsinterner Arbeitsplatzentwicklung mit darauf abgestimmter Personalplanung und damit auch die Abhängigkeit der Qualifikationsentwicklung von privatwirtschaftlichen Strategien. Die Bundesregierung nimmt in Kauf, daß sich die Schere vergrößert zwischen jenen, die sich auf Grund innerbetrieblicher Veränderungen und Weiterqualifizierungsangebote in der Stammebelegschaft halten können, und jenen, für die die Qualifizierungsoffensive erst dann Bedeutung gewinnt, wenn sie bereits arbeitslos geworden und damit strukturell auf der Verliererseite der Arbeitsmarktentwicklung gelandet sind. Im gewerblich-technischen Bereich trifft dies auch die wenigen qualifizierten weiblichen Arbeitskräfte. Wie Lappe/Gensior (1983) in ihrer Studie über Arbeitsmarktchancen von Frauen in verschiedenen Segmenten des Arbeitsmarktes feststellten, sind weibliche Erwerbstätige jedoch nicht nur in überwiegend stark rationalisierungsreagiblen Wirtschaftszweigen beschäftigt, sondern auch in Produktionszweigen, in denen die fachspezifisch-qualifikatorische Seite der Arbeitskraft eine nur geringe Rolle spielt. Es sind dies die Dienstleistungs-, Assistentinnen- und Industrieverwaltungsbereiche.

Wie vor allem in der Frauenforschung herausgearbeitet, läßt sich die geschlechtsspezifische Segmentierung des Arbeitsmarktes durchaus als Folge gezielter Rekrutierungspolitik der Betriebe verstehen, da diese die Arbeitskräfte bewußt geschlechtsspezifisch verteilen. Frauen werden überwiegend dort eingesetzt, wo sie auf Grund der geforderten Qualifikation nicht oder nur bedingt betriebsspezifisch fortgebildet werden müssen (Bednarz-Braun 1983, Goldman, Müller 1985). Kritische Beobachterinnen von Arbeitsplätzen für Frauen sprechen von einem Anforderungsprofil, das in weiten Teilen als »Jeder-Frau-Tätigkeit« (analog zur »Jeder-Mann-Tätigkeit«) gekennzeichnet werden kann, wie wohl für die Rekrutierung der Frauen im Gegensatz zu Männern auf »Jeder-Mann-Tätigkeiten« ein durchaus hohes Qualifikationsprofil vorausgesetzt wird, das auf Allgemeinbildung basiert. Das in der beruflichen Erstausbildung erworbene Fachwissen wird in nur geringem Umfang benötigt. Von großer Bedeutung aber sind neben der beruflichen Erstausbildung, die für Frauen im dualen System überwiegend im Bereich Verkauf, Büro, Arzt-/Zahnarzthelferin, Assistentin, Friseurhandwerk liegt, allgemeine Kulturtechniken wie Orthographie, Sprachgewandtheit und eine situativ flexible Auffassungsgabe, gepaart mit Verständnis und Einfühlungsvermögen — ergänzt bisweilen durch Anpassungsqualifizierung an technologische Innovationen (Cremer 1984, Goldman/Müller 1985).

Die einstellenden Instanzen rechnen in diesen Arbeitsmarktsegmenten von vornherein mit dem fristigen Verbleib dieser Arbeitskräfte und profitieren davon. Angesichts des großen Angebots an jungen Frauen, die sich nach einem Lehrverhältnis auf der Basis mittlerer und höherer Bildungsabschlüsse bewerben,

können sie unter weiblichen Arbeitskräften wählen, die über ein hohes Allgemeinbildungsniveau verfügen — und für die Betriebs- und Arbeitsplatzatmosphäre wichtige weibliche Attribute wie Jugend und Schönheit mitbringen. Dies ist in allen Berufsgruppen mit Kundenkontakt der Fall, in denen weibliche Attraktivität ein Teil der Aufgabenerledigung selbst ist, wie z.B. im Friseurhandwerk oder Verkauf. Dies gilt auch für die unteren und mittleren Sachbearbeiter-Ebenen in Dienstleistungsbetrieben, in der Rechtsanwalts-, Arzt- und Zahnarztpraxis. In all diesen Einsatzfeldern können die Arbeitgeber ältere durch junge, hochgebildete Nachwuchskräfte relativ problemlos ersetzen. Diese Berufe sind weder auf Weiterqualifizierung noch auf Aufstieg angelegt, die Tarifgestaltung sichert kaum die Existenz (zumal ein Großteil des Gehaltes in die äußere Erscheinung investiert werden muß), und damit sind diese Berufe auch für Männer wenig attraktiv. Letzteres gilt auch für jene Bereiche, in denen auf Grund von Automations- und Informationstechniken neue Qualifikationsprofile entstehen, die in traditionelle Aufstiegswege und Assistentinnenarbeitsplätze aufgespalten werden können. Dort greift auch die Qualifizierungsoffensive:

»Die Bundesregierung fördert zur Zeit in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft die Entwicklung von Fernlehrgängen für eine neue Soft-Ware-Assistentin, eine Kommunikationsassistentin und eine CIM(Computer-Integrated-Manufacturing)-Assistentin.« (Breuer 1987, 104)

Die »Bescheidenheit« der Frauen, d.h. ihre Arbeitsmarktlage, macht es möglich, denn dort, wo der »Atmosphärenwert« keine Rolle spielt, wie in Un-, Angelernten- und Assistentinnen-Arbeitsplätzen in der Industrie, gelten Fristigkeitskriterien ebenso; die Lohn- und Zeitgestaltung definiert diese Arbeitsplätze als Neben-, Zu- und Zwischen-Erwerb, nicht als Grundlage für eine Erwerbskarriere.

Blickt man auf höhere Berufspositionen von Frauen im gewerblich-technischen Bereich, wie I. Bednarz-Braun dieses für die Elektroindustrie getan hat, so zeigt sich hier deutlich das Interesse der Betriebe an geschlechtsspezifischer Rekrutierung mit dem Kalkül des fristigen Verbleibs von weiblichen Arbeitskräften. Dort werden selbst Abiturientinnen und Mädchen mit mittlerem Bildungsabschluß für durchaus anspruchsvolle Tätigkeiten rekrutiert, angelernt und eingesetzt, wegen der fehlenden beruflichen Erstausbildung im Berufsbildungssystem aber von innerbetrieblicher Weiterbildung ausgeschlossen. Sie verbleiben auf den zu Beginn erreichten Arbeitsplätzen. Diese sind jedoch so belastend (Sehvermögen, Konzentrationsfähigkeit), daß Frauen diese Arbeitsplätze in der Regel nach fünf bis sechs Jahren freiwillig wieder räumen (Bednarz-Braun 1983). Nur im Büro- und Verwaltungsbereich scheinen sich Positionen abzuzeichnen, in denen Frauen über betriebsinterne Weiterqualifizierung ihre Erwerbsfähigkeit sichern können. Ein genauerer Blick zeigt jedoch, daß durch die Veränderungen der Text- und Datenverarbeitung Frauen zwar weitergeschult und -beschäftigt werden, jedoch in Teilzeitarbeitsverhältnissen und stundenweisen Beschäftigungsformen, die sich der Arbeitsbelastung optimaler anpassen lassen als die Verwertung der Arbeitskraft in einem Normal-Arbeitsverhältnis. Die Anzahl der Teilarbeitsverhältnisse in diesem Arbeitsmarktsegment ist sprunghaft gestiegen, dementsprechend auch der Ausschluß der Frauen aus Aufstiegsqualifizierungsmaßnahmen. Die Altersgruppe der Frauen mit höchster Teilzeitquote (25- bis

35jährige) ist zugleich die mit der niedrigsten Beteiligungsrate in der Weiterbildung (Breuer 1987).

Resümierend kann also gesagt werden, daß gerade die Arbeitsmarktsegmente, für die Frauen in der beruflichen Erstausbildung überwiegend qualifiziert werden, wenig Chancen bieten, um von der öffentlich proklamierten Qualifizierungsoffensive im eigenen Interesse profitieren zu können. Das »Weibliche« an weiblichen Arbeitskräften ist ihre »Vergänglichkeit« und Bescheidenheit, und das Interesse der Betriebe, die Arbeitskräfte keineswegs geschlechtsneutral zu rekrutieren, folgt einem ökonomischen Muster, das über Qualifizierung oder gar Aufklärung nicht abzubauen ist. Die Gruppe von Arbeitsplätzen, auf denen man »in Würde alt« werden kann, sind den wenigen Männern vorbehalten, die die entsprechende Weiterbildung durchlaufen. Solange die Kombination aus Fristigkeit, Atmosphärenwert, hohem Allgemeinbildungsniveau und deshalb rentabler Anpassungsqualifizierung mit weiblichen Arbeitskräften verbunden wird, wird sich hieran kaum etwas ändern. Die durch die Erstausbildung bedingte Zuweisung auf spezifische Segmente des Arbeitsmarktes und die in diesen Segmenten vorherrschenden Personalplanungsstrategien scheinen sich auf fatale Weise zu ergänzen.

Soziale Dienste — Chance für Qualifizierungsbemühungen der Frauen?

In zwei Berufsfeldern allerdings, in denen die Weiterbildungsbeteiligung Spitzenwerte erreicht, dem Krankenpflege- und dem Erziehungsbereich, finden sich viele weibliche Arbeitskräfte, ohne daß diese unter Gesichtspunkten der Fristigkeit rekrutiert würden. In der Tat unterliegt dieser Bereich personenbezogener sozialer Dienste anderen Rentabilitätskalkülen als privatwirtschaftliche Unternehmen. Zugleich ist es der Bereich personenbezogener Dienstleistungen, der überwiegend in staatlicher Hand liegt und in dem die Finanzkrise besonders durchschlägt. Nicht erhöhter Out-put, sondern Arbeitsintensivierung durch Technisierung und Personaleinsparung sowie die Chance zur Reprivatisierung bzw. Auslagerung von öffentlichen Dienstleistungen in Privathaushalte sind hier von zentraler Bedeutung. Die Qualifizierungsoffensive setzt auf Wirtschaftswachstum — Frauen in langfristigen Beschäftigungsverhältnissen personenbezogener sozialer Dienste aber sitzen auf einem konjunkturell schrumpfenden Arbeitsmarktsegment, das sie mit Qualifikation und Arbeitsgebiet (Kranken-, Alten-, Kinderbetreuung und -pflege) in die Familie verschiebt.

Die Tendenz zur Reprivatisierung weiblicher Arbeitskräfte, d.h. ihre Refamilialisierung und Familienbindung, wird durch die Qualifizierungsoffensive indirekt verschärft: Weiterbildungsprogramme im produktiven Sektor setzen darauf, Effektivitätssteigerungen durch neue Informations- und Automationstechnologien zu fördern. Dies bewirkt u.a., daß Anpassungen an veränderte Anforderungen weniger durch die Rekrutierung entsprechend vorqualifizierter Arbeitskräfte gesichert werden, sondern der Belegschaftsbestand abgebaut bzw. umqualifiziert wird. Als Hauptproblem für die vor dem Arbeitsmarkt stehenden Personengruppen gilt entsprechend, daß diese bei allen Bemühungen um adäquate Vorqualifizierung schon deshalb wenig Chancen besitzen, weil der Rekrutie-

rungsbedarf der Betriebe sinkt. Dieser Tatbestand tangiert weibliche Arbeitskräfte doppelt: als Arbeitskraftanbieterinnen und als für die personenbezogenen sozialen Dienstleistungen zuständige Arbeitskraft. Denn mit dem Bedarf an Arbeitskräften hängt der in staatlicher Hand ruhende Bedarf an Dienstleistungen zur Unterstützung der Familienarbeit der Frau engstens zusammen. In Phasen der Hochkonjunktur wächst die Zahl von Frauenarbeitsplätzen im Erziehungs- und Gesundheitsbereich erheblich an, um in Phasen der Krise und Einsparung der öffentlichen Hand sichtbar zu schrumpfen. An den Staat übergebene familienunterstützende Dienstleistungen werden in der aktuellen Entwicklung stark auf die Familie zurückverlagert. Diese Form der Reprivatisierung von öffentlichen Dienstleistungen aber fordert nicht nur die ganze Frau zu Hause, sie vernichtet zugleich eine große Zahl von Frauenarbeitsplätzen in diesem Sektor. So holt die Qualifizierungsoffensive, solange sie keinen Arbeitskräftebedarf schafft, die Frauen auch in jenem Segment des Arbeitsmarktes ein, für das sie gar nicht gedacht ist. Dies trifft Frauen in bestehenden Arbeitsverhältnissen negativ und hält sie selbst dann, wenn Weiterbildungsangebote vorhanden sind, von diesen fern. Freigesetzt für die Familienarbeit und hier in zunehmendem Maße belastet, verstärken sich indirekt die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die herkömmlichen Rollen- und Funktionszuweisungen.

Der Rundgang durch die Arbeitsmarktsegmente, in denen Frauen überwiegend beschäftigt werden, verdeutlicht, daß es bereits strukturell kaum Arbeitsbereiche von Frauen gibt, die durch die Qualifizierungsoffensive positiv betroffen sein könnten. Dieser Sachverhalt bleibt solange verdeckt, wie in Politik und Theoriebildung nicht zwischen männlichen und weiblichen Arbeitskräften unterschieden und die Rekrutierungspraxis der Betriebe allein nach Gesichtspunkten der Formalqualifikationen kritisch beleuchtet wird. Klammert man diesen Sachverhalt aus, läßt sich das Problem der geringen Anzahl von Frauen in innerbetrieblichen Weiterbildungsprogrammen leicht als individuelles Problem, als fehlendes Interesse oder Ablehnung zusätzlicher Anstrengungen definieren. Damit verfehlt die Argumentation den Kern der Problematik. Daß die Weiterbildungschancen ungleich verteilt sind, ist Verwertungsprinzipien der gesellschaftlichen Nutzung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften geschuldet, die auch die »freie« Hand der Unternehmer bei betriebsinterner Weiterbildung gerade *nicht* in Frage stellen werden, solange sich an der geschlechtsspezifischen Verteilung von Männern und Frauen auf bestimmte Arbeitsmarktsegmente nichts ändert. Diese zu ändern, verlangt über das Abschiednehmen vom gesellschaftlich fortbestehenden Bild der Frau als einem verkaufs- und kundenkontaktfördernden Artikel hinaus auch die Herauslösung der Frau aus ihrer Alleinverantwortung für familiäre Aufgaben und ihre tatsächliche Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt. Wie sollte gerade die Qualifizierungsoffensive an dieser Praxis etwas ändern? Innerbetriebliche Weiterbildung setzt nicht zufällig auf volle Verfügbarkeit der Arbeitskräfte und grenzt weibliche Arbeitskräfte als doppeltbelastet aus.

Auf der Suche nach strukturellen Verbündeten von Frauen

»Unrealistisch und illusorisch« nennen Allerbeck und Hoag (1985) in ihrer Studie über Einstellungsveränderungen von Jugendlichen heute gegenüber denen von vor 23 Jahren die heutigen Lebensentwürfe von Mädchen und jungen Frauen. Sie stellen fest, daß männliche Jugendliche — realistisch? — an der klassischen Arbeitsteilung und Rollenzuweisung von Männern und Frauen auf Beruf und Familie festhalten, Mädchen aber Berufs- und Familienarbeit miteinander verbinden wollen und die Aufrechterhaltung ihrer Berufstätigkeit als eigene Existenzabsicherung für notwendig erachten. Trotz der vielen Appelle an Chancengleichheit im Erwerbsleben, an die Mädchen und Frauen immer wieder glauben, finden sie kaum Verbündete beim anderen Geschlecht. Patriarchalische Vorstellungen vom Mann als Familiernährer und der Frau als Familienerhalterin dominieren gegenüber der Einsicht, daß damit eine strukturelle Benachteiligung von Frauen im Erwerbsbereich und in allen darauf bezogenen Qualifizierungen verbunden ist.

Diese Vorstellung korrespondiert mit dem Grundmuster des Wirtschaftshandelns in hochindustrialisierten Gesellschaften, dem die Weiterbildungsstruktur folgt (Beer, Weg 1986): Die Doppelbelastung weiblicher Arbeitskräfte ist kein Phänomen, das nur die eine Hälfte dieser Gesellschaft angeht, die Frauen nämlich, sondern es hat seine Basis in der Wirtschaftsstruktur und in der damit verbundenen Verwertbarkeit der anderen — männlichen — Hälfte der Gesellschaft. E. Beck-Gernsheim (1980) spricht in kritischer Auseinandersetzung mit dem bestehenden Berufs- und Wirtschaftssystem und dem darin enthaltenen Zwang zur vollen Verfügbarkeit der Arbeitskräfte für betriebliche Belange vom 1 1/2-Personen-Berufs-System. Wo eine zweite halbe, in aller Regel weibliche Arbeitskraft zu Hause nicht zur Verfügung steht, muß die Dienstleistung teuer erkaufte werden. Auch die Qualifizierungsoffensive setzt auf die in allen Lebensphasen gleichermaßen geltende volle Verfügbarkeit der Arbeitskräfte, auch sie geht vom Paradigma des 1 1/2-Personen-Berufs aus. Daß bestimmte Segmente durchaus auch von der halben — da zeitlich nur begrenzt verfügbaren — weiblichen Arbeitskraft profitieren, hatten wir oben schon herausgestellt. Diesem Prinzip aber ist es geschuldet, daß gerade Frauenberufe keine »Qualifizierungsberufe«, ja nicht einmal »Mütterberufe« sind. Denn vor allem kundenkontakt-intensive Berufe lassen sich durch die Arbeitszeitgestaltung nicht mit Familienpflichten vereinbaren. So zeigt unsere Studie zur Arbeitsmarktsituation von Frauen mit kleinen Kindern, daß vor allem Verkäuferinnen, Friseurinnen und Arzt-/Zahnärztshelferinnen sowie Krankenschwestern in dieser Phase der Familienbelastung aus dem Erwerbs- und Qualifizierungssystem aussteigen müssen (Krüger, Born u.a. 1987). Gleiches gilt für ungelernete Schichtarbeiterinnen, während Frauen im Büro sich über Teilzeit-Beschäftigungsverhältnisse sichern können, allerdings ohne Zeit für Weiterbildung.

Teilzeit-Beschäftigungsverhältnisse kratzen die bestehenden geschlechtsspezifisch-selektierenden Erwerbsstrukturen keineswegs an, im Gegenteil: Indem die durch Qualifizierung sich sichernde Arbeitskraft in Analogie zur vollen Verfügbarkeit der Arbeitskraft im Betrieb an familiäre Leistungen gebunden wird,

stützt sie dieses Strukturelement in einer Phase, in der gesamtgesellschaftlich über die tägliche Arbeitszeitverkürzung diskutiert wird. Sich daraus abzeichnende Entwicklungen, die eine tendenzielle Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt bewirken könnten, indem beide Elternteile gleichermaßen in die Hausarbeit integriert werden, sind über die Qualifikationsoffensive strukturell zurückgenommen. Die in die individuelle Qualifizierung zu investierende Zeit bleibt gerade in der Phase intensivster Arbeitskraftnutzung (bis 35 Jahre), die zugleich die Phase der Familiengründung und Kindererziehung umfaßt, Männern auch dort vorbehalten, wo Frauen auf Grund günstiger Arbeitsmarktpositionen möglicherweise die Chance zur innerbetrieblichen Qualifizierung hätten. Indem das *Verfügbarkeitspostulat* der Betriebe durch die Qualifizierungsoffensive gestützt und zugleich staatliche Dienstleistungen an die Familie ausgelagert werden, verschärft sich die strukturelle Chancenungleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Durch die Privatisierung der Bildung arbeiten Staat und Wirtschaft Hand in Hand. Die Interessen der Frauen an Qualifizierung sind nicht die Interessen der Nutznießer der Qualifizierungsoffensive. Diese scheint nach unserer Analyse gerade jene Hoffnungen zu verhindern, mit denen weibliche Jugendliche sich heute um berufliche Existenzabsicherung bemühen. Ein entscheidender Schritt zurück, keiner nach vorn.

Auf der vergeblichen Suche nach Verbündeten darf allerdings nicht übersehen werden, daß auch die klassische staatliche Berufsbildungs- und Weiterbildungspolitik zugunsten der Aufrechterhaltung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilungen wirksam ist. An den heftigen Auseinandersetzungen um die Frage des gleichberechtigten Zugangs beider Geschlechter zum Berufsbildungssystem, das sich um die Jahrhundertwende herausbildete, kann man die Bedeutung des Zertifikates als arbeitsmarkteinschließendes bzw. -ausschließendes Kriterium gut nachvollziehen. Selbst in den Segmenten des Arbeitsmarktes, in denen auf Grund des Arbeitskräftemangels und schneller Expansion auf weibliche Arbeitskräfte zurückgegriffen wurde, wurde staatlicherseits nicht dafür gesorgt, daß Frauen die gleichen beruflichen Qualifikationen erlangen konnten wie Männer (Nienhaus 1982). In der Auseinandersetzung zwischen Staat und Wirtschaft ging es allein um die *männlichen* Arbeitskräfte, die Frauen waren aus diesen Kalkülen von vornherein ausgeschlossen. Für sie wurden Privatschulen in Form von vollzeitschulischen Ausbildungsgängen oder Akademien gegründet, die ihnen einen anderen Status als den männlichen ausgebildeten Lehrlingen gaben, sie aus tarifrechtlichen Verhandlungen, die auf Formalqualifikationen basierten, ausschlossen und sie als relativ gut allgemeingebildete, aber tarifrechtlich nicht einschlägig vorqualifizierte ungelernete Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellten. Die schließlich erreichte betriebsunabhängige berufliche Erstqualifizierung konnte später nur in jenen Bereichen durchgesetzt werden, in denen Arbeitskräfte fehlten oder aber Frauen mit dieser Vorqualifizierung gut einsetzbar waren. Der ersten Frauenbewegung ist es zu verdanken, daß die Privatschulinitiativen in das staatliche Bildungssystem übernommen wurden, wenn auch als berufliche Vollzeitschulen mit anderer Zielsetzung: Allgemeinbildung und dem weiblichen Wesen entsprechende Berufsbildung (Erziehung, Hauswirtschaft, Kinder- und Krankenpflege). Hier bleiben Erstausbildung und beruf-

liches Einsatzfeld weitestgehend in gleicher Hand, so daß sich die Unabhängigkeit der so Ausgebildeten von den einstellenden Instanzen nicht durchsetzen konnte.

Verbündete finden Frauen früher wie heute nur dann, wenn Arbeitskräfte gebraucht werden, die nicht oder schlecht durch Männer zu decken sind. In der Tat scheint durch den erweiterten innerbetrieblichen Handlungsspielraum auf Grund der Qualifizierungsoffensive sich die Tendenz abzuzeichnen, daß bei der Personalrekrutierung die *Bildungsfähigkeit* der Arbeitskräfte neu in Rechnung gestellt wird. Die Eingangsvoraussetzungen steigen. Unter dem Gesichtspunkt der zunehmenden Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen und Rekrutierungsmöglichkeiten ist es auch für die gewerkschaftliche Bildungs- und Tarifpolitik von entscheidender Bedeutung, sich das neue Instrument der Qualifizierungsoffensive sehr kritisch anzusehen. Die Anpassung der Arbeitskräfte an die aktuelle Nachfragesituation und neue Anforderungen, die zugleich die Lohnkosten verringert, könnte eine Entwicklung fördern, die weiblichen Arbeitskräften mit ihrer guten Allgemeinbildung neue Bedeutung beimißt. Der beruflichen Erstausbildung bleibt die Aufgabe, so viel Qualifikation bereitzustellen,

»daß ein rasches Umsetzen und Umlernen möglich ist. Die Arbeitskosten sollen so variabel gehalten werden, daß der Betrieb jederzeit unmittelbar auf externe Schwankungen von Angebot und Nachfrage an Arbeitskräften und den Einsparungseffekten neuer Technologien reagieren kann.« (Meyering/Reichert 1986, 313)

Auf Grund der Anpassung der Stammebelegschaft wird die Zahl der zu rekrutierenden Arbeitskräfte im gewerblich-technischen Bereich zwar nicht wesentlich wachsen (s.o.), wohl aber werden solche Arbeitskräfte bevorzugt werden, die über eine hohe Allgemeinbildung und damit über ein flexibles Qualifikationsprofil verfügen. Unzweifelhaft wird diese Entwicklung kein Vorteil sein für jene Frauen, die unter dem Gesichtspunkt ihres »Atmosphärenwertes« schnell eingeworben und wieder an den Herd zurückgeschickt werden; es ist jedoch nicht auszumachen, wie sich dieses Instrument im produzierenden Gewerbe gestalten wird. So belegt der Bericht über junge Facharbeiterinnen bei Audi, daß es auf Grund der Technologieentwicklung neuen Anlaß zur Untersuchung des Fachkräftebedarfs im Unternehmen gibt und daß gerade Mädchen in Betracht zu ziehen seien, weil männliche Facharbeiter schon wegen des Wehrdienstes regelmäßig aus dem Betrieb aussteigen. Mit Blick auf die geburtenschwachen Jahrgänge und die Herausbildung neuer Typen von Misch Tätigkeiten bietet es sich bereits jetzt an, weibliche Fachkräfte unmittelbar nach Abschluß einer gewerblich-technischen Berufsausbildung zu rekrutieren, da deren Weiterbildungsfähigkeit und -engagement hoch eingeschätzt werde, während es sich als wesentlich schwieriger erweise, männliche technisch vorgebildete Fachkräfte kaufmännisch weiterzubilden. Um so wichtiger ist es, dafür zu kämpfen, daß Vorbildung, Tarif- und Aufstiegsgestaltung weiblicher und männlicher Arbeitskräfte endlich vereinheitlicht werden und die Spaltung der Geschlechter nicht länger als Personaleinsatzstrategie genutzt und de facto bereits erreichte gewerkschaftliche Positionen unter der Hand und als Frauenproblem getarnt verlorengehen.

Literaturverzeichnis

- Allerbeck, K., und M. Hoag, 1985: *Jugend ohne Zukunft?* München, Zürich
- Beck-Gernsheim, E., 1980: *Das halbierte Leben. Männerwelt Beruf — Frauenwelt Familie.* Frankfurt/M.
- Bednarz-Braun, I., 1983: *Arbeiterinnen in der Elektroindustrie. Zu den Bedingungen von Lernung und Arbeit an gewerblich-technischen Arbeitsplätzen für Frauen (DJJ).* München
- Beer, U., und M. Weg, 1986: *Nicht nur die Hälfte des Himmels: Strukturbedingungen ungleicher Aufstiegschancen für Frauen im Beruf und Strategien zur Veränderung.* Dortmund
- Berufsbildung - Bundesrepublik, 1987: *Berufliche Weiterbildung im Wandel.* In: *Länderberichte, Chronik 27, 2*
- Blossfeld, H.-P., 1985: *Bildungsexpansion und Berufschancen. Empirische Analyse zur Lage der Berufsanfänger in der Bundesrepublik.* Frankfurt/M., New York
- Born, C., H. Krüger, M. Schablow und W. Winter, 1985: *Berufstätige Mütter zwischen Arbeitsplatz und Kinderkrippe.* Universität Bremen
- Brandes, H., und E. Rosemann, 1982: *Junge Frauen in der betrieblichen Berufsausbildung — Berufsstrukturen und Entwicklungstendenzen.* In: *Weg/Jurinek-Stinner (Hrsg.), Frauenemanzipation und berufliche Bildung.* München
- Breuer, H., 1987: *Die Situation von Frauen in Ausbildung und Weiterbildung.* In: *Gewerkschaftliche Bildungspolitik, Heft 4.* Düsseldorf
- Bundesanstalt für Arbeit, 1986: *Förderung der beruflichen Bildung, 10*
- Cedefop, 1985: *Berufsausbildung und Arbeitsbeschaffungsprogramme in den Ländern der europäischen Gemeinschaft.* West-Berlin
- Cremer, Ch., 1984: *Schönheit wird zur Pflicht. Friseurin — Beruflichkeit auf Zeit.* In: *Mayer, Ch. u.a. (Hrsg.), Mädchen und Frauen. Beruf und Biographie.* München
- Derichs-Kunstmann, K. (Hrsg.), 1984: *Frauenbildungsarbeit: Lernen und Arbeiten im Schatten.* Reihe: *Theorie und Praxis der Frauenforschung 2.* Bielefeld
- Dräger, H., D. Schönland und H. Weisbrodt, 1984: *Hauptsache, man ist Mann. Die Situation Bremer Haupt- und Realschüler/innen beim Berufseintritt.* In: *Bremer Lehrerzeitung, H.12, 5-9*
- Gensior, S., 1986/87: *Mikroelektronik — Anwendung und ihre Bedeutung für die Qualifikationen: Ein Literaturbericht.* Discussion Papers des Wissenschaftszentrums Berlin. West-Berlin
- Gensior, S., und L. Lappe, 1983: *Arbeitsmarkt und Frauenerwerbsarbeit.* Arbeitspapier, Arbeitskreis sozialwissenschaftlicher Arbeitsmarktforschung (SAMF) (Hrsg.)
- Goldmann, M., und U. Müller, 1985: *Junge Frauen als Auszubildende und Berufstätige im Warenverkauf.* Forschungsbericht der Sozialforschungsstelle im Auftrag des BMJFG. Dortmund
- Gottschall, K., und J. Müller, 1985: *Frauen auf dem Arbeitsmarkt — wachsende Risiken oder neue Chancen?* In: *SOFI-Mitteilungen, 6*
- Handl, J., 1986: *Führt die Angleichung der Bildungschancen zum Abbau geschlechtsspezifischer beruflicher Segregation?* In: *Zeitschrift f. Soziologie, Jg. 15/2, 125-132*
- Heinz, W.R., H. Krüger, U. Rettke, E. Wachtveitl und A. Witzel, 1985: *Hauptsache, eine Lehrstelle. Jugendliche vor den Hürden des Arbeitsmarktes.* Weinheim, Basel
- Herrmann, H., 1987: *Im technischen Bereich noch zurückhaltend.* In: *Der Arbeitgeber, 6/39*
- Hurrelmann, K., K. Rodax und N. Spitz, 1986: *Zur Bildungssituation von Mädchen im allgemeinbildenden Schulbereich.* In: *dies., Koedukation — Jungenschule auch für Mädchen? Opladen*
- IG-Metall-Abt. Frauen/Abt. Berufsbildung, 1987: *Mehr Frauen in die neuen Metall- und Elektroberufe.* In: *Gewerkschaftliche Bildungspolitik 4*
- Krüger, H., C. Born, B. Einemann, S. Heintze und H. Saifi, 1987: *Privatsache Kind — Privatsache Beruf. „... und dann hab' ich ja noch Haushalt, Mann und Wäsche! — Opladen*
- Lippman, C. (Hrsg.), 1986: *Technik ist auch Frauensache.* Hamburg
- Maier, F., 1986: *Further Training and Labour Market Policy. A Study on the Situation in the Federal Republic of Germany.* Reihe: *Discussion Papers des Wissenschaftszentrums Berlin.* West-Berlin
- Mayer, Ch., H. Krüger, U. Rabe-Kleberg und I. Schütte, 1984: *Mädchen und Frauen. Beruf und Biographie.* München
- Meyeringh, U., und J. Reichert, 1986: *Überlegungen zur Zukunft von Arbeit und Ausbildung.* In: *Gewerkschaftliche Bildungspolitik 12*
- Nienhaus, U., 1982: *Berufsstand weiblich.* Berlin
- Rabe-Kleberg, U., 1986: *Die Geduld der Frauen. Entwicklung und Perspektiven traditioneller Frauenberufe.* Reihe: *Institut Frau und Gesellschaft.* Hannover (i.Dr.)
- Rettke, U., 1984: *Die Strukturierung der Berufsfindung von Mädchen durch das hauswirtschaftliche Berufs- und Berufsfachschulsystem — ein klassischer Übergang von Hauptschülerinnen in den Arbeitsmarkt.* In: *Seidenspinner, G., u.a., Vom Nutzen weiblicher Lohnarbeit.* Opladen
- Schlüter, A., 1986: *Zur Geschichte der Institutionalisierung der gewerblichen Berufsbildung für Mädchen zu Beginn des 20. Jahrhunderts.* Diss., Univ. Gesamthochschule Essen
- Seidenspinner, G., und A. Burger, 1982: *Mädchen '82.* München
- Wilms-Hergert, A., 1985: *Frauenarbeit.* Frankfurt/M., New York

Die Judenfrage in den Marxismen*

... und indem sie von den ersten Zeiten bis zu den letzten bestehen, umschließt ihre Geschichte mit ihrer Dauer die Geschichte aller anderen Völker.
Pascal, *Gedanken*, 5.Kap., 1.Abtlg., 358

Judenfrage und Marxismus in Beziehung zu setzen, mag deplaziert erscheinen: theoretisch willkürlich, historisch nebensächlich, ideologisch eine Provokation. Denn diese Beziehung umreißt ein spannungsgeladenes Feld, auf dem sich der Marxismus selbst eine entschiedene Befragung gefallen lassen muß. Mit seinem Anspruch auf Universalität steht seine Fähigkeit zur Diskussion, ein durchaus einzigartiges und zugleich ungewöhnlich dauerhaftes Phänomen zu begreifen. Als Frage an den Marxismus ist die Judenfrage nicht zuletzt eine Frage nach dem Verständnis seiner Einbettung in die historische Zeit.

I.

Den Auftakt markiert eine immer wieder kommentierte Schrift, eine für die gegens tzlichsten politischen Praktiken reklamierte Quelle, die Schrift des jungen Marx *Zur Judenfrage* (1843). Wenn Auftakt (ohne es zu wollen), so doch keine Grundlegung: Bekanntlich ist ihr Gegenstand gar nicht die Judenfrage, sondern Bruno Bauers Schrift zu dieser Frage, d.h. es geht zunächst um das Verhältnis von bürgerlicher Gesellschaft und Staat, dann um das Verhältnis zwischen der (menschlichen) Emanzipation und der politischen Emanzipation. Deshalb ist der Marxsche Text außerhalb seiner philosophischen Entstehungsbedingungen schlichtweg unverständlich. Vier antithetische Gestalten liegen diesem Text voraus, und jede legt die partielle Wahrheit der ihr vorausgehenden bloß — unter den fallenden Masken verbergen sich jeweils andere.

Hegel liefert die Matrix der philosophischen Analyse des Judentums, die Analyse seines »Geistes« (*Theologische Jugendschriften*, 241-342). Er verwendet dabei drei deskriptive Begriffe: Trennung, Unmittelbarkeit und Sklaverei. Die Trennung von der Natur wie vom Menschen verkörpert sich in der emblematischen Gestalt Abrahams. Dieser »hielt an seiner Absonderung fest« (ebd., 246), in der alle Dinge »reine Objekte ... ohne Gehalt und leer, ohne Leben ... ein Nichts« sind (ebd., 250). Diese Trennung ist auch der Grund für die »animalische Existenz« der Juden (ebd.), einer unmittelbaren, allein vom Bedürfnis bestimmten Existenz. Unfähig, sich jemals als Subjekt begreifen zu können, ist diese in der Getrenntheit und Unmittelbarkeit geführte, unglückliche und animalische Existenz notwendig eine unfreie, in Knechtschaft verharrende oder, was dasselbe ist, *geistlose* Existenz. Hegels Verständnis des Judentums hängt völlig an seinen philosophischen Voraussetzungen; es geht ihm weniger um das Judentum und die jüdische Religion als um die lebendige Einheit von Subjekt und Objekt. Hegel bestimmt die Existenz des Juden als tote Existenz, weil sie den

* Zuerst erschienen unter dem Titel »La question juive dans les marxismes« in *Procès* 1986. Die deutsche Fassung wurde von der Redaktion gekürzt. Aus dem Französischen von Peter Jehle.

Literaturverzeichnis

- Allerbeck, K., und M. Hoag, 1985: *Jugend ohne Zukunft?* München, Zürich
- Beck-Gernsheim, E., 1980: *Das halbierte Leben. Männerwelt Beruf — Frauenwelt Familie.* Frankfurt/M.
- Bednarz-Braun, I., 1983: *Arbeiterinnen in der Elektroindustrie. Zu den Bedingungen von Anlernung und Arbeit an gewerblich-technischen Arbeitsplätzen für Frauen (DJI).* München
- Beer, U., und M. Weg, 1986: *Nicht nur die Hälfte des Himmels: Strukturbedingungen ungleicher Aufstiegschancen für Frauen im Beruf und Strategien zur Veränderung.* Dortmund
- Berufsbildung - Bundesrepublik, 1987: *Berufliche Weiterbildung im Wandel.* In: *Länderberichte, Chronik 27, 2*
- Blossfeld, H.-P., 1985: *Bildungsexpansion und Berufschancen. Empirische Analyse zur Lage der Berufsanfänger in der Bundesrepublik.* Frankfurt/M., New York
- Born, C., H. Krüger, M. Schablow und W. Winter, 1985: *Berufstätige Mütter zwischen Arbeitsplatz und Kinderkrippe.* Universität Bremen
- Brandes, H., und E. Rosemann, 1982: *Junge Frauen in der betrieblichen Berufsausbildung — Berufsstrukturen und Entwicklungstendenzen.* In: *Weg/Jurinek-Stinner (Hrsg.), Frauenemanzipation und berufliche Bildung.* München
- Breuer, H., 1987: *Die Situation von Frauen in Ausbildung und Weiterbildung.* In: *Gewerkschaftliche Bildungspolitik, Heft 4.* Düsseldorf
- Bundesanstalt für Arbeit, 1986: *Förderung der beruflichen Bildung, 10*
- Cedefop, 1985: *Berufsausbildung und Arbeitsbeschaffungsprogramme in den Ländern der europäischen Gemeinschaft.* West-Berlin
- Cremer, Ch., 1984: *Schönheit wird zur Pflicht. Friseurin — Beruflichkeit auf Zeit.* In: *Mayer, Ch. u.a. (Hrsg.), Mädchen und Frauen. Beruf und Biographie.* München
- Derichs-Kunstmann, K. (Hrsg.), 1984: *Frauenbildungsarbeit: Lernen und Arbeiten im Schatten.* Reihe: *Theorie und Praxis der Frauenforschung 2.* Bielefeld
- Dräger, H., D. Schönland und H. Weisbrodt, 1984: *Hauptsache, man ist Mann. Die Situation Bremer Haupt- und Realschüler/innen beim Berufseintritt.* In: *Bremer Lehrerzeitung, H.12, 5-9*
- Gensior, S., 1986/87: *Mikroelektronik — Anwendung und ihre Bedeutung für die Qualifikationen: Ein Literaturbericht.* Discussion Papers des Wissenschaftszentrums Berlin. West-Berlin
- Gensior, S., und L. Lappe, 1983: *Arbeitsmarkt und Frauenerwerbsarbeit.* Arbeitspapier, Arbeitskreis sozialwissenschaftlicher Arbeitsmarktforschung (SAMF) (Hrsg.)
- Goldmann, M., und U. Müller, 1985: *Junge Frauen als Auszubildende und Berufstätige im Warenverkauf.* Forschungsbericht der Sozialforschungsstelle im Auftrag des BMJFG. Dortmund
- Gottschall, K., und J. Müller, 1985: *Frauen auf dem Arbeitsmarkt — wachsende Risiken oder neue Chancen?* In: *SOFI-Mitteilungen, 6*
- Handl, J., 1986: *Führt die Angleichung der Bildungschancen zum Abbau geschlechtsspezifischer beruflicher Segregation?* In: *Zeitschrift f. Soziologie, Jg. 15/2, 125-132*
- Heinz, W.R., H. Krüger, U. Rettke, E. Wachtveitl und A. Witzel, 1985: *Hauptsache, eine Lehrstelle. Jugendliche vor den Hürden des Arbeitsmarktes.* Weinheim, Basel
- Herrmann, H., 1987: *Im technischen Bereich noch zurückhaltend.* In: *Der Arbeitgeber, 6/39*
- Hurrelmann, K., K. Rodax und N. Spitz, 1986: *Zur Bildungssituation von Mädchen im allgemeinbildenden Schulbereich.* In: *dies., Koedukation — Jungenschule auch für Mädchen? Opladen*
- IG-Metall-Abt. Frauen/Abt. Berufsbildung, 1987: *Mehr Frauen in die neuen Metall- und Elektroberufe.* In: *Gewerkschaftliche Bildungspolitik 4*
- Krüger, H., C. Born, B. Einemann, S. Heintze und H. Saifi, 1987: *Privatsache Kind — Privatsache Beruf. '...und dann hab' ich ja noch Haushalt, Mann und Wäsche!'* Opladen
- Lippman, C. (Hrsg.), 1986: *Technik ist auch Frauensache.* Hamburg
- Maier, F., 1986: *Further Training and Labour Market Policy. A Study on the Situation in the Federal Republic of Germany.* Reihe: *Discussion Papers des Wissenschaftszentrums Berlin.* West-Berlin
- Mayer, Ch., H. Krüger, U. Rabe-Kleberg und I. Schütte, 1984: *Mädchen und Frauen. Beruf und Biographie.* München
- Meyeringh, U., und J. Reichert, 1986: *Überlegungen zur Zukunft von Arbeit und Ausbildung.* In: *Gewerkschaftliche Bildungspolitik 12*
- Nienhaus, U., 1982: *Berufsstand weiblich.* Berlin
- Rabe-Kleberg, U., 1986: *Die Geduld der Frauen. Entwicklung und Perspektiven traditioneller Frauenberufe.* Reihe: *Institut Frau und Gesellschaft.* Hannover (i.Dr.)
- Rettke, U., 1984: *Die Strukturierung der Berufsfindung von Mädchen durch das hauswirtschaftliche Berufs- und Berufsfachschulsystem — ein klassischer Übergang von Hauptschülerinnen in den Arbeitsmarkt.* In: *Seidenspinner, G., u.a., Vom Nutzen weiblicher Lohnarbeit.* Opladen
- Schlüter, A., 1986: *Zur Geschichte der Institutionalisierung der gewerblichen Berufsbildung für Mädchen zu Beginn des 20. Jahrhunderts.* Diss., Univ. Gesamthochschule Essen
- Seidenspinner, G., und A. Burger, 1982: *Mädchen '82.* München
- Wilms-Hergett, A., 1985: *Frauenarbeit.* Frankfurt/M., New York

Die Judenfrage in den Marxismen*

»... und indem sie von den ersten Zeiten bis zu den letzten bestehen, umschließt ihre Geschichte mit ihrer Dauer die Geschichte aller anderen Völker.«
 Pascal, *Gedanken*, 5. Kap., 1. Abtlg., 358

Judenfrage und Marxismus in Beziehung zu setzen, mag deplaziert erscheinen: theoretisch willkürlich, historisch nebensächlich, ideologisch eine Provokation. Denn diese Beziehung umreißt ein spannungsgeladenes Feld, auf dem sich der Marxismus selbst eine entschiedene Befragung gefallen lassen muß. Mit seinem Anspruch auf Universalität steht seine Fähigkeit zur Diskussion, ein durchaus einzigartiges und zugleich ungewöhnlich dauerhaftes Phänomen zu begreifen. Als Frage an den Marxismus ist die Judenfrage nicht zuletzt eine Frage nach dem Verständnis seiner Einbettung in die historische Zeit.

I.

Den Auftakt markiert eine immer wieder kommentierte Schrift, eine für die gegensätzlichsten politischen Praktiken reklamierte Quelle, die Schrift des jungen Marx *Zur Judenfrage* (1843). Wenn Auftakt (ohne es zu wollen), so doch keine Grundlegung: Bekanntlich ist ihr Gegenstand gar nicht die Judenfrage, sondern Bruno Bauers Schrift zu dieser Frage, d.h. es geht zunächst um das Verhältnis von bürgerlicher Gesellschaft und Staat, dann um das Verhältnis zwischen der (menschlichen) Emanzipation und der politischen Emanzipation. Deshalb ist der Marxsche Text außerhalb seiner philosophischen Entstehungsbedingungen schlichtweg unverständlich. Vier antithetische Gestalten liegen diesem Text voraus, und jede legt die partielle Wahrheit der ihr vorausgehenden bloß — unter den fallenden Masken verbergen sich jeweils andere.

Hegel liefert die Matrix der philosophischen Analyse des Judentums, die Analyse seines »Geistes« (*Theologische Jugendschriften*, 241-342). Er verwendet dabei drei deskriptive Begriffe: Trennung, Unmittelbarkeit und Sklaverei. Die Trennung von der Natur wie vom Menschen verkörpert sich in der emblematischen Gestalt Abrahams. Dieser »hielt an seiner Absonderung fest« (ebd., 246), in der alle Dinge »reine Objekte ... ohne Gehalt und leer, ohne Leben ... ein Nichts« sind (ebd., 250). Diese Trennung ist auch der Grund für die »animalische Existenz« der Juden (ebd.), einer unmittelbaren, allein vom Bedürfnis bestimmten Existenz. Unfähig, sich jemals als Subjekt begreifen zu können, ist diese in der Getrenntheit und Unmittelbarkeit geführte, unglückliche und animalische Existenz notwendig eine unfreie, in Knechtschaft verharrende oder, was dasselbe ist, *geistlose* Existenz. Hegels Verständnis des Judentums hängt völlig an seinen philosophischen Voraussetzungen; es geht ihm weniger um das Judentum und die jüdische Religion als um die lebendige Einheit von Subjekt und Objekt. Hegel bestimmt die Existenz des Juden als tote Existenz, weil sie den

* Zuerst erschienen unter dem Titel »La question juive dans les marxismes« in *Procès* 1986. Die deutsche Fassung wurde von der Redaktion gekürzt. Aus dem Französischen von Peter Jehle.

Kriterien des guten Subjektseins nicht entspricht. Wollte man den jungen Marx, den Kritiker des Hegelschen Staatsrechts, paraphrasieren, so könnte man sagen, daß in den *Theologischen Jugendschriften* nicht die Philosophie dazu da ist, Licht in die Judenfrage zu bringen, sondern das Judentum als funktionelle Gestalt konstruiert wird, die zum Beweis der (Hegelschen) Philosophie dient. Hegels Analyse des Judentums entfaltet sich auf dem Gebiet einer vernünftigen Religionsgeschichte; insofern umschließt der Hegelianismus den traditionellen christlichen Anti-Judaismus auf dem Terrain der Philosophie. Das jüdische Bewußtsein muß und kann durch die Entzifferung der theologisch-philosophischen Gehalte erklärt werden, die es konstituieren. Die Religion liefert den Schlüssel zum Juden.

Mit Feuerbach wird diese theologische Konstruktion in eine anthropologische verkehrt: Jetzt ist es der Jude — seine Natur —, der die besonderen Merkmale seiner Religion verständlich macht. Feuerbach öffnet den Zugang zum »materialistischen« Moment der Frage. Parallel zum Antagonismus von Juden und Griechen baut er einen Gegensatz zwischen Praxis, Egoismus und Utilitarismus einerseits und »freiem theoretischem Trieb« oder »theoretischem Sinn« andererseits (*Das Wesen des Christentums*, 1. Teil, Kap. 12). Auf Hegels theologischen Juden folgt, mit diesem brechend, der anthropologische Jude Feuerbachs, und der Kern des neuen Lehrgebäudes steckt in einer Beweisführung, die zugleich Dekonstruktion ist:

»Nicht aus dem Kreator ging der supranaturalistische Egoismus der Juden hervor, sondern umgekehrt jener aus diesem: in der Kreation rechtfertigte nur gleichsam vor dem Forum seiner Vernunft der Israelite seinen Egoismus.« (Ebd.)

Künftig dient der Jude zum Beweis einer anderen Logik. Der anthropologische Jude ist die jüdische Logik des Menschen, d.h. die Logik des modernen, von seinem Gattungswesen abgeschnittenen Menschen. Indem Feuerbach vom Juden spricht, wird seine Anrufung einer glücklichen und abgelaufenen Vergangenheit — im wesentlichen der polytheistischen Antike — nur um so stärker vernehmbar. Der Jude ist der Mensch der schlechten Moderne, und seine Ablehnung entspringt einer der Vor-Moderne nachhängenden philosophischen Nostalgie, die mit schöner Regelmäßigkeit auch beim jungen Hess und beim jungen Marx zu beobachten ist. Die Moderne wird mit der zivilen bürgerlichen Gesellschaft (*société civile-bourgeoise*) gleichgesetzt. Für Hegel wie für Feuerbach fungiert der Jude als Gleichheitszeichen (er ist = schlechte Subjekthaftigkeit = schlechte Moderne).

Bruno Bauer bemüht sich, Feuerbachs anthropologisches Schema auf die politische Frage der Emanzipation anzuwenden: Dabei mißt sich eine Abstraktion mit einer anderen, »der« Jude mit »dem« Menschen; jener wird aufgefordert, in eine andere Haut zu fahren und sich in diesen zu verwandeln, andernfalls seine angeborene Unfähigkeit zur Emanzipation als bewiesen gelten müßte. Marx zeigte, wie sehr Bauers Argumentation in der »Theologie« gefangen blieb, auch wenn er sie in eine »aufgeklärte Form« brachte (*Zur Judenfrage*, MEW 1, 371), wie sehr seine »Emanzipation« nur eine weltliche Heilsvariante war. Bekanntlich zielte seine Kritik darauf, Bauers theologisch-politische Problemstellung theoretisch umzubauen in eine neue, ökonomisch-politische Problematik.

Indem Marx und Hess »Judentum« als allgemeines Äquivalent für »Bürgertum« verwenden, kann die Kritik am Judentum nicht den wirklich existierenden Juden treffen. Der »Alltagsjude«, den Marx dem Bauerschen »Sabbatsjuden« entgegengesetzt (MEW 1, 372) — die Juden als die »Raubthiere«, die »jetzt endlich diese ihre Berufsarbeit vollbracht« haben (Moses Hess, *Über das Geldwesen*, in: *Philosophische und sozialistische Schriften*, Berlin/DDR 1961, 329-348, hier: 345) — steht für eine ganze Epoche: die moderne Welt, das Geld und den Kapitalismus. In ihm verdichtet sich ihr Geist, verkörpert sich ihr Wesen. Hegel kommt, über Feuerbach, wieder zu seinem Recht. Hess wie Marx verlegen das Erklärungsprinzip der gesellschaftlichen Organisation in eine ideologische Instanz, den Egoismus des praktischen Bedürfnisses: Beide haben gewissermaßen ein Symbolisches der (jüdischen) Repräsentation der (bürgerlichen) Gesellschaft konstituiert. Der »Alltagsjude« bewegt sich immer noch maskiert und dient seinerseits dem Beweis einer Logik, nämlich der Logik des Ausbeutungsverhältnisses.

II.

Die Geschichte des Marxschen Textes bringt sowohl seine epistemologische Fruchtbarkeit wie auch die Begrenztheit seiner Analysen an den Tag. *Zur Judenfrage* wird 1881 als Artikelserie im *Sozialdemokraten* zum ersten Mal wieder veröffentlicht. An der deutschen sozialistischen Presse zeigt sich, was damals auf dem Spiel steht: Marx' Text kommt einem tatsächlich existierenden Antisemitismus in die Quere, einem Antisemitismus, der — weil ideologisch verwerflich — verworfen wird, zugleich aber — weil politisch und taktisch in einem antikapitalistischen Diskurs brauchbar — objektiv determiniert ist. Zusammenfassend kann man sagen, daß die deutsche Sozialdemokratie eine Zeitlang über eine utilitaristische Theorie des Antisemitismus verfügte, sofern sie im wesentlichen darauf aus war, ihn in eine Rhetorik und Taktik des Klassenkampfes einzuordnen. Nach der offiziellen Lehre ist der Antisemitismus das ideologische Produkt absteigender und gegen ihren Abstieg aufbegehrender Schichten, hervorgebracht durch die unvermeidliche Polarisierung des sozialen Ganzen in zwei antagonistische Klassen. Die Zeit wird kommen, da auch der Antisemitismus verschwindet, weil die ihn tragenden Schichten sich auflösen müssen: Er wird begriffen und analysiert als transitorisches Bewußtsein und zugleich als vergängliche sozio-historische Erscheinung. Diese allgemeine Theorie hat dennoch höchst unterschiedlichen Positionen Raum gegeben, von Mehrings Anti-Philosemitismus über die (mehr offizielle) Mittelposition Bebels bis zum Anti-Antisemitismus des alten Engels. Sehr schematisch könnte man sagen, daß es eine Trennlinie gab zwischen der neo-jungmarxianischen Versuchung einer Wiederaaneignung des Antisemitismus und dem materialistischen Versuch einer Neufundierung des Problems. Im ersten Fall wird der Jude wiederum zum Zeichen, dem der Referent fehlt, wobei aber die Ordnung von Subjekt und Prädikat umgekehrt ist. Im *Vorwärts* vom 3. Dezember 1893 kann man z.B. lesen:

»Der jüdische Geist ist der Geist des Kapitalismus — keineswegs in dem Sinne, daß jeder Jude Kapitalist sei, sondern in dem, daß jeder Kapitalist Jude ist.«

Damit stellt das antisemitische Bewußtsein den Nullpunkt des sozialistischen Bewußtseins dar, wobei dieses nur die positive Zukunft von jenem ist: Die poli-

tische Aufklärungsarbeit hat dem trüben Bewußtsein — dem Ort, wo die Enthüllung stattfindet — die Wahrheit des Kapitalismus als eines verborgenen Prinzips, einer versteckten Struktur zu offenbaren.

Gegenüber dieser Richtung, die Marx' Text als legitimierende Instanz in Anspruch nimmt, haben andere den Versuch unternommen, den historischen Materialismus in strenger Weise auf die Judenfrage anzuwenden. Kautskys Schrift *Rasse und Judentum* vom Oktober 1914 ist in gewisser Weise das Opus magnum dieses Versuchs. Im ersten Teil wird der wissenschaftliche Rassismus, propagiert von den zeitgenössischen »Anthroposozioologen«, denen die Soziobiologen von heute in nichts nachstehen, entschieden zurückgewiesen. Gestützt auf Statistiken und Funde aus der Anthropometrie dekonstruiert Kautsky theoretisch und anthropologisch den Rassebegriff und nimmt speziell die Vorstellung einer jüdischen Rasse auseinander. In *Rasse und Judentum* wird die Theorie des Kasten-Volks breit entwickelt, die der Marxismus nach Lenin in allen seinen Varianten zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen zur Judenfrage machen sollte. Kautsky zufolge mußten sich die Juden auf eine besondere ökonomische Funktion spezialisieren, deren Ausübung ihre Verstärkung nach sich zog: Die »Masse der Juden (bildet) zwei Jahrtausende lang eine abgeschlossene erbliche Kaste städtischer Kaufleute, Geldhändler, Intellektueller, mitunter auch Handwerker ..., die alle diesen Schichten eigentümlichen Eigenschaften durch Übung und Häufung von Generation zu Generation immer mehr entwickelte im Gegensatz zu der bäuerlichen Masse der übrigen Bevölkerung« (Kautsky 1914, zit.n. Fetscher 1974, 87). Man ahnt, daß Kautskys Theorie, abgesehen von ihren bescheidenen deskriptiven Verdiensten, zu erheblichen theoretischen Schwierigkeiten führt. Ihre historische Indifferenz und ihre Einebnung der Produktionsweisen (wobei der ökonomischen Funktion der Juden zugleich ein festes Wesen zugeschrieben wird) ist gerade in marxistischer Perspektive äußerst problematisch. Die dreifache Invarianz, auf der die Theorie des Kasten-Volks gegründet ist (soziale Homogenität, denn die Juden gehören durchweg den Ausbeuterklassen an; Unbestimmtheit der Bereiche, in denen die spezialisierte Funktion ausgeübt wird; Geschichtslosigkeit), wird durch die Geschichtsschreibung weitgehend entkräftet (vgl. Baron 1961, Blumenkranz 1960, Rodinson 1968): Die Spezialisierung taucht im allgemeinen erst im Zeitalter der Kreuzzüge auf und kommt erst zur Zeit der bürgerlichen Emanzipation der Juden seit der Französischen Revolution zum Durchbruch; sie existiert überdies nur in bestimmten kulturellen Bereichen. Andererseits muß die Theorie des Kasten-Volks die Übereinstimmung der Werte des Judentums mit den Normen des entstehenden Kapitalismus unterstellen. Um diesen Fragenkomplex versammelten sich in einer Art Gipfeltreffen der deutschen Wissenschaft Karl Kautsky, Werner Sombart und Max Weber. Dieses Dreiergespräch läßt, kurz gesagt, ein Geflecht von Fragen hervortreten, das die marxistische Theorie nie entwirrt hat. Das Kongruenz-Postulat, das Kautsky, wengleich mit starken sozialhistorischen Gründen, stillschweigend unterstellt, wird geteilt und sogar ausgeweitet von seinen an Stalin (vorbehaltlos Heller 1931) oder an Trotzki orientierten Nachfolgern (Léon 1968). Sombart lieferte 1911 die elaborierteste Darstellung dieser Auffassung mit seinem Werk *Die Juden und das Wirtschaftsleben* (Leipzig 1911). Dieses Werk, das vom metho-

dischen Vorgehen Max Webers angeregt ist, in der Absicht, dessen Theorie zu berichtigen und seine verpaßte Wahrheit ans Licht zu bringen, möchte den Beweis antreten, daß die Juden die Urheber des modernen Kapitalismus sind. Sombart (der spätere Nazi) beruft sich auf Marx' Schrift *Zur Judenfrage* (was der Marxist Kautsky drei Jahre später sorgsam vermeiden wird), um die dort aufgestellte logische Gleichung in der »historischen Psychologie« zu verankern. Er bildet zwei Mengen mit bestimmten Variablen: a) Die »kapitalistische Wirtschaftsgesinnung« (Gewinnstreben, »Mißachtung der zunftmäßigen Abgrenzung der Gewerbe- und Handelsbetriebe«, Kosmopolitismus usw.; Sombart 1911, Kap. VII, 136-180); b) »Die objektive Eignung der Juden zum Kapitalismus« (Kap. X), die unter vier Merkmale subsumiert wird — Intellektualismus, Voluntarismus, Beweglichkeit und Teleologismus —, ihrerseits bestimmt von den auf die jüdische Religion zurückgeführten Eigenheiten der »Rationalisierung des Lebens« (Kap. XI, 261ff.) und des »in einer abstrakten Welt Eingesponneneins« (Kap. XII, 317).

Sombart läßt dann beide Mengen sich strikt entsprechen, wobei er zu guter Letzt das Erklärungsprinzip selbst auf die historische Wirksamkeit antagonistischer ethnischer Besonderheiten gründet, auf das jüdische »Nomadentum« und die in »Wäldern« lebenden »nordischen Völker« (Kap. XIV, 415ff.). Kautsky hat natürlich nicht versäumt, den überhistorischen Idealismus von Sombarts Konstruktion zu verspotten, jenes metaphysische Ewigkeitsdenken, das den Hirten im alten Palästina gleichsam zum Begründer des modernen Kapitalismus macht. Und doch stellt er das Vorhandensein bestimmter »geistiger Eigenschaften« der Juden nicht in Abrede (*Rasse und Judentum*, zit. n. Fetscher 1974, 118). Der ganze Unterschied hängt für ihn an der Frage, welches die determinierende Instanz ist: Nicht Rasse oder Gesinnung erschließen das Verständnis der »geistigen Eigenschaften des Judentums«, sondern diese wurden von »historischen Eigenheiten der gesellschaftlichen Entwicklung der Juden« hervorgebracht (Kautsky, zit. n. Massara 1972, 439). Die Verfahren, nach denen die Kategorien der Judenfrage gebildet werden, bleiben sich im wesentlichen gleich. Was den Materialisten Kautsky vom Idealisten Sombart tatsächlich unterscheidet, ist die logische Artikulation. Hier wirkt sich eine Unklarheit aus, die in der Geschichte des theoretischen Marxismus zählebig am Werk war: die Vorstellungen der *Determination*, die den Beweggrund des menschlichen Handelns einem Dahinterstehenden zuschreibt, und der *Verursachung*, die auf das real Vorhergehende und logisch Vorrangige achtet, gehen durcheinander. Daraus resultiert eine epistemologisch fatale Verschiebung der Untersuchung von Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen, die eine Vielfalt von Bestimmungen generieren, zu einem monokausalen Denken. Man kann das Kautsky nicht mehr ankreiden als anderen Marxisten. Léon und mehr noch Heller stehen ohne jeden Zweifel im Bann von Sombarts Modell. Bei Heller dient die Suche nach den Wirkungen allein einer ständigen Ausgestaltung der Ursache (etwa in bezug auf das Bilderverbot, vgl. 1931, 113), was zum einen die Geschichte in eine Art atypische Linearität auflöst, zum anderen die Unterscheidung von Wirklichem und Ideellem auslöscht. Zwar kritisiert Léon Sombart wegen seiner mangelhaften Geschichtskennntnisse, lobt ihn aber dafür, das Wechselverhältnis Praxis/Religion aufgedeckt zu haben:

»Sombarts Arbeit illustriert nur jene marxistische These, wonach die Religion der ideologische Reflex einer gesellschaftlichen Klasse ist. Aber wie andere bürgerliche Gelehrte vertauscht Sombart Ursache und Wirkung: die Religion sei der grundlegende Faktor.« (Léon 1968, 20)

Als Kausalitäts-Polizei sieht dieser Marxismus seine Hauptaufgabe darin, über die Ordnung der Ursachen zu wachen, ohne Rücksicht auf die Identität der in diese Ordnung eingelassenen Termini. Das nannte Max Weber das gute »kausale Gewissen« (*Die protestantische Ethik*, II.2, Askese und kapitalistischer Geist, Anm. 277; 1984, 269)

Außer seinem spezifischen Beitrag zur Judenfrage (*Das antike Judentum*, 1921) hat Weber einige wertvolle Elemente zur Kritik des monokausalen marxistischen Denkens beigetragen, was ihn in die Nähe einiger heterodoxer Formen des Marxismus bringt (vgl. die Würdigung Bernsteins, ebd., Anm. 278; 1984, 269). Bei der Bestimmung der in der *Protestantischen Ethik* angewandten Methode bezieht er sich ausdrücklich auf die Marxsche Formulierung aus der Einleitung von *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* (»die Theorie wird zur materiellen Gewalt«; MEW 1, 385), wenn er behauptet, seine Studie könne »auch einen Beitrag bilden zur Veranschaulichung der Art, in der überhaupt die 'Ideen' in der Geschichte wirksam werden« (I, 3 *Luthers Berufskonzeption. Aufgabe der Untersuchung*, 1984, 76). Gegen den Tropismus der »Deduktion« geht es Weber darum, »den Einschlag, welchen religiöse Motive in das Gewebe der Entwicklung unserer aus zahllosen historischen Einzelmotiven erwachsenen ... Kultur geliefert haben, etwas deutlicher zu machen«, und zu fragen, »was ... dem Einfluß der Reformation ... zuzurechnen sein möchte« (ebd.). Diese Zurechnung gehorcht nicht dem Reduktionismus des kausalen Denkens, denn sie enthält keine Ableitungsbeziehung. Gute Gründe sprechen dafür, Webers theoretische Nähe zu Marx in dieser Frage zu betonen, und zwar zu dem Marx der Einleitung in die *Kritik der Politischen Ökonomie* von 1857 (*Grundrisse*, 5-31), einem Marx, der auf das »vielfach Gegliederte« (ebd., 7), die »Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Momenten« wie »bei jedem organischen Ganzen« (ebd., 20f.), die »reiche Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen« (ebd., 21) achtet. Einem Marx, der es mit dem Folgern so wenig eilig hat, daß er lange Gedankengänge mit einem »Ça dépend« (ebd., 22), einem »Das ist nach einer Seite hin richtig. Nach der andren nicht« unterbricht (ebd., 25), dessen Analyse so unvoreingenommen ist, daß er sogar »Gewinn« (das fertige Resultat) und »Gewinnen« (der im Gewinnstreben materialisierte Prozeß, der für das Verständnis der »industriellen Höhe eines Volkes« grundlegend ist; vgl. ebd., 8) einander entgegengesetzt.

Kommen wir auf die Frage nach den determinierenden Faktoren zurück. Der von Weber benutzte Ausdruck »Motiv« erinnert unweigerlich an jenen bemerkenswerten kleinen Text von Brecht, in dem dieser beobachtet, daß die Berücksichtigung nur eines Motivs nicht ausreicht und daß das materialistische Vorgehen versuchen muß, ein »Motivbündel« zu fassen, in dem wirkliche Widersprüche gebunden sind (»Notizen über Dialektik«, in: *Schriften zur Politik und Gesellschaft*, GW 20, Frankfurt/M. 1976, 154-157, hier: 157). Mir scheint, daß sich Webers Analyse der »zahllosen historischen Einzelmotive« vom hypostasierenden Ursachendenken abhebt und statt dessen ein feingesponnenes Artikula-

tionsnetz in den Blick bringt, in dem differenzierte materielle Kausalitäten als *Praxen* Ort und Funktion haben. Nehmen wir uns noch einmal die für die strategisch-theoretische Seite der Frage so sensible jüdische Religion vor. Kautsky gelang eine materialistische Dekonstruktion der Vorstellung einer geistigen, ja physischen Besonderheit des Juden, indem er schließlich bei einer letzten und bezeichnenden Bestimmung landet: der Jude ist der Städter, der »homo urbanus« im Gegensatz zum »homo alpinus«, wie er spöttisch sagt (zit.n. Massara 1972, 433). Diese erste Ursache kann indes auch wieder als Wirkung gedacht werden. So dekonstruiert Weber — durchaus materialistisch — den Materialismus der Dekonstruktion Kautskys. Die Juden seien nur deshalb zu einem Volk geworden, das fast ausschließlich Städte bewohnt, weil die sorgfältige Beachtung des Ritus für Bauern äußerst beschwerlich sei, die Priesterthora sich daher auf dem Land nicht habe durchsetzen können (vgl. 1921, 378). Man könnte annehmen, dies sei lediglich eine neue Gestalt der Inversion, die Umkehrung einer Umkehrung: Die Religion erklärt die Geschichte statt umgekehrt. Diese »Lesart« ist blind für ihre eigenen Grundsätze und die Vorstellungen, die sie anregt. Denn Webers Analyse weist gerade auf die materielle Funktion der religiösen Ideologie hin. Die als eine der Ursachen für die gesellschaftliche Organisation der Juden begriffene Religion ist dabei weder als einfache und durchsichtige Weltanschauung, als Ideensystem bestimmt noch als ein Ensemble von Theologumena, denen eine autonome Triebkraft innewohnt. Sie wirkt als ein Geflecht kodifizierter Praxen, deren Ausübung gewisse soziale, kulturelle und politische Bedingungen voraussetzt. Jenes unauflösliche Ineinander von Materiellem und Geistigem, von »Wirklichem« und »Ideologie« bestätigt sich damit und läßt seinen strukturierenden Charakter hervortreten, d.h. die Produktion eines materiell-symbolischen Sinns und, im selben Zug, die Organisation konkreter Beziehungen zwischen den Menschen.

Die Ideologie wird in unterschiedlichen Richtungen des Marxismus immer wieder als eine um das Bewußtsein sich legende Hülle begriffen, die sich organisch auf die materielle Existenz der Klassen bezieht. So analysieren die Theoretiker der II. Internationale den Antisemitismus, den sie ausschließlich den deklassierten Kleinproduzenten zuschreiben, als bewußtseinsmäßige Auswirkung einer im Verschwinden begriffenen Ursache in der ökonomischen Basis: folglich sei ihm sein Ende notwendig vorgezeichnet. Die Ideologie, verstanden als eine transitorische, wieder zerfallende, kurzlebige Erscheinung, ist ein Schleier, eine Maske, eine Nebelbildung — alles Metaphern, die auf die Auflösung des Nebels, das Herunterreißen des Schleiers orientieren. Damit können die konstitutiven Diskurse dieses absonderlichen antisemitischen Korpus, deren Inhalte Jean-Pierre Faye als »gedoppelte Aussagen« bestimmt hat (Faye 1974, 59), kaum noch in ihrer materiell-historischen — in diesem Fall nicht zu leugnenden, weil mörderischen — Wirksamkeit gedacht werden. Die Diskurse sind Modi, in denen die Ideologie sich darstellt und außerhalb derer weder die Ideologie noch die von ihr zum Ausdruck und in Übereinstimmung gebrachten gesellschaftlich-historischen Verhältnisse existieren. Man sieht, daß der Ursprung dieser Auffassung der Ideologie als einer unwesentlichen Leere sich im monokausalen Denken, in der Zweiteilung von Basis und Überbau (=Wirkliches/Ideologisches) ausmachen läßt.

Die Formen, in denen die Judenfrage in den marxistischen Korpusen behandelt wird, sind im wesentlichen die der Leugnung (beispielhaft Rosa Luxemburg, vgl. Bensusan 1985) und der objektivistischen Zurückweisung: Die Judenfrage hat hier überhaupt nur Sinn, wenn sie außerhalb des »ideologischen Wahns« (Rodinson 1968, VI) reinterpretiert wird. Diese offen oder latent vorgenommene Gleichsetzung von Wahn und Ideologie — in der sich die marxistische Einstellung zur Judenfrage freilich nicht erschöpft — ist theoretisch verhängnisvoll. Der Wahn bewegt sich nie außerhalb des Sinns: Er konstituiert eine imaginäre Szenerie, in der ein Subjekt (sich) die Verwirklichung eines Wunsches vorstellt. Man wird dann versuchen, hinter dem Wahn den Wunsch zu entdecken, den ersteren zu entziffern, um zur Wahrheit des letzteren zu gelangen. Umgekehrt findet sich die marxistische Vernunft einem Grundproblem konfrontiert: Wenn man ihr zugesteht, daß die »wahnhaften« Aussagen durch und durch Illusion, Köder oder ein schmutziger Trick zur Verewigung der Illusion sind, ist damit noch nicht begriffen, wie »es« ankommt, warum »es« funktioniert ... Unerklärt und unerklärlich bleibt die großartige historische Produktivität der Illusion.

III.

Schließlich ein Wort zur Bedeutung der historischen Zeit, sowohl im Marxismus wie im jüdischen Denken. Sie konstituiert die spezifisch jüdische, innere Dimension des jüdischen Daseins, wie es sich selbst in der Dauer (dem Exil) und der Erwartung (der Erlösung) begreift, im radikalen Gegensatz zum Raum, der immer als ein vom feindlichen und bedrohlichen anderen bewohnter Raum wahrgenommen wird. Man hat natürlich bemerkt, daß die jüdischen Erfahrungen mit der Unterdrückung immer in räumlichen Kategorien gefaßt sind: Exil (Verbannung), Irrfahrt, Diaspora, Einschließung ins Ghetto, Konzentration usw. Der Zionismus initiiert hier einen radikalen Bruch, weil er auf die Wiederaneignung der Räumlichkeit zielt und dadurch eine neue Verneinung des anderen, in diesem Falle des Palästinensers, hervorbringt. Wenn also der Raum jahrhundertlang als das Äußere der inneren Zeit gelebt wird, so ist die Zeit der Raum des Innern, was der hebräische Ritus formell bestätigt. Einerseits skandieren die religiösen Feierlichkeiten die jahreszeitlichen Rhythmen und vor allem kollektiv bedeutsame Ereignisse in Momenten des Eingedenkens und Wiedererinnerns. Andererseits ist hier die Geschichte als Heilsprozeß das Feld, auf dem sich das religiöse Bewußtsein als in die Zeit eingelassenes Bewußtsein des menschlichen Tuns entfaltet. Die Zeit ist kollektive Zeit, Zeit eines menschlichen Kollektivs; die Geschichte ist gemeinsame Geschichte, seit Menschengedenken eine Abfolge von Befreiungsakten und gelungenen oder vereitelten Revolten, aber stets überliefert und eingeschrieben in eine dynamische Erzählung. So gilt das Werden (eins der letztendlichen Rückkehr aller Dinge in sich selbst, des Herauspringens aus der Zeit am Ende der Zeiten) mehr als das Sein (der Zustand der »real existierenden Dinge«: Exodus, Verbannungen, Zerstörungen); Bewegung oder Bildung gelten mehr als Form und geschlossene Entität — wodurch sich laut Kafka das Bilderverbot erklären ließe (Gespräche mit G. Januch, in: Politzer 1978, 166). Die Tradition unterscheidet und verknüpft »diese Welt« und die »kommende Welt«, wobei die erstere die letztere in sich trägt. Die chiliastische Erwartung verbindet

die Welten und die Zeiten miteinander, was in der Idee eines Trächtig-Seins zum Ausdruck kommt, eines Niedergelegt-Seins (*pakad*) des göttlichen Logos in der Geschichte, einer Geschichte, die noch nicht bereit ist, ihn zu empfangen. Aber das Noch-Nicht ist das Zeichen eines Zukünftigen, eines späteren Moments, wo die göttliche Hinterlassenschaft gewissermaßen reaktiviert und durch Wiedererinnerung neue Potenz erhält: das Wort bewegt die Geschichte im nachhinein. Bekanntlich findet sich dieser Gedanke, besser: diese Vision, in Ernst Blochs Vorstellung des utopischen Überschusses, des antizipierenden Bewußtseins, dem Entwurf einer Ontologie des Noch-Nicht-Seins. »Siehe, eine Jungfrau ist schwanger und wird einen Sohn gebären«, sagt der Prophet Jesaja (7.14). Bloch zeigt bei der Konstruktion des Begriffs der Ungleichzeitigkeit die »unvergangenen, weil nie ganz gewordenen, daher bleibend subversiven und utopischen Inhalte« (1962, 126), und er zeigt, wie durch eine »mehrzeitliche und mehrräumige Dialektik«, eine »Polyrhythmik« (ebd., 124) »gleichsam das goldhaltige Geröll im Lauf der bisherigen Arbeitsprozesse« (ebd., 126) ans revolutionäre Licht gebracht werden muß. Blochs Begriff der Ungleichzeitigkeit erschließt eine Archäologie der Widersprüche. Er trägt bei zu einem besseren Verständnis der spezifischen Verdichtungen von Altem und Neuem, der vielgestaltigen und komplexen Gehalte im Begriff der *Transhistorizität*, für die die Juden gleichsam als Sinnbild stehen.

In der Verknüpfung von Zeit und Geschichte, von messianischer Hoffnung und gesellschaftlich-politischem Utopismus mit der Dialektik der beiden Welten und der Aufwertung der plebejischen Revolte (vgl. Weber 1921, 249) schien das Judentum lange auf seiten der Weltveränderung zu stehen, indem es heimlich einen subversiven Gebrauch der Vergangenheit predigte. Weber, Nietzsche und Michels haben das in bezug auf unterschiedliche Zusammenhänge und Gegenstände analysiert. Dieser Flirt der Juden mit dem revolutionären Geist beruht wohl weniger auf der bisweilen formalen Nähe der Thematiken als auf einer gemeinsamen Kultur der Zeit, in der sich die jüdische Selbstvorstellung und die Ideologie der modernen Revolutionen bewegen. So war auch der Übergang vom einen zum andern relativ einfach: von der eschatologischen Zeit, in der die Shtetls und Ghettos wie aufgereiht waren, zu den Zeiten weltweiter Umwälzungen, die als deren profanes, aber keineswegs ungetreues Gegenstück erscheinen mochten. Aber dieser Übergang wurde oft mit Mann und Maus vollzogen: Schien die messianische Zeit sich auf »natürliche« Weise zu säkularisieren, so wurde umgekehrt die revolutionäre Zeit gelegentlich von einer Theologisierung erfaßt. Ich denke nicht an die allzu passenden Gestalten der lyrisch-epischen Romantik und des roten Fanatismus. Ich denke viel eher an das »Theologisch-Politische« eines Walter Benjamin. Für ihn verdichtet sich die produktive Wirkung der Kreuzung von Messianismus und Materialismus in seiner Kritik der linearen, flachen und uniformen Zeitauffassung, die im Marxismus dominiert — der in dieser Hinsicht der direkte Erbe des Hegelianismus ist. Die optimistisch-apologetische Auffassung der historischen Zeit kulminiert laut Benjamin im Fortschrittsbegriff, dessen Inhalt und Verwendung gleichzeitig mit dem Marxismus popularisiert wurde. Er setzt dem eine kritisch-pessimistische Sicht entgegen, die in die materialistischen Bestimmungen »Splitter der messianischen«

einsprengt (*Geschichtsphil. Thesen, A*), eine Sichtweise, der vom Standpunkt der Unterdrückten und vorläufig Besiegten die Einsicht der illusionslosen Erwartung und Vorahnung der Katastrophe zuwächst. Dieses Element der Katastrophe, dieses die menschliche Geschichte bewegende, zerstörende und zugleich schaffende Prinzip sucht Benjamin gegen die im Marxismus vorherrschenden Traditionen aufzuwerten. Auch hier geht es vor allem um das Verständnis der historischen Zeit. Um sie außerhalb ihrer »Antinomien« zu ergreifen und in Bewegung zu bringen, außerhalb falscher dualistischer Entgegensetzungen, die sie verflachen, und außerhalb verstümmelnder Einschnitte, die sie reduzieren, versucht Benjamin, sie als »Konstellation«, Agglutination und Gestaltung der »Jetztzeit« zu konzeptualisieren (vgl. These 17). Die differentiellen Zeitlichkeiten, deren Dialektik Benjamin dadurch zur Geltung bringt, sind der Blochschen Polyrythmie verwandt. Die beiden Denkern gemeinsame *kritische* Gegnerschaft zur kommunistischen Apologetik entspringt freilich unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Empfindungen; der »Pessimismus« Benjamins und der »Optimismus« Blochs haben auch ihre Einstellung zur politischen Organisation unterschiedlich geprägt. Wenn uns ihre Rekonstruktionsarbeit heute so nötig und naheliegend scheint, so deshalb, weil sie die unvollendete Symphonie des Marxismus nicht zur Vollendung führten, sondern den rhapsodischen Eingriff bevorzugten und an den »noch keineswegs ausgehobenen, aufgehobenen Winkeln« arbeiteten (Bloch 1962, 69).

Literaturverzeichnis

- Baron, S.W., 1961: Histoire d'Israel, vie sociale et religieuse. Paris
 Benjamin, W., 1974: Über den Begriff der Geschichte. In: Gesammelte Schriften I.2, Frankfurt/M.
 Bensussan, G., 1985: Rosa Luxemburg et la question juive. In: Les Temps Modernes, Nr. 472, 652-668
 Bloch, E., 1962: Erbschaft dieser Zeit. Gesamtausgabe Bd.4, Frankfurt/M.
 Blumenkranz, B., 1960: Juifs et Chrétiens dans le monde occidental 430-1006. Paris, Den Haag
 Fetscher, I. (Hrsg.), 1974: Marxisten gegen Antisemitismus. Hamburg
 Feuerbach, L., 1971: Das Wesen des Christentums. Stuttgart
 Fontenay, E., 1973: Les figures juives de Marx. Paris
 Hegel, G.W.F., 1907: Der Geist des Christentums und sein Schicksal. In: H. Nohl (Hrsg.), Hegels theologische Jugendschriften. Tübingen, 241-342
 Heller, O., 1931: Der Untergang des Judentums. Wien, Berlin
 Kautsky, K., 1914: Rasse und Judentum. In: Die Neue Zeit, Ergänzungshefte 20
 Léon, A., 1968: La conception matérialiste de la question juive. Paris
 Massara, M. (Hrsg.), 1972: Il marxismo e la questione ebraica. Mailand
 Politzer, H., (Hrsg.) 1978: Das Kafka-Buch. Hamburg
 Rodinson, M., 1968: Vorwort zu A. Léon 1968, V-XLVII
 Sombart, W., 1911: Die Juden und das Wirtschaftsleben. Leipzig, München
 Weber, M., 1921: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd.3: Das antike Judentum. Tübingen
 ders., 1984: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, 2 Bde., hrsg. v. J. Winckelmann. München

Probleme einer institutionenbezogenen Ideengeschichte

Zu Ringers Studie über die »deutschen Mandarine«*

Ideengeschichte ist zumeist eine Domäne des Idealismus. »Freiheit« und »Gleichheit«, »Mensch«, »Natur« oder »Gesellschaft« werden als selbständige Ideen begriffen und ihre Entwicklung als autonomer Prozeß behandelt. In der mächtigen Tradition von Hegel und Dilthey sind Ideen und Institutionen polar angeordnet: Gedanken, Begriffe und wissenschaftliches Wissen kommen in den gesellschaftlichen Verhältnissen und politischen Institutionen zum Ausdruck. Was diese Polarität zusammenhält, ist wiederum ein Ideales: der »Geist«. Seit mehr als einem Jahrhundert gibt es jedoch Ansätze und Versuche, die Entwicklung der Ideen und des Wissens entweder materialistisch oder doch allgemein soziologisch zu verstehen. In neuerer Zeit haben diese Ansätze den Namen »Wissenssoziologie« bekommen, eine Disziplin, die — wie ich zeigen werde — der Dialektik des Wissens nicht gerecht werden kann.

Karl Marx ist zweifellos einer der bedeutendsten Klassiker der Wissenssoziologie. Er begreift Ideen durchweg als »seinsgebunden«, und das heißt bei ihm: bestimmt von den gesellschaftlichen Verhältnissen. Aber Marx ist nicht ohne weiteres in die spätere wissenschaftsoziologische Tradition einzureihen. Denn für ihn ist das Erkennen ein wesentlich aktiver, praktischer Vorgang, keine bloße Abspiegelung der gesellschaftlichen Umgebung (vgl. vor allem die erste Feuerbach-These, MEW 3, 5). Erkennen ist eine Form des Handelns.

In der jüngeren Wissenssoziologie hat dagegen auch unter marxistisch orientierten Forschern eine mehr passive Auffassung dominiert, vor allem unter dem Einfluß des Strukturfunktionalismus, dessen wohl wichtigster Vertreter Robert K. Merton ist. Auch Fritz K. Ringer, der Autor der bekannten Abhandlung über die deutschen »Mandarine« zwischen 1890 und 1933, ist in gewisser Hinsicht ein Anhänger Mertons, trotz der offensichtlichen Nähe zu Max Webers Begriff des Idealtypus und dessen Forschungen zum Mandarinentum. Ringers verdienstvolles Buch leidet m.E. an einer Vorgehensweise, die ich als »Soziologisierung des Wissens« bezeichnen möchte: Das Wissen und die Wissenschaft werden als ausschließlich sozial determiniert aufgefaßt. Im sogenannten »strong programme« der Edinburger Schule wird diese Soziologisierung ins Extrem getrieben, so daß das wissenschaftliche Faktum allein als Resultat eines Machtkampfs verschiedener Gruppen bestimmt wird und ihm selbst keinerlei eigne Bedeutung mehr zukommt (vgl. exemplarisch Shapin 1982, 157-211). Entscheidend scheint mir aber, den erkenntnisrealistischen Aspekt mit der notwendigen gesellschaftlichen Perspektive zu verbinden. Schon bei Ringer ist diese Verbindung problematisch, bei der Edinburger Schule taucht sie gleich gar nicht auf.

* Ringer, Fritz K.: Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890-1933. Aus dem Amerikanischen von K. Laermann (Orig. Cambridge/Mass. 1969). Klett-Cotta, Stuttgart 1983; dtv, München 1987. — Überarbeitete Fassung eines Vortrags an der FU Berlin im Juni 1986.

Was ist Wissen, und was ist Wissenschaft? Wissenschaft fassen wir spontan als eine spezifische Form des Wissens. Aber warum? Weil sie die Wahrheit »rücksichtslos« anstrebt, und diese Wahrheit in richtigen Fakten und wahren Theorien darstellt? Oder weil sie an spezifische Institutionen — Universitäten, Akademien, Forschungsinstitute usw., ausgestattet mit dem Privileg, die Wahrheit zu kodifizieren — gebunden ist? Im ersten Fall ist sie autonom, im zweiten sozialbestimmt. Die eine Auffassung ist idealistisch, die andere soziologistisch — beide Auffassungen kranken an spezifischen Einseitigkeiten. Ringer interessiert sich nicht für die von den deutschen Gelehrten produzierten Erkenntnisse. Im Mittelpunkt stehen ihre »spontane Philosophie«, ihr Selbstbild und ihre Überzeugungen in bezug auf Staat, Gesellschaft, Industrialisierung und Technik.

»Die gesamte Situation des Mandarinentums ließ bestimmte grundlegende Interessen entstehen. Diese wurden auf der von Karl Mannheim so genannten vortheoretischen Ebene gebildet. Es handelt sich dabei um Einstellungen, nicht um Theorien, und sie manifestierten sich in charakteristischen geistigen Gewohnheiten und sprachlichen Vorlieben. Durch sie wurde eine Sprache entwickelt, welche sich auf verschiedene Gebiete der Wissenschaft anwenden ließ.« (Ringer 1983, 112)

Man fragt sich indes, wie es um die berühmte Leistungsfähigkeit der deutschen Wissenschaft zwischen 1890 und 1914 bestellt ist. Hat sie mit der gesellschaftlichen Stellung der Mandarine nichts zu tun? Ringer rückt einen Zusammenhang ins Zentrum, den ich als die *latente Ideologie* der deutschen intellektuellen Elite bezeichnen möchte: ein Ensemble nicht hinterfragter und daher als selbstverständlich geltender Auffassungen und Einstellungen einer Klasse oder Gruppe. Die *manifeste Ideologie* ist davon scharf zu unterscheiden: Diese tritt immer programmatisch auf als Traktat, Manifest oder in einer anderen Form der Darstellung, in der eine Reihe von Auffassungen, Wertungen und Normen deutlich ausgesprochen werden. Freilich hat auch die manifeste Ideologie ihre Latenz — die ihr zugrunde liegenden Selbstverständlichkeiten, auf denen sie ihr Gebäude errichtet.

Ringer nennt dieses Latente, dem sein Hauptinteresse gilt, bezeichnenderweise »Attitüden« (das amerikanische »attitude« wird in der deutschen Übersetzung mit »Einstellung« wiedergegeben). Der Begriff »Attitüde« scheint mir jedoch nicht geeignet, um das Verhalten der Universitätsprofessoren in bezug auf die gesellschaftlichen Umbrüche zu begreifen. Er verschiebt die Problematik auf eine sozialpsychologische Ebene, in deren Horizont das Verhalten der traditionellen Mandarine ausschließlich als Reaktion auf die Bedrohung durch die neue technologische Intelligenz erscheint. Ringer spricht so gut wie nie von der Arbeiterklasse, von Sozialismus oder Kapitalismus. Kurz, die Widersprüche, die die Klassengesellschaft zu zerreißen drohen, können aufgrund seines strukturfunktionalistischen Herangehens gar nicht zum Thema werden.

Ringer beschreibt das Verhältnis der deutschen — vor allem der preußischen — Gelehrten zum Staat als eine Art Vertrag. Die Universitäten produzieren den loyalen und tüchtigen Staatsbeamten, der Staat »bezahlt« mit einer angesehenen gesellschaftlichen Position und mit dem Schutz des »inneren Werts« des universitären Wissens. Davon überzeugt, daß seinem Wissen ungeachtet des technologischen Modernisierungsprozesses ein überlegener innerer Wert zukomme, hält der Universitätsprofessor seine privilegierte Stellung für gerechtfertigt und seine

Leistungen für Staat und Gesellschaft für unverzichtbar. Die Anwendung der Wissenschaften im Produktionsprozeß deutet er als Herabwürdigung und Veräußerlichung des Wissens, dem seine innere Einheit abhanden komme. Die Ideologie der Mandarine ist deshalb wesentlich konservativ; sie führen einen Abwehrkampf zur Verteidigung ihrer bedrohten gesellschaftlichen Stellung.

Diese Beschreibung ist sicherlich richtig, wenn auch unvollständig. Meine Kritik betrifft vor allem Ringers Erklärung der Mandarinendeologie, d.h. seine Antwort auf die Frage, *warum* die Mandarine diese »Attitüden« annehmen. Er ist, kurz gesagt, der Meinung, daß ihre Ideologie ihrer gesellschaftlichen »Rolle« entspringt. Demnach wächst allein schon aus der Positionierung des Mandarins im Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse die entsprechende Mandarinendeologie hervor. Ringer erklärt programmatisch:

»Eines der Hauptziele der vorliegenden Untersuchung besteht darin, auf die Verbindungen hinzuweisen, die zwischen den Erfahrungen dieser Gruppe einerseits und ihren gemeinsamen Haltungen und Meinungen andererseits bestanden.« (14)

Seine Absicht ist, »die Meinungen der deutschen akademischen Intelligenz aus ihrer besonderen Rolle in der deutschen Gesellschaft abzuleiten« (ebd.). Schon empirisch erweist sich diese Ableitungsbeziehung als nicht haltbar. Eduard von Hartmann, den Ringer als typischen Vertreter eines streng orthodoxen Mandarinentums anführt, mag ideologisch ein Supermandarin sein (vgl. Ringer, 120ff.), hat aber sozial nichts mit den Universitäten oder der Staatsintelligenz zu tun. Im Gegenteil, er ist als Philosoph Autodidakt und verachtet alle »Professorenphilosophie« oder »Zunftphilosophie« (vgl. Hartmann 1876, 35f.; 1875, 1). Ringer, den ich auf diese Unstimmigkeit aufmerksam machte, sah darin lediglich eine Ausnahme von der Regel und meinte, daß ich ein »methodologischer Individualist« sei, der sich an Einzelheiten klammere (Ringer 1986, 149f.). Meine These dagegen ist: Die *latente Ideologie* kann nicht direkt aus der gesellschaftlichen Stellung abgeleitet werden. Damit möchte ich keineswegs die Bedeutung der gesellschaftlichen Position in Frage stellen. Drei Gesichtspunkte müssen unterschieden werden: die gesellschaftliche Stellung oder »Rolle« mit ihren Verästelungen: Einfluß, Status, Verpflichtungen, Beziehungen zu Institutionen, Gruppen, Individuen und anderen Klassen; eine mehr typische oder mehr individuelle Lebensgeschichte, die den notwendigen Hintergrund abgibt; die gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte, die in einer näher zu bestimmenden Weise mit dem Untersuchungsgegenstand vermittelt sind.

Diese allgemeinen Aussagen bedürfen der Konkretisierung. Wenden wir uns wieder den Mandarinen und ihrer spontanen Ideologie zu. Ein Universitätsprofessor hat eine sehr spezifische Stellung. Er ist eingeklassen in ein Netz von Beziehungen zu Kollegen und Schülern, zur Universitätsbürokratie und zu einer Öffentlichkeit, die ihn nicht selten als Autorität respektiert; er hat ein festes Gehalt und daher Zugang zu einem bestimmten Lebensstandard. Zugleich hat er aber auch eine spezifische Lebensgeschichte. Der amerikanische Ideengeschichtler John E. Toews hat in seinem Buch über den Hegelianismus den Begriff der »experiential matrix« geprägt (1980, 5f). Er meint damit die typischen Erfahrungen und Erwartungen, die einer Gruppe von Menschen gemeinsam sind. Hegel und seine Generation wurden von der Französischen Revolution, vom Neuhumanismus

und dem religiösen Rationalismus geprägt, wie die jetzt etwa 40-jährige »68er-Generation« vom Vietnam-Krieg, der Entwicklung zur Massenuniversität und von der Wiederentdeckung des Marxismus. In vieler Hinsicht grundlegend sind drittens die gesellschaftlichen Gegensätze und Konflikte. Zwar spielt die Industrialisierung bei Ringer eine wichtige Rolle, nicht aber die Frage nach Kapitalismus und Sozialismus. Der typische Professor fürchtete nicht allein die neue technische Intelligenz mit ihrer instrumentalistischen Gleichgültigkeit gegenüber allen nicht-ökonomischen Werten. Seine spontane Ideologie ist klassenmäßig bestimmt: Sowohl die bürgerlich-kaufmännische Gesellschaft wie der Sozialismus, der die Eigentumsverhältnisse und herkömmlichen Hierarchien angreift, bedrohen ihn. Wie sonst sollte man erklären, daß es unter den Mandarinen auch Sozialdemokraten oder doch wenigstens Arbeiterfreunde gab, andererseits die große Mehrzahl den Kapitalismus und die bürgerlichen Parteien unterstützte? Auch ein Max Weber oder Ferdinand Tönnies, die Ringer als »Modernisten« bezeichnet, passen nicht ins Schema. Dies gilt vor allem für den in früheren Jahren sehr radikalen Tönnies (vgl. Ringer 1983, 153ff) und mehr noch für den Marxisten und Neukantianer Karl Vorländer. Solche »Abweichungen« können nicht allein aus der gesellschaftlichen Position abgeleitet werden.

Ohne zu meinen, das Problem der Herleitung der *latenten Ideologien* bereits gelöst zu haben, skizziere ich im folgenden einige Linien der Weiterentwicklung.

Zunächst scheint uns der Begriff der gesellschaftlichen Position sehr schwammig zu werden, sobald er aus seinem strukturfunktionalistischen Kontext befreit ist. Am Göteborger Institut für Ideengeschichte entwickelten wir deshalb den Begriff der *gefrorenen* (oder besser: *versteinerten/sedimentierten*) Ideologie, der die Psychologisierungen vermeidet, wenn von der Stellung eines Individuums (einer Gruppe oder Klasse) die Rede ist.¹ Am einfachsten ist die gefrorene Ideologie in einer hergebrachten Institution wie der Universität faßbar. Unabhängig von seinem Alter, seinen politischen Überzeugungen und dem Fach, das ein Professor vertritt, bewegt er sich in Verhältnissen, die seine Position und seine spezifischen Zuständigkeiten festlegen. In Deutschland und Schweden, nicht aber in Großbritannien und den Vereinigten Staaten, ist er außerdem seit Jahrhunderten Staatsbeamter mit entsprechenden Pflichten. In vielen Ländern sind allgemeine demokratische Ideale auch in den universitären Selbstverwaltungsorganen zum Tragen gekommen. In den letzten Jahren haben die autoritären Führungsmodelle aus den großen Industriebetrieben in den Universitäten in Schweden und den USA stark an Einfluß gewonnen. Kurz, in jedes bestimmte institutionelle Verhältnis geht eine Vielzahl von Elementen ein: Spuren mittelalterlicher Überlieferungen finden sich neben modernsten Management-Methoden. Man muß nicht offener Anhänger einer Ideologie sein, um ihr die notwendige Resonanz zu geben. Ehemals dominierende Ideologien, die heute tot sind, können innerhalb einer Institution wie der Universität überwintern und fortwirken, auch wenn ihr manifester Text keinen unmittelbaren Fürsprecher findet. Die »gefrorene« Ideologie hat also unabhängig von der »manifesten« Ideologie ihre eigene Wirksamkeit. Sie betrifft nicht allein die geschriebenen Paragraphen, sondern auch die informelle Stellung der Universitätslehrer.

Damit können die Psychologisierungen, die in Ringers Redeweise von den »Attitüden« stecken, vermieden werden. In Schweden sind konkrete historische Materialstudien über gefrorene Ideologien in Arbeit. Ich selbst bin mit einer größeren Untersuchung über die Traditionen der schwedischen Mandarine seit dem 18. Jahrhundert beschäftigt. Der erste Teil eines auf drei Bände veranschlagten Werks, der unter dem Titel *Den synliga Handen* (Die sichtbare Hand) beim Verlag Arbetarkultur in Stockholm 1986 erschienen ist, versucht eine Darstellung der grundlegenden intellektuellen Beziehungen in Schweden im 18. Jahrhundert. Es geht hier darum, am Beispiel der Konstitution der Ökonomie als universitärer Disziplin das Typische und doch zugleich Spezifische der intellektuellen Produktion in Schweden zu zeigen. In den folgenden Bänden sollen dann unter anderem die Unterschiede zwischen den deutschen und den schwedischen intellektuellen Traditionen präzisiert werden, denn die Übereinstimmungen sind oft genug betont worden. So wurden etwa um die Jahrhundertwende die Staatsprüfungen der Lehrer und Ärzte von den Universitäten ganz in eigener Regie, ohne Eingriff anderer staatlicher Instanzen durchgeführt. Offensichtlich war man der Ansicht, daß die schwedischen Professoren ihre Funktion als Staatsbeamte dann am besten erfüllen, wenn sie selbsttätig agieren können. Andererseits aber waren die schwedischen Professoren mehr »folklig« als ihre deutschen Kollegen. »Folklig« entspricht ungefähr dem Deutschen »volkstümlich« oder »volksnah«, eine Eigenschaft, die die deutschen Professoren nach 1848 mehr und mehr verloren. Der schwedische Professor (auch der Pfarrer, der König oder der Offizier) ist »folklig«, wenn er den direkten Kontakt mit den unteren Klassen des Volkes sucht. Mindestens seit 1850 haben die schwedischen Professoren ihre »Volksnähe« durch entsprechende Schriften, Zeitungsartikel und sogar Vorlesungen (sogenannte »Bauernvorlesungen«) bewiesen. In Deutschland war das weit seltener der Fall. Die »Volksnähe« der schwedischen Professoren kann mit politischer Radikalität verbunden sein, geht jedoch in der Regel mit konservativen Haltungen einher; gerade die konservativen Zeitungen haben immer ohne Schwierigkeiten gelehrte Schreiber gefunden, die ihre Auffassungen vertraten. Diese Spezifika der schwedischen Intellektuellen können mit Ringers Schema nicht erklärt werden. Die »Volksnähe« der Professoren entspringt weder ihrer sozialen Position noch einfach einer *gefrorenen* Ideologie. Nur über eine Analyse der schwedischen Gesellschaft insgesamt mit ihren spezifischen Klassenverhältnissen, wobei die relative Autonomie der Bauernschaft eine besondere Rolle spielt, erschließt sich ein Zugang zum Verständnis der Produktionsweise der Intellektuellen.

Interessant ist auch die Frage nach den Bedeutungen von »Wissenschaft« und »science« im 19. Jahrhundert. Die beiden Begriffe unterscheiden sich nicht nur nach ihrem Umfang, sie gehorchen auch unterschiedlichen Logiken. »Science« bestimmt sich idealtypisch nach dem Newtonschen Modell — »scientific« ist, was diesem Modell entspricht. Der Bezug auf das Ideal läßt aber die Grenze zwischen »science« und nicht-»science« im konkreten Fall offen. »Wissenschaft« bestimmt sich dagegen umfangslogisch: Die Frage ist nicht, was idealtypisch »Wissenschaft« sei, sondern ob etwas »wissenschaftlich« oder nicht-»wissenschaftlich« ist. Dieser Unterschied zwischen »science« und »Wissenschaft« kann m.E.

institutionentheoretisch erklärt werden. Im 19. Jahrhundert gilt in Deutschland alles, was an den Universitäten betrieben wird, als »Wissenschaft«. Die entscheidende Frage ist dann, ob man »drinnen« oder »draußen« ist. In England dagegen spielen die Universitäten eine weit geringere Rolle; viele der führenden Wissenschaftler sind »Amateure«, und die Normen werden durch Forschungsgemeinschaften und öffentliche Debatten entwickelt.

Zu den Gegenständen einer institutionenbezogenen Ideengeschichte gehören natürlich nicht nur Wissenschaft und wissenschaftliche Institutionen. An dieser Stelle ging es nur um die Frage, wie man den Idealismus vermeiden kann, ohne in einen Soziologismus oder Relativismus zu verfallen.

Anmerkung

- 1 Die Problematik einer institutionenbezogenen Ideengeschichte habe ich bereits in der deutschen Übersetzung meines Buches *Das Spiel der Gegensätze: Friedrich Engels' Philosophie und die Wissenschaften des 19. Jahrhunderts* (Frankfurt 1986) beiläufig berührt. Eine gründlichere Auseinandersetzung findet sich in dem Artikel »Institutions and Ideas: Mandarins and Non-Mandarins in the German Academic Intelligentsia«, in: *Comparative Studies in Society and History*, Bd. 28/1 (1986). Die schwedische Entwicklung der Universitäten seit der Jahrhundertwende skizziere ich in »Civil Servants Close to the People«, in: *History of European Ideas*, Bd. 8/2 (1987).

Literaturverzeichnis

- Hartmann, E.v., 1875: Wahrheit und Irrtum im Darwinismus, Berlin
 ders., 1876: »Mein Entwicklungsgang«. In: Gesammelte Studien und Aufsätze gemeinschaftlichen Inhalts, Berlin
 Ringer, F.K., 1986: »Differences and Cross-National Similarities among Mandarins«. In: *Comparative Studies in Society and History*, Bd. 28/1, 149ff.
 Shapin, S., 1982: »History of Science and its sociological Reconstruction«, in: *History of Science*, Bd. 20, 157-211
 Toews, J.E., 1980: Hegelianism: The Path toward Dialectical Humanism, 1805-1841, Cambridge

LOUIS ALTHUSSER

MACHIAVELLI
 MONTESQUIEU
 ROUSSEAU



SCHRIFTEN 2

Louis Althusser
 Machiavelli - Montesquieu - Rousseau
 Zur politischen Philosophie der Neuzeit
 Schriften Band 2
 Hrsg. v. P.Schöttler und F.O.Wolf

Dieser Band bringt den bisher unveröffentlichten Aufsatz über »Die Einsamkeit Machiavellis« und macht drei frühe Schriften Althussters erstmals in deutscher Sprache zugänglich:
 Montesquieu — Politik und Geschichte /
 über Rousseaus »Gesellschaftsvertrag« /
 Anmerkungen zur Rezeption John Lockes
 220 Seiten, br., DM 28,-
 Subskriptionspreis DM 24,-

Notiz zum Begriff des Habitus bei Bourdieu

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu hat die m.E. bisher erklärungskräftigste Antwort auf eine Frage gegeben, die von Marx zwar gestellt, aber nicht systematisch bearbeitet worden ist, nämlich die nach den Bedingungen einer stabilen Verankerung von Ideologien im Denken und Handeln der Menschen. Diese Frage stellt sich vor allem dann, wenn die Beherrschten Ideologien folgen, die ihren Interessen zuwiderlaufen (wie dies z.B. bei der Leistungs- und Begabungs-ideologie der Fall ist, der gerade auch Angehörige der unteren Klassen anhängen — vgl. Bourdieu/Passeron 1971 und Bourdieu 1982, 606). Allgemeiner kann man die Frage auch so stellen: Warum erdulden, ja rechtfertigen die Beherrschten auch in nicht offen gewaltförmigen Gesellschaften Herrschaft (vgl. hierzu Bourdieu/Passeron 1973)? Was *in* den Individuen bringt diese dazu, »freiwillig« zur Aufrechterhaltung für sie repressiver Verhältnisse beizutragen? Um diese Fragen zu beantworten, hat Bourdieu das Konzept des Habitus entwickelt.

Der Habitus resultiert aus der Verinnerlichung klassenspezifischer Existenzbedingungen. Er steuert die Wahrnehmungs- und Verhaltensweisen der Angehörigen einer Klasse in allen Lebenslagen auf homologe Weise, und zwar derart, daß diese zur Reproduktion seiner Entstehungsbedingungen tendieren. Damit wird der Anteil der Subjekte an der Reproduktion der Verhältnisse nicht mehr nur auf der Ebene bewußter Weltbilder lokalisiert, wie es ein rationalistisches Verständnis der Ideologie will, sondern auf der Ebene unbewußter oder eher noch vorbewußter Geschmacksurteile und Verhaltensweisen. Bourdieus Konzept ähnelt hierin Auffassungen, wie sie aus dem Freudomarxismus und der Kritischen Theorie bekannt sind (vgl. Reich 1973, Horkheimer 1968, Fromm 1969; zu den Gemeinsamkeiten vgl. Steinrücke 1986, 31ff.). Gewisse Verwandtschaften zwischen seiner Theorie und der Psychoanalyse deutet Bourdieu selbst an. Nirgends komme die Untersuchung kultureller Phänomene einer »Psychoanalyse des Sozialen« (1982, 3) so nahe wie bei der Analyse des Geschmacks (der gewissermaßen den rezeptiven Teil des Habitus bildet). Aufgabe dieser Psychoanalyse sei es, die »Logik des Prozesses« zu erfassen, »worin die in Dingen und natürlich auch Personen objektivierten gesellschaftlichen Verhältnisse von einem jeden unmerklich inkorporiert werden und dessen dauerhafte Beziehung zur Welt und zu den anderen ausbilden« (130).

Freilich gehört der Begriff des Habitus zu den am häufigsten kritisierten und am meisten mißverstandenen der Theorie Bourdieus. Er trage zur Zementierung von Herrschaft bei, mache eine Veränderung bestehender Strukturen durch die handelnden Subjekte undenkbar, schließe Bewußtwerdung und individuelle Willens- und Handlungsfreiheit aus.¹ Hier scheint mir eine fatale Verwechslung von Kritik und Kritisiertem vorzuliegen, nach dem Motto: dem Boten, der die Unglücksnachricht bringt, wird der Kopf abgehauen.² Ärgerlich an dieser Art von Kritik ist zudem, daß sie zu einem großen Teil auf einer recht oberflächlichen Kenntnis der kritisierten Theorie zu beruhen scheint.³

Der Begriff bezeichnet das Ensemble inkorporierter Schemata der Wahrnehmung, des Denkens, Fühlens, Bewertens, Sprechens und Handelns, das alle — expressive, verbale und praktische — Äußerungen der Mitglieder einer Gruppe oder Klasse strukturiert.⁴ Bourdieu rekurriert hier auf eine Tradition der Scholastik, die den Habitusbegriff im Rückgriff auf Aristoteles' Begriff der *Hexis* verwendete, um die Erworbenheit und Dauerhaftigkeit von ethischen Haltungen zu bezeichnen (Bourdieu 1970). Er fundiert den Aristotelischen Begriff soziologisch und bezeichnet nun eine körpergewordene, aus bestimmten materiellen Existenzbedingungen hervorgegangene Struktur, die dem Denken und Verhalten eine bestimmte Regelmäßigkeit verleiht und ineins eine relative Autonomie des Handelns gegenüber aktuellen Situationen begründet. Zugleich determiniert diese aktuelle Situation — das »Feld« mit seinen besonderen Spielregeln und Einsätzen, wie Bourdieu sagt — die Grenzen, in denen das habitualisierte Verhalten sich bewegt. *Habitus + Feld = Praxis* ist daher Bourdieus Formel (1982, 175).

Mit dem Habitusbegriff werden zwei Reduktionismen vermieden: der Objektivismus, der das Handeln unmittelbar aus materiellen Bedingungen, und der Subjektivismus, der es aus dem Bewußtsein, einer Idee oder Absicht ableitet. In Abgrenzung gegen beide Reduktionismen nennt Bourdieu seine Theorie »praxeologisch« (1979, 147ff.). Zur Verdeutlichung greift er auf eine Überlegung von Leibniz zurück: um gleichförmiges menschliches Handeln zu erklären, gibt es genau drei Möglichkeiten wie, um zu erklären, warum zwei Uhren genau gleich gehen: 1) sie tun es von Natur aus (dem entsprechen nativistische Theorien); 2) sie werden ständig überwacht (dem entsprechen etwa behavioristische Theorien); 3) ein Uhrmacher produziert zwei Pendel so völlig identisch, daß die Uhren, einmal angestoßen, für immer selbsttätig gleich gehen (dem entspricht die Theorie des Habitus). Wie aber funktioniert die Produktion gleichförmig handelnder Individuen? Das Kind versucht, die mächtigen und handlungsfähigen Erwachsenen nachzuahmen. Im praktischen Umgang lernt es die Konstruktionsregeln der Dinge und die Grundmuster der Kommunikation kennen, die in seiner Familie und Kultur gebräuchlich sind. Diese Form der Erzeugung des Habitus arbeitet nicht mit expliziten Erklärungen; sie ist eine, wie Bourdieu sagt, »implizite Pädagogik« — der Regelfall aller vorschulischen Erziehung bzw. überhaupt von Erziehung in Gesellschaften, in denen es keine Schule gibt. Der in der Familie erzeugte Grundhabitus wird durch alle späteren Erziehungsmaßnahmen nurmehr modifiziert, denn er enthält zugleich die Transformationsregeln für mögliche Veränderungen. Der Habitus entwickelt sich also gemäß einer *systematischen Biographie*. Da keine Individualgeschichte einer andern völlig gleicht, unterscheiden sich auch die Habitus innerhalb ein und derselben Kultur oder Klasse. Aber sie stellen lediglich geregelte Abweichungen vom typischen kollektiven Habitus dar.

Ein weiteres Merkmal des Habitus ist seine *Generativität*. Dasselbe Grundmuster läßt durchaus unterschiedliche und doch homologe Handlungen zu. Bourdieu hat das an einem Beispiel aus der Kunstgeschichte verdeutlicht, nämlich der Homologie zwischen der Struktur der scholastischen Schriften und der Struktur der Chorarchitektur der gotischen Kathedralen (vgl. Bourdieu 1970, 125ff.). Diese Homologie erklärt er aus der Tatsache, daß Schreiber wie Archi-

tekt dieselben Schulen durchlaufen hätten, in denen ein gleicher *Habitus* ausgebildet worden sei. In *Die feinen Unterschiede* beschreibt er das Phänomen der Homologie anhand zahlreicher empirischer Untersuchungen von Alltagsgewohnheiten der verschiedenen Klassen. Eßgewohnheiten, Wohnungseinrichtung, das Verhältnis zum Alkohol, zur Kunst, Politik usw. — die Praxen auf all diesen Gebieten folgen einer Grundregel, die den Mitgliedern einer Gruppe oder Klasse und *nur* diesen gemeinsam ist. Der *Habitus* begründet also auch Zuordnungen, ermöglicht Verständigung und Abgrenzung, ohne auf explizite Erläuterungen zurückgreifen zu müssen (die sogenannte »Sparsamkeitsregel«). Als »vergesellschafteter Körper« ermöglicht er seinem Träger ein den Regeln seiner Klasse entsprechendes Auftreten. Die Unbewußtheit und Körpergewordenheit⁶ des *Habitus* garantiert Stabilität und geht zugleich mit einem Trägheitsmoment einher, das den Einzelnen bisweilen in krassen Gegensatz zu radikal veränderten Lebensbedingungen bringen kann. Vester hat dies als »Wertmusterkonflikt« am Beispiel der ersten Generation von Industriearbeitern in England untersucht (Vester 1972). Die Kollision ihres alten, von der Produktionsweise auf dem Land geprägten *Habitus* mit den völlig veränderten Arbeitsbedingungen in den großen Städten wurde laut Vester zu einer wesentlichen Bedingung dafür, daß diese Arbeiter rebellierten und anfangen, sich zu organisieren. Unterm Druck der neuen Bedingungen transformiert sich auch der *Habitus*, freilich mit jener Trägheit, gegen die alle Revolutionen zu kämpfen haben. Das Konzept des *Habitus* warnt insofern auch vor naiver Revolutionseuphorie und verweist ineins auf die Notwendigkeit kulturrevolutionärer Veränderung der zähen Strukturen des Alltagslebens.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Kraus 1981, Honneth 1984, Müller 1986 sowie die Beiträge von Hradil, Miller, Giegel und Honneth auf der Tagung »Klassen und Kultur« der Sektion Theorie der DGS, Düsseldorf vom 12.-14.2.87.
- 2 Statt sich an die praktische Bekämpfung des kritisierten Sachverhalts, der Zuarbeit der Subjekte zu ihrer Unterdrückung auf Grund von Bewußtlosigkeit, zu machen. In der dazu nötigen mühseligen und langwierigen Aufklärungsarbeit sieht Bourdieu den Sinn seiner Arbeit: »Die Arbeit des Soziologen wäre keine einzige Stunde Mühe wert, wenn sie ein für Experten reserviertes Wissen von Experten bliebe.« (1980, 7) An anderer Stelle fordert er die Theoriewerker auf, ihre Erkenntnisse an den unerwartetsten Orten und in den unerwarteten Momenten zu veröffentlichen. Exemplarisch hat er das in seiner Antrittsvorlesung am Collège de France vorgeführt (vgl. 1985). Möglich ist ihm ein solcher Vorschlag deshalb, weil er die Strukturen des *Habitus* für prinzipiell bewußtseinsfähig hält: »Daß die wirklichen Gegebenheiten nachdrücklich formuliert werden, setzt voraus und schafft zugleich die Aufhebung des unreflektierten Einverständnisses mit diesen Gegebenheiten, und diese Aufhebung kann bewirken, daß die Erkenntnis der möglichen sozialen Beziehungen sich löst von deren Anerkennung, der *amor fati* umschlagen kann in *odium fati*.« (1982, 378)
- 3 Hiervon möchte ich die Arbeiten von Kraus, Honneth und Giegel ausdrücklich ausnehmen.
- 4 Dabei ist die klassenmäßige Einteilung von *Habitus*-Formen zwar die grundlegende, nicht aber die einzige. Bourdieu selbst unterscheidet die *Habitus*-formen der Angehörigen verschiedener Klassenfraktionen (z.B. traditionelles und neues Kleinbürgertum). Andere haben versucht, nach geschlechts- (vgl. Rammert-Faber 1986), generations- (vgl. Steinrücke 1986) oder berufsspezifischen *Habitus*-formen (vgl. Weber 1982) zu differenzieren.

Literaturverzeichnis

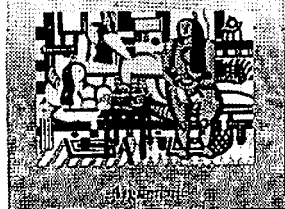
- Bourdieu, P., 1970: »Der Habitus als Vermittlung zwischen Struktur und Praxis«. In: ders., Zur Soziologie der symbolischen Formen. Frankfurt/M., 125ff.
- ders., 1979: Entwurf einer Theorie der Praxis. Frankfurt/M.
- ders., 1980: Questions de sociologie. Paris
- ders., 1982: Die feinen Unterschiede. Frankfurt/M.
- ders., 1985: »Leçon sur la leçon«. In: ders., Sozialer Raum und »Klassen«. Frankfurt/M.
- ders., J. Passeron, 1971: Die Illusion der Chancengleichheit. Stuttgart
- ders., 1973: Grundlage einer Theorie der symbolischen Gewalt. Frankfurt/M.
- Fromm, E., 1969: Der moderne Mensch und seine Zukunft. Frankfurt/M.
- Giegel, H.-J., 1987: Kulturelle Unterschiede in den alten und den neuen sozialen Bewegungen; unveröff. Vortrag auf der DGS-Tagung »Klasse und Kultur«, 12.-14.2.87
- Honneth, A., 1984: Die zerrissene Welt der symbolischen Formen. In: KZfSS 1/84
- ders., 1987: Zum versteckten Ökonomismus von Bourdieus Handlungstheorie; unveröff. Vortrag auf der DGS-Tagung »Klassen und Kultur«, 12.-14.2.87
- Horkheimer, M., 1968: Geschichte und Psychologie. In: ders., Kritische Theorie, Bd. 1. Frankfurt/M.
- Hradil, S., 1987: System und Akteur. Empirische Kritik an Bourdieus soziologischer Kulturtheorie; unveröff. Vortrag auf der DGS-Tagung »Klassen und Kultur«, 12.-14.2.87
- Krais, B., 1981: Einleitung zu P. Bourdieu u.a., Titel und Stelle. Frankfurt/M.
- dies., 1987: Soziales Feld, Macht und kulturelle Praxis; unveröff. Vortrag auf der DGS-Tagung »Klassen und Kultur«, 12.-14.2.87
- Miller, M., 1987: Zum Habitusbegriff bei Bourdieu; unveröff. Vortrag auf der DGS-Tagung »Klassen und Kultur«, 12.-14.2.87
- Müller, H.-P., 1986: Kultur, Geschmack und Distinktion. Grundzüge der Kultursoziologie P. Bourdieus. In: KZfSS Sonderheft 27
- Rammert-Faber, Ch., 1986: »Von der Verkäuferin zur Unternehmerin — Perspektiven in einem typischen Frauenberuf«. Vortrag auf der Jahrestagung der Sektion Bildung und Erziehung der DGS in Bielefeld
- Reich, W., 1973: Charakteranalyse. Frankfurt/M.
- Steinrück, M., 1986: Generationen im Betrieb. Frankfurt/M., New York
- Vester, M., 1972: Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß. Frankfurt/M.
- Weber, C., 1982: Rationalisierungskonflikte in der Druckindustrie. Frankfurt/M., New York

Kornelia Hauser (Hg.)

Viele Orte. Überall?

Feminismus in Bewegung

Festschrift für Frigga Haug



Viele Orte. Überall? Feminismus in Bewegung Festschrift für Frigga Haug

Herausgegeben von Kornelia Hauser

Einen Überblick über ein internationales Projekt: den Marxismus für eine feministische Befreiungsperspektive nutzbar zu machen. Beiträge zur gesellschaftlichen Arbeit, zu weiblichen Vergesellschaftungsprozessen, zum biologischen und sozialen Geschlecht, zu Gleichheits- und Differenzkonzepten, zur Quotierungsdebatte, zu historischen Lebensentwürfen von Frauen, literarische Verarbeitungen weiblicher Erfahrungen. Mit einer Bibliographie der Schriften von F.Haug. 256 Seiten, br., DM 24,-

George Leaman

Die geheime Nebenregierung der USA

Zur Iran/Contra-Affäre*

Die Iran/Contra-Affäre war weitaus mehr als bloß eine vereinzelte politische Aktion. Die Enthüllungen haben gezeigt, daß der von der Reagan-Administration geführte Krieg gegen Nicaragua von einem Netz geheimer und illegaler Aktivitäten umspunnen war, das *schon vor der Wahl von 1980* gewebt wurde, als Reagan noch für die Präsidentschaft kandidierte. Diese Enthüllungen vermitteln einen scharfen Einblick in die fortdauernde Unterstützung des Faschismus in der Dritten Welt und bilden einen Ausgangspunkt für die Aufhellung jahrelanger Geheimaktivitäten der Reagan-Administration.¹

Mittlerweile ist deutlich geworden, daß Reagan und seine Clique das erreicht haben, wovon Nixon nur träumte: die faktische Außerkraftsetzung der amerikanischen Verfassung. Um ihren politischen Handlungsplan vor jeder möglichen Opposition seitens der Öffentlichkeit oder des Kongresses zu schützen, errichteten sie eine »geheime Regierung in der Regierung ..., mit eigener Armee, Luftwaffe, diplomatischen Unterhändlern, Geheimdienstleuten und Finanzreserven« (*Miami Herald*, 5.7.87, 14a). Diese geheime Struktur hat ihre Wurzeln in der 1980 begonnenen Wahlkampagne gegen Präsident Carter. Dieser führte damals Verhandlungen mit der iranischen Regierung unter Bani-Sadr, um die Freilassung der 52 Geiseln zu erreichen, die in der Teheraner US-Botschaft festgehalten wurden. Carter, für den das Geiselnproblem von vorrangigem politischem Interesse war, wollte es noch vor den Wahlen gelöst haben. Reagans Wahlmanager William Casey und sein außenpolitischer Berater Richard Allen planten daher eine Geheimoperation, um Reagans Wahlkampagne in letzter Minute vor einem »Oktober-Coup« zu bewahren.² Casey zog ein Netz von pensionierten und *aktiven* Militär- und Geheimdienstbeamten zusammen, die Reagans Wahlkampforganisation über die Tätigkeit der Carter-Administration auf dem Laufenden hielten. Allen handelte mit den Iranern ein Geheimgeschäft aus: Würden diese die Geiseln nicht vor der Wahl freilassen, sollten sie im Falle einer Präsidentschaft Reagans amerikanische Waffen erhalten (*The Nation*, 4.-11.7.87, 7). Tatsächlich wurden die Geiseln am Tag von Reagans Amtseinführung freigelassen und 1981 begannen die USA mit Waffenlieferungen (ebd., 20.6.87, 842). Casey wurde Chef des CIA und Allen der erste Nationale Sicherheitsberater von Präsident Reagan.³

Reagans Wahlsieg von 1980 war auch ein Sieg für jenen Teil der amerikanischen Herrschaftselite, der unmittelbare und einschneidende Maßnahmen forderte, um dem beginnenden Niedergang der ökonomischen und politischen Macht der USA in der Welt Einhalt zu gebieten. Und von Anfang an war die Reagan-Administration eifrig bemüht, dem auswärtigen und heimischen US-

* Aus dem Amerikanischen von Michael Haupt. Besonderer Dank gilt Margaret Nash und Dan Costello für ihre unentbehrliche Hilfe bei Nachforschungen.

Kapital wieder ein angenehmes »Betriebsklima« zu verschaffen. Die »Reaganomics«, wie dieses Programm in den Vereinigten Staaten getauft wurde, war ein tückischer Angriff auf die liberalen ökonomischen und sozialen Reformen der letzten fünfzig Jahre, verbunden mit einer nie zuvor gekannten militärischen Aufrüstung. Begleitet wurde dies von der Tendenz, alle Gesetze und andere einschränkende Regeln zu beseitigen, die den amerikanischen Kapitalgesellschaften im Wege standen. In der Dritten Welt nannte man dieses Programm die »Reagan-Doktrin«, derzufolge die USA jene Länder angreifen würden, die es wagen sollten, sich aus dem Weltmarkt-System zu lösen. Natürlich wurde die Reagan-Doktrin der Öffentlichkeit als Verpflichtung zur Befreiung jener Länder vorgestellt, die von »kommunistischer Tyrannei« unterdrückt oder bedroht waren. Wie üblich diente der Antikommunismus als Apriori-Rechtfertigung für möglicherweise folgende Aktionen.

Die innenpolitischen Maßnahmen des Reagan-Programms riefen so gut wie keine Opposition von politischer Bedeutung auf den Plan. Zwar war die Kontrolle der Regierung durch den Kongreß zwischen der republikanischen Mehrheit im Senat (also Reagans Partei) und der Mehrheit der oppositionellen Demokraten im Repräsentantenhaus gespalten. Über die Notwendigkeit gesetzgeberischer »Erleichterungen« für das Kapital und die gigantische Erhöhung der Rüstungsausgaben, war man sich jedoch schnell einig. Im Gegensatz dazu stieß die »Reagan-Doktrin« von Anfang an auf politischen Widerstand. 1981 wies der Kongreß Reagans Antrag auf Zurücknahme des »Clark-Amendments« von 1976 ab. Dieser Verfassungszusatz verbot die militärische und paramilitärische Unterstützung der Armee von Jonas Savimbi in Angola durch die USA (Byrne 1987, 7). Im März 1981 setzte Reagan den Kongreß von einem Teil eines umfassenderen CIA-Plans in Kenntnis, der die Unterstützung »pro-amerikanischer Streitkräfte in Nicaragua, Afghanistan, Laos, Kambodscha, Grenada, Iran, Libyen und Kuba« vorsah (ebd., 6f.). Damals sollte der Kongreß 19 Mio. Dollar für »Geheimoperationen in Mittelamerika« bewilligen, die als wichtig für die »nationale Sicherheit der USA« beschrieben wurden (ebd., 7). Obwohl der Kongreß schließlich die Gelder für diese unausgewiesenen Geheimoperationen bereitstellte, löste der Antrag beträchtliche Kontroversen aus. An diesem Punkt wurde mit der Sondierung von Finanzierungsmöglichkeiten begonnen, die die Reagan-Administration aus jeglicher Abhängigkeit vom Kongreß befreien sollte.

Anfänglich versuchte man es mit der langbewährten Praxis, verbündete Nationen zur Bereitstellung von Geldern oder anderen Mitteln zu bewegen. Anfang 1981 wurde Saudi-Arabien für eine Spende von 15 Mio. Dollar gewonnen, die der antisowjetischen Guerrilla in Afghanistan zugutekam (ebd.). Mitte desselben Jahres stellte Argentinien Geld, Ausrüstung und Trainingslager für ehemalige Mitglieder der Nationalgarde Somozas zur Verfügung, die 1979 nach Honduras geflohen waren (ebd., 9).⁴ Diese unter dem Kommando des Ex-Nationalgardisten Enrique Bermudez stehende Gruppe wurde bald vom CIA übernommen und der Weltöffentlichkeit unter dem Namen »Contras« bekannt. Schon sehr früh bot Israel materielle und diplomatische Unterstützung für die Contras an (ebd., 20). Ferner bildete die Reagan-Administration beträchtliche Reserven aus Geldern, die dankbare Regierungen zum Ausgleich für den Zugang zu hochentwickelten

Waffen zahlten. So stimmte z.B. im Oktober 1981 der Kongreß mit knapper Mehrheit dem Verkauf von AWAC-Flugzeugen an Saudi-Arabien zu, womit diese Technologie zum ersten Mal einer ausländischen Regierung zugänglich gemacht wurde. Das Geschäft in Höhe von 8,8 Milliarden Dollar wurde im Kongreß mit aller Vorsicht über die Bühne gebracht, und zwar von Generalmajor Richard Secord und Oberstleutnant Oliver North, von denen wir noch mehr hören werden. Saudi-Arabien bezeugte seine Dankbarkeit, indem es den Contras mehr als 30 Mio. Dollar zuschanzte (Byrne, 9f.).

Zur gleichen Zeit setzte Reagan seine Bemühungen fort, Kongreß und Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer unverzüglichen Intervention in Mittelamerika zu überzeugen, denn die »nationale Sicherheit« stünde auf dem Spiel. Vor allem Nicaragua machte Probleme. Dabei hatten die Sandinisten die von Somoza zurückgelassenen Schulden in Höhe von 1,6 Milliarden Dollar keineswegs für nichtig erklärt, und Konzerne wie Exxon oder IBM konnten weiterhin ihren Geschäften nachgehen, ohne von der neuen Regierung behindert zu werden. Die einzigen von den Sandinisten übernommenen amerikanischen Besitztümer waren solche, die während des Krieges gegen Somoza aufgegeben worden waren, z.B. Bananenplantagen und nahezu ausgebeutete Goldminen. Auf Grund jahrelanger Vernachlässigung waren diese jedoch praktisch wertlos geworden. Darüber hinaus mußte Reagan die weitgehende Sympathie der Öffentlichkeit für die nicaraguanische Revolution bekämpfen, die sich seit 1979 entwickelt hatte, als der Krieg auf den amerikanischen Fernsehschirmen zum ersten Mal aufgetaucht war. Das Weiße Haus rief also die Contra-Bewegung ohne öffentliche und mit nur geringer Unterstützung durch den Kongreß ins Leben. Zudem gab es keinerlei parlamentarische Mehrheit für eine Intervention gegen die Sandinisten; im Gegenteil, das Repräsentantenhaus stimmte im Dezember 1982 einstimmig gegen eine Verwendung von CIA-Geldern »mit der Absicht, die Regierung in Nicaragua zu stürzen« (Iran/Contra-Komitee, 33). Erneut hatte sich ein US-Präsident auf ein unpopuläres und verhängnisvolles imperialistisches Abenteuer eingelassen.

Selbst im Weißen Haus war Vietnam eindeutig der implizite Bezugspunkt aller amerikanischen Diskussionen, die sich um die Contras drehten. Reagans Clique glaubt, daß die USA in Vietnam von liberalen Politikern, den Medien und der Friedensbewegung verraten worden sei (*NY Review*, 17.12.87, 69). Diese Ansicht wird von vielen Beamten im Militär, im State Department und im CIA geteilt, und an sie wandte sich Reagan 1983 und 1984, als der Kongreß alle Geldmittel für die Contras zunächst kürzte, um sie dann ganz zu streichen. Die Freunde der Contras waren fest entschlossen, die Fehler von Vietnam nicht zu wiederholen, und sie sahen jegliche Opposition gegen ihre Auffassung des »nationalen Interesses« als Verrat an (*Boston Globe*, 14.7.87). 1983 wurde im Weißen Haus der Plan entwickelt, alle inneramerikanischen politischen Oppositionsbewegungen, die die Aktivitäten der US-Regierung behindern könnten, zum Schweigen zu bringen (Byrne 1987, 22, 24f., 31). Diese Planung begann unmittelbar nach der Abstimmung im Repräsentantenhaus, wo eine überwältigende Mehrheit sich gegen den Sturz der sandinistischen Regierung ausgesprochen hatte.

Das Weiße Haus startete im Kongreß eine sorgfältig abgestimmte Lügen-

kampagne. Einem inzwischen berühmt gewordenen Wort des CIA zufolge waren Kongreßmitglieder wie Pilze zu behandeln: im Dunkeln zu halten und gut zu düngen. Dem Kongreß wurde erzählt, daß die »Freiheitskämpfer« (wie Reagan die Contras nannte) bezüglich der Menschenrechte »Fortschritte machten«, während düstere Prognosen die unmittelbar bevorstehende Ankunft sowjetischer Truppen in Nicaragua verkündeten. Reagan trieb die Eskalation noch weiter, indem er behauptete, wegen Nicaragua stünde »die nationale Sicherheit des gesamten amerikanischen Kontinents auf dem Spiel« (Byrne, 28). Das Weiße Haus setzte einen geheim gehaltenen, zwischen »CIA und Militär abgestimmten Plan« in Kraft, um Kürzungen der Contra-Unterstützung durch den Kongreß zu vermeiden (ebd., 45f.). Mit Hilfe williger Beamter im gesamten Regierungsapparat gelang es Reagan schnell, die Opposition im Kongreß auch da zu umgehen, wo er noch Mehrheiten für seine politischen Unternehmungen vermuten konnte. Der von Reagan 1983 begonnene Propagandafeldzug wurde von den großen Tageszeitungen *New York Times*, *Washington Post* und *Wall Street Journal* positiv aufgenommen. Vom CIA entworfene und bezahlte Werbeanzeigen zugunsten der Contras erschienen in der *New York Times*, dem *Miami Herald* und der *Times Picayune* in New Orleans (Chamorro 1987, 45). Ebenso gelang es, die Contras im Fernsehen in ein vorteilhafteres Licht zu rücken (*NY Review*, 17.12.87, 68; und Iran-Contra-Komitee, 628). Es wurde eine Werbefirma angeheuert (Woody Kepner Associates, Inc.), um die »Führung« der Contras dem amerikanischen Markt angemessen zu präsentieren, und vor Pressekonferenzen wurden sie sorgfältig instruiert (Byrne, 20ff.; Chamorro 1987, 10f., 70ff.). Aber ungeachtet aller Anstrengungen gelang es dem Weißen Haus nicht, die Öffentlichkeit für die Contras einzunehmen. In Umfragen, die von Befürwortern wie Gegnern durchgeführt wurden, blieb die öffentliche Meinung unverändert ablehnend. Sehr viel mehr Erfolg hatte das Weiße Haus bei Teilen der US-Intelligenz, die im allgemeinen konformistisch ist und sich politisch kooperativ verhält (Chomsky 1985, 3). Mit ihrer Hilfe konnte das Weiße Haus Schneisen in die Kongreß-Opposition schlagen und die Angriffe der wenigen kritischen Journalisten und Akademiker besser parieren.

Als Antwort auf die breiter werdende Unterstützung der Sandinisten plante die Reagan-Clique die Aufhebung der Verfassung und nahm sich vor, im Falle einer »nationalen Opposition gegen eine Invasion auf fremdem Territorium«, die Vereinigten Staaten unter Kriegsrecht zu stellen (*Miami Herald*, 5.7.87, 1). Dieser Plan wurde von einigen wenigen »loyalen« Beamten der *Federal Emergency Management Agency* und des Militärs entworfen. Er sah die Einrichtung von zehn »Internierungslagern« vor, in denen wenigstens 400 000 Personen zusammengefaßt werden sollten (Affidavit 1987, 5ff.). Selbst Reagans Bundesanwalt, William French Smith, hielt diese Maßnahme für überzogen und protestierte; er wurde schnell durch eine »verlässlichere« Person ersetzt (*Miami Herald*, 5.7.87, 16a).

Im Mai 1984 erfuhr der Kongreß von der Verminung des nicaraguanischen Hafens Corinto durch die CIA. Diese Enthüllung rief einen solchen Proteststurm im Kongreß und den ganzen Vereinigten Staaten hervor, daß die weitere Bereitstellung von Geldern für die Contras verweigert wurde (Iran/Contra-Komitee, 31). In der Praxis bedeutete dies, daß die Verantwortung für die Contras vom CIA auf

den Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council, NSC) übergang. Zu dieser Zeit verfügte das Weiße Haus bereits über ein Netz von Beamten in der gesamten Regierung, die bereit waren, Reagans Anweisungen zu folgen, ohne auf Recht und Gesetz oder den Kongreß Rücksicht zu nehmen. Mit ihrer Hilfe war der NSC rasch in der Lage, die Geldquellen, die der Kongreß hatte versiegen lassen, durch andere zu ersetzen. Einem NSC-Beamten, Oliver North, wurde die Aufgabe übertragen, die Contras erneut mit Waffen und Munition zu versorgen.

An und für sich ist der NSC ein kleines Beratergremium, das den Präsidenten mit wichtigen Informationen zur nationalen Sicherheit versorgt; er ist nicht als Zweigstelle des CIA, des Pentagon oder des State Department gedacht. Aber weil der NSC den Kongreß und den Verwaltungsapparat auf wirksame und willkommene Weise ausgebootet hatte, wurde er mit einer Vielzahl von Geheimaufträgen bedacht und wuchs sich zu einer geheimen Nebenregierung aus. Mit der Autorität des Präsidenten im Rücken konnte der NSC jede Tür in den Vereinigten Staaten und noch so manche im Ausland öffnen. In wenigen Monaten war ein internationales Netz zur Finanzierung der Contras entstanden. Befreundete Regierungen und wohlhabende Personen in den Vereinigten Staaten wurden um Unterstützung angegangen. Der NSC hat Saudi-Arabien, Israel, Brunei, Taiwan, Südkorea, Südafrika, Panama, El Salvador, Guatemala und Honduras um Hilfe für die Contras ersucht (Iran/Contra-Komitee, 38ff.; Cockburn 1987, 17). North, der hauptverantwortliche NSC-Beamte, hat ein Labyrinth von steuerbegünstigten Stiftungen ins Leben gerufen, die dazu dienten, die Quellen der Contra-Finanzierung geheimzuhalten und wohlhabende Spender anzuziehen. Stiftungen wie der *National Endowment to Protect Liberty* und der *American Conservative Trust* brachten mehr als 10 Mio. Dollar an steuerfreien Beträgen auf (Iran/Contra-Komitee, 101; Byrne 1987, 500). Besonders großzügige Spender wurden ins Weiße Haus eingeladen, um den persönlichen Dank Präsident Reagans entgegenzunehmen (Review Board, B-96; Byrne, 276). Zusätzlich zu den von diesen »Contrapreneurs«⁵ bereitgestellten Mitteln sah der NSC die Zahlung von 10 Mio. Dollar an die Contras durch einen kolumbianischen Ring von Kokainschmugglern vor und plante die Umleitung von Gewinnen aus geheimen Waffenverkäufen an den Iran (*Newsday*, 28.6.87, 4).

Diese Verbindung zum Iran, die in den Vereinigten Staaten die meiste Aufmerksamkeit auf sich zog, gab den Anstoß zu den verschiedenen Untersuchungen, die der Kongreß durchführte. Die Reagan-Administration hatte mit den Iranern Verhandlungen zur Freilassung jener Geiseln aufgenommen, die nach der Intervention im libanesischen Bürgerkrieg 1983 in Beirut festgehalten worden waren. Diese Verhandlungen, die den Verkauf von einigen tausend hochmodernen Raketen an den Iran im Austausch gegen die Geiseln vorsahen, wurden 1985 und 1986 besonders intensiv geführt. Zweifelsohne hatten frühere Erfahrungen die Reagan-Clique von der Möglichkeit einer erfolgreichen Geschäftsabwicklung überzeugt, und in der Tat waren die Begleitumstände vergleichbar. Die 86er Wahlen zum Kongreß rückten näher, und viele von Reagans politischen Verbündeten im Senat standen zur Wiederwahl an. Die republikanische Senatsmehrheit verhinderte umfassendere Untersuchungen der administra-

tiven Aktivitäten und garantierte die Zustimmung zu Reagans Wunsch Kandidaten für die Bundesgerichtshöfe und andere Verwaltungsabteilungen. Die pünktliche Freilassung der Beiruter Geiseln konnte die Wahlchancen der Republikaner nur verbessern. Auch mit dieser Operation war der NSC betraut worden. Das Pentagon sollte Waffen an einen »autorisierten« Käufer liefern, der diese zu einem bestimmten »Herstellungspreis« erwerben würde. Der Käufer sollte die Waffen zu einem sehr viel höheren »Wiederverkaufspreis« an den Iran weiterleiten. Die Differenz würde dem Weißen Haus zur Verfügung stehen (Iran/Contra-Komitee, 33ff.). Der autorisierte Käufer war in diesem Falle Richard Secord, angeblich ein Privatmann ohne Verbindungen zur Regierung, da er »den Dienst quittiert« hatte. Secord war es auch, an den sich Oberstleutnant North wandte, als er Ende 1985 begann, die Contras von Flugzeugen aus mit Material zu versorgen. Für den Handel mit Iran war Secord hervorragend prädestiniert: Als US-Beauftragtem hatte man ihm von 1975 bis 1978 alle Waffenlieferungen an die iranische Luftwaffe anvertraut (Byrne, 2). Secord, North und andere hatten 1966 bis 1968 in Laos bei der Organisierung der Hmong-Stämme zu einer antikommunistischen Guerilla zusammengearbeitet (Affidavit, 35). Der Krieg der Contras war die Wiederaufführung eines längst geschriebenen Drehbuches. Die Umleitung von Geldern aus Waffenverkäufen an den Iran ist dabei nur ein kleiner Teil eines sehr viel größeren Bildes. Ende 1986 stellte die Reagan-Clique die Besatzung des »Zentrums einer vielarmigen Operation, die auf offizielle wie inoffizielle Unterstützung im Staats- und Verteidigungsapparat ebenso rechnen konnte wie im CIA und die auf eine Unterwelt von Generälen im Ruhestand, von Geheimagenten im Waffen- und 'Sicherheits'-Geschäft sowie eine Propagandamaschinerie zählen konnte, die auf illegale Weise die amerikanische Presse korrumpierte ..., auf anrühige, steuerbefreite, 'wohltätige', geldgierige Scharlatane und alle anderen, die für einen Ruf aus dem Weißen Haus empfänglich waren« (*NY Review*, 17.12.87, 68). Selbst der Kokaintransport in die USA mit Militärmaschinen, die für Waffenlieferungen benutzt wurden, diente der Bereitstellung von Geldern für die Contras (Affidavit, 23).

Im November 1986 verloren die Republikaner ihre Senatsmehrheit an die Demokraten — eine empfindliche Niederlage für das Weiße Haus, denn nun konnten Untersuchungen über Vorfälle wie die Gefangennahme von Eugene Hasenfus durch nicaraguanische Truppen nicht mehr so leicht blockiert werden. Die Verhandlungen mit dem Iran über die Geiseln wurden von der libanesischen Wochenzeitung *Al-Shiraa* enthüllt, und sowohl das Repräsentantenhaus als auch der Senat begannen Untersuchungen, die das Weiße Haus von Anfang an zu torpedieren suchte. Wenn auch vieles aufgeklärt werden konnte, bleibt doch ungewiß, ob diese Untersuchungen auch den Contras ein Ende bereiten werden. Abschluß und Gefangennahme eines weiteren US-Piloten in Nicaragua (8.12.87) haben gezeigt, daß die Unterstützung ungehindert fortgesetzt worden ist (*Herald-Tribune*, 9.12.87, 3). Reagan hat bereits erklärt, er werde 1988 im Kongreß 270 Mio. Dollar beantragen, und viele Kongreßmitglieder werden diesem Antrag zustimmen. Wie ist es möglich, daß der Präsident eines demokratischen Landes die Verfassung mit Füßen treten kann, ohne rechtliche oder politische Konsequenzen befürchten zu müssen?

Die Antwort muß in den politischen Beziehungen gesucht werden, die sich zwischen dem Weißen Haus und dem Kongreß entwickelt haben. Generationen hindurch waren die gesetzgebenden Organe bereit, dem Präsidenten in der Außenpolitik freie Hand zu lassen, wenn dafür das Weiße Haus sich bei den Bemühungen der Abgeordneten, ihre Klientel zufriedenzustellen, kooperativ zeigte. Indem die Kongreßabgeordneten die Außenpolitik des Präsidenten unterstützen, können sie sich den Ruf erwerben, loyal oder »pro-amerikanisch« zu sein, ohne daß sie die Verantwortung für das mögliche Scheitern dieser Politik auf sich nehmen müßten. Der Präsident kann also die Wahlchancen der Abgeordneten erheblich beeinflussen. Durch sein selektives Vorgehen schafft er eine Situation, in der die Kongreßabgeordneten miteinander um die Gunst des Präsidenten wetteifern. Der Präsident braucht seinerseits Unterstützung im Kongreß, wenn er in der Innenpolitik erfolgreich sein will; er muß in der Lage sein, eine Koalitionsmehrheit von unterstützungswilligen Abgeordneten zusammenzubringen, deren eigene Interessen sich je nach Lage der Dinge verändern können. Alle 535 Mitglieder von Repräsentantenhaus und Senat haben ihre spezifischen örtlichen und regionalen Probleme, die sie vor der nächsten Wahl auf die Tagesordnung bringen möchten. Solange außenpolitische Entscheidungen keine direkten Folgen für die Innenpolitik haben (ein Gegenbeispiel wäre Carters Embargo der Weizenverkäufe an die UdSSR), begnügen sich die Abgeordneten folglich damit, diese Entscheidungen dem Weißen Haus zu überlassen. Zwar hat sich diese Situation seit Vietnam in gewisser Weise geändert, aber in den meisten Fällen verabscheuen es die Abgeordneten nach wie vor, die Autorität des Präsidenten in außenpolitischen Fragen in Zweifel zu ziehen, weil sie keinen politischen Nutzen davon hätten.

In dieser von politischem Eigennutz geprägten Beziehung zum Weißen Haus haben viele Kongreßabgeordnete auf Verantwortlichkeiten verzichtet, die ihnen die Verfassung anvertraut, einschließlich der Befugnis zur Kriegserklärung, zur Geldmittelbeschaffung und zur Kontrolle des Militärs (Verfassung der Vereinigten Staaten, Art. I, Abschnitt 8). Dieser Dynamik verdanken die Contras ungeachtet aller Enthüllungen des vergangenen Jahres ihr politisches Überleben, und sie verhilft den Lügen der Reagan-Administration zum Erfolg. Auf diese Weise konnte die Verfassung durch das Zusammenwirken von passiv-zustimmenden Abgeordneten und Präsident, von Demokraten und Republikanern zu wiederholten Malen verletzt werden. Das Ausmaß der vom Kongreß gezeigten Fügsamkeit läßt sich an der Tatsache erkennen, daß gegen Reagan kein Amtsenthebungsverfahren (impeachment) eingeleitet wurde und wird. In der Innen- und Kommunalpolitik wird dagegen die Verfassungsmäßigkeit von Verfahrensweisen sehr viel strenger eingehalten; zum Teil, weil die Folgen krimineller Handlungen besser sichtbar sind, zum Teil, weil die politische Macht auf der lokalen und regionalen Ebene viel zersplitterter ist. Man kann sagen, daß in den Vereinigten Staaten auf unterschiedlichen Ebenen unterschiedliche Regierungsarten existieren, und daß die Erwartungen der Öffentlichkeit, die politischen Forderungen und selbst die Gesetze entsprechend variieren. An der Spitze des ganzen steht der Präsident, dessen Macht auf Kosten des Kongresses so angewachsen ist, daß Richard Nixon sagen konnte: »Was der Präsident tut, kann nicht ungesetzlich

sein.« (*The Nation*, 5.12.87, 665) Das Neue an der Iran-Contra-Affäre ist Präsident Reagans Einbeziehung militärischer und geheimdienstlicher Organisationen in den Regierungsalltag. »Wenn die verfassungsmäßige Demokratie der Vereinigten Staaten jemals außer Kraft gesetzt werden sollte, dann haben wir jetzt eine bessere Vorstellung davon, auf welche Weise es geschehen könnte.« (*NY Review*, 8.10.87, 47)

Anmerkungen

- 1 Reagans illegale Aktivitäten sind nichts Neues. Der Ausdruck »Irrigate« stellt den richtigen Zusammenhang her. 1973 war u.a. ans Licht gekommen, daß Nixon eine vom Weißen Haus organisierte und aus dem Etat des Komitees für seine Wiederwahl bezahlte Geheimpolizei unterhielt. Vgl. hierzu Kramer 1973.
- 2 Der Wahltag fällt immer auf den ersten Dienstag im November. Der Ausdruck »Oktober-Coup« (october surprise) bezieht sich auf überraschende Aktionen amtierender Präsidenten kurz vor der Wahl, die der Verbesserung ihrer Wahlchancen dienen.
- 3 Richard Allen war 1968 als Wahlhelfer Nixons in ein ähnliches Arrangement verstrickt. Damals handelte er mit dem südvietnamesischen Präsidenten Thieu ein Abkommen aus, um einen »Oktober-Coup« der Demokraten zu verhindern.
- 4 Die Verbindung zwischen Iran und den Contras beginnt also 1981, da Argentinien in beiden Projekten von der US-Regierung als Zwischenhändler benutzt wurde.
- 5 Wortspiel aus »contras« und »entrepreneur« (frz. Unternehmer).

Literaturverzeichnis

- Affidavit of Daniel P. Sheehan, hrsg. v. Christic Institute, Washington 1987. In: RICO complaint Amended Complaint for RICO Conspiracy, etc., Case No. 86-1146-CIV-KING. US District Court, Southern District of Florida, 1986
- Byrne, M. (Hrsg.), 1987: *The Chronology*. New York
- Chamorro, E., 1987: *Packaging the Contras*. New York
- Chomsky, N., 1985: *Turning the Tide*. Boston
- Cockburn, L., 1987: *Out of Control*. New York
- Hackel, J., u. D. Siegel (Hrsg.), 1987: *In Contempt of Congress*. Washington
- Kramer, D., 1973: *Watergate oder Die Verschwörung einer Regierung gegen die Regierungsform*. In: *Argument* 81, 629ff.
- Report of the Congressional Committees Investigating the Iran/Contra Affair. Washington 1987 (zit. Iran/Contra-Komitee)
- Report of the President's Special Review Board. Washington 1987

Georges Labica
**DER MARXISMUS-
 LENINISMUS**
 Elemente einer Kritik

ARGUMENT

Georges Labica
Der Marxismus-Leninismus
Elemente einer Kritik

Wie hängen die stalinistischen Leiden mit dem Marxismus-Leninismus zusammen? Die offiziellen Lehrbücher schweigen sich darüber aus. Labica rekonstruiert die philosophischen und politischen Kämpfe, aus denen der Marxismus-Leninismus als staatlicher Offizialdiskurs hervorging. Die Analyse der historischen Konstellation von Philosophie, Wissenschaft, Partei und Staat liefert einen Schlüssel für das Verständnis heutiger Kontroversen im Marxismus.

144 Seiten, br., 18,- DM

Kongreßberichte

Vierte Konferenz der Feministinnen Lateinamerikas und der Karibik

Mexico-Taxco, 19. bis 23. Oktober 1987

Eine Wiederbelebung des Feminismus war deutlich zu spüren. Die kleine Bergstadt wimmelte von Frauen. Die meisten waren jung und kamen von all jenen Ländern, in denen spanisch oder portugiesisch gesprochen wird. Die englische Sprache kam nicht vor. Die Frauen waren besonders gekleidet: alte indianische Stile tauchten auf in Schals, Halstüchern, Blusen, Röcken und Schmuck. Die alten Mütter zeigten ihre Macht. Der Feminismus trägt in Lateinamerika Nationaltracht. Auch die Frisuren waren besondere: lange schwarze glatte Haare; viele kleine Zöpfe, wie sie die schwarzen Frauen in den Vereinigten Staaten tragen, und extrem kurze Punk-Haarschnitte. Wir waren zusammengekommen in unserer Dritten Welt und diskutierten in unseren Sprachen die Bedeutung des Feminismus in einem befreiten neuen Amerika, ein Name, der gewöhnlich nur für die USA verwendet wird. Selbst die Holländerinnen, die in Nicaragua leben, sprachen spanisch. Als europäisches Land war einzig Spanien anwesend.

Charakteristisch für den Feminismus auf dieser lateinamerikanischen Seite der Welt sind die Probleme, die auch in der alten Welt keineswegs vergessen sind. Zu Beginn des Treffens mußten wir einen Fragebogen über unser Sexualeben beantworten: verheiratet oder ledig, Kinder oder keine; sexuelle Vorlieben: homo oder hetero; welchen Orgasmus wir erreichten. Details über Masturbationspraxen, Abtreibung und ähnliche Dinge. Das Sexualeben ist immer noch eines der Hauptprobleme der Frauen in unserer Gesellschaft. Vielleicht, weil unsere Körper uns immer noch nicht gehören. Auffällig war auch die Abwesenheit von Kindern; es gab nur ein einziges Baby. Vielleicht war dies dem Umstand geschuldet, daß die Familien in Lateinamerika sehr hilfreich sind. Die Großfamilie sorgt für Kinder, Großeltern, 'schiffbrüchige' alleinlebende Tanten und Onkel. Auch 'Nanas', Haushälterinnen als Ersatzmütter, Schwestern oder Töchter sorgen für Hilfe.

Wenn wir die westlichen Frauenbewegungen studieren, können wir feststellen, daß das Bewußtsein der häuslichen Unterdrückung eine Mobilisierungskraft war. Haushalt, Kinderhege und -pflege machten das Heim zu einer Falle für die Frauen der mittleren Schichten. Dies löste eine leidenschaftliche Infragestellung der Geschlechterrollen aus und damit die zweite Welle des Feminismus in den sechziger Jahren. In Mexico und in vielen Teilen Lateinamerikas erhalten selbst die ärmsten Häuser Extrahilfe von Dienstmädchen. Dies bildet das »kleine Kissen« - wie Rosario Castellanos dies nannte -, das die wirkliche Revolte der mexikanischen Frauen verhinderte (Lamas, Marta, 1987). Die Familien helfen den Frauen, aber sie versklaven sie auch. Die Hausangestellten erhalten manchmal eine faire Bezahlung und Behandlung. Aber sehr oft sind sie so etwas wie Sklaven mit niedrigen Löhnen, eingeschränkter Handlungsfreiheit, ohne Gewerkschaftsschutz und Sozialversicherung. So bezieht sich der Feminismus in Lateinamerika — und insbesondere in Mexiko — weitgehend auf bürgerliche Frauen, Universitätsabsolventinnen, die zu Hause eine Menge Dienstmädchen haben, genug Geld für Abtreibungen und sich nicht mit der Lösung von Alltagsproblemen herumschlagen müssen. Vermutlich ist der Mangel an sexueller Freiheit in einem katholischen Land mit Doppelmoral (der üblichen Freiheit für Männer und Strenge für Frauen) ihr Hauptproblem. Dabei ist die Kulturgesellschaft sehr schwach entwickelt und stark männlich orientiert, »machistisch«. Es gibt keine linke Opposition und sehr wenige freie Gewerkschaften. Gleichwohl ist der Feminismus in vielen Ländern Lateinamerikas, insbesondere in Brasilien,

Argentinien und Peru enorm gewachsen. Aber überall ist es schwierig, einen Zugang zu anderen Klassen und den großen ethnischen Gruppen zu finden.

Deshalb liegt das Hauptproblem für den lateinamerikanischen Feminismus darin, die feministischen Interessen mit den soziopolitischen und ökonomischen Fragen zu verknüpfen, also »doppelt militant« zu sein. Aus diesem Grund verfolgt uns als »Spaltungsgeist« einerseits die Suche nach wahrer menschlicher Identität und andererseits die Einheit mit dem Kampf der Klassen. Oft nimmt die doppelte Militanz den vertrauten Kampf politischer Parteien an: die Linke gegen die feministische Linie. Das ist jedoch nicht immer der Fall. Es gibt auch außerhalb von Parteien soziale Forderungen von Frauen: so durch die Christen für Befreiung, las madres de la Plaza de Mayo (die Mütter der verschwundenen Toten Argentiniens), las pobladoras de Chile (die Slumbewohnerinnen Chiles) und andere Frauenkampfgruppen. Mit anderen Worten: Feminismus ist für manche Frauen und viele Männer ein Mittel und eine Strategie für die Befreiung an verschiedenen Fronten: politisch, ökonomisch, sozial. Für andere ist Feminismus beides: Weg und Ziel. Er ist nicht nur eine ungeheure Kraft sozialer Transformation, er bezieht sich auch auf die Menschenrechte für die Hälfte der menschlichen Bevölkerung. Die Arbeit mit unterprivilegierten Frauen ist Haupttagesordnungspunkt des lateinamerikanischen Feminismus. An zweiter Stelle steht die Unterstützung von Volksrevolutionen insbesondere in Zentralamerika. Dann folgt die Unterstützung von Gesetzesänderungen zugunsten von Frauen, z.B. treten wir für die Straffreiheit der Abtreibung und den freien Zugang zu Empfängnisverhütungsmitteln ein. Auch beschäftigen sich lateinamerikanische Feministinnen mit der Kritik der männlichen spanischen Sprache, die Frauen in allen Diskursen diskriminiert: in Philosophie, Naturwissenschaft, Literatur usw. Weitere Dauerthemen sind Diskussionen über die patriarchalische Gesellschaft und über Gleichberechtigung.

Das erste Treffen des Feminismus in Lateinamerika fand in Bogota 1981 statt, das zweite in Lima 1983, das dritte in Brasilien 1985. Das letzte war das unstrukturierteste. Die brasilianischen Frauen wollten, daß die Frauen die Diskussion ihrer Probleme frei erfahren und ihre Interessen selber finden. Und nun Mexico 1987: Mehr als 1.200 Frauen, fast alle aus Lateinamerika, kamen zu den autonomen Diskussionen und selbstgewählten Arbeitsgruppen ohne Tagesordnung. Plötzlich tauchten wie Pilze aus dem Boden Ganztagsangebote für kleinere und größere Gruppen über alle möglichen Themen auf. Eindrucksvoll war der Buchladen. Zum ersten Mal erschienen viele Titel auf Spanisch. Die feministische Theorie in Lateinamerika wächst zugleich mit dem Markt aller möglichen Waren wie kunst- und handwerkliche Produkte, Bücher, Magazine, Flugblätter, Poster, die das Interesse, das Schöpferische und die Originalität der Frauenbewegung in Lateinamerika zeigen. Alles war begleitet von Musik, Gesängen, Gedichten.

Der Kapitalismus kann von winzigen Ländern besiegt werden. Dies hatte zuerst Kuba gezeigt, jetzt Nicaragua: Immer wieder kam der Ruf »No pasaran«. Sie werden nicht durchkommen, weder die Contras noch die anderen Unterdrücker. Der Feminismus in Lateinamerika ist entschieden gegen jeden Imperialismus. Fortwährend wurde auch Kuba angeklagt, in 28 Jahren sozialistischer Regierung keine Öffnung für den Feminismus zugelassen zu haben.

Die neuen Kräfte aus den christlichen Kirchen sind in dieser Neubelebung des lateinamerikanischen Feminismus eine wichtige Kraft. Frauen aus den Kirchen riefen zum Kampf auf gegen Gewalt, wie sie sich in Armut und Vergewaltigung und in allen Formen von Unterdrückung und Krieg wie auch in der ökologischen Zerstörung zeigt. In der Religion sind die fortschrittlichsten Vorstellungen und Befreiungs-

aktionen nicht nur für Frauen, sondern auch für die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und ethnischen Gruppen entstanden. — Wegen der sexuellen Unterdrückung in unseren Ländern war die Gruppe der lesbischen Frauen auf unserem Treffen sehr wichtig. Die traditionelle sexuelle Moral, die alle sozialen Klassen durchzieht, wurde in Frage gestellt. Der Kampf der Lesbierinnen gilt der fatalen Einheit von Sexualität und Fortpflanzung. Sie forderten Freiheit in der Wahl der SexualpartnerInnen und auch die Freiheit, Kinder zu haben oder nicht. Lesbische Liebe sollte Mutterschaft nicht ausschließen. — Es gab auch viele alte Frauen (alt sind Frauen ab sechzig), die Arbeit, Liebe, Anerkennung und gesellschaftliche Verantwortung suchten. Dies ist in unserer Gesellschaft ein besonders schwieriges Unterfangen, da hier schon Frauen mit dreißig als alt verachtet werden. Der kapitalistische Konsumismus begreift sie als obsolet.

Nach meinem Dafürhalten war das Hauptproblem des Treffens, die vielen unterschiedlichen Anschauungen und sozio-ökonomischen Schichten, die unterschiedlichen ethnischen Gruppen und die verschiedenen Bildungsvoraussetzungen zu verbinden. Wie können die Interessen der Frauen im Kampf gegen Imperialismus, Unterdrückung, Ausbeutung und Korruption in unserem Rechtssystem vereinigt werden? Das wichtigste Ergebnis dieses Treffens war die Einrichtung von Kommunikations-Netzwerken: Das erste gilt den Menschenrechten für lateinamerikanische Frauen; das zweite widmet sich der Kommunikation — Nachrichten, Bücher, Zeitungen von Frauen in Lateinamerika; das dritte bezieht sich auf den Kampf um freie Abtreibung. — Es endete mit einer Pressekonferenz in Mexico-City und einer Demonstration durch die Hauptstrasse. Das nächste Treffen wird 1990 in Buenos Aires stattfinden. *Aus dem Englischen von Frigga Haug* Graciela Hierro (Mexico-City)

Dritte Europäische Sozialistisch-Feministische Konferenz

Madrid, 20. bis 22. November 1987

Nachdem die ersten zwei Treffen im nördlichen Europa, in Kopenhagen und in Hamburg, stattgefunden hatten, kamen diesmal etwa 190 Frauen aus 17 Ländern in Spanien zusammen. Weitaus am stärksten vertreten waren die Gastgeberinnen, zahlreich waren aber auch Frauen aus Großbritannien, der BRD und Griechenland gekommen; die anderen Länder (Schweden, Norwegen, Dänemark, Italien, Irland, Portugal, Kolumbien, Mexiko, Marokko, Chile, Israel, Philippinen, Indien) waren mit je einer Frau oder zwei Frauen vertreten.

Als wir vom *Argument* 1985 gemeinsam mit Frauen aus Kopenhagen diese Europäischen Frauenkonferenzen initiierten, taten wir dies mit der Absicht, die notwendige Internationalisierung der Frauenbewegungen in die Tat umzusetzen. Ein Zusammenschluß von Frauen vor allem Westeuropas schien uns ein erster Schritt. Es sollte darum gehen, Unterschiede und Gleichheiten der Lebens- und Kampfbedingungen auszutauschen und, international gestärkt, die politische Handlungsfähigkeit zu vergrößern. Ländergrenzen zu überschreiten in der Perspektive, gemeinsame Strategien für eine feministisch-sozialistische Politik zu entwickeln, stellt an uns die Anforderung, über den Erfahrungsaustausch hinauszukommen und theoretische Anordnungen zu erarbeiten, in denen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten reflektiert und (längerfristig) in transnationale Politikformen umgesetzt werden können. Um dies zu gewährleisten, hatten wir uns auf der zweiten Konferenz in Hamburg darauf geeinigt, die Schwerpunkte in Madrid auf die Themenbereiche Europa und Politik, privat/öffentlich, Produktion/Arbeit sowie Ethnozentrismus und Immigrationspolitik zu konzentrieren. Für jeden dieser Bereiche war eine Koordinatorin bestimmt worden, die für die inhaltliche Gestaltung verantwortlich sein sollte. Ent-

sprechend war die Konferenz durch diese Themenbereiche strukturiert. Einführungen im Plenum zu allen vier Bereichen waren Workshops in kleinen Gruppen zugeordnet, die parallel stattfanden. Durch Simultanübersetzungen in vier Sprachen hatten die spanischen Organisatorinnen gute Voraussetzungen für die Diskussionen im Plenum geschaffen; aber auch in den Workshops war das Sprachproblem durch Übersetzungen weitgehend gelöst. So verliefen die Diskussionen sehr lebhaft, und viele Frauen beteiligten sich. Aber im wesentlichen ist es wieder beim Erfahrungsaustausch geblieben, und es ist nicht gelungen, die einzelnen Beiträge durch eine gemeinsame Fragestellung zusammenzubinden und so eine Richtung für die Weiterbearbeitung der Erfahrungen zu bestimmen. Ein wesentlicher Grund liegt in der Schwierigkeit, die Länderbeiträge in den einzelnen Themenbereichen zu koordinieren. So haben die Koordinatorinnen sich eher als Moderatorinnen verstanden und als Einführung ins Thema sehr unterschiedliche Beiträge nebeneinandergestellt. Im Bereich Produktion/Arbeit standen Berichte aus Norwegen über das Ausbildungssystem und die Reproduktion des geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktes neben denen aus Marokko über Entwicklungen der Frauenarbeit und aus Spanien über Schattenwirtschaft durch Heimarbeit — eine Anordnung, die logischerweise eine stringente Diskussion verunmöglichte.

Der einzige Beitrag, der einen Rahmen hätte darstellen können, war unverständlicherweise auf Freitagabend (Anreisetag) nach dem Abendessen (mit dem in Spanien obligatorischen Rotwein) gelegt worden. So begann Frigga Haug also um 22 Uhr die Frage zu stellen, womit die europaweit zu konstatierende Lähmung der Frauenbewegung und die Verstaatlichung von Frauenfragen zusammenhänge. Ihre These war, daß die Stärke der Frauenbewegung in ihren Anfängen gerade in der Verknüpfung von Fragen nach Körper- und Alltagserfahrung mit dem Kampf um die Gleichstellung in der Gesellschaft gelegen habe, und daß heute diese Bereiche isoliert voneinander, verteilt auf gegensätzliche Fraktionen in der Frauenbewegung diskutiert würden. Die damit aufgezeigte Handlungsorientierung, nämlich in transnationaler Anstrengung beide Fragen wieder in einer Politik zusammenzubringen, kam leider nicht zum Tragen.

Wir hatten also widersprüchliche Erfahrungen zu verarbeiten, als wir am Sonntag die nächste Konferenz planten. Unausgesprochen bestand Einigkeit, daß es eine engere Konzentration der Themen und eine stringenteren inhaltliche Vorbereitung braucht. In einer von Engagement und Weitermachenwollen getragenen Atmosphäre einigten wir uns schnell darauf, die nächste Konferenz (in Portugal oder Großbritannien) unter den Schwerpunkt »Transnationale Politik« mit den Stichpunkten: Verhältnis Feminismus/sozialistischer Feminismus, sozialistisch-feministische Bewegung und politische Institutionen zu stellen. Zur inhaltlichen Vorbereitung haben wir ein internationales Organisationskomitee mit je zwei Ländervertreterinnen gebildet (Kontakt für die BRD: Jutta Meyer-Siebert, Kollenrodtstr. 56, 3000 Hannover). Des weiteren sollen in den einzelnen Ländern vor der Europäischen Konferenz nationale Arbeitstreffen stattfinden, um so besser vorbereitet diskutieren und verschiedene Standpunkte zusammenbringen zu können. Überraschend gab es zum Schluß noch eine sehr heftige Kontroverse. Sie entzündete sich an dem Vorschlag von Vertreterinnen der Kommunistischen Partei Spaniens, künftig auch die Frauen aus den sozialistischen europäischen Ländern, einschließlich Vertreterinnen aus den kommunistischen Parteien, einzuladen. Einig waren wir uns aber darin, daß ein solcher Einladungsmodus die Struktur unserer bisherigen Konferenzen grundsätzlich verändern würde, bevor sie überhaupt eine eigene Stabilität gefunden hätte. Auf Grund der Tragweite einer solchen Entscheidung vertagten wir diese Frage.

Die auf der Konferenz gehaltenen Beiträge sollen auf spanisch veröffentlicht werden. Es wird geprüft, ob es die Möglichkeit einer englischsprachigen Publikation gibt, um sie einer größeren Leserinnenschaft zugänglich zu machen.

Sünne Andresen (West-Berlin)/Jutta Meyer-Siebert (Hannover)

Von der Arbeits- zur Kulturgesellschaft?

Soziale und kulturelle Folgen der Arbeitszeitverkürzung. Veranstaltet von der Regenbogen-Fraktion im Europäischen Parlament. Brüssel, 12. bis 13. November 1987 Die Veranstalter/innen waren wissenschaftlich systematisch vorgegangen: Zunächst ging es um die Definition des Begriffs »Arbeitsgesellschaft« (Panel I), dann wurde zur Transformation der Erwerbsarbeit (Panel II, III) vorangeschritten, um am Ende den Anfang der Kulturgesellschaft (Panel IV) zu diskutieren. Geladen waren Wissenschaftler/innen, Gewerkschafter/innen (u.a. Schauer, Mehrens, Kurz-Scherf) und Politiker/innen. Die Teilnehmer/innenzahl war auf 70 begrenzt, exklusive der 34 Referenten/innen. Die bemerkenswerte — für alle vier Sitzungen geltende — Erfahrung für mich war die fehlende Fähigkeit der Referent/innen, sich aufeinander zu beziehen und/oder mit den unterschiedlichen Vorstellungen einen produktiven Umgang zu finden.

Berichte aus der im weitesten Sinne empirischen Sozialforschung (z.B. C. Müller-Wichmann, C.Möller, U. Briefs, G. Lubbi, M. Jäckel, H. Wainwright) wechselten sich ab mit eher globaltheoretischen Überlegungen (z.B. F. Haug, F. Guattari, C. Mouffe, M. Mies); dazwischen fanden sich Polemiken gegen den »weißen, männlichen intellektuellen Linken« (z.B. V. Bennholdt-Thomsen), die dazu führten, daß jeder zweite Teilnehmer bestätigte, weiß und intellektuell zu sein und den *Glauben* an die eigene Männlichkeit — kokett an sich herunterblickend — vermittelte. In einer Gesellschaft, in der Zuschreibungen wie »männlich« kaum erst begonnen haben, Kritik eines Herrschaftszusammenhangs zu sein, entradikalisieren sich solche Bestimmungen und geraten unversehens zur Möglichkeit, Potenzgesten vorzuführen. Die affirmativen Bekundungen für einen »gerechteren Kapitalismus« (z.B. J. Huber, J. Becker) wurden von den Zuhörer/innen als »Zeiträuber« unruhig zurückgewiesen. Alle waren enorm gefordert, das Nebeneinander der Beiträge selbst in ein Zueinander zu bringen. Der Versuch von Frigga Haug im ersten Panel, einen theoretischen Rahmen vorzugeben, in dem diese Fragen diskutierbar werden, wurde blockierend überlagert von politischem Ressentiment. Sie nahm die anhaltenden Diskussionen der Frauenbewegung um den Bereich der nicht entlohnten gesellschaftlichen Arbeit als Kritik an dem herrschenden Zivilisationsmodell, das in komplizierter Weise der »Produktion und Verwaltung der Lebensmittel« den Vorrang gibt und sich die »Produktion des Lebens« unterwirft. Die Hoffnungen der einzelnen sind so über Kreuz artikuliert: Männer werfen ihre Hoffnungen auf die einsperrende Privatsphäre, in der sie ihre Freiheit von Zwängen vermuten; Frauen müssen (?) mit Sehnsucht auf den Bereich kapitalistischer Ausbeutung blicken, der sie aus bestimmten Zwängen befreit. Insofern gelingt weder der Blick auf die Herrschaft reproduzierende Zweiteilung (gesellschaftlich-privat) noch der auf den Staat. Veronica Bennholdt-Thomsen wertete diesen Versuch als theoretischen Anachronismus, der es letztlich nicht lassen könne, die Lohnarbeit ins Zentrum zu stellen. Die ganze Gesellschaft müsse vom Standpunkt der (individuellen) Reproduktion (Subsistenzproduktion?) erschlossen werden. Der Begriff der Arbeit, seine ideologischen Implikationen, was als gesellschaftlich notwendige Arbeit gefaßt werden sollte, konnte in dieser Runde nicht zusammengetragen werden. Selbst die Unterscheidung von Lohn- und unbezahlter Arbeit — von Carola Möller dringlich eingeklagt — fiel den meisten Referenten schwer.

In der Diskussion um die Transformation der Erwerbsarbeit wurde u.a. die subversive Strategie alternativer Produktionsnischen zum Streitpunkt, ohne daß die unterschiedlichen Modelle tatsächlich vorgestellt wurden. Kontrovers war auch die Forderung nach gesichertem »Mindesteinkommen« und die Vorstellung neuer Produktionskonzepte (z.B. Sabel, Porst, Coriat).

Obwohl die Regenbogenfraktion Arbeit und Kultur ins Zentrum ihrer Fragen gestellt hatte, bezogen sich alle schriftlichen Referate auf die Erwerbsarbeit. Einige hatten die Arbeitszeit im Jahr 2000 schon auf 20 Stunden festgesetzt, verloren aber kein Wort über die Aufgaben und Probleme, die diese gesellschaftliche Umgestaltung für die individuellen Lebensplanungen mit sich bringen würden. Nur Mouffe und Guattari formulierten — etwas verklausuliert — die Fragen nach »neuen kollektiven Identitätsformen« oder Subjektivitäten. Mouffe rief dazu auf, gegen die Bürokratisierung des Staates vorzugehen; der Staat selber sei notwendig. Guattari sprach über die Ausbeutung und Produktion der Subjektivität und wollte den »Klassenkampf« als Mittel gegen Herrschaftsformen neu erfunden wissen. Die Beiträge vermittelten mehr eine Ahnung, welche kulturpolitischen Fragen links-feministisch gestellt werden müssen. Der Begriff »Kultur« ließ nichts begreifen: Kultur war Imperialismus (McDonalds) und Kunst (E-Musik), war Muße und Kindererziehung. Und obwohl es mehrere feministische Standpunkte gab, tauchten Fragen der Bedeutung von Kultur für die alltägliche Wiederherstellung von Herrschaft nicht auf.

Der Kongreß konnte am Ende nicht mit neuen — konsensuellen — Einsichten aufwarten; ich aber ging ermutigt in meine politisch-theoretischen Zusammenhänge zurück. Es scheint mir zur »Natur« der Regenbogenfraktion zu gehören, daß ihre Diskussionskultur sehr viel schwieriger zu gestalten ist als die jeder anderen Partei. Indem sie den Rahmen der Referent/innen sehr weit spannte, war es kaum möglich, ein neues einheitliches Wissen zu produzieren. Diese Art der Auseinandersetzung will gelernt sein, sie verlangt weniger Statements als *Vorschläge*, weniger das Wissen um die »richtige« Einsicht als die Fähigkeit, sich immer wieder neu belehren zu lassen, weniger die Darstellung einer Position als die Präsentation der in Widersprüche verwickelten eigenen Bewegung. Ein Teilnehmer sagte beiläufig, es sei vielleicht lehrreicher, wenn die Schwächen der jeweiligen Konzepte vorgestellt würden, dann könnten sich alle an Problemlösungen beteiligen. Bis dahin ist es wahrscheinlich noch weit. Zunächst geht es auf diesen Kongressen darum, das *Projekt der Befreiung* zu konturieren und die es tragenden Subjekte überhaupt in einen Handlungszusammenhang zu bringen. Die Vielfalt der Stimmen ermöglichte, daß sich keine »Wahrheiten« durchsetzen konnten: Jede punktförmige Sichtweise wurde durch eine andere punktförmige, manchmal auch vernetzende, korrigiert. Es wurden viele Warnungen ausgesprochen, die zusammengekommen uneinlösbar scheinen, weil uns die Macht der Durchsetzung von Alternativen fehlt.

Wer jemals einen internationalen Kongreß organisiert hat, wird vielleicht wie ich eifersüchtig berührt sein, welche Möglichkeiten sich im Europäischen Parlament erschließen: Der überwiegende Teil der Referate lag allen in ihrer Mutter-Sprache vor, Übersetzer/innen sorgten während der Konferenz dafür, daß niemand die Sprache wechseln mußte. Zwei Frauen, die für die Übersetzungen ins Deutsche zuständig waren, gebührt eine besondere Anerkennung: Sie lernten durch ihre eingreifenden Übersetzungen, daß, selbst wenn die sprachliche Schwierigkeit der Internationalisierung entlastet wird, das Sprechen »für andere« noch gelernt werden muß. So hatten einige Teilnehmer/innen die Angewohnheit, in Endlos-Sätzen, verschachtelt und verblos ihre Ideen zu »vermitteln«, so daß selbst native-speaker Verständnisprobleme hatten. Die Konferenz hatte eine weitere Eigenheit: es fehlte an durchgrei-

fenden Diskussionsleiter/innen, so daß das Plenum demokratisch selbstverwaltend über »Zeit« — ein zentrales Thema der Konferenz — verfügen sollte. Dieses Experiment mißlang: Einige sprachen bis zu 20 Minuten, anderen wurde so die Möglichkeit genommen, das Wort zu ergreifen. Das Phänomen zeigt, daß die Kompetenzen, die zu einer horizontalen, gemeinschaftlichen Regelung der Gesellschaft gehören, selbst Thema in Befreiungsdiskursen sein müssen. Kornelia Hauser (Hamburg)

»Die Mühe, radikal zu sein«

Versammlung zum 40. Jahrestag des »Darmstädter Worts«, Darmstadt, 6. bis 8. November 1987

Das im August 1947 vom »Bruderrat« veröffentlichte »Darmstädter Wort« (DW) markierte einen Bruch mit der dominierenden »Vergangenheitsbewältigung« der kirchlichen Konservativen. Erstmals in einem Dokument der Bekennenden Kirche wurde eine befreiungstheologische Stimme hörbar: Ins Blickfeld kirchlicher Selbstkritik rückte das »normale« obrigkeitstaatliche und nationalistische Funktionieren der evangelischen Kirche vor 1933. Das Bündnis mit den konservativen Mächten und die Frontenbildung gegen Demokratie und Sozialismus wurden als evangeliumswidriger Irrweg verurteilt. Die Sache der Armen und Entrechteten müsse wieder zur Sache der Christenheit werden, und hierbei gemahne »der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre« die Kirche an den Auftrag der Gemeinde im Diesseits. Das DW gilt heute als wichtigstes Gründungsdokument des deutschen Linksprotestantismus nach 1945. Zur Darmstädter Versammlung 40 Jahre danach luden die »Evangelischen Studentengemeinden« (ESG), die »Evangelische Erwachsenenbildung Darmstadt«, die »Christen für den Sozialismus«, der »Bund der religiösen Sozialisten« und die »kirchlichen Bruderschaften Württembergs«. Das Motto der Versammlung war gut gewählt: »Radikal« zu sein und über die eigene Jugend hinaus zu bleiben, kostet »Mühe«, erfordert die permanente Anstrengung des Begreifens, Standpunkt-Findens und Durchhaltens. Dieser Anspruch zog sich in unterschiedlicher Akzentuierung durch die Referate und Diskussionen. Ich war positiv überrascht, wie deutlich der Bedarf nach Zusammenhangswissen, Gesellschaftsanalyse und Theoriebildung artikuliert wurde. Deutet sich hier innerhalb der Linken ein Umschwung an vom »alternativen« Betroffenheitsansatz zum strategisch-fundierten Eingreifen?

Gert Klatt (Stuttgart) und *Harry Noormann* (Braunschweig) sprachen am Eröffnungsabend über den historischen Kontext und den »politisch-theologischen Ertrag« des DW. Die »Einladung zur Umkehr« wurde im welt- und deutschlandpolitischen Entscheidungsjahr 1947 nicht angenommen. Für die Arbeiterbewegung »wog« das DW »zu leicht«, um die Erinnerung an den kirchlichen Klassenstandpunkt zu irritieren, und die meisten Pastoren und Gemeinden empfanden es als Bedrohung statt als Befreiung. Auch im »Text und Kontext« des DW gäbe es Gründe für die Niederlage: »zu spät« sei es gekommen, um die Verfestigungen der Amtskirche aufzubrechen, der Weg der »Metanoia« (Umkehr) bleibe blaß, es fehle die Option für eine »zweckmäßige Organisation«, z.B. in Gestalt einer bruderrätlichen Gemeindekirche, und schließlich erscheine die Kirche immer noch als »der Nabel der Welt« (Casalis). Zu hurtig scheint mir hier der Übergang vom faktischen Scheitern zur Kritik: ein früheres Wort hätte m.E. an der harten Realität der Kräfteverhältnisse in Kirche und Protestantismus ebensowenig rütteln können wie ein vollständigeres, noch konkreteres usw. Ob eine eigenständige bruderrätliche Kirche für die Wirksamkeit des Linksprotestantismus vorteilhafter gewesen wäre, müßte man genauer diskutieren. Ich bezweifle es. Und die nüchterne Konzentration des DW auf die Schuld der

Kirche gegenüber ihrem Verkündigungsauftrag ist m.E. eine wichtige Errungenschaft und kein Mangel. Was meint dann genau der Vorwurf des »Ekklesiozentrismus«?

Aber solche Fragen traten in der Diskussion zurück. Denn die Referenten schlugen den Bogen zu den aktuellen Umbrüchen in der kapitalistischen Produktionsweise. Die eigentliche Herausforderung des DW heute sei die Standortbestimmung gegenüber dem »Postfordismus«. Was dies bedeutet, erläuterte am folgenden Tag *Roland Roth* in seinem Vortrag über »das neue Gesicht des Kapitalismus«: Abgeleitet von Henry Ford, dem ersten Großproduzenten des Massenautos kurz nach der Jahrhundertwende, bezeichnet »Fordismus« eine Produktionsweise, die auf Fließbandproduktion und Taylorisierung der Arbeit beruht. In der Ersten Welt ist er verbunden mit relativ hohen Löhnen, sozialstaatlicher Abfederung, Anhebung des Massenkonsums. Durch den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien sei der fordistische »Produktivitätspakt« seit den siebziger Jahren in die Krise geraten. Die neue Qualität des sich nun abzeichnenden »Postfordismus« konnte — die Vorsilbe »Post« deutet schon darauf hin — nicht so genau bestimmt werden: eine weitere Flexibilisierung der Produktion, ohne daß damit die Fließbandarbeit abgeschafft würde, zunehmende Aufsplitterung der Arbeiter und zugleich ein weiteres Ansteigen der Massenarbeitslosigkeit. Zu erwarten sei eine Schwächung der Gewerkschaften, der Abbau sozialstaatlicher Sicherungen und die Vertiefung der sozialen Ungleichheiten. Roths gehaltvoller Vortrag brachte viel Neues und Anregendes. Dennoch blieb am Ende Ratlosigkeit: Der Übergang zur »postfordistischen« Phase des Kapitalismus erschien funktionalistisch verkürzt als fatale Systemnotwendigkeit, die sich im Prinzip unabhängig von den sozialen und politischen Auseinandersetzungen vollzieht. Entsprechend vage und defensiv waren Roths Vorschläge zu einer »radikalen Politik, die sich ihrer Grenzen bewußt ist«. Die Ansatzpunkte für sozialistische Gegenstrategien blieben im Dunkeln.

»Zur Kritik der Neuen Sozialen Bewegungen« sprachen *Edda Stelck* (Frankfurt) und *Theo Christiansen* (Hamburg). Letzterer kritisierte u.a. die »alternative« Ablehnung eines theoretisch begründeten Antikapitalismus und die Skepsis gegenüber politischen Organisationen. Gegenüber der mühevollen Theoriebildung habe sich weitgehend das Verfahren »narrativer Selbstfindung« durchgesetzt. Die »Authentizität des Leidens« habe Vorrang vor der »Fähigkeit zur Veränderung«. Die utopischen Energien seien in der politischen Praxis weitgehend aufgezehrt, würden abgezogen und wendeten sich nach rückwärts. Die nach vorn gerichteten Blochschen »Tagträume« wichen der Suche nach Archaismen. Christiansen sieht aus diesen Tendenzen einen neuen Konservatismus aufsteigen und fordert als linke Antwort: »Klarheit« unserer Begriffe (wieder lernen müßten wir z.B., Unversöhnliches als solches zu benennen), »sozialistische Perspektive« und »sozialistische Organisationen«. Problematisch erschien mir die Einseitigkeit, in der Christiansen die linken Bemühungen um Mehrheitsfähigkeit als Zeichen der Anpassung deutete. Als Gegenbild zur geforderten Radikalität erschienen z.B. die politische Orientierung auf Bündnisbreite in der Friedensbewegung, die Hoffnungen auf »Rot-Grün«, die »bösen« Distanzierungen der grünen Bundestagsfraktion von Jutta Ditsfurt. Hier scheint mir die Notwendigkeit breiter Bündnisse über die bisherige Rechts-Links-Spaltung hinaus unterschätzt. Die »Mühe, radikal zu sein«, sollte m.E. nicht verwechselt werden mit der Wiederbelebung des Linksradikalismus. Denn dessen alte und immer wieder neue Logik steht ja gerade der Entwicklung linker Hegemoniefähigkeit im Wege, indem sie die Widersprüche im Staat und in der Kulturgesellschaft ausblendet und die umkämpften Bereiche dem Gegner überläßt. Gibt es nicht auch ein sich »radikal«

gebärdendes Desertieren von den wirklichen Kampffeldern? — Nach den Vorträgen stand eine Fülle neuer Informationen und kontroverser Einschätzungen im Raum und wartete auf Bearbeitung. Hier zeigten sich nun Schwächen in der Veranstaltungsplanung: Nach den Vorträgen gab es keine Aussprache im Plenum. Die statt dessen vorgesehenen Arbeitsgruppen waren thematisch nicht spezifiziert. Alles sollte jetzt »spontan« laufen. Praktisch bedeutete dies: langwierige Diskussionen, worüber diskutiert werden sollte, Festlegung auf sehr allgemeine Themenbereiche, ständiges Flottieren und Entgleiten des Gesprächsgegenstands, Meinungs austausch mit wenig Lernzuwachs, Unzufriedenheit. Die vorher von Christiansen scharfsinnig analysierte »organisierte Unverbindlichkeit« der politischen Bewegungen trieb in der Organisation des Lernens traurige Blüten. Dies prägte schließlich auch die Abschlußveranstaltung: es gab keine Arbeits- und Diskussionsergebnisse, die man jetzt hätte zusammenführen und in größere Dichte besprechen können. Einige äußerten ihr Unbehagen, im Gegensatz zum DW sei diesmal die christliche Spezifik des politischen Engagements in den Diskussionen untergegangen.

Das Veranstaltungskonzept war von Beginn an umstritten: Kritisiert wurde u.a., die im DW angesprochenen Themenbereiche seien trotz ihrer Aktualität nicht weiterverfolgt worden, z.B. deutsche Schuld, Nationalismus, »starker Staat« nach innen und außen, Front der »Guten« gegen die »Bösen«. Dem wurde entgegengehalten, auf Grund der neuartigen Herausforderung durch den »Postfordismus« dürfe man das DW heute nicht mehr einfach fortschreiben. Die Kontroverse verweist auf die grundlegende Schwierigkeit der Linken, in den heutigen Umwälzungen von Ökonomie, Politik und Kultur das spezifisch Neue zu begreifen und das Verhältnis von Kontinuität und Bruch zu bestimmen. Der Sprung vom DW in den »Postfordismus« jedenfalls war zu unvermittelt, um eine theoretische Aufarbeitung und Strategiefindung zu ermöglichen. Ausgehend vom Text des DW und gestützt auf thematisch differenzierte Arbeitsgruppen wäre es m.E. leistbar, »Neuland« zu erschließen, ohne die Verbindungslinien zu verlieren.

Jan Rehmann (West-Berlin)

3. Hochschulkonferenz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

4. bis 6. Dezember 1987, Schmitten/Ts.

Beides ist im argen, die Lage an den Hochschulen und die der gewerkschaftlichen Arbeit. Nicht endenwollende Problemkataloge werden vermeldet. Dies ist der Eindruck, den die Referate von Gerd Köhler (GEW) und Jochen Richert (DGB-Vorstand) hinterließen: Die Expansion der Hochschulbildung der siebziger Jahre wird auf breiter Front zurückgenommen — angefangen beim Zweiten Bildungsweg und der Studienfinanzierung bis hin zur generellen Lenkung der Bildungsnachfrage, insbesondere in bezug auf die Frauen. Kompetenz und Bedeutung der Hochschulen werden untergraben, ihre »Wettbewerbsfähigkeit« gegenüber »hochschulfreier« Forschung und ihr Einfluß auf die Verteilung von Drittmitteln sinken, autonome Gestaltungsspielräume werden beschnitten. Arbeitslosigkeit und »flexible« Teilzeit- und Zeitvertragsarbeitsverhältnisse schwächen und desolidarisieren die HochschulwissenschaftlerInnen. In dem Maße, wie die Wissenschaft aus den Hochschulen ausgelagert wird und doch zugleich an gesellschaftlicher Bedeutung zunimmt, wächst auch die gewerkschaftliche Verantwortung für die Wissenschaft. Diese Verantwortung muß sich auch auf jene wissenschafts- und technologiegeprägten Wachstumsbranchen beziehen, deren Arbeitnehmer kaum organisiert sind.

Der GEW schwinden die Mitglieder — nicht zuletzt als Folge der restriktiven staatlichen Hochschulpolitik; ihre Handlungsfähigkeit ist begrenzt, solange sie nicht tariffähig ist und folglich auf die Kampfbereitschaft und Solidarität der viel größeren

Schwestergewerkschaft ÖTV bauen muß. Die hat sich den Nöten und Ansprüchen der Hochschulangehörigen zwar nie verschlossen, zählt aber natürlich das kleine Häuflein der Wissenschaftler nicht zum Kernbereich des Mitgliederstamms. Daher drängt sich die Frage auf, ob nicht auch die GEW das Instrument des Tarifvertrags für die Arbeitsplatzinteressen ihrer Mitglieder aktivieren und dafür selbst gewerkschaftliche Druckmittel nutzen muß. Anstatt sich vertreten zu lassen, würde sie selbst mehr Verantwortung übernehmen. Mit anderen Worten — und das war eine heftig diskutierte Hauptthese von Harro Plander —, die GEW muß sich zum Tarifpartner emanzipieren. Viele Arbeitsplatzprobleme von WissenschaftlerInnen wären tarifvertraglich präziser zu lösen als über die bekannten ministeriellen Erlaßpraktiken. Die Crux dabei ist jedoch, daß eine solche Tariffähigkeit der GEW den anderen Gewerkschaften verständlich gemacht und dem Tarifgegner aufgezwungen werden muß. Aber selbst dazu fehlt es an einem wirksamen Waffenarsenal: Wer fürchtet schon einen Professorenstreik?

Die Frauen in der GEW führen — wie in anderen Organisationen auch — einen Kampf an zwei Fronten. Sie müssen von der Gewerkschaft verlangen, daß diese sich gegen die Diskriminierung von Frauen in der Wissenschaft wendet. Und sie müssen dies zugleich in der Gewerkschaft durchsetzen — gegen die Männer, von denen sie die Unterstützung an der externen Front abfordern. Die Konsequenzen hieraus zog Britta Naumann scharf und provokativ: Frauenförderpläne haben nichts mehr zu tun mit Vertrauen auf patriarchalisch-fürsorgliches Gewährenlassen, mit Sichverlassen auf den langen Atem qualifikatorischer Chancengleichheit und mit geduldigem Erläutern der besonderen weiblichen Sichtweise der Dinge. Sie fordert Positionen, Quoten, Stellen hier und jetzt.

Soweit die zwei Themen, die die Gemüter am stärksten bewegten. Daneben waren auch Erfolge zu verzeichnen: In der Zeitvertragsproblematik sind die Gewerkschaften auf dem Klageweg vorangekommen. Ein Tarifvertrag für wissenschaftliche Hilfskräfte ist in den Bereich des Möglichen gerückt, und für ein dringend notwendiges BAFöG-Reformkonzept zeichnen sich die ersten Konturen ab. Was folgt aus alledem praktisch? Nur ein neuer, größerer Problemkatalog? Vielleicht muß sich die Wissenschaftlerabteilung der GEW entscheiden, ob sie sich künftig in erster Linie mit der Rolle des wissenschaftspolitischen schlechten Gewissens der Nation begnügt oder aber sich dem zähen Ringen um schrittweise kleine Erfolge verschreiben will. Konkrete Schritte stehen an: An der Seite der ÖTV wird sich die GEW für den Einstieg in die Wochenarbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst und also auch für Wissenschaftler an den Hochschulen einsetzen. Wie diese Forderung an den Hochschulen umgesetzt werden kann, wird die GEW noch beschäftigen.

Holger Pactow (Hamburg)

International Conference of Young Philosophers

16. bis 23. August 1987, Jablonna/Polen

Das Schwerpunktthema dieser Konferenz, die von polnischen akademischen Institutionen zusammen mit der UNESCO veranstaltet wurde, lautete »For a New Image of the World — Man, Science, Consciousness«. Etwa 160 TeilnehmerInnen kamen (ein Drittel Frauen). Die polnischen Medien berichteten ausführlich. Unsere in Frankfurt hausgemachten Vorstellungen über »den« Ost-Block und »die« dogmatische Ideologiefabrikation zum Zweck der Legitimation des bestehenden Systems wurden grundlegend irritiert. Daß in Moskau, Warschau, Prag, Budapest und selbst in Berlin/DDR in den philosophischen Instituten längst an einer »Selbstkritik des Dogmatismus« gearbeitet wird, scheint bei uns bislang kaum jemand zur Kenntnis genommen

zu haben. Dabei geht es nicht einfach um eine Anpassung der Philosophie an die »Gorbatschow-Linie«, sondern um eine regelrechte »Verwissenschaftlichung«. Anders in Polen: Hier scheint die sozialistische Traditionsbildung in der Philosophie in einer tiefen Krise. Einige der polnischen Studenten setzen den Marxismus mit dem »Sowjetmarxismus« gleich und schütten so das Kind mit dem Bade aus; Marx wird als »prosovjetsch« gleich mit weggeworfen. Dafür haben Habermas und Foucault Konjunktur. Eine der jüngsten Ausgaben der studentischen Fachzeitschrift für Philosophie enthielt ausschließlich Texte über und von diesen beiden.

Problematisch war, daß auch hier die akademische Form der lebendigen Auseinandersetzung entgegenstand: Etwa 40 Vorträge in sechs Tagen verbannten Diskussionen spannender Art in die Privatsphäre. Ein Teil der Referate soll in der englischsprachigen polnischen Zeitschrift »Dialectics and Humanism« erscheinen.

Stefan Gandler (Frankfurt/M.)

Anfänger und Abbrecher im Ausdauersport

Tagung des Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverbands
Bremen, 18. bis 21. November 1987

Schon am ersten Tag wurde eine kontroverse Einschätzung sichtbar: Jürgen Palm, der Verantwortliche für den Breitensport des DSB, hielt seinen Vortrag, um für die Trimm-Aktion »Gemeinsam aktiv — bring einen mit zu Deinem Sport« zu werben. Dagegen war das Hauptreferat des Frankfurter Kultursoziologen Kaspar Maase durchdacht und kritisch: Die seit Jahren existierende Forderung nach »Sport für alle« sei keineswegs verwirklicht. Die TeilnehmerInnen an den Breitensportaktivitäten gehörten überwiegend zu den gesellschaftlich Privilegierten, während es den meisten an Zeit, Geld und Kraft zum regelmäßigen Sport fehle. »Sport für alle«, so seine Schlußfolgerung, »muß als soziales, kulturelles und damit auch politisches Objekt angegangen werden«. Nach den beiden Eingangsreferaten durfte man vermuten, daß ernsthafte Kontroversen zur Sprache kommen und ausgetragen würden. Doch der viel zu enge Zeitplan erlaubte keine fundierten Diskussionen. Und auch manches Referat kam über vordergründige Evidenzen kaum hinaus: So vertrat etwa der laufbegeisterte Sportmediziner Klaus Jung einmal mehr die These, daß Ausdauersport gesund erhalte und deshalb von möglichst vielen Menschen praktiziert werden sollte. Kaum reflektiert wurde dagegen, daß die Sportbegeisterung so unschuldig nicht ist in ihrem Fasziniertsein durch den professionellen Leistungssport. Die gesellschaftlichen Zusammenhänge der verschiedenen Erscheinungsformen des Sports standen nicht zur Debatte. Die mit dem Hinweis auf die Gesundheit offensichtlich nicht zu beantwortende Frage, warum sich so viele schinden, um einen Marathonlauf zu überstehen, wurde nicht gestellt. Carl-Jürgen Diem, der Leiter des Darmstädter Lauftreffs, betonte zwar, daß das Ziel nicht sein dürfe, aus Anfängern »Kilometerfresser« zu machen. Vielmehr solle der Ausdauersport dosiert und das gemeinsame Erleben und die Bewegungslust der Mittelpunkt sein — ist dem Leistungsfetischismus damit schon der Stachel gezogen? Schließlich fehlte ein kritisches Nachdenken darüber, welche emanzipatorische Relevanz die »Sport für alle«-Forderung unter den Bedingungen von Arbeitslosigkeit, wachsender Armut und fehlenden Zukunftsaussichten überhaupt haben kann.

Uwe Müller (Hannover)

Besprechungen

Philosophie

Blumenberg, Hans, Die Sorge geht über den Fluß. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1987 (210 S., br., 18,80 DM)

Blumenberg gehört zu den Philosophen, die die nach 1945 wegen ihrer Selbsteinordnung in den Faschismus diskreditierte »Philosophie der Geisteswissenschaften« erneuert haben. Diese Erneuerung vollzog sich in doppelsinniger Weise: Es wurde fast alles anders, aber dennoch stellte sich das Gleiche wieder her — eine Philosophie nämlich, die darauf abzielt, den »Eliten« (im Sinne der Herrschaftsverhältnisse) *richtige* und (bei Veränderungen der Lage) *modifizierbare* »geistige Orientierungen« anzubieten — Stoff also für ein ideologisches Do-it-yourself auf höherer Ebene.

Blumenberg selbst hat seinen Beitrag auf die Formel gebracht, daß sie den Übergang mitvollzieht von der aufklärerischen These, »daß mehr als eine Welt sei«, zu der ebenso phänomenologischen wie hermeneutischen These, »daß wir in mehr als einer Welt leben« (*Wirklichkeiten, in denen wir leben*, Stuttgart 1981). Seit seinen *Paradigmen für eine Metaphorologie* (1960) ist er diesem Projekt in einer Reihe von verstehenden Rekonstruktionen der Epochenschwelle zur Neuzeit, gerade auch in ihren naturwissenschaftlichen Aspekten (Galilei, Kopernikus), nachgegangen, deren Blickpunkt ein Topos der neueren konservativen Kulturkritik bildet: das Verhältnis von Legitimität und Säkularisierung. Seine letzten Arbeiten (*Arbeit am Mythos*, 1979, und *Schiffbruch mit Zuschauer*, 1979) vollzogen eine thematische Ausweitung, bei gleichzeitigem Übergang von einem (vorliegende Diskurse reflektierenden) philosophischen Inter-Diskurs zur Verwendung metaphorologischer Elemente für Neukonstruktion historisierender Orientierungsdiskurse.

Beide Bewegungen sind im vorliegenden Band weitergetrieben: Die thematische Spannweite reicht vom frühen Griechenland über Hellenismus und römische Literatur bis zu der vorletzten Generation konservativ radikaler Denker — Jünger, Freyer, Heidegger, aber auch bis zu Husserl und Wittgenstein. Nicht nur Philosophen — immer wieder Schopenhauer und Nietzsche — werden in diesen sich in Splintern und Überblendungen entfaltenden Diskurs einbezogen, auch Künstler sind gesucht: Appelles, El Greco, Beethoven, Rossini, Hebbel, Proust und Joyce, Thomas, Klaus und Heinrich Mann — und immer wieder Goethe, Fabeln und Anekdoten werden als Fragmente genommen, deren »Moral« nicht auf der Hand liegt, denen aber eine Lehre zu entreißen ist, wenn sie ihrer Selbstverständlichkeit entkleidet werden und so ihre »Evidenz« verlieren — durch das Verfahren eines historisierenden Nachvollzuges ihrer faktischen Variation und Mehrdeutigkeit. Sechs metaphorologische Stränge werden geknüpft: »Seenöte« (2-28), »Das vielleicht Verlorene« (29-66), »Grundverschiedenheiten« (67-90), »Etwas wie Weltordnung« (91-118), »Verfehlungen« (119-143), »Daseins Sorge« (144-167).

Der letzte beginnt mit der (von Hyginus über Herder zu Goethe und dann über Burdach zu Heidegger gekommen) Fabel von der über einen Fluß übersetzenden Sorge, die ein Tonklümpchen formt, das zum zwischen Geist (Jupiter) und Materie (Tellus) hin- und hergerissen, eben zeitlebens von der Sorge besessenen Menschenwesen wird. Blumenberg fragt nach: Warum geht die Sorge eigentlich über den Fluß? So erkennt er einen gnostischen Mythos wieder, der um sein Kernstück verstümmelt ist: daß sie über den Fluß geht, um sich in ihm zu *spiegeln*. Um dadurch zum sprechenden Bild für das höchste Sein, die *Sophia*, zu werden, die in der Gnosis als Spiegelung vorgestellt ist, und um den Menschen nach ihrem eigenen Modell und damit

nach deren Vorbild formen zu können. Nach gnostischer Lehre verdrängt sie damit den Titanen Prometheus aus seiner Stellung als Menschenschöpfer, was die Stellung des Menschen herabsetzt.

Es folgt ein aufschlußreiches Stück über »die Seinsgrundsorge« (148ff.) — gemeint ist nicht die abstrakte Frage der neuzeitlichen Philosophie nach der Existenz der Außenwelt, sondern die existenzielle Beunruhigung des Individuums über die Identität seines eigenen Vaters und über die eigene Vaterschaft. Ich übertreibe keineswegs: Nach Blumenbergs Befund finden sich in Beethovens Exemplar der Odyssee die folgenden Worte des Telemach angestrichen (149): »Meine Mutter, die sagt, er sei mein Vater; ich selber / weiß es nicht, denn von Selbst weiß niemand, wer ihn gezeuget.« (148) Allerdings habe Beethoven dabei »weniger an seinen Status als Sohn gedacht ... denn an die Möglichkeit einer ihm verschwiegenen Vaterschaft« (149). Erster Verallgemeinerungsschritt Blumenbergs: »Und das ist der andere durch die Gemüter der männlichen Menschheit gehende beunruhigende Gedanke: die Ungewissenheit, ob man Vater ist — ob überhaupt und ob im gegebenen Falle.« Zweiter Schritt, der ontologischen Radikalisierung: »Es geht um Seinsgrundsorgen. Zwar nicht um die ganz große und ferne Frage nach dem Weltgrund und seiner Zuverlässigkeit für die erscheinende Realität. Doch um die nächste und drängendere nach dem Daseinsgrund und seiner Zuverlässigkeit für das, was einer ist und wird« (ebd.). Es folgen ein Text »Sorge um eine letzte Unverwechselbarkeit« (151ff.), angesichts der zunehmenden Vervollständigung der technischen Mittel der Simulation, einer über »Sorge um Seinswürdigkeit« (154ff.), über »Sorge um die Vernunft« (158f.), über »Glücksbesorgungen« (160ff.), über »Gespanntes Weltverhältnis« (163ff.) und schließlich »ein noch unbestätigtes Schlußwort« (167).

Wer *nicht* selbst ein hochgradig patriarchalischer Vater *ist*, für wen die Frage nach der Authentizität seiner eigenen Vaterschaft (oder der seines Vaters) also nicht zur sinn-entscheidenden Existenzfrage werden kann, hat die Chance, diese Texte als Notate von Selbstsymbolisierungen einer patriarchalischen Subjektivität zu lesen. Wer es aber auch nur fragmentarisch *ist*, der läuft Gefahr, gerade in der strukturell ironischen (wenn auch gänzlich humorlosen) Gestalt der Anekdoten-Montage, die hier nur der Oberflächengestalt nach kritisch relativierte »Evidenz« seiner eigenen Existenzweise nach Art einer kleistisch reflektierten »zweiten Natur« durch sein eigenes Nachdenken zu reproduzieren — eben weil der ideologische Baukasten dann die subjektiv vollständigen, also »befriedigendsten« Konstruktionen ermöglicht. Dieser »Befriedigungseffekt« speist sich aus den kunstvoll am Rande des Blickfeldes belassenen Evidenzen — etwa die, daß »das menschliche Leben« ein Jammertal sei oder daß »der Tod« nur durch allgemeine Symbolisierungen, die das individuelle Sterben gerade verdrängen, innerhalb des Lebens verarbeitet werden kann.

Blumenbergs Verfahren, das den Strang der Geschichte nicht auf eine »Ur-Szene« oder »Muster-Geschichte« zurückführt, um ihren verstellten historischen Sinn erkennbar zu machen (wie es etwa Schwemmer vorschlägt), sondern in der Variation der Geschichten die »Fülle« des etablierten Sinns reaktiviert, ließe sich so als eins der affirmativen Dekonstruktion kennzeichnen, das an bestimmte Verfahren der jesuitischen Rhetorik erinnert: zunächst die Zweifel scheinbar stark zu machen, um dann den Glauben um so glänzender rechtfertigen zu können. Damit erweist er sich als ein in der Tat zeitgenössischer Philosoph, der es versteht, den skeptisch und zynisch gewordenen Städtebewohnern — die kritisch und subversiv zu werden drohen — auf neue und begriffliche Selbstzucht ersparende Weise die ewigen Wahrheiten nahezubringen, die mit Herrschaft und Ausbeutung seit den Anfängen der Philosophie verknüpft sind. Gewiß bieten Blumenbergs Texte auch reichliches Material für

eine kritische Lektüre des von Widersprüchen und Konflikten durchzogenen philosophiehistorischen Anekdotenamaterials. Es wäre zu dem in Bezug zu setzen, was in den philosophischen Thesen der historischen Philosophien auf dem Spiel stand — und neu zu durchdenken aus der Perspektive der in ihnen gewöhnlich zum Schweigen gebrachten Ausgebeuteten und Beherrschten. Das ist aber nicht der »Sinn der Sache«, wie sie Blumenberg betreibt.

Frieder Otto Wolf (West-Berlin)

Raulet, Gérard: Gehemmte Zukunft. Zur gegenwärtigen Krise der Emanzipation. Luchterhand Verlag, Darmstadt und Neuwied 1986 (258 S., br., 18,80 DM)

Raulets »impliziter Leitfaden« ist »die Frage, ob der heute behauptete ... große Bruch mit der Moderne bloße Ideologie ist, oder ob das, was sich theoretisch geltend macht, auch praktische Gültigkeit beanspruchen kann und in diesem Sinn eine Konversion der Geschichtsphilosophie in praktischer Absicht erforderlich macht.« (9) In vier großen Kapiteln rollt er den Horizont der »condition post-moderne« auf, bewegt ihn das Problem, wie Emanzipation angesichts der ökonomisch-technologischen Veränderungen noch gedacht werden kann.

Der (für mich überraschende) Ausgangspunkt ist Althusser. Dessen Bruch mit dem Humanismus habe nicht nur zur Trennung von Ideologie und Wissenschaft, sondern auch zur Disjunktion von Theorie und Praxis geführt. Durch die Verlagerung des Klassenkampfes auf die epistemologische Ebene blende Althusser alle Probleme politischer Organisation aus und verenge den Horizont einer auf Zukunft und Emanzipation gerichteten Bewegung, die einmal von der Vorstellung unentfremdeter Arbeit sich nährte. Raulets Gegenmodell ist die »objektiv-reale Hermeneutik« Ernst Blochs (vgl. 41ff.), deren Funktionsweise an den Begriffen *Auszugsgestalt* und *Produktionsweise* veranschaulicht wird: der hermeneutische Aufweis der epistemischen und realen Widersprüche innerhalb einer herrschenden Totalität läßt diese als ungeschlossenenes, d.h. als transzendierbares und sich selbst transzendierendes System erscheinen. »Ohne das Moment der Totalität würde die Wissenschaft Prozesse und Tendenzen auf gegenständliche Zusammenhänge reduzieren, während gerade die Konstruktion der Totalität die Widersprüche aufdeckt.« (59)

Bloch ist nicht nur Gewährsmann gegen den szientistischen Marxismus Althusser, sondern auch Garant emanzipatorischen Denkens angesichts der postmodernen Elogen auf den Zerfall der Moderne. Diesem Thema nähert sich Raulet auf einem Umweg: Das zweite Kapitel beschäftigt sich vor allem mit der (Nicht-)Rezeption der Kritischen Theorie in Frankreich und skizziert die Funktion des Pessimismus bei Horkheimer; es ist ein Prolegomenon zur Auseinandersetzung mit der »Dialektik der Post-Moderne« (122). Läßt diese sich noch, gemäß dem marxistischen Ansatz, als Krise der Rationalität begreifen, durch die hindurch gesellschaftliche Vernunft allererst als verwirklichter erscheint? Diese Fragestellung nimmt den Bruch in der Moderne ernst, ohne wie das postmoderne Denken zurückzuweichen vor der Forderung, die diskursive Mannigfaltigkeit und den sich herauskristallisierenden »Polytheismus« als »historische Aufgabe« (155) zu begreifen. »Unter dem Vorwand, auf der Höhe der Zeit zu sein, ... gibt die Postmoderne jeglichen Praxisbezug auf; sie richtet sich im Bruch ein.« (Ebd.)

Um diesen fehlenden Praxisbezug wieder herzustellen, schlägt Raulet die Kombination dreier theoretischer Modelle vor, nämlich die »Konstellation« im Sinne Adornos (d.h. eine nurmehr punktuelle Übereinstimmung von Subjekt und Objekt), die objektiv-reale Hermeneutik Blochs und Habermas' Konzeption einer kommunikativen Rationalität. Aus diesen Ansätzen entspringe »eine neue Wissenschaft ..., die das praktische Verhältnis zur Natur von Grund auf ändern würde« (169).

Die Diagnose der Postmoderne am Krankenbett der Gegenwart ist richtig, nicht aber die verordnete Therapie des Gewährenlassens aller Sprachspiele, des Setzens auf den (von Lyotard favorisierten) glücklichen Augenblick, des Verzichts auf jegliche konkrete Utopie. In historischem Rückgriff zeigt Raulet, daß das Subjekt für die Moderne immer schon »eine innerlich widersprüchliche, ständig von Selbstauflösung bedrohte Einheit« gewesen ist, »die Illusion einer unbeweglichen, in sich ruhenden Totalität« (184), angesichts derer nur noch von »Gestalten des Subjekts« gesprochen werden könne (208). Muß aber die Folge dieser Subjektauflösung die Regression zum »unverbindlichen Subjektivismus« (228) sein? Zwar lasse sich dem Postulat vom »Ende der Utopie«, dem abstrakten Utopismus postmodernen Denkens, kein emphatischer Vernunftbegriff mehr entgegensetzen, doch insistiert Raulet mit Bloch darauf, die Chiffren der konkreten Utopie in der Gegenwart selbst zu entdecken. Was Raulet als Remedium gegen die epistemischen und realen postmodernen Phänomene vorschwebt, ist eine ästhetisch-historische Philosophie der symbolischen Formen, deren Programm er auf zwei Ebenen verwirklichen möchte: »als Entwurf eines Gesamtbildes der heutigen Produktionsweise und zur Charakterisierung der heutigen Sozialbewegungen« (252), die »schon seit langem ... zu ästhetisch zu erfassenden Konstellationen« geworden seien (254).

Raulets Rückgriff auf Positionen der Kritischen Theorie, sein Versuch der Amalgamierung von Adorno, Benjamin, Habermas und Bloch ist weit mehr als die Initiation einer veränderten Rezeptionshaltung gegenüber Autoren, die im französischen Bereich spät und unzureichend zur Kenntnis genommen wurden. Indem er zeigt, daß das Krisenbewußtsein der Moderne in den Reflexionen von Lyotard, Deleuze, Baudrillard usf. wohl seinen Höhepunkt, nicht aber seinen ursprünglichen Ausdruck gefunden hat, kann Raulet die schroffe Zurückweisung der postmodernen Positionen ebenso vermeiden wie die bedingungslose Kapitulation vor dem Zeitgeist, für welchen der Entwurf einer Geschichtsphilosophie in praktischer Absicht allerdings eine Provokation darstellen muß. Die theoretische Haltbarkeit des avisierten Modells kann sich natürlich nur in der praktischen Durchführung erweisen — und hier bleibt Raulets Bezug auf »die« sozialen Bewegungen allzu verschwommen, will man nicht gar in seiner Konstruktion eine Ästhetisierung des Politischen ausmachen, die dann wieder recht gut in den Trend paßt. Zudem muß gefragt werden, ob die Blochschen Kategorien, integrale Bestandteile einer dem »grand récit« verpflichteten Philosophie, ausreichen, um ein »Gesamtbild der heutigen Produktionsweise« zu entwerfen, wenn Raulet andererseits behauptet, die »gedankliche Konstruktion der Realität« scheine heute genauso unmöglich geworden zu sein wie eine »Organisation (im streng marxistischen Wortsinn) der Experimente« (228). Verlangt Raulet von einer Geschichtsphilosophie in emanzipatorischer Absicht nicht zuviel an Verzicht, als daß substantielle Ein- und Aussichten daraus noch resultieren könnten?

Michael Haupt (Hamburg)

Gamm, Gerhard: Wahrheit als Differenz. Studien zu einer anderen Theorie der Moderne: Descartes—Kant—Hegel—Schelling—Schopenhauer—Marx—Nietzsche. Hain Verlag bei Athenäum, Frankfurt/M. 1986, (308 S., Ln., 78,- DM)

Gamms Interesse gilt den unterschiedlichen Konzeptualisierungen, die die Subjektivitätskategorie als das die Metaphysik reorganisierende Zentrum neuzeitlichen Philosophierens in den nach- und anticartesianischen Diskursen von Kant bis Nietzsche erfahren hat. Als gemeinsame Tiefenstruktur dieser Ansätze kristallisiert sich eine — gleichsam aporetische — Argumentationsfigur heraus, die er unter den Begriff einer — nicht im Sinne Derridas zu verstehenden — »Dekonstruktion der Subjek-

tivität« zu fassen sucht: in dem Maße, in dem es den späten neuzeitlichen und modernen Diskursen gelingt, Subjektivität aus dem »stählernen Gehäuse« der paradoxalen Dichotomien cartesischer Ontologie zu emanzipieren, die abstrakten Gegensätze von *res cogitans* und *res extensa*, spiritualisierter Subjektivität und verdinglichter Welt zu verflüssigen und die festgeschriebene Identität von Vernunft und Naturbeherrschung aufzubrechen, fallen sie in überkommene metaphysische Deutungsmuster zurück, die die konzeptuellen Innovationen notwendig wieder paralisieren.

So sieht sich Kant dazu genötigt, die in den Bereichen von theoretischer und ästhetischer Rationalität vollzogene Entsubstantialisierung des Subjektes im Zusammenhang der Begründung seiner Moralphilosophie systematisch zu dementieren; so trägt Hegel den über die methodologischen Konzepte der dialektischen Vermittlung und der intersubjektivitätstheoretischen Verflüssigung erreichten Reflexionsfortschritt in eine systemisch sich abdichtende Bestimmungslogik ein, die den Ausgrenzungs- und Beherrschungsgestus bürgerlicher Rationalität noch einmal bewußtlos wiederholt; so formuliert die Spätphilosophie Schellings ihre hegelkritischen Einsichten in den irreduziblen, nicht in systemischer Bestimmungslogik aufgehenden »Differenzsinn« menschlicher Freiheit im idealistischen Diskursrahmen »absoluten Wissens«, den sie zuvor als unhaltbar durchschaut hatte; so bleibt Schopenhauers Umkehrung der idealistischen Verhältnisbestimmung von Intellekt und Wille auf die »wesenslogischen«, im Kern eleatischen Beschreibungsformen vorkritischer Metaphysik zurückbezogen; und so unterliegen noch die Marxschen Transformationen großer Teile des klassischen philosophischen Diskurses wie etwa der konstitutive Bezug von Philosophie auf (innovative) Praxis oder die materialistische Lokalisierung des Subjektes im Koordinatensystem des Gesellschaftlich-Geschichtlichen den objektivistisch-positivistischen Selbstmißverständnissen des Wissenschaftsideals des 19. Jahrhunderts, die die zentralen Kategorien der Marxschen Philosophie wie Arbeit, Geschichte, Universalität und Natur im Übermaß ambiguisieren. Es ist letztlich das unbewältigte Erbe der identitätslogischen Metaphysik, das, wie Gamm in einer an der Marx-Kritik Merleau-Pontys und Castoriadis' orientierten Interpretation verdeutlicht, der revolutionär-praktischen Emanzipation des Subjektes die (theoretische) Spitze nimmt.

Ganz ähnlich ergeht es der ästhetischen Freisetzung des Subjektes durch Nietzsche: In seiner Kritik der metaphysischen Tradition der abendländischen Philosophie und in seiner Sensibilität für die den aufklärerischen Projekten einer vernünftigen Herstellung von Humanität inhärierende Dialektik ungleich radikaler als Marx verstrickt Nietzsche sich in Argumentationsmuster, die ihn weit hinter das von Hegel und Marx ausgezeichnete Reflexionsniveau in das Feld vorkritischer Metaphysik zurückfallen lassen. Dies gilt v.a. für die nominalistische Sprachphilosophie, die anderweitige Einsichten Nietzsches in die wesentlich ästhetischen Dimensionen von Sprache verleugnen muß; dies gilt für die instrumentalistische Erkenntnistheorie, deren Paradoxie spätestens an ihrer Selbstanwendung aufgeht; und dies gilt zuletzt auch für die im Ursprungsphilosophischen Gestus vorgetragene Fundamentalanthropologie des »Lebens«, die Nietzsches vermittlungsvergessenen Prespektivenrelativismus in die absurde Forderung nach einer Restitution der aristokratischen Gesellschaftsordnung einmünden läßt.

In der Fluchtlinie der Analysen zeichnet sich ein aporetisches Bild der Moderne ab, das gegen eine weitgehend unkritische Wiederaufnahme des versöhnungsphilosophischen Projekts der Aufklärung seine immanenten Kosten zu erinnern sucht: Aufklärung hat sich ihrer, bis hinein in die Tiefenschichten ihrer theoretischen For-

mulierungen sich sedimentierenden, wie Gamm überzeugend nachweist, gesellschaftlichen Vermittlungen reflexiv zu vergewissern, will sie nicht bewußtlos einer selbsterstörerischen Dialektik anheimfallen, die ihre emanzipatorische Intention notwendig paralysieren muß. Markus Lilienthal (Frankfurt/M.)

Spinner, Helmut F.: Das »wissenschaftliche Ethos« als Sonderethik des Wissens. Verlag J.C.B. Mohr, Tübingen 1985 (167 S., br., 24,- DM)

Spinner führt das Problem der gesellschaftlichen Folgen von Wissenschaft mit dem Hinweis ein: Die »Wissenschaft«, in der Neuzeit zur »ersten Produktivkraft aufgestiegen«, werde gegenwärtig »vielfach für eine Destruktivkraft gehalten, welche heute Umwelt und Arbeitsplätze, morgen vielleicht sogar unser Leben vernichtet« (10). Um dieser Gefahr zu begegnen, genüge es nicht, an das Verantwortungsbewußtsein der Wissenschaftler zu appellieren. Das Problem liege nicht im persönlichen Versagen einzelner Wissenschaftler, sondern in »Strukturdefekten«, die sich durch »Moral grundsätzlich nicht heilen« lassen (15). Er fordert deshalb eine »Sonderethik«, mit der die Strukturdefekte ausgeglichen werden sollen.

Den gegenwärtigen Zustand der Wissenschaft beschreibt Spinner systemtheoretisch. Er unterscheidet zwischen »Erkenntnis- und Sozialsystem« (22), beides jeweils »ausdifferenzierte Subsysteme«, die zusammen das »'Doppelwesen' Wissenschaft« bilden. Den Erkenntnisprozeß denkt er in einem Input-Output-Modell, dessen besonderes Charakteristikum eine »deutliche und dauerhafte Regelerorientierung« ist (40). Demnach bestimmen technisch-methodische Regeln den wissenschaftlichen Input und nicht ethische Normen. Belohnung, in Form von »fachlicher Reputation«, erfährt der Wissenschaftler ausschließlich für den Informationsgehalt des Output. Ethische Normen sieht Spinner nur innerhalb des »Sozialsystems« und stellt so die Diagnose: »Moralische Regelerorientierung und wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritt scheinen voneinander unabhängig, ja vielleicht sogar miteinander negativ korreliert zu sein.« (54)

Damit verbunden ist ein weiterer »Strukturdefekt« der Wissenschaft, ihre »Sanktionsschwäche«. Eine Führungsrolle komme ihr nur im Bereich der Wissensproduktion zu, sie sei aber »entscheidungsarm und durchsetzungsschwach« (69). Als Ursache nennt Spinner die »Trennung von Theorie und Praxis«. Einerseits bewirke sie eine »politische Entlastung« der Wissenschaft, jedoch auf Kosten ihrer gesellschaftlichen Eingriffsmöglichkeit. Denn andererseits befinde sich das zur Kritik erforderliche »Kontrollwissen« (71) nicht im Wissenschaftsapparat, sondern »zerstreut in der Gesellschaft« (71).

Für Spinner hängt das damit zusammen, daß es für die Wissensproduktion keinen funktionierenden freien Markt als Regulativ gibt. Die Wissenschaftler könnten nicht »Wissensunternehmer im Vollsinn schöpferischen wirtschaftlichen Unternehmertums« sein (44), solange sie nicht zugleich »Besitzer der Betriebsmittel« seien. Dieser »Strukturdefekt« mache sie abhängig von außerwissenschaftlichen Instanzen und lasse einen »freien Wettbewerb« auf »offenem Markt« nicht zu (45). Das ergebe sich bereits aus der einseitigen Subventionierung von »beamteten Universitäts- und festangestellten Industrieforschern« (45).

Hier setzt Spinner mit seinem Konzept des »neuartigen Wissenschaftsjournalismus« an (89), der sein Geschäft nicht nur als Multiplikator und Popularisator betreibt, sondern als eigenständige, die Wissenschaft ergänzende Instanz im Erkenntnisprozeß fungieren soll. In Anlehnung an die »Findigkeitstheorie« Hayeks, des Theoretikers des Neoliberalismus, operiert er »unternehmerisch«, berichtet »mobil an Ort und Stelle« (97), über »lokale Verhältnisse, konkrete Randbedingungen« (88)

und verarbeitet das authentische Informationsmaterial in »problemlösender Absicht« (87). So könnte das über die gesamte Gesellschaft verstreute »Kontrollwissen« konzentriert und aktuell in den wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß eingespeist werden. Spinner artikuliert das in fast schon zynischem Kontrast zur eingangs formulierten Problemstellung: »Ähnlich wie bei einer Atombombe müßten ... sozial getrennte Informationsarten unkritischer Menge zu einer 'kritischen Masse' vereinigt werden, um im Sinne des Prinzips Kritik reaktionsfähig zu werden.« (106f.)

Voraussetzung des regulativen Eingreifens des »Wissenschaftsjournalismus« wäre allerdings nicht weniger als die im Grunde normative Forderung nach voller »Veröffentlichung der Wissenschaft ... vom ersten Schritt der Problemstellung ... bis zur praktischen Anwendung und ihrer Folgen« (152). Wie diese »Öffentlichkeit« hergestellt werden soll, erfährt der Leser nicht. Ethikkommissionen (137) oder generelle Forschungsverbote durch juristische Eingriffe (141) lehnt Spinner ab. Steuerung durch gezielte Finanzierung könnte nur unter der Voraussetzung ein wirksames Mittel sein, daß die »Gesellschaft« über die Mittelvergabe zu bestimmen hätte und dies in »ungefährer Vorauskenntnis der Folgen« tun könnte (145). Die marktwirtschaftliche Lösung der Verantwortungsfrage sieht Spinner zu seinem Bedauern versperrt, denn es gibt im Wissenschaftsbereich keine »fairen Wettbewerbsbedingungen« (148) und keine als »Wissenschaftsunternehmer tätige privatwirtschaftliche Gelehrte« (149). Aber auch wenn es sie gäbe, wäre für »Verantwortungsleistungen« keine »Nachfrage« vorhanden, denn »dafür hat der Staat kein Geld und der Markt kein Organ« (152). Bleibt also nur der Appell an die Moral der Wissenschaftler, der jetzt darin besteht, den Forschungsprozeß transparent zu machen, damit der Journalismus eingreifen und die öffentliche Nachfrage nach »Verantwortungsleistungen« monieren kann. Damit schließt sich der Kreis, ging Spinner doch davon aus, daß sich »Strukturdefekte durch Moral grundsätzlich nicht heilen« lassen.

Spinner verschiebt die Verantwortungsproblematik auf einen Bereich, den er »Gesellschaft« nennt. Dabei ist Gesellschaft wohl kaum als demokratische Gesamtheit zu verstehen. Das »kollektive Verteilungsprinzip« von Verantwortung nämlich lehnt er ab als »Verantwortungsvermeidungsprinzip«, wobei die Verantwortlichkeit des Forschers »größtlich im Sand des Ganzen« verrinne (158). Zur entscheidenden gesellschaftlichen Instanz wird bei ihm der »rechtfertigende, stützende, letztlich auch finanzierende Glaube« (sic!) der »Gesellschaft« an die »geschichtliche Richtigkeit« und »Wichtigkeit« der Wissenschaft (159). Jörg Magenau (West-Berlin)

Eicher, Peter, u.a.: Karl Barth: Der Störenfried? Christian Kaiser Verlag, München 1986 (236 S., br., 24,80 DM)

Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges erleben zu müssen, daß ihn die eigenen Lehrer guthießen und das Versagen einer Sozialdemokratie, die dem Nationalismus nicht widerstand, bei gleichzeitigem sturem Beharren auf den diskreditierten Ideologieförmern von Vernunft, Fortschritt und Kulturprotestantismus — das nötigte viele Intellektuelle dann in der Weimarer Zeit, ihre theoretische Praxis neu zu überdenken. Für den Theologen Karl Barth hieß dies, mehr als nur Reparaturarbeiten in Angriff zu nehmen: Er gab der protestantischen Theologie des 20. Jahrhunderts eine neue Gestalt. Die Ausarbeitung dieses Werkes, in wacher theologischer Zeitgenossenschaft und engagierter Parteinahme in den politischen Konflikten, nahm Jahrzehnte in Anspruch. Die Früchte dieser Anstrengung zum 100. Geburtstag Barths zu würdigen, unternimmt der dritte Band der Reihe »Entwürfe«.

Leitmotiv ist, den subversiven Momenten dieser Theologie nachzuspüren und sie zu aktualisieren. *D. Schellong* (5-92) führt in die Theologie Barths ein, d.h. er gibt

eine Anleitung zum Selberlesen. Schellong erläutert den zentralen Gedanken, die Entgegensetzung Gottes zum Menschen fernab von aller natürlichen Theologie. Die Barthsche Theologie weiß Gott als den ganz anderen und will dazu ermutigen, das Seufzen und Hoffen neu zu lernen (*Veni creator spiritus!*), anstatt Gott in wissenschaftliche Systeme zu verbauen oder ihn menschlichen Wünschen und Ideologien zu unterstellen. Gotteserkenntnis sei permanente Aufgabe und Verpflichtung zu kontinuierlicher Selbstkritik der menschlichen Rede von Gott. *F.-W. Marquardt* (93-139) bietet Einblick in Barths Dienstzeit als schweizer Dorfpfarrer 1911-21. Anhand von Sitzungsberichten der Kirchengemeinde veranschaulicht er, wie sich Barths theologische Existenz manifestierte. Nach seinem Ruf auf einen Lehrstuhl in Göttingen hieß es etwa in der bürgerlichen Ortspresse: »Die hiesige Großindustrie dagegen hatte in ihm einen zähen Gegner« (137).

M. Weinrich (140-214) untersucht das umstrittene Verhältnis von Theologie und Politik bei Barth. Er wollte keine, auch keine linke, politische Theologie vorlegen, sein Projekt nannte er »Theologie für die Zeit« (140). Er weist alle lebensphilosophischen Kurzschlüssen wie auch geschichtsphilosophischen Begründungen der Theologie (wie im religiösen Sozialismus) ab. Er will »jedem selbstlegitimatischer Gebrauch Gottes für weltliche Partikularinteressen entgegentreten« (151) — dogmatisch mit der These: Unsere Wirklichkeit enthalte weder direkte noch indirekte Hinweise auf Gott, der sich allein in Christus offenbart habe. Die Bibel sei die einzige Quelle unserer Rede von Gott wie von uns selbst. Bekomme der Mensch es mit Gott zu tun, so verdeutliche ihm das zunächst nur seine eigene Entfremdung. Gott, der das Leben ist, offenbare »die angemessene Vorherrschaft des Todes« (165). Ein theologischer Geschichtsbegriff bringt positiv die Subjektivität Gottes in Spiel: »Seine Zuwendung zum Menschen und *sein* Wille einschließlich *seiner* Verheißungen sind die entscheidenden Bestimmungen aller Geschichte« (157). Die historischen Phänomene seien selbst zweideutig. Nur im Glauben sei Gottes Wille für die Welt zu erfassen. Indem nun aber der Glaube der Politik vorgeordnet und damit ihr Anspruch »auf unser ganzes Leben« (159) gebrochen ist, kann er das relative Recht und die Möglichkeit von politischer Praxis anerkennen. Damit ist auch das leitende erkenntnistheoretische Prinzip gegeben: Die Welt sei »im Lichte des Glaubens« zu sehen (166). Von da aus könne der Mensch teilnehmen »an den vorletzten Möglichkeiten«, ohne jedoch die Entfremdung von Gott aufheben zu können (167), was ein politisches Engagement ohne theologische Überhöhung gebiete. »Der 'Himmel' soll nicht auf die Erde herabgeholt werden, sondern es kann nur darum gehen, daß die Erde mit ihren irdischen Mitteln möglichst deutlich sichtbar zu machen versucht, daß sie bereits jetzt von der Verheißung des himmlischen Reiches weiß.« (168)

Damit ist der Punkt gezeigt, wo sich Barth mit der Befreiungstheologie trifft. *P. Eicher* (215-236) erläutert dies näher am Gleichnisbegriff Barths, der die Differenz von politischer Befreiung und Gottes Erwählung der Unterdrückten bezeichnet, aber in dieser Differenz die Beziehung herstellt. Dies findet seine Entsprechung in einem zentralen Gedanken von C. Boffs *Theologie und Praxis* (München 1983), worauf der Autor allerdings nicht hinweist. Überhaupt ist zu bedauern, daß Eicher sein Thema nicht im Blick auf die lateinamerikanische Befreiungstheologie diskutiert.

Thomas Klein (Wien)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Keitel, Evelyn: Psychopathographien. Die Vermittlung psychopathologischer Phänomene durch die Literatur. Carl Winter Universitätsverlag, Heidelberg 1986 (170 S., br., 60,- DM)

In der Literaturwissenschaft wird unter Psychopathographie noch kein fest umrissenes Genre verstanden, wengleich man wegen der beachtlichen Zunahme von Beschreibungen psychopathologischer Phänomene in der neueren Literatur den Terminus häufiger in die Diskussion einbezogen hat. Dabei ging es bislang vor allem um Untersuchungen, die vorrangig das Thema eines Romans bearbeiten und Verbindungen zum Autor herstellen. Das Fiktionale eines Textes wurde auf die authentischen Anteile hin untersucht. Neu und durch Evelyn Keitel interessant und verständlich lesbar bearbeitet ist die Frage nach der eigentümlichen Wirkungsdimension pathographischer Texte. Nicht nur der Gegenstand der Untersuchung ist im Grenzbe- reich zwischen Literaturwissenschaft und Psychologie angesiedelt, sondern auch das spezifische Erkenntnisinteresse, die Lektüererfahrung des Lesers/der Leserin wird mit Methoden bearbeitet, die Grenzbereiche literaturwissenschaftlicher Methoden sind. In der Kompetenz der Autorin in beiden Wissenschaftsbereichen liegt der Reiz der Arbeit.

Im Zentrum der Untersuchung steht die Frage, »wie menschliche Grenzerfahrungen, die weder durch Alltagssprache noch durch psychologische oder philosophische Theorien angemessen zu vermitteln sind — in den Psychopathographien dargestellt werden« und »wie die Form dieser Texte ihre spezifische Wirkungsdimension bedingt« (19). Dabei stößt Keitel auf das Problem, daß der literarische Text Verbalisierungsschranken, die mit der psychischen Krankheit aufgebaut werden, unterlaufen und zugleich die ästhetische Vermittlung psychotischer Erlebnisse ermöglichen müßte (12). Genauer formuliert, will sie nicht wissen, wie die einzelnen konkreten Leser (also auch sie selbst) auf einen solchen Text reagieren, sondern die *Bedingungen* feststellen, die für bestimmte vermutete Reaktionen sprechen. Dem zugrunde liegt die Annahme, daß bestimmte Textstrategien ablesbare intellektuelle und emotionale Regungen hervorrufen. Dabei bleibt unbenommen — und sie bezieht sich hier im wesentlichen auf Wolfgang Isters »Der Akt des Lesens. Theorien ästhetischen Wirkens« —, daß jeder Leser auf Grund spezifischer Persönlichkeitsstrukturen und individueller Lebensgeschichten den Text verschieden verarbeitet. Ihr geht es um die möglichen, intersubjektiv vergleichbaren Erfahrungen.

Da die Autorin formale und stilistische Ähnlichkeiten zu einem literarischen Genre unserer Zeit — den Verständigungstexten — feststellt, untersucht sie diese genauer und vermutet, daß die Psychopathographien mit der Kenntnis solcher Texte arbeiten und darauf reagieren. Sie unterzieht die Verständigungstexte einer begrifflichen Kategorialisierung und leistet damit eine längst fällige Arbeit, da meiner Kenntnis nach bislang die Analyse von Verständigungstexten auf der Ebene der Beschreibung und der Kritik verblieb. Keitel unterscheidet den theoretischen, den literarischen und den epigonalen Typ von Verständigungstexten. Die Wirkung von Verständigungstexten sei Stabilisierung und unterscheide sich insofern von den Psychopathographien. Bei der Untersuchung der Psychopathographien verwendet Keitel die gleiche Kategorisierung von Texttypen und analysiert nun u.a. genauer Maria Erlenbergers »Der Hunger nach Wahnsinn« (literarischer Typ), Sigmund Freuds »Wolfs- mannanalyse« (theoretischer Typ) und Hannah Greens »I never promised you a Rose- garden« (epigonaler Typ). Ein bezogen auf die Wirkungsanalyse interessantes Bei- spiel stellt für Keitel Doris Lessings »Briefing for a Descent into Hell« (theoretischer

und literarischer Typ) dar. — Für Maria Erlenberger attestiert Keitel keine Demontage der formalen Sprachstruktur, Beibehaltung der Chronologie des Geschehens und einen Kausalität vermittelnden Handlungsablauf, Gefühle wie Beklemmung, Angst, Lähmung und Ekel würden über Konnotation erreicht. Durch die formale Ähnlichkeit mit Verständigungstexten werde die Erwartung nach Stabilisierung genährt, aber nicht befriedigt. Insofern reagiere der Leser/die Leserin auf etwas außerhalb des Textes liegendes (virtuelle Dimension).

In seiner Zielsetzung unterscheide sich Freud mit seinen Fallgeschichten vom literarischen Typ psychopathologischer Texte. Versuche dieser, ein Wissen über nur wenigen bekannte Erfahrungen zu vermitteln und ästhetisch umzusetzen (psychotische Zustände), so versuche Freud, seine Theorie der Psychoanalyse mittels Literarisierung verständlich und plausibel zu machen. Dabei habe die strukturelle und notwendige Offenheit und streckenweise Inkonsistenz seiner Fallgeschichten die Funktion, eigene Ergänzungsleistungen des Hörers/Lesers anzuregen. Die zur Konsistenzherstellung notwendige Ergänzungsleistung würde nicht hinterfragt, da die auf Lust-erleben ausgerichtete Psyche auf die Infragestellung der eigenen Leistung mit Unlust reagiere. Mit ihrem Beispiel für den epigonalen Typ zeigt Keitel auf, daß dieser nicht in der Lage ist, psychotische Persönlichkeitsdissoziationen zu beschreiben. Angst werde thematisiert und beschrieben, aber einer ästhetischen Vermittlung nicht zugänglich gemacht. Dieser Typ erinnere am ehesten an die Verständigungstexte, die eng mit der Biografie der Autorin verknüpft seien, und bediene sich konventioneller literarischer Formen. Doris Lessing beziehe sich mit ihrem Text auf die theoretischen Arbeiten von R. D. Laing, die vielen ihrer Texte zugrundeliegen, und weise auf literarische Weise über die Theorie hinaus, mache die Mängel der Theorie emotional nachvollziehbar. Der Bezug auf eine Theorie, die im Text nicht vorkommt, wäre hier die virtuelle Dimension (Laings Modell sieht in den Erlebnissen durch Drogen und psychotische Schübe eine Bewußtseinserweiterung und stellt in Frage, was als gesund und was als krank zu bezeichnen sei).

In ihrem letzten Kapitel kommt Keitel zu dem Schluß, daß durch Themen, Textstrategien und virtuelle Dimension »während des Rezeptionsprozesses ... die emotionalen Anteile psychotischer Persönlichkeitsdissoziation ... in den Reaktionsbereich des Lesers übertragen (werden).« (153) Anhand von Anton Ehrenzweigs psychoanalytischer Kreativitätstheorie macht sie nachvollziehbar, daß beim literarischen Typ kreative Potentiale mobilisiert werden und beim theoretischen Typ unabdingbare Voraussetzung sind, um dem Ziel, überzeugend zu wirken, nahezu-kommen. Sie stellt abschließend fest, daß Psychopathographien *strukturell* psychotischen Prozessen ähneln und insofern eine primär emotionale Erfahrung psychischer Phänomene ermöglichen.

Keitel erweitert mit ihrer Herangehensweise den Interpretations- und Analyseapparat der Literaturwissenschaft und entgeht der Gefahr, die durchaus in der Fragestellung nach der Wirkungsdimension liegt, sich in einem Gebäude von Vermutungen und Hypothesen zu verirren. Ursula Blankenburg (West-Berlin)

Richter-Schröder, Karin: Frauenliteratur und weibliche Identität. Theoretische Ansätze zu einer weiblichen Ästhetik und zur Entwicklung der neuen deutschen Frauenliteratur. Hain Verlag bei Athenäum, Frankfurt/M. 1986 (242 S., br., 38,- DM)

Die von der Autorin ungewöhnlicherweise an den Anfang gestellte Zusammenfassung ihres Buches ist schon deshalb für die Leser/innen erforderlich, um ihre eigene Schwerpunktsetzung verstehen zu können, die sich aus der Anhäufung von Ansätzen

und Rahmenbedingungen nicht unbedingt erkennen läßt. Die Darstellung der Theorienansätze, die anschließende Kurzkritik und das durch eine Frage aufgerissene Forschungsfeld, das es ihrer Meinung nach noch zu bearbeiten gilt, hinterläßt als Gesamteindruck bei mir eher Enttäuschung und Orientierungslosigkeit. Viel Bekanntes, zumindest im Rahmen der vermuteten Leserschaft, wird erneut dargestellt, und in dieser Oberflächlichkeit gehört es inzwischen fast zum popularisierten Allgemeinwissen. Dazu gehört m.E. die Position Freuds zur Sexualität der Frau, die Psychoanalyse und die Entwicklung der Neuen Frauenbewegung aus der Studentenbewegung (mit der ebenfalls bekannten Kritik an den Selbsterfahrungsgruppen). Der sozialistische Teil der Neuen Frauenbewegung wird ausgelassen und ein Exkurs zu Frauen und Sprache arbeitet mit den immer wieder gleichen z.T. falschen Beispielen wie herrlich und dämlich (dämlich kommt etymologisch nicht von Dame, sondern von dämelen). Und es fehlt auch nicht die Kritik an den wohl fast so häufig gelesenen wie kritisierten Frauenkultbüchern »Häutungen« von Verena Stefan und »Der Tod des Märchenprinzen« von Svende Merian. Eine erneute Kritik würde sich nur rechtfertigen, wenn auch Neues gesagt würde. Nun gehören die beiden Analysen zum Zentrum ihrer Darstellungen und bedürfen insofern einer genaueren Beschreibung. Zuvor will ich allerdings noch den umfangreichen Theorieapparat benennen, auf dessen Grundlage sie versucht, die Bücher zu analysieren. Neben den bereits genannten benötigt sie, um Theorien wie die zur Beschreibung weiblicher Kreativität mittels Sexualität und Körpererfahrung von Frauen vorzustellen, hier z.B. Hélène Cixous und Irigaray, einen kurzen Verweis auf Lacan. Dieser und Derrida dienen als Hintergrund für den ihr konsistent erscheinenden Ansatz von Julia Kristeva. Mit ihrem bei uns bekanntesten Werk »Die Revolution der poetischen Sprache« stellt Kristeva die Funktion der Sprache für den Prozeß der Identifikation vor. Wichtig für die Subjektwerdung durch die Sprache sei die Relation des Symbolischen (Sammelbegriff für das gesellschaftlich festgeschriebene Zeichensystem) und des Semiotischen (Vorsprachliches der Triebe und Bedürfnisse). Ist die ausführliche Darstellung dieser Theoretiker/innen-Kette (Freud, Irigaray, Cixous, Lacan, Derrida, Kristeva) auf Grund der Schwierigkeit des Theoriematerials noch nachvollziehbar, so sind die Ausführungen zum Frauenbild in der modernen Literatur und der Verweis auf die literarischen Vorbilder für die zeitgenössische Frauenliteratur in der Kürze eben doch bekannt.

Die Auseinandersetzung mit den Ansätzen zur weiblichen Ästhetik machte der Autorin deutlich, daß damit keine in sich geschlossene textanalytische Methode herleitbar sei und insofern ihre folgenden Textanalysen notwendig unvollständig bleiben müssen. Die ihr wichtigsten Aspekte dabei sind die Problematisierung des Verhältnisses der Frau zur Sprache und die Aufarbeitung spezifisch weiblicher Verdrängungsleistungen. Da die Kritik an der neuen Frauenliteratur im wesentlichen die Nichteinlösung des eigenen Anspruches nach Selbstveränderungsanleitung ist, versucht die Autorin das am Widerspruch zwischen Intention und Textstruktur nachzuweisen. Anhand der Rekonstruktion der Lektüreerfahrungen versucht sie »die durch Handlungsaufbau und Sprachgestaltung implizit vermittelten Wertvorstellungen und Handlungsperspektiven aufzuspüren, um mittels ihrer Benennung zu Aussagen hinsichtlich des bewußtseinsverändernden Wirkungspotentials der Texte zu gelangen.« (164) In dem Text »Häutungen« vermißt sie bei der Sprachkritik, die von Verena Stefan durchaus beabsichtigt war, den komplexeren Zusammenhang zwischen Sprache und Bewußtsein, statt dessen bliebe sie nur auf der Ebene der Begrifflichkeit und könne insofern nicht den intendierten ideologiekritischen Beitrag zur Emanzipation der Frau leisten (171). Die Textstruktur verweise auf zur Konvention ge-

wordene literarische Formen, die die Autorin anhand einsprengselter Lyrikteilen, die Ähnlichkeiten mit Brechts Lehrgedichten aufwiesen, nachweisen will. Auf Foucault verweisend, zeigt Richter-Schröder, daß sich Verena Stefan bei der Begriffswahl zur Sexualität nicht aus dem Machtdiskurs herausbewege, sondern statt dessen mit dem medizinischen Vokabular über Sexualität und Körperlichkeit im Rahmen des Sexualitätsdispositivs der Macht verbliebe. Auch die für die lesbische Liebe gewählte Naturmetaphorik weise auf literarische Konventionen hin und könne insofern nicht bewußtseinsverändernd wirken. Soweit ihre Kritik auf struktureller Ebene. Auf der inhaltlichen Ebene reproduziere Verena Stefan implizit mit der Synonymsetzung von weiblicher Identität und Körperbewußtsein die patriarchalische Persönlichkeitskonstituierung und könne dem eigenen Anspruch der gesellschaftlichen Veränderung patriarchalischer Strukturen schon deshalb nicht gerecht werden, weil sie die Überwindung der gesellschaftlichen Diskriminierung der Frau als Harmonisierung der privaten Lebensverhältnisse vorführe.

Mit dem gleichen Analysemuster geht sie an den zweiten Text heran. Eine Untersuchung der Sprache macht der Autorin deutlich, daß der Diskurs aus dem alltags-sprachlichen Kontext einer bestimmten Zielgruppe, der linken Alternativszene, stamme und die schnelle Wiedererkennung nur zur Selbstbestätigung und zu einem diffusen Wir-Gefühl führe. Die Untersuchung des Inhalts bringt das Ergebnis, daß Merians Text die Dichotomie des Denkens und der Wahrnehmung reproduziere, die die Pole »Gut« und »Böse« mit weiblich und männlich gleichsetze und somit die Möglichkeiten der eigenen Veränderung aus den Augen verliere (204). Sie kommt zu dem Schluß, daß die Anknüpfung der heutigen feministischen Schriftstellerinnen an historische Formen des weiblichen Schreibens, wie Autobiografie, Tagebuch und Briefroman, damals wie heute nur zur Konstituierung des bürgerlichen Subjekts beitrage und keine bewußtseins- oder gesellschaftsverändernde Bedeutung habe. Notwendig erscheint ihr eine Untersuchung experimenteller Frauentexte, in denen die Autorinnen (als Beispiele nennt sie an anderer Stelle Barbara Frischmuth und Ginka Steinwachs, aber auch Pina Bausch für das Tanztheater) versuchen, dem Problem der Konstituierung einer neuen weiblichen Identität auf der inhaltlichen und strukturellen Ebene zu begegnen.

Ursula Blankenburg (West-Berlin)

Hartig, Matthias: Angewandte Linguistik des Deutschen I: Soziolinguistik. Peter Lang Verlag, Frankfurt/M., Bern, New York 1985 (209 S., br., 36,- SFR)

Hartig, Matthias (Hrsg.): Perspektiven der angewandten Soziolinguistik. Kongressakten der Paderborner Fachtagung zur angewandten Soziolinguistik. Gunter Narr Verlag, Tübingen 1986 (138 S., br., 38,- DM)

Beide Bücher zeichnen sich durch ihren weiten internationalen Horizont aus, sowohl hinsichtlich der Untersuchungsgegenstände als auch der Provinienz der Theorien. Die zählleibige, typisch bundesdeutsche Verengung auf die Sprachbarrierenproblematik (Kodetheorie und Dialektsoziologie) wird verabschiedet. Die angelsächsischen Forschungen dominieren freilich, während sowjetische kaum erwähnt werden, was jedoch hinsichtlich des Outputs an Forschungsergebnissen nicht ganz ungerechtfertigt ist. — Im ersten ist darüber hinaus historische Tiefe angestrebt. Dabei wird versucht, verwandten, aber anders betitelten frühen Ansätzen nachzuspüren, wie sie sich z.T. in Disziplinen finden, die nicht in erster Linie sprachwissenschaftlich interessiert sind. So ist der Volkskunde ein Kapitel gewidmet, das allerdings nicht ganz frei ist von plakativen Vergrößerungen — z.B. werden Freudenthal und Bausinger in einen Topf geworfen (76). Dessen ungeachtet verdient die Fragerichtung als solche Anerkennung.

Nach welchen Prinzipien dieses Buch aufgebaut ist, wird nicht recht klar. In Kapitel I wird eine Art globale Gegenstandsbestimmung (»Wissenschaft der historischen und gegenwärtigen Sprachvariabilität und des Sprachkontakts«) versucht. Die hauptsächlich dargestellten Fragestellungen der traditionellen Dialektologie und älteren Sprachkontaktforschung werden jedoch in den Kapiteln VI und VIII eingehend behandelt, während die Themen vieler anderer Kapitel nicht zur Sprache kommen. Der Aufbau folgt auch nicht der Forschungsgeschichte, denn die zeitlich spätere Kodetheorie Bernsteins (Kap. II) geht der Prager Sprachkulturtheorie (Kap. IV) voraus. Außerdem kommen zur Sprache: Die Theorie(n) der kommunikativen Kompetenz und die Ethnomethodologie (Kap. III), Sprachplanung und Sprachpolitik (Kap. VII), Diglossie (Kap. VIII), soziolinguistische Aspekte des Mutter- und des Fremdsprachenunterrichts (Kap. IX und X), soziologische und sozialpsychologische Grundlagen der Soziolinguistik (Kap. XI) und geschlechtsspezifischer Sprachgebrauch (Kap. XII).

Das zweite Buch akzentuiert den Anwendungsbezug, dem sich der Herausgeber auch durch seine organisatorische Tätigkeit innerhalb der AILA verpflichtet zeigt. Der Band enthält zehn Beiträge von renommierten Soziolinguisten: Hartung (DDR); Oksaar, Mattheier, Hartig, Christ (BRD); Niedzielski (USA). Sehr global und grundsätzlich angelegten Beiträgen, z.B. Hartungs »Forschungsperspektiven (der angewandten Soziolinguistik)« oder Oksaars »Sprechsituation und Verständigung aus soziolinguistischer Sicht«, stehen sehr spezielle Themen gegenüber, z.B. »der Status der Sprachen von Burundi im Erziehungswesen« (Niedzielski) oder »das Interesse der belgischen Sekundarstufenschüler an der jeweils anderen Nationalsprache« (Baeten/Verdoodt). Die meisten Beiträge befassen sich mit Themen, über die sie andernorts schon veröffentlicht haben: Wölck mit Einstellungen gegenüber Sprachen, Nelde mit Sprachminoritäten, Mattheier mit Ortsloyalität, Hartig mit Anwendungsfeldern der Soziolinguistik, Valdman mit französischem Fremdsprachenunterricht und Christ mit Fremdsprachenpolitik. Wie durch den zweisprachigen Titel angedeutet, ist ein Teil der Beiträge auf englisch. Ulrich Ammon (Duisburg)

Kunst- und Kulturwissenschaft

Jeggle, Utz, Gottfried Korff, Martin Scharfe und Bernd Jürgen Warneken (Hrsg.): **Volkskultur in der Moderne. Probleme und Perspektiven empirischer Kulturforschung.** Rowohlt Verlag, Reinbek 1986 (507 S., br., 22,80 DM)

Wenn Volkskunde heute als eine Kulturwissenschaft für viele andere, mit Kulturproblemen beschäftigten Wissenschaften, zu einem wichtigen Bezugspunkt geworden ist, wenn sie Anregungen, Impulse und Fragestellungen liefert, die auch außerhalb der Volkskunde aufgenommen werden, dann ist dies vor allem ein Verdienst Hermann Bausingers, Leiter des Tübinger Instituts für Volkskunde, und seiner Mitarbeiter. Zu Bausingers 60. Geburtstag sind deshalb berechtigterweise zwei Festschriften ähnlichen Titels erschienen: eine der engeren Mitarbeiter (»Tübinger Beiträge zur Volkskultur der Moderne«) eher wissenschaftsintern in der Schriftenreihe des Instituts und die vorliegende, die sich innerhalb der neuen Reihe »rowohlts enzyklopädie« an eine größere Öffentlichkeit wendet, zugleich Beiträge aus dem gesamten Bereich des Faches und auch von Vertretern angrenzender Wissenschaften versammelt und damit einen gewissen Anspruch auf Repräsentativität für den gegenwärtigen Stand des Faches erhebt.

Festschriften haben immer das Problem, daß sie Beiträge enthalten, die für Außenstehende in ihrer Ansammlung oft disparat erscheinen. Dem haben hier die Autoren durch Verweise auf anregende Sentenzen oder Programmatiken Bausingers, denen sie ihre Arbeit verdanken, entgegengewirkt (vgl. 25, 66 u.ö.). Wirkungsvoller im Schaffen eines inneren Zusammenhangs sind jedoch noch die den einzelnen Abschnitten vorangestellten Vorworte einzelner Herausgeber, die nicht nur versuchen, gemeinsame Aspekte der nachfolgenden Beiträge herauszuarbeiten, sondern sich gelegentlich auch als begriffliche Herausforderung an die nachfolgenden Beiträge verstehen. — Mentalitätsgeschichtliche Beiträge nennt Bernd Jürgen Warneken, was im ersten Abschnitt »Transformationen der Volkskultur« zusammengestellt ist, der sich dem historischen Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus widmet. Dieser Anspruch erfüllt sich weniger in den theoretischen Beiträgen des DDR-Volkskundlers Wolfgang Jacubeit über den Begriff »Volkskultur« in diesem Zeitraum und in Dieter Kramers Annäherung an den Marktbezug innerhalb des Kulturprozesses, sondern stärker in den materialreichen Einzeldarstellungen, unter denen sich vor allem Rudolf Schendas Untersuchung der »Fleißerziehung« der Deutschen hervorhebt, die mit Roland Narrs Überlegungen über die Faulheit (unter dem etwas unglücklichen Titel der Erziehung zur »Industriosität«) korrespondieren. Auch die in einem späteren Abschnitt untergebrachte Analyse Hans Trümpys über »Sauberkeit« gehört in diesen Kontext von Beiträgen, die Strukturphänomene, die den Alltag prägen und bestimmen, untersuchen. Sie vor allem machen den Wert dieses Buches aus.

Der von Utz Jeggle eingeleitete zweite Abschnitt »Alltagskultur in der Industriegeellschaft« enthält vor allem den aufschlußreichen Beitrag von Ingeborg Weber-Kellermann über die Strukturen, Lebensformen und Werte der Arbeiterfamilie im Umbruch von der dörflichen Tradition zu kleinbürgerlichen Idealen, der den Hintergrund abgeben kann zur Erklärung zahlreicher anderer Phänomene der Arbeiterkultur. Daneben sind die thematisch aufeinander bezogenen Beiträge vom Omo Grupe und Rolf Lindner besonderer Beachtung wert, die sich mit dem Sport auseinandersetzen. Wichtig ist dabei vor allem Rolf Lindners materialreicher Aufsatz, der, gerade weil er historisch genau wird, auch Phänomene der Gegenwart erhellt.

Die Beiträge dieses Bandes überzeugen immer dann — wie Lindners Beitrag beispielhaft zeigt (obwohl gerade er kein genuiner Volkskundler ist) —, wenn die selbstgewählte spezifische Verengung des Blickes genutzt wird, um in die Tiefe zu gehen und die verschiedensten kulturellen Verflechtungen sozialer, sozialpsychologischer und ästhetischer Art herauszuarbeiten. Gerade dann beweist sich die Fruchtbarkeit volkskundlichen Vorgehens quer zu den großen traditionellen Wissenschaftsdisziplinen. — Dieser zweite Abschnitt steht zugleich für den ausgreifenden Aufbruch der Volkskunde in ein neues wissenschaftliches Terrain in den sechziger und siebziger Jahren. Demgegenüber erscheint der von Martin Scharfe eingeleitete dritte Abschnitt, der sich mit Aspekten des Folklorismus, des Funktionswandels und Fragen zu »Gemeinschaft und Marginalisierung« beschäftigt, eher wie eine Rückkehr zu traditionellen volkskundlichen Themen. Zwar ist auch hier eine Weiterarbeit erkennbar, aber es ist doch ein eher enger sich verstehendes volkskundliches Vorgehen, das sich der Folklorismus-Debatte der sechziger Jahre zuwendet oder das in Karl-S. Kramers Replik auf Bausingers Kritik an seinem »Gemeinschafts«-Begriff und der Debatte in den siebziger Jahren zu erkennen ist.

Es können hier nicht alle 34 Beiträge im einzelnen gewürdigt, nicht einmal namentlich genannt werden. Häufig sind Untersuchungen über das »Weltbild«, das sich in diesem oder jenem Produkt manifestiert. Nicht immer gelingt es dabei, den volkskundlichen Ansatz glaubhaft zu machen, daß sich im Mikrokosmos die gleichen

Strukturen wiederfänden wie im Makrokosmos (323), wodurch dann der Blick auf das Detail legitimiert wird. Beispielsweise wird bei der Untersuchung der verschiedenen nationalen Varianten des Kinderspielzeugs »Pickende Hühner« die Tragweite der Detailbefunde nicht ersichtlich.

Wolfgang Kaschubas methoden- und themenkritische Durchsicht der neueren Wissenschaftsgeschichte der Volkskunde bildet verdienstermaßen einen separaten Abschnitt, wobei der Umstand, daß er alleine steht, doch auch nach dem Stand oder der Stagnation der wissenschaftstheoretischen Debatte des Faches fragen läßt. Auch sind die von ihm aufgeworfenen Themen und Probleme, etwa der Protestbewegungen, der Jugend- und Subkulturen etc. im Band dann weiter gar nicht vertreten (obwohl — oder vielleicht weil?) die Fachprominenz von Wolfgang Jacubeit und Karl-S. Kramer, Ina-Maria Greverus, Wolfgang Brückner u.a. so zahlreich versammelt ist. Liest man den Band von Kaschubas Beitrag her und versteht ihn als Zwischenbericht einer Wissenschaft, stellt man die Frage, wie sich die Volkskunde als »empirische Kulturwissenschaft« der »Volkskultur in der Moderne« annimmt, so scheint sie doch gegenwärtig etwas vom Elan der vergangenen Jahre zurückgenommen zu haben und nicht mehr ganz so stark den Blick auf aktuelle Probleme zu richten. — Der Band bietet insgesamt eine anregende, neue Impulse herausfordernde Lektüre. 25 Jahre nach Bausingers »Volkskunde in der technischen Welt« streicht der Sammelband die Bedeutung jenes Wissenschaftsgeschichte machenden Buches noch einmal heraus — aber er setzt nicht in ähnlicher Weise neue Maßstäbe.

Knut Hickethier (West-Berlin)

Jeggle, Utz: Der Kopf des Körpers. Eine volkskundliche Anatomie. Quadriga Verlag, Weinheim, West-Berlin 1986 (186 S., Ln., 28,- DM)

Auf die inzwischen stark angewachsene Bibliothek zur Wiederentdeckung des Körpers und der Sinne spielt der etwas irisierende Titel an, ohne sich aber dann auf die dort entwickelte Denk- und Schreibweise einzulassen. Jeggle führt zunächst eher etwas altfränkisch sein methodisches Analysebesteck vor, ehe er dann damit kapitelweise die wichtigsten Segmente des Kopfes herauspräpariert. Haare, Augen, Ohren, Nase und Mund werden als kulturelle Phänomene seziert, eine »volkskundliche Anatomie« ist beabsichtigt, eine Anatomie, die sich auch »archäologisch« (26) versteht, die von den Haaren, die früher aus magischen Gründen unter die Speisen gemischt wurden, den Bogen spannt zu den Deodorants heute. In den Bezeichnungen, Begriffen, Redensarten, Sprichwörtern wird die archaische Erinnerung gesucht, der zurückgeworfene Blick soll zeigen, woher wir kommen.

Nicht also der Frage nach der Sinnlichkeit als Erkenntnisform, Körperlichkeit als neuem Ausdruck und einem Sichbefinden spürt Jegle nach, sondern er geht auf volkskundliche Exkursion, nimmt Material aus dem Aberglauben, aus Warenästhetik und Massenkultur, um die kulturelle Bedeutung von Nase und Ohr, Mund und Haaren herauszufiltern. Der Kopf als Teil des Körpers, nicht als sein Gegensatz, als »Sitz der Vernunft«, sondern eben auch als Körper ist das Thema, und die Vernunft ist zugleich als immer sich ausweisende wissenschaftliche Ratio bei der Darstellung mit dabei. — Meine Enttäuschung bei der ersten Lektüre rührte daher, daß es Jegle nicht um eine andere Denkform, um einen neuen Ansatz geht, sondern eher um die Zurückholung eines Gegenstandes ins gesicherte Heim der Volkskunde. Aber es gibt auch keine Auseinandersetzung mit der Körperlichkeitsdebatte um Kamper, mit der fast schon kulthaften Zelebrierung von neuer Sinnlichkeit, Phantasie und Mythos. Jegle geht kein Risiko ein, er verliert sich nicht in die Körperlichkeit seines Objektes, sondern bleibt ganz auf wissenschaftliche Distanz bedacht. Und was er an

voraufklärerischem Wissen aus dem Umgang mit dem Körper hervorholt, wird immer als falsches Wissen vorgeführt. Es liegt auf der Hand, daß das Abergläubische in den mit den Haaren, mit Ohr, Nase und Mund verbundenen Sprüchen und Ritualen heute, in unserem kulturellen Kontext, unsinnig erscheinen muß, unsinnig auch ist, und dennoch immer wieder sich Bezüge von heutigen Verhaltensweisen und Bedeutungen aus herstellen lassen. Erst ganz am Ende rückt Jeggle damit heraus, was er im archaischen Erbe als noch heute Wirksames erkennt: Mit Irrationalem werden die Lücken ausgefüllt, die eine aufgeklärte Wissenschaft vom Körper gelassen hat. Mit den ins Heutige gewendeten magischen Vorstellungen wird emotionalen Bedürfnissen geantwortet, wird der Bedarf nach einer praktischen Körperphilosophie notdürftig ausgeglichen (168ff.). Doch da ist leider schon das Schlußwort angesagt, wo ich gern noch mehr, auch Genaueres über diese Bedürfnisse erfahren hätte.

Es ist die übergroße wissenschaftliche Vorsicht, die bei allen mitgeteilten Beispielen uns immer gleich über die Methode, wie sie zu handhaben sind, belehrt, die mit der durch sie erzeugten Distanz uns auch den Gegenstand vom Leib hält, dadurch uns — obwohl es doch um unser ganz Eigenes geht — kalt läßt, und erst nach und nach, beim weiteren Lesen, auf ganz eigentümliche Weise in Beziehung treten läßt zu dem, was an kopfkörperlichen Teilen vorgeführt wird. Doch gerade im ersten Kapitel, in dem von den Haaren gehandelt wird, erweist es sich als nachteilig: Das Kapitel erscheint als Anhäufung von bloß zusammengetragenen, willkürlich ausgewählten Beispielen, die als bloße Exempel einer vorzuführenden Methode erscheinen und sich nicht zu einem neuen Ganzen sinnfälliger zusammenschließen.

Dies gelingt Jeggle erst in den weiteren Kapiteln; dann entsteht auch eine ganz eigentümliche Faszination, nicht nur, weil man sich in seine Darstellungsweise einliest, sondern weil es ihm in den Kapiteln zu Auge, Nase und Ohr deutlicher gelingt, seine kulturelle Anatomie auszuweiten und mit den Kopfkörperteilen korrespondierende Phänomene in Zusammenhang zu bringen. Das Kapitel über das Ohr ist dort glänzend, wo es sich zu einer Kulturgeschichte der Geräusche, des Lärms und der Unruhe ausweitet. Das Kapitel über die Nase wird es dort, wo sich eine Sozialgeschichte der Gerüche andeutet. Und beim Auge ist unsere Sehkultur insgesamt gefragt. — Vieles wird zitiert und erwähnt, das oft benutzte Handbuch des Aberglaubens und manches andere. An manchen Stellen liest sich das Buch wie die Niederschrift einer Vorlesung, in der auch ein Scherz nicht fehlen darf. Nur eines habe ich vermißt: nach der Erwähnung des bekannten Biergartenforschers M. Scharfe (116) und des obligaten Bausinger-Zitats fehlte mir doch ein Hinweis auf den bekannten Berlinforscher Korff.

Alle meine vorgebrachten Einwände machen nur die Ambivalenz meiner Lektüre deutlich: Ich suche nach Gründen, warum mich das Buch über die Zeitdauer des Lesens hinweg beschäftigt und nicht losläßt. Aber vielleicht geht es mir da wie dem bekannten Zeppelinforscher Bernd J. Warneken, der in seinem Objekt nicht nur das Symbolische (das Phallische), sondern auch den Gebrauchswert sucht und findet (22). Und so denke ich nach der Lektüre: da muß noch etwas anderes am und im Kopf gewesen sein.

Knut Hickethier (West-Berlin)

Virilio, Paul: Krieg und Kino. Logistik der Wahrnehmung. Hanser Verlag, München 1986 (191 S., br., 26,- DM)

Die Grundthese, die in diesem Buch unaufhörlich reiteriert wird, ist simpel, kaum bestreitbar und unmittelbar einleuchtend: Die moderne Kriegstechnik — der Autor gibt als Eintrittsdatum etwa den Zeitraum 19(04/05 an (153ff.), obwohl er an anderer

Stelle auch auf die amerikanischen Sezessionskriege und frühere Ereignisse Bezug nimmt, aber auf historische Präzision kommt es ihm, wie sich noch zeigen wird, am wenigsten an — entwickelt nicht so sehr die pure Zerstörungskraft ihrer Waffen, als vielmehr ihre Wahrnehmungsfähigkeit (in Form von selbstlenkenden Geschossen, videogesteuerten Flugzeugen, Radartäuschungen etc.), wenn man so will, ihre »Intelligenz«. Umgekehrt gesprochen, werden heute Wahrnehmungs- und Zerstörungspotential gleichbedeutend: Das Auge wird zur Waffe (vgl. 180). Einerseits wird durch die Kriegstechnik das Auge mit allerlei optischem und elektronischem Gerät »bewaffnet« (bis sich neuerdings die Elektronik selbständig macht und die von ihr erhobenen Informationen auch gleich selber auswertet und die entsprechenden militärischen Reaktionen veranlaßt), so daß der Krieg, vom Menschen aus gesprochen, sich immer mehr »spektakularisiert«, »entwirklicht«, andererseits, so Virilio, hänge die Entwicklung der Filmtechnik, die die menschliche Wahrnehmungsfähigkeit organisiere, ab von der Kriegstechnik bzw. hinke ihr hinterher.

Die These Virilios aber ist nicht nur die historisch vielleicht zutreffende Koinzidenz, daß die Entwicklung der Filmkamera mit der des Maschinengewehrs zusammenfiel (19), sondern die darüber weit hinausgehende Spekulation, daß beide daher auch dem nämlichen Effekt verpflichtet seien, nämlich der — in Virilios euphemistischer Sprache — »Formzerstörung« (36), oder der »Fragmentarisierung der Körper« (46). Der Krieg also werde immer fiktiver und verlange darum immer »überzeugendere« Inszenierungen (12), während gleichzeitig die Kulturindustrie die Prinzipien der Destruktion übernehme und damit sowohl die Fiktivität wie ihren Zerstörungsgelbst vorantreibe. Diese mehr über das Buch verstreute als konsequent angesteuerte Grundthese wird — mit all ihren logischen Problemen — nur durch mehr oder minder originelle, banale oder auch naive historische Einzelanalysen gestützt. Die Tatsache, daß jede Waffe außer ihrem Zerstörungspotential auch noch über ein »Überzeugungspotential«, wenn man will, über eine »Rhetorik« verfügen muß, war mindestens seit der Antike bekannt; wenn Virilio dies nun durch das Beispiel der deutschen »Stukas« illustriert (10), so nähert er sich damit bedenklich dem analytischen Niveau von Groschenromanen. Dagegen wäre solange nichts einzuwenden, wie sich diese Reflektionsebene nicht mit gesuchten Preziositäten vermischte: »War die Photographie ... nur eine Methode der Lichtgravur, ... so war die Atomwaffe Nachkomme zugleich der Dunkelkammer und der Kriegsscheinwerfer. (...) Ein Schlagschatten fiel bis in die Tiefe der Keller von Hiroshima. Japanische Schattenspiele wurden nicht mehr auf die Stellwände der Schattentheater geworfen; die Mauern der Stadt wurden jetzt zu Bildschirmen.« (177)

In ähnlich gewagten Poetizismen schreibt Virilio die apokryphe Geschichte des gesamten Abendlandes. Die Filmkamera erscheint ihm als »späte Wiederbelebung des ägyptischen Sonnenkultes« (62), und die »großen Kinosäle waren Kathedralen vergleichbar, weil schon die Kathedralen Sonnenprojektionsräume waren« (68). Virilios Versuch, alles über alles auszusagen, führt ihn z.B. zu folgender Konstruktion sämtlicher Geschichte: »Das Abendland, das von den politischen Illusionen der Theaterstadt — Athen, Rom, Venedig — schon übergegangen war zu denen der Filmstadt — Hollywood, Cinecittà, Nürnberg —, stürzt sich jetzt in das trans-politische Pan-Kino der Atomzeit.« (146). Abgesehen davon, daß mit dem »trans-politischen Pan-Kino« auch gut Virilios eigene Überlegungen qualifiziert werden könnten — so ist er sich z.B. (67) nicht zu schade, die schädliche Wirkung von Videospiele auf Jugendliche zu denunzieren —, bleibt nach wie vor die entscheidende Frage, wer oder was denn das Subjekt dieses fatalen Prozesses sei. Virilios Versuch, das »Wesen« moderner Technik anzusprechen, kann darauf nur tautologisch durch den

Verweis auf die Technik selbst antworten. So nimmt er z.B. die Ausrede Albert Speers für bare Münze, er habe, jenseits aller Ideologie, und vor allem jenseits der nazistischen, allein technischen Notwendigkeiten gehorcht (104f.).

Eine der meistgebrauchten Wendungen Virilios ist: »So ist es kein Zufall, daß ...« z.B. der Anstieg der Farbfilmproduktion mit dem Zweiten Weltkrieg zusammenfiel (14), daß die Monroe gerade während des Koreakrieges zum Star wurde (44) usw. All das mag kein Zufall sein, aber was es bedeuten soll, verrät Virilio auch nicht; er suggeriert nur Bedeutsamkeit, die über eine historiographische Rekonstruktion, in der viele seiner Beobachtungen ihren adäquaten Platz fänden (indem sie gerade so viel »Bedeutung« hätten, wie sie tragen können), hinausgehen soll, ohne sie auszufüllen.

Manfred Hinz (Augsburg)

Baltrušaitis, Jurgis: Der Spiegel. Entdeckungen, Täuschungen, Phantasien. Anabas-Verlag, Gießen 1986 (360 S., 195 Abb., Ln., 98,- DM)

Holzappel, Heinrich: Subversion und Differenz. Das Spiegelmotiv bei Freud, Thomas Mann, Rilke und Jacques Lacan. Verlag Die Blaue Eule, Essen 1986 (317 S., br., 42,- DM)

In der Philosophie ist der Spiegel, oder sagen wir: die Metapher des Spiegels ins Gerede gekommen. Der auf das Theorem der Widerspiegelung eingeschworene bodenständige Marxismus-Leninismus beispielsweise, der sich immerhin auf die Metaphoriken der Klassiker und ihrer Vorläufer berufen konnte, mußte sich vom Althusser-Kreis entgegenhalten lassen, daß eine ihr Bewußtsein als Spiegelung der Wirklichkeit auslegende Subjektivität durch und durch ideologisch sei. Indem diese Lesart der »Grundfrage« nämlich die Produktionsregeln von Erkenntnis- und Deutungsleistungen gründlich verkenne, vollende sie die Selbstentmächtigung der Subjekte gerade dadurch, daß sie ihre Potenzen hypertrophiere. Die Folgen dieser und ähnlicher Interventionen sind mittlerweile offenkundig: Wohlvertraute operationale Begriffspaare wie *Wesen* und *Erscheinung*, *Subjekt* und *Objekt*, *Form* und *Inhalt* sollten einer neuen, gewissermaßen postspekulativen Nomenklatur weichen. Richard Rorty, um ein anderes prominentes Beispiel aufzugreifen, empfahl schließlich in seiner provokativen Studie über den »Spiegel der Natur« gleichfalls die Preisgabe des platonisch-idealistischen Spiegelmodells und setzte, ohne darin übrigens sonderlich originell zu sein, an seine Stelle die seiner Auffassung nach weniger verfänglichen Konzepte des *Gesprächs* und der *Bildung*.

Wie tief in der Tat die Ordnungsfigur der Spiegelung in die Denktraditionen abendländischer Geistesgeschichte überhaupt eingelassen ist, kann nun in einem opulent ausgestatteten und breit informierenden Band nachgelesen werden. Wenn die Sammlung von Baltrušaitis auch weit davon entfernt ist, in Debatten des genannten Typs eingreifen zu wollen, so ist ihre Veröffentlichung (erstmalig 1978) doch kein zufälliges Ereignis. Sie bestätigt nämlich auf ihre Weise den unwiderruflichen Eintritt des Spiegelparadigmas in seine kritische Phase. Wenn sich Baltrušaitis auch wohlweislich von jeglicher obenhin gesprochenen Kulturkritik fernhält, so wertet er die Gesamtentwicklung des Spiegels doch als »légende scientifique« — so der in der Übersetzung leider entfallene Untertitel der französischen Originalausgabe. In ihm schöpft Baltrušaitis den weiten Bedeutungshof des Legenden-Begriffs aus, indem er einerseits an jene Märchen und Mythen erinnert, die ein empathisches, häufig auch biographisch vermitteltes Weltverhältnis vorstellen, die aber andererseits eben ihres literarischen Charakters wegen einer auf Objektivität pochenden Wissenschaft stets suspekt bleiben sollten und damit der »Legende« etwas Despektierliches verliehen. Die geschichtliche Dokumentation zeigt nun, daß das eine Interesse am

Spiegel selten ohne das andere zu bestehen vermochte: Der Spiegel, so behauptet Baltrušaitis, ist eine »Hieroglyphe der Wahrheit« ebenso wie des Irrtums, in deren Erkundung sich Wissenschaft und Wunderglauben redlich und unentwirrt teilten (318f.). Den illustrativen Beleg für diesen Befund liefern kunst- und kulturgeschichtliche Exkurse, in denen die Bedeutung des Spiegels für das antike und christliche Weltbild ebenso dokumentiert wird wie seine physikalisch-technische Funktion in der Optik, in der Theaterarchitektur, in der Astronomie oder in der Solartechnik. Der panoramatische Blick des Sammlers schweift vom Spiegelteleskop zurück zur Quelle des Narziß. Aber der von gelegentlichen Ungenauigkeiten wie der Vorstellung Herders als mystischem Dichter oder der beharrlichen, von den Übersetzern zu verantwortenden Verballhornung des Künstlernamens Parmigianino leicht getrübe Überblick beschränkt sich nicht auf das lockere Arrangement eines enormen Materialreichtums. Vielmehr bekräftigt er, indem er seine Zeugnisse in kaum gebändigter Üppigkeit präsentiert, einen weniger dem *historischen* Material abgelesen als einen, wie eingangs angedeutet, *zeitgenössischen* Beschluß, nämlich solchen Weltformeln das Vertrauen zu entziehen, die ihren Aussagemodus einer sei's offenkundigen, sei's hintergründigen Spiegelmetaphorik verdanken.

Die Ansprüche, die an die Darstellung dieses für die Moderne so signifikanten ideengeschichtlichen Einschnitts zu stellen sind, sprengen den Rahmen einer mitbeteiligten Inventur, wie Baltrušaitis sie vorlegt. Sie sind allenfalls in behutsam geführten Einzeluntersuchungen einzulösen. Akzentuiert Baltrušaitis mit Blick auf die Geistes- und Kulturgeschichte mithin zu Recht die Ambivalenz von Zuspruch und Zurückweisung, so kann und muß Holzapfels Betrachtung der Moderne das Faktum der Krise schon voraussetzen. Die Krise des Spiegels ist die Krise des Subjekts. Holzapfels psychoanalytisches, namentlich durch Lacan geleitetes Interesse thematisiert diese Relation — wie indes bei Baltrušaitis zu lernen ist: allzu stark pointierend — als Spielart des Narzißmus. Fraglos ist die psychoanalytische Fragestellung legitim, erschließt sie doch minutiös jenes spannungsreiche Verhältnis von Selbstgewinnung und Selbstverlust, das die Subjektivitätsphilosophie ebenso motiviert wie ihre Kritiker. Aber indem sie einseitig die »Gefährdungen des Imaginären« hervorhebt, verstellt sie sich den Zugang zu jenen riskanten Versuchen einer Konsolidierung, die jenen Attraktionen des Verknennungsmechanismus trotzen. Statt dessen findet die psychoanalytische Literaturbetrachtung, bei Thomas Mann (Felix Krull) nicht anders als bei Rilke (Malte Laurids Brigge), lediglich die literarische Demonstration des von Lacan freigelegten Spiegelstadiums. Der »gesamte Roman«, so etwa das bezeichnende Resümee zum »Malte«, »scheint das phantasmagorische Panorama jener beiden Aspekte vor uns erstehen zu lassen, die bei Lacan als zerstückeltes und als ideales Ich die Spaltung des Subjektes begründen, das sich zwischen dem Bild seiner chaotischen Diffusität und seiner imaginierten Einheit verliert« (209). Am Ende solcher Leidenserfahrung stehe nun allerdings nicht die Preisgabe, sondern die Wiederkunft des Subjekts. Das Subjekt, so Holzapfel, entdeckt sich als Resultat einer Textualisierung, d.h. als Literatur. Freilich ist dieses Dasein, das sich nunmehr, mit Friedrich Schlegel und Derrida, im Modus *unendlicher* Spiegelungen erhält, entschieden prekär: »Das in der Differenz gedachte Moment des Schwebens über dem Abgrund, des Verweilens in der Ursprungslosigkeit, ist der eigentliche Schauplatz des Wunsches, das unbeschränkte Beziehungsfeld der Lust« (315). Die schwelgerische Metaphorik des Schlußworts führt einmal mehr vor Augen, daß die von Baltrušaitis auf die Geschichte des Spiegels gemünzte zweideutige Formel von der *légende scientifique* noch ihre Kritiker erfaßt, die so wenig wie die Philosophie der Subjektivität umhin können, an ihr fortzuschreiben. Ralf Konersmann (Münster)

Soziologie

Lepenes, Wolf: Die drei Kulturen. Soziologie zwischen Literatur und Wissenschaft. Hanser Verlag, München, Wien 1985 (562 S., Ln., 68,- DM)

Anlage und Durchführung der »drei Kulturen« sind eine (unausgesprochene) Kampfansage an den sattsam bekannten Duktus der überkommenen Ideengeschichte, die uns den Weg der Soziologie in den bald zwei Jahrhunderten seit ihrer »Gründung« durch A. Comte (Frankreich), J. St. Mill (England) und M. Weber (Deutschland) als gradlinigen Rationalisierungspfad erzählen möchte.

Die Pointe des Buches liegt in der These, daß der soziologische Diskurs bei Anhängern wie Gegnern einen bis in die Gegenwart anhaltenden Streit um seinen *disziplinären* (theoretischen wie institutionellen) *Status* provoziert hat. Lepenes nimmt das von dem englischen Physiker und Schriftsteller C.P. Snow geprägte Schlagwort von den »zwei Kulturen« — das den unüberbrückbaren Gegensatz von Natur- und Geisteswissenschaften auf den Begriff bringen sollte — zum Anlaß, die Sozialwissenschaften als eine *dritte Kultur* zu bezeichnen, die sich durch den permanenten Konflikt literarischer und szientifischer Einstellungen ihrer intellektuellen Träger nicht anders als widersprüchlich entwickeln kann. Die Leistung des Buches liegt darin, daß Lepenes im internationalen Vergleich (Frankreich, England, Deutschland) seine Hypothese von der theoretischen wie institutionellen Unentschiedenheit der Soziologie (die zwischen den konträren Optionen der Literarisierung und der Verwissenschaftlichung oszilliert) überzeugend verifiziert: das wissenschaftliche Interesse an der Erforschung der Funktionsbedingungen und Evolutions- (bzw. Revolutions-)möglichkeiten moderner industrialisierter Gesellschaften wird beständig irritiert durch den Wunsch der sozialwissenschaftlichen Intelligenz, eine umfassende Deutung der Situation des Menschen in der Industriegesellschaft vorzunehmen, die ihm eine handlungsmotivierende *Lebenslehre* bietet. Den Anspruch auf eine strikt szientifisch verfahrenende Gesellschaftstheorie wendet die Soziologie polemisch gegen die akademisch bereits etablierten Disziplinen (Geschichte, Staatswissenschaften, politische Ökonomie), die bislang den Objektbereich des neu entstandenen theoretischen Projekts bearbeiten; die handlungsorientierende Funktion der Lebenslehre wird ihr von der literarischen Intelligenz streitig gemacht, die ihr traditionell verbürgtes ästhetisches Welterschließungs- und Sinnstiftungsmonopol gegen den radikal profanierenden Zugriff der Moderne mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten versucht. »Die drei Kulturen« gehen der Entstehung dieses eigentümlichen *Orientierungszwiespalts* im Diskurs der Sozialwissenschaften nach: jenes Zwiespaltes, der bis heute die endgültige Entscheidung über den Status der Soziologie als Disziplin »verschoben« hat.

Lepenes analysiert die Geschichte des »gespaltenen« sozialwissenschaftlichen Diskurses, der sich zwischen Soziometrie und »zarter Empirie« unentschlossen hin und her bewegt, nach dem (psychoanalytischen) Muster der »Wiederkehr des Verdrängten«. Der symptomatologischen Biographik, die das Buch praktiziert, erschließt sich die überraschende strukturelle Übereinstimmung der intellektuellen Lebensläufe jener drei Wissenschaftler, die soziologische Problemstellungen in ihren jeweiligen Ländern auf den Weg gebracht haben: Comte, J. St. Mill und M. Weber verpflichten sich (zunächst) einem strikt szientifischen, am Diskursideal der Naturwissenschaften ausgerichteten Ethos, das jedoch durch die unerwartete Berührung mit der Sphäre des Ästhetischen (als der Sprache des Begehrens) nachhaltig irritiert wird. Lepenes rekonstruiert jene entscheidenden Phasen (die für Comte und Mill zum Wendepunkten ihrer Theorieproduktion wurden) im Leben der drei

Wissenschaftler: er beschreibt ihre *Lebenskrisen* als Zustände merkwürdiger intellektueller »Verrückung«, die bei allen dreien ein vorher unbekanntes Bedürfnis nach der Schönheit einer wissenschaftlich nicht disziplinierten — in diesen Sinne: verrückten — Sprache (der Poesie) weckt. Unter dem Eindruck dieser Krisen plädieren Comte und Mill energisch für eine Verbindung von Verstandes- und Gefühlkultur, emotionalisieren ihre Lebensführung und literarisieren ihre theoretische Produktion. Ähnlich wie Mill vertraut auch M. Weber auf die therapeutischen Effekte der Lektüre literarischer Texte, als er 1897 überraschend von einer schweren Nervenkrise heimgesucht wird — allerdings unterliegt er zu keinem Zeitpunkt der Versuchung, seine wissenschaftlichen Auffassungen zu ästhetisieren oder religiös auszu-deuten: eine rigorose intellektuelle Haltung, die — wie das Verhältnis des George-Kreises zu Weber bezeugt — gerade die anti-soziologisch eingeschworene Umwelt des Soziologen fasziniert.

Das Buch ist der Geschichte einer unwiderstehlichen *Verführung* gewidmet (von der es nicht bloß handelt, sondern die es auch inszeniert): der Verführung des sozialwissenschaftlichen Theoretikers durch die »leidenschaftliche« Sprache des literarischen Diskurses — aber auch der Verführung des Literaten durch die Erkenntnischancen des soziologischen Diskurses (wie z.B. der utopische Roman H. G. Wells zeigt). Wer die Entwicklung aktueller soziologischer Theorieprogramme verfolgt und ein wachsames Auge für deren *diskursive Artikulation* hat, kann sich überzeugen, daß diese Verführung andauert. Friedrich Balke (Bochum)

Rammstedt, Otthein: Deutsche Soziologie 1933-1945. Die Normalität einer Anpassung. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1986 (412 S., br., 24,- DM)

Die Studie zeigt, daß es zu simpel ist, nach dem Muster zu verfahren: Weil Soziologie eine kritische Wissenschaft ist, kann sie mit dem NS nichts zu tun gehabt haben, oder jene Interpretation für richtig zu halten, die vorgibt, nur der sogenannten bürgerlichen Soziologie könne es passieren, gemeinsame Sache mit Faschisten zu machen. Deutlich wird nicht nur, daß in den 12 Jahren der NS-Herrschaft Soziologie betrieben wurde — darüber hinaus wird klar, daß die Soziologie geradezu Konjunktur hatte und sich sogar erstmals (!) ein außeruniversitäres Berufsfeld für Soziologen abzeichnete. In diesem Zusammenhang sind etwa die USA-Reisen von Frau Elisabeth Noelle, heute Chefin des Instituts für Demoskopie in Allensbach, zum Studium der Methoden der Massenbefragung interessant. Dieses neu entwickelte Verfahren wurde dann von ihr dem Reichspropagandaministerium als Mittel der Propaganda vorgeschlagen, denn diese könne um so wirksamer greifen, je zuverlässiger das System der Massenbefragung sei. In der Folge wurde das Amt III des Reichssicherheitshauptamtes unter Ohlendorf zu einem monströsen demoskopisch-sozialwissenschaftlichen Institut ausgebaut, das 3000 (!) feste und 30000 (!) ehrenamtliche Mitarbeiter hatte, die, über ganz Deutschland verteilt, Daten sammelten. Sie wurden zu Berichten verdichtet, die ein »ungeschminktes Bild« der Situation in der Bevölkerung von 1938 bis fast in die letzten Tage des Krieges geben sollten. Ein anderes Feld soziologischer Betätigung waren Rasse- und Siedlungsfragen, woran deutlich wird, daß die Deutsche Soziologie als angewandte Wissenschaft in das nationalsozialistische Muster zur »rationalen« Analyse und Erklärung sozialer Strukturen und Funktionen eingeflochten war und das Effektivität immer wichtiger wurde.

Wenn Adorno einmal von der »Feindschaft des Hitler und seiner intellektuellen Fronvögte gegen die Soziologie als Wissenschaft« sprach, so muß dies als völlig verfehlt erscheinen: Hitler selbst hatte nichts dagegen, wie Rammstedt dokumentiert, 1932 eine soziologische Professur an der TH Braunschweig anzunehmen. Lediglich

der Umstand, den die damaligen Soziologen weiß Gott nicht herbeiführten, daß Hitler die Professur nicht antrat, macht es heute nicht erforderlich, ihn in die Ahnengalerie deutscher Soziologen aufnehmen zu müssen — »Mein Kampf« wurde offenbar als habilitationsadäquate Leistung seitens der scientific community anerkannt!

Rammstedt zeigt klar auf, daß Soziologie in jedem modernen System handhabbar ist und auch abgerufen wird.

Wolf Schönleiter (Köln)

Baier, Horst (Hrsg.): Helmut Schelsky — ein Soziologe in der Bundesrepublik. Eine Gedächtnisschrift von Freunden, Kollegen und Schülern. F. Enke Verlag, Stuttgart 1986 (213 S., br., 58,- DM)

Sucht man nach Belegen für die von Helmut Schelsky aufgestellte Behauptung der Ideenlosigkeit und geistigen Ermattung der bundesdeutschen Soziologie, so kann die zwei Jahre nach seinem Tode erschienene Gedächtnisschrift als Anschauungsmaterial dienen. In kompendienhafter Zusammenstellung werden hier die verschiedenen Bindestrich-Soziologien, in denen Schelsky Spuren hinterließ, sowie einige seiner wissenschaftspolitischen Wirkungsfelder abgehandelt. Obwohl weder die NS-Zeit (E. Üner) noch die Bielefelder Universitätsgründung (H. Lübke, K.D. Bock) fehlen und das vielfältige Wirken Schelskys in den Bereichen Gesellschaftstheorie (H. Klages, W. Hildebrandt), Familien- und Jugendsoziologie (H. Tyrell, B. Schäfers), Institutionentheorie (W. Lipp), Medizinsoziologie (H. Baier), Rechtssoziologie (W. Krawietz, A. Holtwick-Mainzer) u.a.m. dargestellt wird, hinterläßt die Lektüre des Sammelbandes den Eindruck eines halbierten Schelsky. Nicht nur sind ganze Lebensabschnitte (Schelskys Wirken als NS-Studentenführer und als Leiter der Dortmunder Sozialforschungsstelle, seine Beziehung zu den Gewerkschaften) ausgeblendet; auch ist von der z.T. scharfen Kontroverse, die sich an seiner Person immer wieder entzündete und die er leidenschaftlich und ohne Konfliktscheu mittrug, in dem Buch kaum etwas zu spüren. So taucht etwa die intensive Auseinandersetzung über die Rolle der Soziologie im Faschismus, die Schelsky maßgeblich mit inszeniert hat, lediglich in einer Anmerkung (16, Anm.7) auf. Die These von V. Gerhardt, »theoretische Arbeit war immer auch sein Beitrag zur Politik« (110), bleibt ungeklärt. Wie sehr Schelsky über mehrere Jahrzehnte und immerhin zwei recht unterschiedliche politische Systeme hinweg praktisch politisch wirksam war, geht in den weitgehend werkimmanent und geistesgeschichtlich orientierten Beiträgen des Sammelbandes verloren. Das Datum 1945 kann auf diese Weise mit Leichtigkeit übersprungen werden — für die Kontinuität Schelskyscher Theoriebildung ist es offensichtlich ohne Belang (Klages, 21). Auf diese Weise entsteht ein — nur von wenigen Dissonanzen getrübt — Bild, das Schelsky als Opfer und nicht als Macher präsentiert, als einen Menschen, der hilflos den Siegeszug der Sachgesetzmäßigkeiten einerseits, der Ideologien andererseits miterleben mußte. Diesem Eindruck eines tragischen Schicksals (Lipp, 92, und Hildebrandt, 41), eines großen und oft mißverstandenen Theoretikers, der sich immer gegen den Mißbrauch der »Soziologie als Planungswissenschaft« (Hildebrandt, 41) zur Wehr setzte, widersprechen lediglich wenige Hinweise, die Schelsky als auf Praxis zielenden Macher charakterisieren. So bezeichnet Lipp ihn als »Ad-hoc-Soziologe(n)« (79), dessen theoretische Schärfe häufig politisch-ideologischen Wirkungsintentionen geopfert wurde (78f., ähnlich, aber subtiler: Klages, 22). Das politische Programm des radikalen Konservatismus (Lübke, 160), in das solche Art tagespolitisch orientierte Soziologie 50 Jahre lang eingebettet war, wird in die Betrachtungen jedoch nicht einbezogen, so daß immer wieder der Eindruck persönlichen Scheiterns entsteht.

Ein Sammelband »ohne Ecken und Kanten« ist entstanden, der weit unter dem Niveau der kontroversen Diskussion mit und um Schelsky liegt: Ein langweiliges Buch.
Johannes Weyer (Bielefeld)

Bell, Daniel: *Die Sozialwissenschaften seit 1945.* Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1986 (203 S., br., 19,80 DM)

Die Arbeit ist zuerst 1979 und 1980 in dem Jahrbuch »The Great Ideas Today«, einem Supplement-Unternehmen der Encyclopedia Britannica, erschienen. Der Autor (Professor für Soziologie an der Harvard University) interessiert sich für Kristallisationen in der Geschichte der Sozialwissenschaften, fragt nach »synoptischen oder integrierenden Darstellungen«, »übergreifenden Theorien« und »zuverlässige(n) Führer(n) der Sozialpolitik und Gesellschaftsplanung«. Konstruiert wird eine Art Wellenbewegung: Der Aufschwung bestimmter Forschungsanstrengungen, etwa die »Keynesianische Revolution« in den Wirtschaftswissenschaften, der Zusammenhang von Kybernetik und kognitiver Psychologie, der Struktur-Funktionalismus von Talcott Parsons etc.; ihre Krise und Erschöpfung auf Grund wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Schranken; der Aufschwung neuer Versuche, »Universal-schlüssel zum Verständnis sozialen Verhaltens zu schmieden«, wie neue ökonomische Paradigmen, Soziobiologie oder »Neomarxismus«, die ebenfalls zum Scheitern verurteilt sind, weil es der Autor für unmöglich hält, »eine Gesellschaft als etwas Ganzheitliches zu begreifen«. Die gesellschaftlichen Widersprüche verhinderten dies, gleichwohl sei das Bedürfnis, derlei zu versuchen, »unausrottbar«.

Es macht wenig Sinn, mit dem Autor über die Auswahl und Gewichtung der Ansätze, Namen und Werke zu streiten. Natürlich weiß er selbst, daß Vollzähligkeit oder Gleichgewichtigkeit unmöglich sind. Die Einleitung beschäftigt sich zu einem Großteil damit, »um was es in diesem Buch nicht geht und was darin ausgespart wurde«. Das »Vorwort zur deutschen Ausgabe« schiebt noch einmal ein paar Namen nach. Daß hier ein US-amerikanischer Blick Wissenschaftsgeschichte selektiert und sortiert, sollte niemanden stören. Es lohnt auch nicht, dem Autor einzelne Mißverständnisse oder Fehleinschätzungen vorzurechnen. Daß er vom Marxismus nicht viel hält, weiß man. Daß das, was er über Gramsci zu Papier bringt, hanebüchen ist, wird niemanden in Erstaunen versetzen. Interessanter ist die Frage, was man aus dem Buch lernen kann.

Mich besticht zum einen die geradezu enzyklopädische Belesenheit. Der Autor ist bewandert in einer Vielzahl von Disziplinen. Er resümiert locker und souverän ökonomische, sozialpolitische, informatische, linguistische, psychologische, ethologische, biologische, anthropologische, ethnologische und selbstverständlich soziologische Forschungsergebnisse. Zum anderen kann man lernen, wie man solche Forschungsergebnisse auf ihre zentralen Gehalte verdichtet. Sicher, das muß — bei einer Vielzahl von Arbeiten auf engem Raum — holzschnittartig bleiben (»um sein System zu schließen, mußte Parsons erst zwei theoretische Ziele verwirklichen«; »die Soziobiologie stellte zwei Behauptungen auf« etc.). Aber für eine erste und schnelle Information ist das in den meisten Fällen (soweit ich es beurteilen kann) hinreichend und lohnend. Leider fehlt ein Namensregister. Werner van Treeck (Kassel)

Hammans, Peter: *Das politische Denken in der neueren Staatslehre in der Bundesrepublik.* Westdeutscher Verlag, Opladen 1987 (334 S., br., 49,- DM)

Die Juristerei in ihrer Spielart als »herrschende Lehre und Rechtsprechung« zeichnet sich seit der Hobbes'schen Staatslehre durch einen eklatanten Mangel an Selbstthematization aus. Diese Tradition eines methodischen (Vor-)Verständnisses

von Gesellschaft als naturrechtlich-gesetzter Wertegemeinschaft vermag sich den Staat(sapparat) immer wieder nur im Gewande eines den Konkurrenztrieb des »homo oeconomicus« dämpfenden Therapeuten vorzustellen. Hammans zeigt: Sujet, Vermittlungs- und Kommunikationsform juristischer (Staatsrechts-)Normenproduktion bedingen einen »juristischen Strukturkonservatismus«, dessen Spielarten, einmal »etatistisch-autoritär«, ein andermal »etatistisch-integrativ«, bloß ein differentes Verhältnis zu den sozialen Folgekosten bürgerlicher Herrschaft ausweisen.

Mit Hobbes bangt der autoritär-etatistische Flügel nach Schmitt, Forsthoff, Krüger u.a. um die Aufrechterhaltung schlagkräftiger Staatsmacht und beharrt auf der Ontologisierung des Staates als übergesellschaftlicher Ordnungsinstanz. Die vergesellschafteten Bürger benötigen — Gesellschaft als latenten Ausnahmezustand verstanden — eine einheitsstiftende, disziplinierende Instanz. Die »weltgeistliche« Staatssuprematie sei notwendig, um das Gemeinwohl mangels demokratischer Möglichkeiten zu definieren.

Mit Locke geht es demgegenüber der etatistisch-integrativen Staatsrechtslehre um die Partizipation partikularer Interessen an der staatlich-politischen Willensbildung. Der Staat sperrt sich nicht gegen Veränderung per se, sondern gegen ihre radikale Form. Häberles Devise des »Wer bewahren will, muß verändern« auf die Fahnen setzend, sollen zwecks Formalisierung der Konfliktaustragung und der sozialen Homogenisierung »Reformen in kontrollierbaren Teilschritten« (Krockow) ausgeführt werden. Die reformkonservative Staatsrechtslehre hat sich »prinzipiell auf (ihren) Gegner eingelassen und paßt sich dem erreichten Standard der Demokratisierung an, versucht mäßigend und bremsend Einfluß zu nehmen« (278).

Ohne dies juristisch-methodologisch nachzuzeichnen, weist Hammans darauf hin, daß sowohl die autoritäre als auch die integrative Variante des juristischen Konservatismus ein und demselben theoretischen Zugriff auf die Realität entsprechen, nämlich der Fiktion einer »Einheit der Gesellschaft im Staat« (282), einer seltsam unvernetzten und sich nicht gegenläufig beeinflussenden Bewegung beider Strukturen. Hammans zeigt, daß die reformistisch-juristische Vorstellung der sozialen Demokratisierung klassengesellschaftlicher Verhältnisse angesichts einer den Umverteilungsspielraum rapide verringernenden Wirtschaftskrise zerrieben werden mußte. Hatte sich Anfang der siebziger Jahre das Forsthoffsche dezisionistische Modell einer Handlungsautonomie des exekutivischen Staatsapparates und damit der apologetische Rekurs auf einen irreversiblen, technisch-präformierten Sachzwang staatlichen Handelns noch nicht recht als herrschende Lehre durchsetzen können, so zerbrach der »sachliche Obrigkeitersatz« (Narr) gesellschaftlicher Steuerung qua technischen Sachzwang in der Krise. Mit Leisners Konzept des »minimal state« fand die Wendeprogrammatik ihre Widerspiegelung in der Staatslehre. Der Ausgang aus Krise, Verrechtlichung und staatlicher Überfremdung wird in einer Revitalisierung des homo oeconomicus gesehen.

Hammans hat materialreich das den herrschenden juristischen Lehrmeinungen in der Bundesrepublik zugrundeliegende Staatsverständnis im Wandel ökonomischer Parameter nachgezeichnet. Die Staatsrechtslehre weist, trotz verzerrter Perception der gesellschaftlichen Realität, über die vielfältigen informellen Verbindungen des Theorie- und Personaltransfers zwischen Theorieproduktion und Verfassungs- sowie Verwaltungsjustiz darauf hin, daß das »Schrifttum« *nebensetzgeberische* Qualität erlangt hat und der Grad seiner Durchsetzung letztendlich über die Durchsetzbarkeit kultureller Hegemonie Auskunft gibt.

Nikolaus Dimmel (Salzburg)

Erziehungswissenschaft

Tenorth, Heinz-Elmar: *Zur deutschen Bildungsgeschichte 1918-1945.* Böhlau Verlag, Köln/Wien 1985 (269 S., br., 44,- DM)

Bei Tenorths Studie handelt es sich nicht, wie der Titel zunächst vermuten läßt, um eine historische Darstellung, sondern um den ambitionierten Versuch, den gesamten gegenwärtigen Forschungsstand zur Bildungsgeschichte zwischen 1918 und 1945 einer in erster Linie methodenkritischen Prüfung und Bewertung zu unterziehen. Auf der Basis einer imponierenden Literaturkenntnis geht es ihm um den Aufweis von Forschungsdefiziten, offenen Fragen und »falschen Sicherheiten«, der ihm bei seiner artistischen Verfügung über die vorliegenden Ansätze und das Methodenarsenal der historischen Bildungsforschung in einer Weise gelingt, daß man sich fragt, wer eigentlich seine hochgeschraubten methodischen Anforderungen je forschungspraktisch einlösen können soll. Immerhin: Wer Spaß hat am Jonglieren mit ungezählten Konzepten und Resultaten der Bildungsforschung und ihren Nachbardisziplinen sowie an einer schier endlosen Theorie- und Methodendebatte, wer sich gerne im alexandrinischen Labyrinth der massenhaft behandelten Literatur ohne eine erkennbare inhaltliche Fragestellung tummeln möchte, wen ellenlange Satzungen ebenso wenig schrecken wie die Zumutung, bei den zahllosen Anmerkungen jeweils zweimal nachschlagen zu müssen, bevor man weiß, wer da gerade wieder kritisiert worden ist, für diesen hartgesottenen Leser wird sein kritischer Forschungsbericht sicherlich eine Fundgrube sein. Er wird nicht nur erschöpfend über den Stand der historischen Bildungsforschung informiert, sondern auch mit vielen anregenden Fragestellungen konfrontiert, die, wenn auch häufig überpointiert und originalitätsbedacht, zu einem methodisch differenzierteren Umgang mit der Forschung bzw. mit vertrauten Wissensbeständen herausfordern.

Tenorth beginnt mit einer Musterung der vorliegenden Konzepte zur Periodisierung und Deutung der Epoche, die er wohl zu Recht um 1890 beginnen läßt, weist die in der Pädagogik seit Nohl kanonisierte Wahrnehmung dieser Zeit als Phase des heroischen Aufstiegs und — nach 1933 — der angeblichen Perversion der reformpädagogischen Bewegung zurück und begrüßt den Paradigmawechsel innerhalb der Bildungshistoriographie von den traditionellen ideengeschichtlichen zu eher struktur- und sozialgeschichtlichen Ansätzen, problematisiert allerdings ihre mangelnde theoretische Fundierung. Tenorth selbst plädiert für ein Konzept von Bildungsforschung, das über die lange dominierende Orientierung auf Bildungspolitik und Institutionen hinaus die ganze Realität von Bildung und Erziehung in der Epoche rekonstruiert. Er insistiert daher auf dem Bildungsbegriff als der zentralen, allerdings empirisch und integrativ verstandenen Kategorie der Bildungshistorie sowie auf dem ebenfalls traditionellen, aber mit Bourdieu und der Systemtheorie (Luhmann/Schorr) interpretierten Konzept der »relativen Autonomie« des Bildungsbereichs. In dieser Perspektive könnte, so seine diskussionswürdige These, Bildungsgeschichte auch als von den Subjekten, sozialen Gruppen und Bewegungen mitproduzierte begriffen und die Verkürzungen deterministischer oder subjektivistisch-psychologisierender Zugriffe vermieden werden.

Tenorth stellt nun leider die Leistungsfähigkeit seines Konzepts selbst nicht unter Beweis, sondern verwendet es nur als Bezugsrahmen seiner Kritik, die sich schwerpunktmäßig auf Untersuchungen zur Entwicklung des Bildungssystems zwischen 1918 und 1945, zur »Vergesellschaftung des Generationenverhältnisses« in der Weimarer Republik im schulischen und außerschulischen Bereich sowie auf Arbeiten zur Erziehung nach 1933 bezieht. In diesen Abschnitten argumentiert er jeweils auf

dem Stand der Diskussion, die er souverän und mit skeptischer Relativierung ihrer Befunde und Deutungen Revue passieren läßt. Nahezu unbehandelt bleiben allerdings sowohl die inhaltliche Dimension des institutionalisierten Lernens, wie z.B. die Entwicklung des schulischen Wissens und Bildungskanons dieser Zeit, als auch der Forschungsstand zur Sozialgeschichte der pädagogischen Intelligenzgruppen, akademischen Professionen und Gebildeten zwischen 1918 und 1945. Ansätze bietet er dort, wenn auch beschränkt auf die pädagogischen Theoretiker, wo er sich mit den Strukturen des von ihnen produzierten pädagogischen Wissens auseinandersetzt und in diesem Zusammenhang verdienstvollerweise auch die nach 1933 »verdrängte Pädagogik« ausführlich behandelt.

Was Tenorths Sekundäranalyse unbeschadet ihrer rezeptiven und methodenkritischen Leistung allerdings problematisch macht, sind nicht die Leerstellen, sondern der hier propagierte Umgang mit der jüngeren deutschen Geschichte. Sie bildet den Anknüpfungspunkt der jüngst durch einen irritierenden Aufsatz von ihm zur Rolle der Erziehungswissenschaft vor und nach 1933 ausgelösten Kontroverse vor dem Hintergrund des »Historikerstreits«: Wer sich nämlich mit demokratischen oder gar antifaschistischen Intentionen mit der Bildungsgeschichte zwischen 1918 und 1945 auseinandersetzt, um aus ihrem Verlauf Lehren für pädagogisch-politisches Handeln in der Gegenwart zu ziehen, muß sich von Tenorth Wissenschaftsferne, moralische Positionen oder fragwürdige Eindeutigkeitswünsche gegenüber der bildungshistorischen Forschung vorhalten lassen, die allenfalls noch »in der Situation von 1945« verständlich, aber auch schon damals zu methodisch haltlosen Thesen über die Beziehungen zwischen der Schule und der Pädagogik in der Weimarer Republik und dem Faschismus geführt hätten. Dieses Verdikt richtet sich insbesondere gegen Autoren, die — wie etwa H.J. Gamm für die »Kathederpädagogik« der Weimarer Republik — kritisch auf die unüberschaubaren Kontinuitäten in der Wissenschafts- und Bildungsgeschichte vor und nach 1933 hinweisen. Tenorth plädiert dagegen für eine eindeutige Trennung von Bildungsforschung und pädagogisch-politischen Handlungsmotiven und Erkenntnisinteressen. Seine wissenschaftliche Auseinandersetzung, die an der Destruktion von mutmaßlich »falschen Sicherheiten« zugunsten der Verwissenschaftlichung von historischer Bildungsforschung interessiert ist, weist die Frage nach Lehren aus der Geschichte als eine zwar verständliche, aber von der Bildungsforschung nicht zu befriedigende außerwissenschaftliche Zumutung zurück. Ob und was überhaupt aus der Geschichte der Weimarer Republik und des »Dritten Reiches« für die Pädagogik noch gelernt werden kann, bleibt bei ihm mit hilflosen Hinweisen auf die gegenwärtige Unbestimmtheit und den angeblichen Mangel an pädagogischen Zukunftsperspektiven offen.

Welcher wissenschaftliche Gewinn für Debatten über die Zukunft und Funktion aus einer derart entpolitisierten Bearbeitung von Bildungsgeschichte auch immer gezogen werden kann — er wird ganz erheblich beeinträchtigt durch die äußere Form dieser Untersuchung. Tenorth und dem Böhlau-Verlag ist sicher eines der leserfeindlichsten wissenschaftlichen Bücher der letzten Jahre gelungen: Der schwer erträgliche Stil des Verfassers, der Mangel an präziser Strukturierung des voluminösen Stoffes, der eine schnelle Orientierung verhindert, ein Druck schließlich, der nur noch als Zumutung empfunden werden kann, werfen die Frage nach dem Gebrauchswert dieser leserfeindlichen Fleißarbeit auf. Immerhin enthält sie ein immenses Literaturverzeichnis von weit über eintausend Titeln, aber auch hier keine für die weitere Arbeit hilfreiche inhaltliche Strukturierung.

Hasko Zimmer (Münster)

Heim, Helmut: Systematische Pädagogik. Eine historisch-kritische Untersuchung. Verlag Peter Lang, Frankfurt/M. 1986 (279 S., br., 60,- sFr.)

Gewiß gehört das Bemühen um eine systematische Pädagogik, verstanden als orientierende »Einheit eines pädagogischen Theoriezusammenhangs« (13), als »zusammensehendes Denken und Begreifenwollen« (12), auch heute noch zu den aktuellen Aufgaben pädagogischer Theoriebildung; sie sei, wie Heim einleitend hervorhebt, historisch »eine Art Unabhängigkeitserklärung«, die »die Pädagogik auf den Weg zu ihrer 'Autonomie'« (14; einer relativen Autonomie, wie zu präzisieren wäre) bringe, und könne gegenwärtig erst die Identität des Fachs verbürgen.

Aber wie läßt sich eine solche Systematik heute konzipieren? Heim sieht die Systemproblematik in der gegenwärtigen Pädagogik verdrängt oder nur mehr untergründig und heimlich weiterwirken (vgl. 45f.). Die erziehungs- und bildungstheoretischen Diskussionen der letzten Jahrzehnte (etwa aus dem Umkreis der geisteswissenschaftlichen Pädagogik und ihrer kritischen Weiterentwicklung) nimmt er dabei allerdings nicht näher zur Kenntnis. — Unbefriedigend bleibt auch die begriffliche und formale Bestimmung von »System« (67ff.); sie bricht ziemlich unvermittelt mit einer an Heidegger orientierten Auseinandersetzung mit Kant ab. Von neueren systemtheoretischen Überlegungen, die ja auch für die Pädagogik relevant geworden sind (man denke nur an die Auseinandersetzungen um den Ansatz von Luhmann/Schorr), erfährt der Leser nichts.

Im Zentrum der Arbeit steht die Untersuchung der »grundsätzlichen Möglichkeiten der Konzeption systematischer Pädagogiken« (102) anhand der Rekonstruktion des pädagogischen Systemprogramms Kants (104-137) und vor allem der topologischen Systematik der Pädagogik Herbarts (138-230). Heim liest letztere als eine »im Grundsätzlichen ... phänomenologische Konzeption« (138), die auf die Deduktion von obersten Grundsätzen her verzichtet und statt dessen »Einheit ... im Ausgang von den gewöhnlichsten Erfahrungen und den Begriffen der alltäglichsten Sprache« (159) zu erreichen versucht. Leider bleibt Heim aber bei der gewiß notwendigen immanenten Rekonstruktion des Ansatzes stehen. Wenn man aber schon auf die explizite Bezugnahme auf einen Großteil der aktuellen bildungs- und erziehungstheoretischen Diskussion verzichtet, wäre angesichts der behaupteten »überragende(en) Durchdachtheit der Herbartschen pädagogischen Systematik« (231) doch zumindest eine Verdeutlichung der historischen Problemstellung, auf die Herbart sich mit seinem Konzept bezieht, notwendig gewesen.

Wer sich mit Herbart beschäftigt, wird die Arbeit aber trotzdem mit Gewinn zur Kenntnis nehmen. Wer darüber hinaus eine Orientierung über gegenwärtige Möglichkeiten und Grenzen einer systematischen Pädagogik erwartet, wird aber wohl enttäuscht werden.

Volker Schubert (Kumamoto/Japan)

Brinkmann, Wilhelm: Zur Geschichte der Pädagogischen Soziologie in Deutschland. Dogmenhistorische Studien zu ihrer Entstehung und Entwicklung. Verlag Königshausen und Neumann, Würzburg 1986 (321 S., ln., 69,- DM)

Pädagogische Soziologie als interdisziplinärer Versuch ist ein wissenschaftlich interessantes Vorhaben. Sie rückt die erzieherische Praxis der individuellen Anleitung und Förderung mit der gesellschaftlichen Betrachtung zusammen, um die komplexen Sozialisationsbedingungen und divergenten Wirkungsfaktoren zu erschließen. Daß dieser spezifische Ansatz nicht erst durch die Expansion der Gesellschaftswissenschaften nach dem Zweiten Weltkrieg begründet worden sei, sondern seine eigene Herkunft zunächst einmal geschichtlich zu rekonstruieren habe, kennzeichnet den ersten Ansatz der von Brinkmann vorgelegten historiographischen und

systematischen Studie. Bis ins 19. Jahrhundert hinein werden die Spuren aufgedeckt, die durch Schleiermacher, Lorenz von Stein und Dilthey bezeichnet sind, um dadurch autorisiert die nachfolgenden Überlegungen mit der historischen Wirklichkeit in Verbindung zu bringen.

Der zentrale Ansatz Brinkmanns besteht darin, vier Forscher im Felde der Pädagogischen Soziologie/Soziologie der Erziehung in ihrem Werk vorzustellen und deren spezifische Akzente für die Orientierung zwischen Pädagogik und Soziologie herauszuarbeiten, sodann in differenzierten Vergleichen die vier Gelehrten in den Möglichkeiten von Zuordnung und Trennung aufeinander zu beziehen und mit einer solchen impliziten Synopse zum Teil erstaunliche Korrelationen vorzunehmen. Es handelt sich um Paul Barth (1858-1922), Carl Weiss (1893-1974), Rudolf Lochner (1895-1978) und Karl Mannheim (1893-1947). Die vier Forscher waren auch in pädagogischen Funktionen tätig; Karl Mannheim wurde erst nach seiner Emigration aus Deutschland Professor der Pädagogik an der London School of Economics. Die übrigen haben, ohne ein solches zeitgeschichtliches Schicksal zu erleiden, an Institutionen ihrer Heimat forschen, lehren und erziehen dürfen.

In seinem Topoi des Zusammenhanges von Erziehung und Gesellschaft (220ff.) arbeitet Brinkmann heraus, wie das sogenannte »Homo-duplex-Theorem« — bereits in der großen idealistischen Philosophie vorgeformt — zu Beginn unseres Jahrhunderts von Georg Simmel, Emile Durkheim und George Herbert Mead weiterentwickelt wird. Es besagt, daß »der Mensch als gedoppeltes, Individualität und Sozialität balancierendes und in dieser Balance Identität gewinnendes und riskierendes Wesen erscheint«.

Unter diesem Hauptgesichtspunkt, dem sich einige weitere von ihm abhängige zuordnen lassen, vollzieht Brinkmann nun eine im ganzen höchst fesselnde Analyse der Positionen seiner vier Protagonisten in der Geschichte der Pädagogischen Soziologie in Deutschland, indem er deren weitgespanntes Werk unter mannigfachen Variationen einander zuordnet, um die kategoriale Klärung wesentlicher Beziehungsmuster der in Rede stehenden beiden Disziplinen zu betreiben.

Es besteht kein Zweifel, daß es sich bei diesem Werk um einen fundamentalen Beitrag zur interdisziplinären Verständigung handelt, der sich durch Originalität, ausge dehntes Quellenstudium und methodische Exaktheit kennzeichnet. Für die deutsche Erziehungswissenschaft schließt der Beitrag die Herausforderung ein, auf weiteren Feldern ihres Wirkens die Rekonstruktionsarbeit zu intensivieren, sich der eigenen Überlieferung kritisch zu versichern. Das scheint gegenwärtig besonders geboten, da der Historikerstreit von 1986 über die Bewertung der deutschen Zeitgeschichte nun auch auf die Pädagogik übergreift und etwa die Frage nach Kontinuität bzw. Diskontinuität der faschistischen Epoche aufwirft.

Aus der Studie Brinkmanns ergibt sich als eine wichtige Einsicht, daß die pädagogische und die soziologische Betrachtungsweise des gesellschaftlichen Charakters von Erziehung nicht zu einer Unterordnung der einen unter die andere Disziplin führen darf, sondern daß sich die beiden sozialwissenschaftlichen Erkenntnisrichtungen ihrer genuinen Begriffe und Forschungsziele um so nachhaltiger versichern müssen, je mehr sie dem Gedanken der Interdisziplinarität des Erkennens näher-treten wollen. — Brinkmanns Würzburger Habilitationsschrift verdient Aufmerksamkeit. Winfried Böhm hat sie in die von ihm herausgegebene Reihe »Internationale Pädagogik« aufgenommen. So wird zum Ausdruck gebracht, daß die Abstimmungsversuche über Forschungsansätze in konvergenten Interessenbereichen nicht auf die zufälligen politischen Grenzen beschränkt bleiben, sondern heute globaler Perspektiven bedürfen.

Hans-Jochen Gamm (Darmstadt)

Mundt, Jörn W.: Die Bildung der Herrschaft und die Herrschaft der Bildung. Über das Bildungswesen in Deutschland. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1987 (348 S., br., 58,- DM)

Das Buch ist entstanden aus Einführungsvorlesungen in die Bildungssoziologie. Es leistet das, was nach herkömmlichen Vorstellungen gute Einführungsveranstaltungen leisten sollen: eine informative und verständliche Übersicht. Mundt informiert über die historische Entwicklung und den gegenwärtigen Zustand des öffentlichen Bildungswesens in der Bundesrepublik. Er informiert über die Entwicklung und Entwicklungstendenzen des Bildungswesens im allgemeinen und über Kindergärten, die Gesamtschule, die berufliche Bildung, Universitäten und Hochschulen im besonderen, über den Verlauf der »Bildungsreform«, über Probleme des Übergangs von der Grundschule zu weiterführenden Schulen und über politische Bildung.

Organisierendes Prinzip seiner Darstellung ist der Nachweis, daß Bildung soziale Ungleichheit reproduziert und festigt. Offene Fragen tauchen nicht auf, auf unge löste theoretische Probleme findet sich kein Hinweis — in Einführungsveranstaltungen wird eben nur »gesichertes« Wissen vermittelt. Bei mir führte dieser Gewißheitsduktus zur Ermüdung. Ich wußte bald, was mich im nächsten Kapitel erwartet: der Nachweis — ohne Wenn und Aber —, daß (Hoch-)Schule, daß Bildung Herrschaft reproduziert. Empfehlen kann ich das Buch all denen, die einen gedrängten sachkundigen Überblick über die Entwicklung und die gegenwärtige Situation des öffentlichen Bildungswesens in der Bundesrepublik suchen.

Norbert Franck (West-Berlin)

Bolder, Axel, und Klaus Rodax (Hrsg.): Das Prinzip der auf(ge)hobenen Be lohnung. Die Sozialisation von Arbeiterkindern für den Beruf. Verlag Neue Gesell schaft. Bonn 1987 (287 S., br., 44,- DM)

Das sozial-liberale bildungspolitische Konzept der »Chancengleichheit« ermög lichte vielen Arbeiterkindern, Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre Bildungswege einzuschlagen, die ihnen bis zu diesem Zeitpunkt in der Regel ver schlossen waren. Als Reaktion auf diese Öffnung verfolgt die konservative Wende politik seit dem Ende der siebziger Jahre das Ziel, den Arbeiterkinderanteil in Gym nasien und Hochschulen wieder zu senken, ohne dabei auf nennenswerten Wider stand der betroffenen Bevölkerungsschichten zu stoßen.

Der vorliegende Sammelband, eine Veröffentlichung der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD), enthält Untersuchungsergebnisse über den Bildungsprozeß von Arbeiterkindern in der Schul- und Berufsschulausbildung, der Berufswahl und Berufseinmün dung. Die Autoren bemühen sich, mit umfangreichem statistischem Material das Konzept »Chancengleichheit« und das Reformmodell »Gesamtschule« zu rechtfertigen. So stellen sie fest, daß Elternwünsche, schulische Empfehlungen und faktische Übergänge in weiterführenden Schulen normalerweise Arbeiterkinder auf zweierlei Weise benachteiligen: a) durch Lehrerempfehlungen und b) durch das zu geringe Selbstbewußtsein der Arbeitereltern gegenüber der Schulentscheidung.

Rodax und Spitz weisen nach, daß die Hauptschule zur »Restschule« herabsinkt, während die »mittlere Reife« längst notwendige Voraussetzung für den Übergang in den Beruf geworden ist. Sie fordern eine Integration von Haupt- und Realschule. Ein halbes Dutzend Artikel behandeln den Übergang von der Schule in den Beruf und in die Hochschule. Sie machen deutlich, daß Arbeiterkinder generell benachteiligt sind. Eine Gruppe von Autoren (Krais, Hoerning und Funke) faßt die Ergebnisse einer Befragung von Stidendiäten der Hans-Böckler-Stiftung des DGB zusammen. Sie be legen, daß das bei dieser Gruppe besonders häufig anzutreffende gesellschaftspoliti-

sche Engagement eine wesentliche Bedingung für den Bildungsaufstieg ist. Der Autor des letzten Beitrags ermahnt Landes- und Kommunalpolitiker, auf Grund von kommunalpolitischen Untersuchungen bei Gründungen von Gesamtschulen von unten nach oben vorzugehen und nicht umgekehrt, um unnötige Elternproteste zu vermeiden.

Das Buch enthält eine umfangliche Datensammlung über Chancennachteile von Arbeiterkindern, vor allem über Töchter aus Arbeiterfamilien. Leider fehlen bildungspolitische Ideen für eine neue sozialdemokratische Bildungsoffensive als Alternative zur derzeitigen konservativen Politik sowie eine kritische Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der von den Sozialdemokraten initiierten und letztendlich gescheiterten Bildungspolitik.

Eberhard Göbel (West-Berlin)

Nickel, Horst (Hrsg.): Sozialisation im Vorschulalter. Trends und Ergebnisse institutioneller Erziehung. Edition Psychologie, VCH Verlagsgesellschaft, Weinheim 1985 (203 S., br., 56,- DM)

Dieses Buch ist der vierte Band der Reihe »Ergebnisse der Pädagogischen Psychologie«, die inzwischen vom Verlag für Psychologie Dr. Hogrefe, Göttingen, übernommen worden ist. Erklärtes Ziel ist es, »die gegenwärtige pädagogisch-psychologische Diskussion sowie den erreichten Stand der Erforschung einer institutionellen vorschulischen Sozialisation zusammenzufassen und zur bisherigen Entwicklung in Bezug zu setzen« (VII). Generell sollen die Arbeiten der Reihe versuchen, »traditionelle Grenzen zwischen der Pädagogischen Psychologie und anderen Teilbereichen aufzuheben« (V).

Das vorliegende Buch gliedert sich in vier Teile. Im ersten erfährt man überblicksartig etwas über die vorschulische Erziehung (durchweg beschränkt auf die Drei- bis Sechsjährigen) in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz. Nach Nickel ist die sozialfürsorgerische und schulvorbereitende Ausrichtung der Kindergartenerziehung überholt, diese habe einen eigenständigen Sozialisationsauftrag. Explizit offen legt er ihn nicht. Die frühere Gegenüberstellung von kognitiver Förderung und sozial-emotionaler Entwicklung sei zugunsten einer synergischen Einheit überwunden. Das wird gleichermaßen auch von der Grundschulpädagogik betont, ist also nicht spezifisch. Herkömmlich diene der Kindergarten der Verwahrung, sein Arbeitsstil war schematisch festgelegt. Heute werde eine »differenzierende, auf unterschiedliche Bedürfnisse und Fähigkeiten einzelner Kinder eingehende pädagogische Praxis« (8) angestrebt, die sinnvollerweise mit dem Elternhaus kooperiert. Ungelenk berichtet, daß die Zahl der Eltern-Kind-Initiativen stagniert oder leicht rückläufig ist, ein Nord-Süd-Gefälle existiert, ebenso ein Trend zum Engagement von Berufserziehern. Die Beiträge zur Kindergartenpädagogik in Österreich und der Schweiz sind unterschiedlich interessant, sie scheinen primär verkaufsstrategisch bedingt. Inhaltlich und bei dem von Nickel beklagten Forschungsstand wäre ein Vergleich mit der DDR lohnender gewesen.

Im zweiten Teil sind sozial-psychologische Untersuchungen zum Interaktions- und Kommunikationsverhalten von Kindergartenkindern referiert. Sie korrigieren traditionelle normative Vorstellungen einer Stufenfolge sozialer Teilnahme hin zu setting-bezogenem Verhalten (49ff.) und geben den Blick auf die Gruppenstruktur frei.

Im dritten Teil werden Studien zum Erziehverhalten vorgestellt. Nickel führt mit einem Überblick ein. Er stellt fest, daß große Lücken in der Forschung bestehen, alle vorgängigen Modellversuchsauswertungen Erziehverhalten unberücksichtigt ließen (93, 97). In Anlehnung an frühe Arbeiten von Tausch u.a. ist jüngst das Erziehverhalten isoliert untersucht worden. Die Ergebnisse weisen selbst in Eltern-

Kind-Initiativen einen hohen Anteil von Lenkung oder Laissez-faire und emotionaler Neutralität und nur einen geringen Anteil an Ermutigung, Anregung und sozial-emotionaler Zuwendung auf; entsprechend verhalten sich die Kinder (103f., 114ff., 130ff.). Angesichts der erklärten Bildungs- und Erziehungsziele spiegelt die Empirie eine »im ganzen doch ernüchternde Kindergartenrealität« (121) wider.

Im vierten Teil werden Konsequenzen gezogen: Die Aus- und Weiterbildung der Erzieher soll verbessert werden. Hierzu werden einige grundsätzliche Orientierungen vorgelegt, die sich an einschlägige psychologische Verfahren anlehnen. Bedarfserhebungen oder Vorstellungen von Fachverbänden oder Gewerkschaften kommen nicht zur Sprache.

Das Buch gibt insgesamt pädagogisch-psychologische Arbeiten zur Erziehung und Entwicklung im Kindergarten wieder. Eine Grenzüberschreitung findet lediglich zur Sozialpsychologie hin statt. Die Interaktion in der Kindergartengruppe und die erzieherische Interaktion stehen im Mittelpunkt, der praktischen Kompetenz des Erziehers wird konsequenterweise besonderes Gewicht beigemessen. Dies deutet auf ein problematisches Selbstverständnis pädagogischer Psychologie hin. Von Sozialisation in gesellschaftlichem und interdisziplinärem Sinne ist so gut wie nicht die Rede, der Titel ist also irreführend. Wichtige aktuelle Fragestellungen, wie die Integration von Ausländern und Behinderten etwa, werden nur am Rande gestreift. Mit Gewinn ist das Buch vorwiegend für diejenigen zu lesen, die in ähnlichen Forschungszusammenhängen arbeiten.

Josef A. Rohmann (Lippstadt)

Arbeitsgruppe Pädagogisches Museum (Hrsg.): Ich bin kein Berliner. Minderheiten in der Schule. 2 Bde., Selbstverlag, West-Berlin 1987.
(je 192 S., br., je 12,- DM)

Von Oktober bis Dezember 1987 war in West-Berlin die Ausstellung der Arbeitsgruppe Pädagogisches Museum »Ich bin kein Berliner« zu sehen. Sie zeigte für den Zeitraum vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart die Schulgeschichte von acht Minderheiten in Berlin und Preußen. Die beiden vorliegenden Bände dokumentieren die Forschung, die der Ausstellung voranging.

Der erste Band enthält vier Beiträge. Norbert Franck geht der (Schul-)Geschichte der Sinti und Roma in Berlin/Preußen nach, Ilona Wiese-Zeuch stellt die Entwicklung der böhmischen Schulen in Berlin dar, Eckart Birnstiel behandelt das Schulwesen der Hugenotten, Tatjana Chahoud berichtet über die Bildungs- und Schulsituation der polnischen Minderheit. Im zweiten Band zeichnet Klaus Wiese die Entwicklung der Schulen russischer Emigranten nach, Rita Weber dokumentiert die Geschichte des öffentlichen und privaten katholischen Schulwesens und Jörg Fehrs untersucht die Entwicklung jüdischer Erziehung und des jüdischen Schulwesens von 1671 bis 1942.

Alle Beiträge fördern bislang unbekannte (schul-)geschichtliche Quellen ans Tageslicht. Das macht die Stärke der beiden Bände aus. Ein Mangel ist, daß auf den Versuch verzichtet wurde, die Beiträge zu bilanzieren. Ein schulhistorisches Resümee und/oder die Herausarbeitung des Ertrags der sieben Aufsätze für die Diskussion über Minderheiten hätte den beiden Bänden mehr Gewicht gegeben. Gleichwohl sind sie für Schulhistoriker/innen und für diejenigen, die über Minderheiten, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus arbeiten, eine wichtige Materialquelle. Die Bände sind zu beziehen über: Redaktion M & M, Rita Weber, Lefèvrestraße 11, 1000 Berlin 41.

Christiane Tillner (Bonn)

Geschichte

Kocka, Jürgen (Hrsg.): Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich. Oldenbourg Verlag, München 1986 (342 S., Ln., 88,- DM)

Ein verdienstvolles Buch aus der Reihe des Historischen Kollegs, eine Art deutsches »Institute for Advanced Studies«, ist anzuzeigen: Ein Sammelband, der sich wie ein Who's Who der europäischen und amerikanischen Geschichtswissenschaft liest. Hervorgegangen ist er aus der abschließenden Konferenz, die jeder Stipendiat des Kollegs — in unserem Fall Jürgen Kocka — abzuhalten hat. Doch dies ist nur der formale Rahmen. Wissenschaftlich einzuordnen ist dieses Buch in die Diskussion um den »deutschen Sonderweg«. Dabei handelt es sich, grob verkürzt, um die Erklärung eines besonderen deutschen Weges im 19. und 20. Jahrhundert, der schließlich in den deutschen Faschismus führte. Als Vergleich dienten hierzu vor allem England und Frankreich als quasi Normalstaaten bürgerlicher Demokratie, denen gegenüber in Deutschland Feudalisierungstendenzen und ein Defizit an Bürgerlichkeit festgestellt wurde. Diese Theorie wurde insbesondere von konservativer Seite, aber auch von englischen Neomarxisten (Blackbourn/Eley) angegriffen, die dies als »Mythen deutscher Geschichtsschreibung« kritisierten. Die Bielefelder Vertreter der Sonderwegstheorie haben darauf repliziert, meist in polemischem Stil, aber sie haben auch konsequent weitergearbeitet. Die Konsequenz liegt weniger im Festhalten an eigenen Überzeugungen, als vielmehr in ihrer Überprüfung. Einen gewichtigen Beitrag dazu stellt dieses Buch dar. Die 23 Beiträge sind von unterschiedlichem Niveau, was nicht zuletzt an der Struktur der Vorträge liegt. Einen Teil davon stellen die eigentlichen Referate (10), die anderen sind die Kurzkomentare dazu. Als Beispiel sei nur das I. Kapitel »Klassenbildung und Klassenverhältnisse: Bürger und Arbeiter 1800-1914« genannt, an dem sich auch die Bandbreite der Mitarbeiter ablesen läßt. Hierin schildert Hans-Ulrich Wehler, einer der Hauptvertreter der Sonderwegstheorie, »Bürger, Arbeiter und das Problem der Klassenbildung 1800-1870« im internationalen Vergleich. Im Koreferat nimmt sich Vernon Lidtke desselben Problems an, nur im Zeitraum von 1870 bis 1914. Kommentiert werden die Beiträge von Thomas Nipperdey, dem liberalkonservativen Gegner der Sonderwegstheorie, und von Jürgen Kuczynski, dem Nestor der orthodox marxistischen Historiographie in der DDR. Wehlers Aufsatz stellt die Einlösung seiner früheren Postulate dar (vgl. ders., Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, Göttingen 1979). Er nimmt dabei eine Kategorisierung des Bürgertums und der Arbeiterklasse vor, warnt vor dem voreiligen Gebrauch des Terminus »bürgerliche Gesellschaft« und fordert abschließend, neben der Makroanalyse (Gesellschaft) die Mikroanalyse der Binnenstruktur der einzelnen Klassen nicht zu übergehen.

Zeitlich und methodisch schließt sich Vernon Lidtke an. Seine Grundthese ist die Herausbildung von mehreren Arbeiterklassen, die trotz der politischen Repression des Kaiserreichs nebeneinander und nicht als eine Klasse entstanden. Dem widerspricht aus hegelianisch-marxistischer Sicht Jürgen Kuczynski. Er gesteht zwar der methodischen Trennung ihre Legitimität zu, beharrt aber auf der Unterscheidung von »Klasse an sich« (objektiver ökonomischer Prozeß) und »Klasse für sich« (Klassenbewußtsein). Nipperdey dagegen betont, im Gegensatz zu seiner früheren Kritik an Wehler, die Gemeinsamkeiten des Bürgertums an Normen und Idealen in Familie, Arbeit und Kultur. In diesem ersten Kapitel zeigt sich beispielhaft, wie die gegenseitige Durchdringung »herrschaftsfreier Diskussion« den Fortschritt der Wissenschaft ermöglicht.

Die anderen Kapitel, II. »Kontakte in Bildung, Religion und Kultur«, III. »Kontakte im beruflichen und privaten Alltag«, IV. »Kontakte und Konflikte in Öffentlichkeit, Politik und Recht«, sind von entsprechend hoher Qualität. Das Spektrum der Themen reicht von Bildung (»Bürgerliche Hegemonie und proletarische Emanzipation« von Rudolf Vierhaus) über den exzellenten Beitrag von Josef Mooser über die konfessionellen Arbeitervereine zu den Vergleichen in der Arbeiterpolitik vor allem mit Frankreich (H.G. Haupt) und den Vergleich in der Rechts- und Sozialpolitik mit England (J. Reulecke und J. Breuille). Beispiele aus Polen und Osteuropa (A. Zarnowska, G. Ranki, J. Koralka) erweitern die Diskussion erstmals um diese ostmitteleuropäische Dimension. Abschließend faßt Jürgen Kocka die Ergebnisse zusammen. Das Säurebad des Vergleichs hat eine Relativierung und zeitliche Eingrenzung der Theorie des Sonderwegs notwendig gemacht. Für das 19. Jahrhundert wird man sich einer anderen Kategorisierung bedienen müssen, während man zur engeren Erklärung des deutschen Faschismus an der Sonderwegstheorie festhalten kann. Auch die Idealisierungen der Politik Englands und Frankreichs wird man aufzugeben gezwungen sein, denn keineswegs waren diese liberalbürgerlichen Staaten toleranter gegen die Arbeiterbewegung, wie die Beiträge von Haupt und Breuille nachweisen. Vieles wäre noch zu notieren an diesem wichtigen, gut ausgestatteten Buch, von dem allerdings die große Öffentlichkeit wegen des prohibitiven Preises wenig Notiz nehmen wird.

Rolf Rieß (München)

Mühlberg, Dietrich: Proletariat. Kultur und Lebensweise im 19. Jahrhundert. Böhlau Verlag, Wien 1986 (274 S., Ln., 84,- DM)

Nachdem die Befassung mit der Organisationsgeschichte der Arbeiterbewegung einigermaßen erschöpfend erfolgt war, entwickelte sich im Gefolge von Jürgen Kuczynski, Hartmut Zwahr, Sigrid und Wolfgang Jacobeit u.v.a. unter Historikern der Blick für die vielfältigen Verschränkungen von materieller Alltagskultur, politischen und ideologischen Artikulationsformen der Arbeiterklasse, von deren ökonomischen und kulturellen Überlebensstrategien usf. Der Begriff »Lebensweise« hat sich hierin als Chiffre für den proletarischen Re/Produktionszusammenhang, bestehend aus Ernährung, Wohnen, Mobilität, Aus/Bildung usw., etabliert.

Im vorliegenden Band gelingt es auf populäre und ob der zahlreichen bildlichen Darstellungen auf eine geradezu sinnliche Weise, die Vernetzung von Lohnarbeit und sämtlichen Ebenen individueller und kollektiver Reproduktion darzustellen. Aus stets wechselnder Perspektive zeichnet Mühlberg die Herauslösung der Arbeitskraft auf feudalen, persönlichen Abhängigkeitsbeziehungen, die Entwicklung der Proletarierfamilie über mehrere Generationen hinweg und die Entwicklung des »vierten Standes« von der Klasse *an* sich zur Klasse *für* sich im Jahrhundert der Industrialisierung nach. Wie komplex sich in der »ursprünglichen Akkumulation« das Lohnarbeitsverhältnis gesellschaftlich durchsetzte, skizziert Mühlberg anhand rigoroser Arbeitszeitpolitiken wie der Abschaffung des blauen Montags, der Disziplinierung der Arbeitsfähigen in Arbeits- und Zuchthäusern, repressiven Fabrikordnungen u.a.m. Gleichzeitig aber, und dies zeigt Mühlberg sehr »griffig«, war die »gewaltförmige Salarisierung« bzw. der Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft, auch Voraussetzung für Produktivkraftfortschritt und materielle Teilhabe der Arbeiterklasse. »Ambivalenz« ist der Schlüsselbegriff: obgleich der Konsum in der Fülle der Warenwelt das zentrale Moment der Integration der Arbeiterklasse darstellt, spiegelt sich in ihm auch ein emanzipatorisches Potential, nämlich die Aneignung der Natur und deren Reichtümer durch diejenigen, die sie bearbeiten. Die Eisenbahn z.B. ist nicht bloß als Mittel der Verdichtung kapitalistischer Infrastruktur zu verstehen, sondern auch

als Möglichkeit der Ortsveränderung, erhöhter Mobilität und der Erweiterung des (politischen) Horizontes. Eisenbahn, Straßenbahn und Fahrrad erhöhten die Chancen am Arbeitsmarkt und eröffneten die Möglichkeit, das arbeitsfreie Wochenende vielfältiger zu gestalten.

In eben diesem Sinne boten Zeitmessungsinstrumente, die einerseits zur Arbeitsdisziplinierung genutzt wurden, andererseits Möglichkeiten einer effizienteren Organisation der Reproduktion der Lohnarbeitskraft. Die Urbanisierung war nicht nur Ursache von Wohnungsnot, subproletarischem Elend und unhygienischen Lebensverhältnissen, sondern hatte auch den Bau städtischer Mietskasernen, die Entstehung kooperationsfähiger Lohnarbeitermassen zur Folge, bot Möglichkeiten politischer Organisation und Klassenauseinandersetzung. Erst in industriellen Ballungszentren waren die Voraussetzungen für einen Kampf um materielle und sozialkulturelle Teilhabe, der sich vorerst an bürgerlichen Leitwerten orientierte, gegeben. Erst die Multifunktionalität der Stadt ermöglichte es qualifizierten Arbeitern, die Affinität zur bürgerlichen Lebensweise umzusetzen, ihre Reproduktion fast ausschließlich über den Warenmarkt abzuwickeln und an den entlastenden Effekten höherer Arbeitsteiligkeit bzw. der »Vergesellschaftung von Reproduktionsfunktionen« teilzuhaben. In diesem Verständnis beinhaltet auch die Durchsetzung rechts-normativ-geleiteter Verhaltensweisen, die über die Etablierung des Eigentumsschutzes und privatautonomer Vertragsfreiheit Eingang in die Alltagspraxis fanden, die gleichzeitige Instrumentierung des Rechts im proletarischen Kampf gegen Ausbeutung und polizeistaatliche Repression.

Mühlberg zeigt die Entwicklung einer autonomen Lebensweise und eines Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse ausgehend vom Kampf um materielle Teilhabe, der Entwicklung adäquater Widerstandsformen, über die Übernahme und Umdeutung bürgerlicher Lebensformen bis hin zur Entwicklung einer eigenständigen proletarischen Kultur, ablesbar an Musik, Literatur, Fotografie, Sport usw. Diese »Selbstvergewisserung« wuchs mit der Zahl der Arbeiter und der Erhöhung der durchschnittlichen Qualifikation aus den Widersprüchen der Urbanisierung und mündete in die Etablierung einer proletarischen Gegenöffentlichkeit in Massenorganisationen, auf Parteitag und in eine eigenständige, dem Kapital weitgehend entzogene (Konsumgenossenschaften usw.) Lebensweise.

Mit dem »reformistischen Zusammenbruch« der meisten Arbeiterparteien am Vorabend des Ersten Weltkriegs endet der Band, nicht ohne Hinweis darauf, daß die besprochene Entwicklung ihre adäquate Fortsetzung in und nach der Oktoberrevolution gefunden hat.

Nikolaus Dimmel (Salzburg)

Jäckel, Eberhard, und Jürgen Rohwer (Hrsg.): Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1985 (252 S., br., 28,- DM)

Der Band enthält die Referate und Diskussionsbeiträge eines wissenschaftlichen Kongresses, der 1984 — also noch vor den revisionistischen Schamlosigkeiten Noltes u.a. — in Stuttgart stattfand und vom Historischen Institut der dortigen Universität, von der Bibliothek für Zeitgeschichte und vom Komitee der BRD in der Internationalen Gesellschaft für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges ausgerichtet wurde. Ziel der Tagung war es, den Worten Jäckels zufolge, eine Antwort zu finden auf die Frage, »wie, wann und wo, gegebenenfalls von wem ... die Entschlüsse gebildet worden sind, die europäischen Juden ... zu töten« (11) und in welcher Reihenfolge und mit welchen Methoden dies vor sich ging. Der Frage entsprechend konnte es nicht ausbleiben, daß mit geradezu kriminalistischer Akribie nach Form(en) und

Zeitpunkt(en) der Mitwirkung Hitlers an dem monströsesten Verbrechen der Menschheitsgeschichte gefahndet wurde. — Um so mehr, als David Irving, auf den im Kongreßbericht allerdings nur zweimal ausdrücklich Bezug genommen wird, vor rund zehn Jahren die groteske Behauptung aufgestellt hat, »der Führer« habe bis 1943 von der Judenvernichtung nichts gewußt. Bestand hierüber, nämlich über das Wissen Hitlers um die Massenmorde, unter den Tagungsteilnehmer/innen kein Dissens, so unterschieden sie sich um so deutlicher bei der Beantwortung der Frage, ob ein direkter Weg vom NS-Parteiprogramm aus dem Jahre 1920 zum Vernichtungslager Auschwitz führte, ob es einen »Führerbefehl« gab, mit dem die »Endlösung der Judenfrage« angeordnet wurde, und wann der Entschluß zur Ermordung der europäischen Juden (von wem auch immer) gefaßt wurde.

Trotz der Präsentation zahlreicher Quellen kam die Tagung schon hinsichtlich der letztgenannten Frage zu keinem Ergebnis. Während Helmut Krausnick (»Hitler und die Befehle an die Einsatzgruppen im Sommer 1941«, 88-106) meinte, den Einsatzgruppen sei bereits vor dem Überfall auf die UdSSR — also vor dem 22. Juni — ein umfassender Mordbefehl erteilt worden, sprach sich Alfred Streim (»Zur Eröffnung des allgemeinen Judenvernichtungsbefehls gegenüber den Einsatzgruppen«, 107-119) für die Existenz mehrerer Einzelanweisungen aus, die den Mördern erst zwischen Ende Juli und Ende August bekanntgegeben worden seien. Diese Debatte und eine leidige Diskussion über die korrekte Zahl der Todesopfer ziehen sich, zählt man die ebenfalls hierher gehörenden Beiträge von Karl A. Schleunes (»Nationalsozialistische Entschlußbildung und die Aktion T 4«, 70-83) und Raul Hilberg (»Die Aktion Reinhard«, 125-136) sowie die daran sich anschließenden Diskussionen hinzu, über fast ein Drittel des Buches hin. Als geradezu befreiend hat der Rezensent deshalb den Protest des Tel Aviver Kongreßteilnehmers Yehuda Wallach gegen die »langwierigen, zuweilen haarspalterischen Diskussionen über Details« empfunden: »Macht es vor dem Hintergrund, daß Menschen massenweise umgebracht wurden, wirklich einen Unterschied, ob dies am 1. Juni oder am 14. geschah? Oder ist die Kontroverse, ob in Auschwitz zwei Millionen Juden umgebracht wurden oder 'nur' eine Million, in diesem Rahmen entscheidend?« (228)

Interessanter, auch ergiebiger, sind dahingegen die Erörterungen darüber, ob die physische Vernichtung *der* Juden von Anbeginn der nationalsozialistischen Partei an beschlossene Sache war, und ob es hierzu später einen ausdrücklichen »Führerbefehl« gegeben hat. Diese Debatte wurde im wesentlichen von den »Funktionalisten« (Martin Broszat, Hans Mommsen u.a.) auf der einen und den »Intentionalisten« (Eberhard Jäckel, Saul Friedländer, Yehuda Bauer u.a.) auf der anderen Seite bestritten. Die Kontroverse konzentrierte sich im großen und ganzen auf die Frage, ob der Prozeß der Judenvernichtung in Gang kam oder von jemandem in Gang gesetzt wurde. Während die Funktionalisten der Ansicht sind, Auschwitz habe am Ende eines nicht zentral gelenkten, gleichsam automatisch ablaufenden Prozesses der Radikalisierung und Barbarisierung gestanden, unterstellen die Intentionalisten eine direkte Umsetzung von Weltanschauungsinhalten in praktische Politik und beharren folglich darauf, Hitler habe — wenn auch wahrscheinlich nur mündlich — persönlich und explizit die Vernichtung des europäischen Judentums angeordnet. Die jeweiligen Extrempositionen vertreten Mommsen, der meinte, Hitler habe sich »hinter dem in Gang befindlichen Vernichtungsprozeß« versteckt (66), und der sich sogar darauf einließ, auf die Frage, »ob die Eskalation so weit vorangeschritten war, daß es ohne Hitler ging«, mit »ja« zu antworten (193), und Bauer, der unter Bezugnahme auf den Göring-Brief an Heydrich vom 31. Juli 1941 forderte, »die Auffassung, daß wir einen schriftlichen Führerbefehl nicht haben, ... teilweise« zu revidieren, weil »eine Ver-

sion des Führerbefehls« (172) vorliege. Die Verwirklichung des Mordprogramms wird nicht nur in den Berichten über die Einsatzgruppen dargestellt, sondern auch in eindrucksvollen Referaten über die Entstehung und Funktionsweise der Lager Chelмно, Sobibór, Belzec, Majdanek und Auschwitz, unter denen der kurze Beitrag Gitta Serenys über Treblinka (157-160) wegen seiner Eindringlichkeit herausragt. Leider wird die Frage, was der deutsche Durchschnittsbürger von dem Geschehen wußte und hätte wissen können, nur am Rande behandelt. Angesichts der Tatsache, daß die gängige Lüge vom Nichtwissen und daher auch Nicht-Handeln-Können nun schon von den Großeltern und Eltern an die Kinder und Enkel vererbt wird, wäre ein dieser Thematik gewidmeter Diskussionsblock sicher von Gewinn gewesen. Geradezu ärgerlich ist in diesem Zusammenhang, daß die Mitwirkung von Teilen der regulären Wehrmacht an den Mordaktionen völlig ausgeklammert wurde. Wer sollte da geschont und geschützt werden?

Stefan Bajohr (Düsseldorf)

Gossweiler, Kurt: Aufsätze zum Faschismus. Mit einem Vorwort von Rolf Richter. Akademie-Verlag, Berlin/DDR 1986 (724 S., Ln., 30,- DM)

Nicht erst die fünfziger, schon die dreißiger Jahre kannten den Begriff des deutschen »Wirtschaftswunders«, seinerzeit zuweilen als propagandistische Umschreibung der Rüstungskonjunktur benutzt. Ein junger Kommunist, der gerade sein Volkswirtschaftsstudium an der Berliner Universität begonnen hatte, griff 1938 in einem Papier für seine illegalen Genossen die Wundermetapher auf und entmystifizierte mit nüchternen, trockenen Zahlenkolonnen die Schuldenmacherei des NS-Regimes, und ebenso klar benannte er den anvisierten »Ausweg«, den Krieg, mit dem Satz schließend: »Wer aber bei diesem Experiment in Stücke gerissen wird, die Führer oder die Genasführten, das wird die Zukunft zeigen.« (690) Der junge Kommunist war Kurt Gossweiler, seit langem einer der bekanntesten Faschismusforscher in der DDR, dessen Thesen über die Konkurrenzüberschneidungen »monopolistischer Interessengruppen« von Industrie und Banken im *Argument* verschiedentlich diskutiert wurden (vgl. zuletzt die Rezension in *Argument* 147/1984). Die hier gesammelt vorliegenden, meist bereits veröffentlichten 21 Aufsätze, von Rolf Richter mit einer knappen biographischen Einführung und Einordnung der Arbeiten Gossweilers in die Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft versehen, umspannen vornehmlich die beiden letzten Jahrzehnte, enthalten als Anhang aber auch jene zitierte »Wirtschaftswunder«-Ausarbeitung von 1938.

Zwei Schwerpunkte bestimmen die Aufsätze: Einmal die nimmermüde Durchleuchtung aller Freundschaftsbindungen, Zweckbündnisse und sonstiger Allianzen sowie die Analyse von Gegensätzen im Geflecht der Politiker und Wirtschaftskapitäne der Weimarer Zeit und des »Dritten Reiches«, wobei die relative Autonomie politischer Meinungsbildung und Positionen angesichts, mitunter fragwürdiger, bruchloser Ableitung aus ökonomischen Interessen nahezu verschwindet. Unberührt von theoretisch-methodischer Kritik bleibt aber der empirische Wert dieser Studien hervorzuheben, vornehmlich für die entscheidenden Krisenjahre 1930/34 — über einzelne Interpretationen läßt sich natürlich streiten.

Zum anderen wendet sich Gossweiler in den letzten Jahren verstärkt der komparatistischen Faschismusanalyse zu und versucht, sowohl länderübergreifend (z.B. Deutschland — Österreich) wie phasenvergleichend den Faschismusbegriff zu fundieren. Welche Probleme in diesem schwierigen Feld auftraten, wurde bereits vor einigen Jahren in einem Sammelband von Eichholtz/Gossweiler ersichtlich (vgl. die Rezension in *Argument* 125/1981). Nicht zuletzt resultieren diese wohl daraus, daß Untersuchungen des Verhältnisses von ökonomischen Interessen und politischen

Optionen in der Art und Dichte des Gossweilerschen Monopolgruppen-Ansatzes, wie er für die Zwischenkriegszeit erprobt wurde, für die Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg vor allem wegen der weitaus komplizierteren (auch internationalen) Zusammenhänge wohl nicht zu leisten sein dürften. Die Aufsätze vermitteln jedenfalls einen guten Eindruck vom Beitrag Gossweilers zum Stand der DDR-Geschichtswissenschaft.

Axel Schildt (Hamburg)

Trommler, Frank (Hrsg.): Amerika und die Deutschen. Bestandsaufnahme einer 300jährigen Geschichte. Westdeutscher Verlag, Opladen 1986 (698 S., Ln., 64,- DM)

Gewiß nicht ohne politische Hintergedanken erklärte der amerikanische Senat das Jahr 1983 zum 300. Gedenkjahr der deutschen Ansiedlung in Amerika. Anlässlich der Jubiläumsfeiern vom 3. bis 8. Oktober 1983 an der University of Pennsylvania in Philadelphia fand eine Konferenz über deutsch-amerikanische Geschichte, Politik und Kultur statt. Aus den insgesamt 47 Vorträgen entstand der vorliegende Sammelband.

Der erste Teil umfaßt Beiträge zur deutschen Einwanderung, zur Regionalkultur der »Pennsylvania Dutch«, zu Aspekten der Ethnizität (»ethnicity«), zur Sprachgeschichte und Sprachsoziologie sowie zu — höchst akademischen — Fragen der deutsch-amerikanischen Literatur.

Unter den weniger fachspezifischen Beiträgen hervorzuheben ist der Aufsatz von Hans L. Trefousse über »Die deutschamerikanischen Einwanderer und das neugegründete Reich«. Er setzt gegenüber der heute vorherrschenden Tendenz, das Bismarck-Reich in Bausch und Bogen als Unglücksfall der deutschen Geschichte zu betrachten, einige historisch notwendige Nuancen. Wir erfahren, daß die vor der Reaktion geflüchteten 1848er-Demokraten — unter ihnen Friedrich Hecker und Carl Schurz — mit Siegesreden und schwarz-weiß-roten Fahnen die Reichsgründung feierten. Gedämpft wurde diese patriotische Erhebung indes zusehends von den illiberalen Tendenzen des Kaiserreichs. Informativ sind auch die Aufsätze über die deutsch-amerikanische sozialistische Kultur, organisiert in den Arbeiter-, Gesangs- und Turnvereinen in Chicago, Milwaukee und New York. Ihre Wortführer fühlten sich ungeachtet aller Attacken auf die Ausbeutergesellschaft doch ihrem »Adoptivvaterland« zugehörig, ja vielfach als »die besten Bürger der Republik« — ein Indiz für die Integrationskraft der Demokratie im kapitalistischen Amerika.

»Amerika und die Deutschen« — in der wechselseitigen Einschätzung der beiden Nationen klappt heute ein gravierendes Mißverhältnis. Ernüchternd wirken die Fakten zur Rolle der deutschen Sprache, Literatur und Kultur in den USA. Im Jubiläumsjahr 1983 lernten gerade noch 1,5 Prozent aller Schüler an den High Schools Deutsch (gegenüber 24 Prozent im Jahre 1915). »Die heutige deutsche Literatur ist dem durchschnittlichen amerikanischen Leser kaum vertrauter als etwa die finnische oder argentinische« (Victor Lange, 578). Von spektakulären Ausnahmen abgesehen — wie etwa die »Blechtrummel« von Günter Grass und die Filme von Werner Faßbinder oder Werner Herzog —, hat deutsche Gegenwartskultur für das amerikanische Publikum nur periphere Bedeutung. Eine vermittelnde Rolle spielen hierbei noch immer die von Hitler vertriebenen deutsch-jüdischen Emigranten. Von den betreffenden Beiträgen im zweiten Teil des Buches seien hier der Aufsatz von Herbert A. Strauß genannt, der eine Fülle von Fakten und Informationen zum jüdischen Exodus nach 1933 präsentiert, sowie der beziehungsreiche Titel »Weder Staat noch Synagoge. Der linke deutsch-jüdische Intellektuelle als repräsentativer Jude« von Paul Breines.

Für die — auch politisch kaum zu unterschätzende — Einseitigkeit der Wahrnehmung liegt die Erklärung in dem historischen Rollentausch — dort der Aufstieg zur Supermacht, hier der Abstieg vom Kaiserreich mit imperialem Glanz zu einem geteilten Land in der Rolle des moralisch belasteten Juniorpartners. In chronologischer Reihung bietet der zweite Teil einen detaillierten Überblick über die von wechselseitigen Sentiments und Stereotypen begleiteten historischen Konstellationen im 20. Jahrhundert. Vor dem Ersten Weltkrieg florierten die deutsch-amerikanischen Beziehungen dank des Ansehens der deutschen Universitäten vornehmlich im akademisch-wissenschaftlichen Bereich. Einen hierzulande wenig bekannten Aspekt der politischen Kultur nach der Jahrhundertwende streift der Harvard-Historiker Charles S. Maier (in seiner Untersuchung der amerikanischen Konzeptionen zur wirtschaftlichen Rekonstruktion Westdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg): Die nationale Effizienz des Reiches, die Kommunalverwaltung, auch der Kathedersozialismus des Vereins für Sozialpolitik inspirierten die amerikanischen Reformer der »Progressive Era«. Auf der zwischenstaatlichen Ebene waren die Beziehungen indes bereits vor dem Ersten Weltkrieg nicht ungetrübt. Schon vor dem Kriegseintritt der USA als absehbare Folge des deutschen U-Boot-Krieges, so Reinhard R. Doerries, drängten die Intrigen von Papens, seinerzeit Botschafter in Washington, das berüchtigte Zimmermann-Telegramm sowie die Zurückweisung von Wilsons Vermittlungsangeboten den amerikanischen Präsidenten zur Parteinahme zugunsten der Entente. Hingegen entwickelte sich in der Weimarer Republik — nicht allein auf Grund der Reparationsproblematik — eine »besondere Beziehung« zwischen den beiden Ländern. Schon vor dem Dawesplan (1924), der Frankreich »mehr oder weniger aufgezwungen« worden sei (so Klaus Schwabe, 370), neigte die amerikanische Politik zur Unterstützung der deutschen Revisionswünsche.

Die anschließenden Beiträge eröffnen eine differenzierte Sicht des Verhältnisses Deutschland—USA seit der Nazi-Ära. Detlef Junker vertritt — in Anlehnung an den linken amerikanischen Revisionismus — die These, der Internationalismus Roosevelts habe konsequent Wilsons »liberal globalism« (freier Weltmarkt, Pax Americana) um die globale Sicherheitskomponente erweitert. Ähnlich argumentiert Hans-Jürgen Schröder. Demgegenüber steht die Auffassung, wonach Roosevelt anfänglich eine »appeasement«-Politik verfolgt (Arnold Offner) und selbst nach Kriegsbeginn es »entschieden vorgezogen habe, die USA aus dem Krieg herauszuhalten« (Gerald H. Weinberg, 397).

Wie stand es mit der Nachkriegsplanung der auf »unconditional surrender« eingeschworenen Amerikaner? Charles S. Maier zufolge zeigte sich Roosevelt »für die jeweils letzte Empfehlung« empfänglich (411). Mit dem Morgenthau-Plan konkurrierten mehrere Denkschulen, von denen ausgerechnet die Geheimdienstleute des OSS um William Donovan einen demokratisch-sozialistischen Wiederaufbau Deutschlands favorisierten. Die Leute um den späteren Militärgouverneur Lucius D. Clay fochten für die Zerschlagung der Konzerne als Vorbeugung gegen den Sozialismus, »der für sie als dem Nazismus einigermaßen verwandt galt« (412).

Den Kern der amerikanischen Nachkriegspolitik, so Wolfgang F. Hanrieder, bildete eine Strategie des »Doppel-Containment« sowohl gegenüber der SU als auch gegenüber der soeben kreierte Bundesrepublik. Diese zweite »besondere Beziehung« Bonn—Washington innerhalb des amerikanischen Systems erfuhr gegen Ende der Ära Adenauer angesichts des amerikanischen Entspannungsinteresses nach der Kuba-Krise eine erste Trübung. Mit Mißtrauen begegnete Washington anfänglich auch den Akteuren der »neuen Ostpolitik«, da man fürchtete, die Bundesrepublik wolle zugunsten der deutschen Einheit den europäischen Status quo aus den Angeln

heben. Entgegen dem Titel des Referats »Amerikanisch-deutsche Beziehungen. Ein Bündnis, das normal geworden ist« registriert Fritz Stern 1983 eine wachsende Entfremdung zwischen den Deutschen und ihrer lange als vorbildlich betrachteten Führungsmacht USA. Nicht nur bei einer wachsenden neutralistischen Minderheit entdecken die Amerikaner Unterschiede in der Perzeption der östlichen Supermacht UdSSR und einen »schleichenden Neutralismus«. Es bestehe die Versuchung, der Eigendynamik der Ostpolitik zu erliegen. Der Grund: »Der Traum von einer vereinigten Deutschen Nation wird nicht verschwinden, ganz gleich, welche Partei an der Regierung ist.« (485) Gegenüber derartigen Besorgnissen zeigten sich die deutschen Gäste Theo Sommer und Kurt Sontheimer bestrebt, den Verdacht des wachsenden »Antiamerikanismus« in Deutschland auszuräumen. Ihre Beiträge in dem Jubiläumsband gehören zu denjenigen, die man getrost überblättern kann.

Herbert Ammon (West-Berlin)

Soziale Bewegungen und Politik

Aly, Götz, u.a.: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik. Rotbuch Verlag, West-Berlin

Band 1: Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren. 1985 (189 S., br., 19,- DM)

Band 2: Reform und Gewissen. Euthanasie im Dienst des Fortschritts. 1985 (198 S., br., 19,- DM)

Band 3: Herrenmensch und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939-1945. 1986 (189 S., br., 19,- DM)

Band 4: Biedermann und Schreibtischtäter. Materialien zur Täter-Biographie. 1987 (208 S., br., 24,-)

Die Vernichtung durch Euthanasie und Arbeit hatte ihre, heute ignorierte, Kehrseite. Sie ist verbunden mit der Entwicklung einer neuen Gesundheits- und Sozialpolitik. Band 1 zeigt, wie die Verminderung der sozialen Lasten mit den Mitteln des Verwaltungsmordes vollzogen wurden. Wie Arbeitsämter, Gesundheitsverwaltungen und Oberbürgermeister sich aktiv an der Tötung beteiligten. Aber dabei blieb es nicht: »Deutschland hatte nie eine jüngere und geistig wendigere Exekutive als in diesen Jahren. Diese Elite räumte mit den »verkrusteten« Strukturen auf und begann, ihre politischen Utopien — etwa die Vorstellung von einer regelrechten Gesundheitspflicht — in die Tat umsetzen. Die Reinigung des »Volkskörpers« von allem Ungesunden, Fremden und Störenden gehörte zu den Träumen der deutschen Intelligenz. Sie verband die Vision von gesellschaftlicher Sanierung mit der Skrupellosigkeit einer naturwissenschaftlich transformierten Aufklärung« (Bd.1, 8). Kleinere Anstalten mit einer inneren Differenzierung, Verkürzung der Liegezeiten, vereinfachte Kostenübernahme, der Aufbau einer ambulanten Versorgung und die systematische Erforschung der Krankheitsursachen — »all das gehörte zu den Selbstverständlichkeiten derer, die den Massenmord nicht als Selbstzweck betrieben« (Bd.2, 7).

Ein Stück Erklärung für die »Fähigkeit« von Ärzten, sich ohne wesentliche Skrupel in Projekte der Lebensvernichtung zu integrieren, liegt auch in den medizinischen Dissertationen. »Es werden ausschließlich Organbefunde beschrieben, ohne jeden Bezug zu den dazugehörigen Krankengeschichten. Zudem ist mit pathologischen Präparaten kein Dialog zwischen Arzt und Patient möglich — lediglich eine monologische Medizin« (Bd.4, 70). Die medizinische Wissenschaft, aber nicht nur diese, hatte keine inneren Grenzen, die vor herrschaftlichem Gebrauch schützten.

Band 2 und 3 belegen, daß die Kriegspolitik ohne die Gesundheits- und Sozialpolitik der Nazis, ohne Euthanasie und Sklavenarbeit, frühzeitig gescheitert wäre. Wollte man die Kriegsvorbereitungen so schnell wie möglich vorantreiben, gab es für die NS-Führung nur zwei Lösungen: Entweder man beschäftigte in erheblichem Maße deutsche weibliche Arbeitskräfte in der Industrie und der Landwirtschaft oder versuchte, Ausländer zur Arbeit nach Deutschland zu zwingen. Die ideologische Fixierung der Frau als Gebärerin und Erzieherin verbaute die erste Alternative. 1937 stellte Göring klar, »daß im Prinzip die Frau der Familie erhalten bleiben und daher nicht arbeiten soll« (Bd.3, 15). Konsequenz war die Versklavung ziviler Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten, zunächst vor allem polnische Mädchen. Auch die Euthanasie schuf Voraussetzungen für die Kriegsführung. So wurden durch den Tod der »Unnutzeren« unter den »nutzlosen Essern« Lebensmittel gespart und das Pflegepersonal entlastet. Alle Ressourcen sollten auf die durch Therapie Reintegrierbaren gerichtet sein — eine kalte, ökonomische Rechnung zur Maximierung der Wehrfähigkeit (vgl. Bd.1, 29). Führende Gesundheitsvertreter wiesen in den vierziger Jahren darauf hin, daß trotz Abganges von Pflegern für den Wehrdienst die Aufrechterhaltung einer friedensmäßigen, therapeutischen Behandlung der leichteren Fälle gewährleistet blieb. Das war eine wichtige Voraussetzung für den »inneren Frieden« in einer so pathologischen Zeit.

Die »Basisnähe« der Vernichtung, die Akzeptanz bei der Bevölkerung, wird insbesondere in Band 4 gezeigt. »Das Täterpotential umfaßte alle Generationen und Berufe. Die Vernichtungsmaschine' unterschied sich nicht grundlegend vom deutschen Gesellschaftsgefüge« (Bd.3, 7). Während der Genozid an den Juden noch verdeckt geschah, vollzog sich der Einsatz der Arbeitssklaven in aller Öffentlichkeit. »Im Bewußtsein der Deutschen war das 'Schicksal' der Juden, Bolschewisten und Untermenschen selbstverständlich. Die Gegensätze Arbeiterklasse/Bourgeoisie, Beamtentum/Partei, Süddeutsch/Norddeutsch, oben/unten usw. sind angesichts der Begeisterung, mit der man bei der Sache war, unwesentlich« (ebd.). Daher muß man sich auch dagegen wehren, den Täterkreis auf die Nazis zu beschränken. »Es scheint, als sei der deutsche Täter kein besonderer Deutscher und als seien KZ-Scherge, Schreibtischtäter oder Mitläufer keine Gegensätze, sondern verwandt in Biographie und Karriere und austauschbar auf jedem Platz ...: Heute Beamter im Innenministerium, morgen beim Kommandostab eines KZ; heute Universitätsdozent, morgen im Dienst des Reichsprotectors; heute Arzt, morgen Gutachter beim Kriegsgericht; heute Forscher im Kaiser-Wilhelm-Institut, morgen in Ausschwitz beim Köpfe-Abschneiden; heute Verkehrspolizist, morgen Kommandant eines Arbeitslagers« (ebd., 8). Das waren die deutschen Karrieren damals. »Die deutsche Intelligenz verlieh dem Haß der kleinen Leute eine Sprache« (ebd.). Worte wie »Untermensch«, »Minderwertiger«, »Volljude«, »Seuchengefahr« halfen bei der persönlichen Rechtfertigung.

Wie wenig wir heute Lehren aus unserer Geschichte gezogen haben, klingt in allen Bänden an. Wie muß die Diskussion um Sterbehilfe heute aussehen? Die damalige Form der Ausgrenzung muß bei jedem neuen Versuch mit aufgenommen werden. Gentechnologie darf nicht ohne die Rassenhygiene der damaligen Herrenmenschen diskutiert werden. Ausländerhaß heute und Ausländerhaß damals haben miteinander zu tun. In den bisher vorliegenden Bänden werden einige Komplexe behandelt: »Der Film 'Ich klage an', propagiert den selbstbestimmten Erlösungstod, gegen ein starres — überkommenes — Gesetz. Er plädiert für größeren individuellen Entscheidungsspielraum und macht die 'Euthanasie', ... zum privaten Problem ... Selbstbestimmung, Entscheidungsfreiheit bauten die ideologischen Brücken zum Massenmord.«

(Bd.2, 7). Und wenn Heiner Geissler damit zitiert wird, daß der individuelle Nutzen einer Versorgungsmaßnahme ab einem bestimmten Aufwand gegen die gesellschaftlichen Kosten abgewogen werden müsse, wenn es um die individuellen Chancen schlecht steht (Bd.1, 13), muß das sehr ernst genommen werden. Die ideologische Vorbereitung zur Euthanasie setzte lange vor 1933 ein, Jahrzehnte vor der ersten Maßnahme.
Michael Kasten (Stuttgart)

Besier, Gerhard, und Gerhard Ringshausen (Hrsg.): Bekenntnis, Widerstand, Martyrium. Vom Barmen 1934 bis Plötzensee 1944. Göttingen 1986, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1986 (430 S., br., 48,- DM)

Wer eine historische Aufarbeitung der Stärken und Schwächen christlichen Widerstands von 1934 bis 1944 erwartet, wird enttäuscht. Ausgeblendet bleibt das einverständige Funktionieren der Kirchen im ideologischen Ensemble faschistischer Herrschaft. Aber ohne eingehende Analyse der Kollaboration gibt es kein Begreifen der Konflikte. Das Ineinander von Zusammenarbeit und Auseinandersetzung wird zwar beiläufig erwähnt (z.B. 87), aber in seiner widersprüchlichen Struktur nicht ausgeleuchtet. Das analytische Interesse tritt zurück hinter das Bedürfnis nach wertender Instrumentalisierung des Widerstandsbegriffs für die ideologischen Auseinandersetzungen heute. Der Begriff des »historischen Ordnungsversuchs« kommt dem Anliegen näher: In erster Linie geht es um den ordnenden Eingriff in das umkämpfte Erbe des »Widerstands«, um die Festlegung und didaktische Vermittlung einer gültigen Auslegung.

Peter Steinbach referiert unterschiedliche Widerstandsbegriffe der bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft. Kennzeichnend für seinen eigenen Ansatz ist ein normatives Verfahren, das die Kriterien zur Definition von »Widerstand« aus dem Rechtsstaat der Bundesrepublik herleitet. Widerstand habe sich aus dem Willen zu rechtfertigen, »den liberalen und sozialen Rechtsstaat, den parlamentarischen und pluralistischen Verfassungsstaat gegen den Willen einer totalitären Diktatur zu errichten« (61). Als Gegenkonzept kritisiert er »die vereinheitliche Deklamation des Antifaschismus«, denn diese mache »die Frage der Gesellschaftsstruktur und Eigentumsordnung zum Kriterium der reklamierten Kontinuität« (60). Steinbach hält es nicht für nötig, den Erkenntniswert einer gesellschaftswissenschaftlichen Analyse von Faschismus und Antifaschismus zu diskutieren. Ihm genügt die Behauptung, ohne zentrale Setzung der Rechtsstaatlichkeit werde »jede Berufung auf den Widerstand verzerrend wirken und Widerspruch hervorrufen müssen« (ebd.). Die wissenschaftliche Auseinandersetzung ist in das Korsett juristischer Ideologie gezwängt.

Offenkundig soll die Inanspruchnahme des Widerstandsrechts durch die antikapitalistischen sozialen Bewegungen heute diskreditiert werden (vgl. 14, 17, 61). Folgerichtig wird der kommunistische Widerstand aus der Tradition der deutschen Demokratie ausgegrenzt (62). Konsequenterweise müßte Steinbach nun auch die Gruppe um Goerdeler und Beck aus seinem Widerstandsbegriff ausschließen, deren monarchistische Ständestaat-Konzeptionen den Aussagen des Grundgesetzes bekanntlich widersprechen. Aber der Autor entsinnt sich hier der »Zeitverhaftung alles politischen Denkens« (67; vgl. 27) und verzichtet auf Anwendung seiner normativen Begrifflichkeit. Über den Historiker triumphiert der Ideologe mit seiner Sorge, »die gemeinsame Verfolgung politisch unterschiedlicher Gruppierungen zur Gemeinsamkeit der Grundüberzeugungen und Grundwerte umzuformen« (68).

Ähnlich argumentiert Gerhard Besier in seiner »historisch-theologischen« Reflexion über Bekenntnis, Widerstand und Martyrium. Nachdem er die Begriffe vom Neuen Testament über die Reformation bis zur Bekennenden Kirche hergeleitet hat,

schottet er sie ab gegen die christliche Solidarisierung mit den Verfolgten und Ausgebeuteten heute. So dürften z.B. Martin Luther King und Bischof Romero nicht als Märtyrer bezeichnet werden, da es einen prinzipiellen Unterschied gebe zwischen dem das Martyrium einschließenden Bekenntnis zu dem einen Jesus Christus und dem »vorletzten« Zeugnis für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit (141). Unterstellt wird das Fehlen einer »klaren Glaubenserkenntnis, die in die strenge Sprache eines Glaubensbekenntnisses überführt werden kann« (E. Jüngel, z.n. 141). Die Theologie verfügt über die Qualitätszuweisung von »echtem« Bekenntnis. Ebenso ergeht es dem Moderamen des Reformierten Bundes von 1982, das den Staat, wo er Massenvernichtungsmittel in seine Machtmittel einbezieht, zur »widergöttlichen Gewalt« erklärt (z.n. 145). Denn dies dürften Christen nur von einem »totalen Staat« sagen (ebd.).

Wolfgang Pöhlmann wendet sich gegen theologische Auslegungen, denen zufolge die Barmer Theologische Erklärung in ihrer These 5 als Abkehr von der in Römer 13 festgelegten Unterordnung unter den Staat aufgefaßt werden muß. Nein, Barmen sei als konkrete Auslegung von Römer 13 zu verstehen. In Wirklichkeit sind in der Barmer Erklärung gegensätzliche Standpunkte zu einer Kompromißbildung zusammengeschoben: einerseits Staat als »göttliche Anordnung«, andererseits Ablehnung seines Totalitätsanspruchs und christozentrische Negation (kein Lebenwesen außerhalb der Alleinherrschaft Christi). Pöhlmann vereinheitlicht diese Ambivalenz so, daß jeglicher Perspektive über Römer 13 hinaus die Legitimation entzogen wird. »Nichts Neues ist passiert, und das ist auch gut so«, würde der Klartext seiner Botschaft lauten. Lehrreicher wäre es, über die verhängnisvolle Wirkungsweise der kirchlichen Staatsbindung auch in der Bekennenden Kirche nachzudenken: bis 1945 wird die faschistische Diktatur als von Gott eingesetzte Obrigkeit respektiert, die christliche Nächstenliebe ist in die Nischen eines verbrecherischen Herrschaftsystems eingemauert und funktioniert dort abgetrennt von jeder wirksamen Solidarisierung mit den verfolgten und zu Tode gequälten Opfern.

Gerhard Sauters Überlegungen zur »Freiheit« als theologischer und politischer Kategorie« sind ein exemplarisches Beispiel für die im Buch geleistete Verdrängungsarbeit. Das kirchliche Versagen in der Menschenrechtsfrage wird verschoben artikuliert: »In jüngster Zeit wird häufig der Verdacht geäußert — und dann meistens gleich zur Kritik erhoben —, die Kirche habe sich in ihrer Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Staat zu sehr um sich selbst gekümmert.« (157) Zunächst diffamiert er die Kritik am Fehlen einer kirchlichen Solidarisierung mit den Opfern des Faschismus als voreiligen Verdacht. Aber auch die Benennung des Vorwurfs ist selbst Entnennung: Im »Zu-Sehr-Um-Sich-Selbst-Kümmern« ist die z.T. aktive Unterstützung, z.T. Duldung der faschistischen Verbrechen unsichtbar geworden. Die thematische Verschiebung erlaubt es, unbehelligt von allen wirklichen Problemen darüber zu räsonieren, ob die Kirche auf Grund ihres Verkündigungsauftrags über eine »kirchliche Selbstbehauptung« überhaupt hinausgehen konnte (ebd.). Sauters Ausführungen über das Verhältnis zwischen Kirche und Staat gehen substantiell über Dibelius' »Jahrhundert der Kirche« von 1927 nicht hinaus — eine beängstigende Übereinstimmung, wenn man bedenkt, wie enthusiastisch dieser 1933 den »nationalen Staat« begrüßte. Sauters Terminologie ist jedoch »barthianisch« gefärbt, und selbstverständlich darf auch die Berufung auf Bonhoeffer nicht fehlen. Kein Theologe und Historiker kann es sich heute leisten, diese beiden »Instanzen« links liegen zu lassen. Unterschlagen werden muß freilich Bonhoeffers Mahnung von 1933, die Kirche habe dem Rad selbst in die Speichen zu fahren, und Barths Forderung von 1938, die Bekennende Kirche müsse die Alleinherrschaft Jesu Christi *in der Welt* in

einem »politischen Gottesdienst« bezeugen. — Von wenigen Ausnahmen abgesehen (z.B. Andreas Lindt, 75ff.), dokumentieren die Beiträge das Bemühen, aus Sorge um den geordneten Wertbestand von Bürgertum und Kirche das Lernen aus dem Faschismus wirksam einzudämmen. Lesenswert ist das Buch zum Studium von Mechanismen der Lernverhinderung.
Jan Rehmann (West-Berlin)

Bergmann, Theodor: Gegen den Strom. Die Geschichte der Kommunistischen-Partei-Opposition. VSA-Verlag, Hamburg 1987 (497 S., br., 38,- DM)

Das Buch ist der erste Versuch einer populären Darstellung der Geschichte der KPD-Opposition, kurz KPO genannt. Es beginnt mit einem knappen Rückblick auf die Entstehung der verschiedenen Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung und besonders in der KPD. Die Untersuchung der KPO versucht die Entwicklung der theoretischen Positionen mit der Darstellung der politischen Praxis der Opposition zu verbinden. Sie endet am Vorabend des Zweiten Weltkrieges mit dem Zerfall der Auslandsvertretung der KPO. Die Nachwirkungen der KPO werden nur noch in einem kurzen Ausblick gestreift.

Die KPO entsprang den Massenausschlüssen der sogenannten »Rechten« aus der KPD 1928/29. Die KPO-Anhänger wandten sich zunächst gegen den rapiden Abbau der innerparteilichen Demokratie, der es ihnen unmöglich machte, ihre Positionen innerhalb der Partei offen zu vertreten. Das Kernstück ihrer Opposition aber war die Ablehnung der ultralinken Politik der Parteiführung. Dies betraf vor allem die Tendenz zur Bildung eigener Gewerkschaften wie überhaupt zur Selbstisolierung in einer eigenen Organisationswelt, die Denunziation der Sozialdemokraten als Sozialfaschisten, die Verharmlosung der wirklichen faschistischen Bewegung und der Auswirkungen ihrer Machtergreifung, das Fehlen einer ernsthaften Bündnispolitik und die Unterschätzung des Abbaus demokratischer Rechte.

Die KPO entwickelte dagegen eine klassenanalytische, auf die Bonapartismus-Studie von Marx gestützte Faschismustheorie. Mit ihrer Hilfe war sie in der Lage, die einzelnen Etappen des Faschisierungsprozesses und seine Konsequenzen erstaunlich genau einzuschätzen. Sie hielt an der Oppositionsarbeit in den bestehenden Gewerkschaften und der Mitarbeit in den anderen Arbeiterorganisationen fest. Vor allem aber vertrat sie — anknüpfend an Vorbilder aus den frühen zwanziger Jahren — mit der Einheitsfronttaktik eine Bündniskonzeption, die die Erfahrungswelt und die organisatorischen Bindungen der sozialdemokratischen Arbeiter gebührend berücksichtigte. Wenn überhaupt, dann wäre wohl nur auf einem solchen Wege eine erfolgreiche Abwehrfront gegen den Faschismus möglich gewesen — vorausgesetzt, die KPD hätte diese Konzeption übernommen. Die KPO selbst blieb allerdings eine kleine Organisation mit maximal 6000 Mitgliedern. Dank ihres politisch erfahrenen, qualifizierten Mitgliederstammes reichte ihr Einfluß allerdings weiter, als diese Zahl vermuten läßt. In ihr sammelten sich nicht wenige Mitglieder aus der Gründergeneration der KPD und der größte Teil der KPD-Gewerkschaftszentrale. Auf Grund einer vorsichtigen Widerstandspraxis konnten sich die illegalen Gruppen der KPO relativ lange halten. Der Zweite Weltkrieg zerriß dann endgültig die Zusammenhänge der Organisation.

Die KPO blieb für die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung ein Stein des Anstoßes, da ihre Existenz deutlich machte, daß es zeitgenössischen Kräften in der Arbeiterbewegung möglich war, den Faschisierungsprozeß in wesentlichen Punkten zu durchschauen und plausible Abwehrstrategien zu entwickeln. In der DDR-Geschichtsschreibung wurde die KPO bisher weitgehend ignoriert oder polemisch abgewertet; aber auch in der sozialdemokratisch orientierten Historiographie war sie

kaum ein Thema, wohl deswegen, weil ihre Kritik an der SPD-Politik an Deutlichkeit wenig zu wünschen übrig ließ. Die Aufarbeitung der Geschichte der KPO verdanken wir vor allem einem Außenseiter wie Wolfgang Abendroth. Auf seinen Anstoß hin erschien die sehr gründliche, aber schwer lesbare Untersuchung von K.H. Tjaden (1964) über die KPO. 1967 und 1973 folgten zwei Quellenbände mit Texten der KPO zum Faschismus. In dieser Zeit fand auch die Faschismustheorie August Thalheimers (»Bonapartismustheorie«) Eingang in die Faschismuskonversation (K.H. Tjaden/R. Griepenburg in *Argument* 41/ 1966; später N. Kadritzke, S. Schild u.a.). eine Erweiterung des Kenntnisstandes brachten danach vor allem die Arbeiten von K.P. Wittemann (1977) über Versuche, die KPO-Tradition nach 1945 in der BRD weiterzuführen und von J. Kaestner (1982) über die politische Theorie August Thalheimers. Daneben liegen inzwischen eine Reihe von Lebenserinnerungen von ehemaligen KPO-Mitgliedern vor (P. Elflein, H. Galm, E. Ochs u.a.). Schließlich ist das theoretische Organ der KPO »Gegen den Strom« seit 1986 als Nachdruck wieder zugänglich (Rezension in *Argument* 158/1986; 600f.).

Auf diese Vorarbeiten konnte das Buch von Theodor Bergmann zurückgreifen. Dem Autor ging es vor allem um eine zusammenfassende, anschauliche Darstellung. Neue Quellen erschloß er insbesondere im Bereich des Widerstandes und des biographischen Materials. Die wichtigste Schwäche seiner Arbeit scheint mir die zu geringe sozialgeschichtliche Ausleuchtung der relativen Erfolglosigkeit der KPO-Politik zu sein. Vornehmlich aus falscher Politik läßt sich das Entstehen zweier weitgehend voneinander abgeschotteter Lager in der Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik — das jede Bündnispolitik so schwierig machte — nicht erklären. Dies war Bestandteil eines umfassenden Zerfallsprozesses der Arbeiterbewegung. Daneben bezieht Bergmann an verschiedenen kritischen Punkten der KPO-Politik (organisatorisches Selbstverständnis, Verhältnis zur SAP, Einschätzung der Sowjetunion) zu kurzschlüssig Partei für die Opposition. Die relativ zurückhaltende Kritik der KPO an Fehlentwicklungen in der Sowjetunion erklärt er beispielsweise aus dem Mangel an zuverlässigen Informationen (62), obwohl Brandler und Thalheimer zuvor vier Jahre in der Sowjetunion gelebt hatten. Hier waren m.E. eher taktische Erwägungen ausschlaggebend, nämlich das Verhältnis zu den KPD-orientierten Arbeitern nicht noch weiter zu belasten. Überhaupt neigt Bergmann streckenweise zur Idealisierung der KPO, was man ihm als ehemaligem Mitglied vielleicht nachsehen kann, die Opposition aber angesichts ihrer historischen Leistungen nicht nötig hat. Manchmal wirkt auch die Polemik gegenüber der KPD überzogen. Bedauerlich ist ferner, daß die Arbeit nur sehr knapp auf das Weiterwirken der KPO-Tradition in der BRD und der DDR nach 1945 eingeht, zu der der Autor einiges beizusteuern hätte. Vom VSA-Verlag hätte man sich schließlich eine größere Straffung des Textes gewünscht. Der informative Anhang hätte benutzerfreundlicher gestaltet werden können. Trotz dieser Schwächen muß man vor allem anerkennen, daß Bergmann sich der längst fälligen Aufgabe mit großem Engagement angenommen hat, die Geschichte der KPO in einer allgemeinverständlichen Darstellung auch über den Kreis der Spezialisten hinaus bekannt zu machen. Lothar Wentzel (Frankfurt/M.)

Roberto Massari: Che Guevara, Politik und Utopie. Das politische und philosophische Denken Ernesto Che Guevaras. Edition Zeta, dipa-Verlag, Frankfurt/M. 1987 (342 S., br., 26,- DM)

Der zwanzigste Jahrestag der Ermordung Che Guevaras in Bolivien war Anlaß für mancherlei Gedenkveranstaltungen. Schlichte Glorifizierung war zu beobachten,

die die Problematik guevaristischer und Guevarascher Politik zu übertünchen trachtete; Vereinnahmung durch verantwortungslose Propagandisten des bewaffneten Kampfes in den Metropolen; Instrumentalisierung eines Denkens und Handelns, die in ihrer Zeit quer zu allen institutionalisierten Strömungen des »antiimperialistischen Lagers« standen — und von all diesen Strömungen Jahre danach für sich reklamiert werden sollten. Roberto Massari ist dagegen den Weg einer auf umfangreichem Quellenmaterial aufbauenden Rekonstruktion des politischen und philosophischen Denkens des Che gegangen. Was der in Philosophie und Soziologie promovierte italienische Publizist (*La teoria dell'autogestione*, 1974; *Peronismo e movimento operaio*, 1975; *Marxismo e critica del terrorismo*, 1979; *Storia di Cuba*, 1987) vorlegt, ist keine Biographie des argentinischen Arztes, der dann kubanischer Industrieminister werden sollte. Massari analysiert auch nicht als Historiker die einzelnen Leistungen Guevaras vor dem Hintergrund der lateinamerikanischen Realitäten der fünfziger und sechziger Jahre. Massari hat sich die Aufgabe gestellt, zum einen die Wurzeln des politischen und philosophischen Denkens aus der Lektüre des jungen Guevaras herauszuarbeiten und zum anderen Guevaras veröffentlichte Meinungen (Bücher, Artikel, aufgezeichnete Gespräche) mit dem klassischen Fundus des Marxismus zu vergleichen.

Massari hat viel Material aufgearbeitet — schon bekanntes und auch viel unbekanntes, auf deutsch bisher nicht zugängliches (z.B. Briefe an seine Mutter und an seine Tante Beatriz). Massari hat über das Denken Ches ein Raster gelegt und es nach einem Bündel von Stichwörtern durchsucht. Einer Aufarbeitung der Jugendlektüre des jungen Ernesto folgen die Kapitel: *Philosophie und Marxismus, Ökonomie und Sozialismus, Revolution und Politik, Humanismus und Utopie*. Dabei wird deutlich, daß Che sich Mitte der fünfziger Jahre marxistische Kenntnisse angeeignet hat, weil der Marxismus die theoretisch-ideologische Grundlage derjenigen Bewegung darstellte, die nach seiner Auffassung am konsequentesten für die Überwindung von Elend, Unterdrückung und Abhängigkeit kämpfte — eine Zielsetzung, die bei ihm nicht das Resultat theoretischer Praxis war, sondern sich aus seinen jahrelangen Reiseerfahrungen in Lateinamerika ergab (zweijährige Motorradtour durch den Kontinent). Massaris Methode bei der Analyse des Denkens Ches — er setzt bestimmte Auseinandersetzungen, z.B. über die Agrarfrage in der internationalen Arbeiterbewegung, voraus — krankt daran, daß sie nicht erkennbar macht, auf welchem Weg Guevara zu bestimmten Thesen gekommen ist. Er vergleicht sie mit den damals üblichen Thesen zu diesen Fragen und setzt sie dabei in schon beinahe penetranter Weise auch dort dem KPdSU-orientierten Strang entgegen, wo dies einfach nicht der Fall war (Technologiefrage etwa oder Planungsmethode). Der Nachteil dieses Vorgehens springt dort in die Augen, wo Massari die Übernahme des »dialektischen Materialismus« durch Che zu Beginn der sechziger Jahre als beinahe schon Learsche Verblendung darstellt und nicht herausarbeitet, wie Che dazu gekommen ist, sich der Orthodoxie anzunähern. Für Massari steht denn auch a priori fest, daß Che sich in der Nähe des europäischen undogmatischen oder auch trotzisierenden Marxismus befunden haben muß: Was mit dieser These nicht übereinstimmt, wird als unwesentlich oder als Abweichung vom eigentlichen Weg wegdiskutiert. Dies hindert Massari daran, die Originalität Ches zu erfassen. Es war eben kein Ausrutscher Guevaras, daß er von der Einkreisung der Städte durch den Guerillakrieg auf dem Lande sprach; daß er dieses Konzept nicht nur als strategisches in einem konkreten Befreiungskampf durchgeföhrt hat und durchfehrt wollte, sondern daß diese Gedankenkonstruktion seiner Vision vom weltrevolutionären Prozeß zugrundelag. Das gibt der Initiative Ches zur Bildung der Tricontinentalen erst seinen Sinn; dadurch hat er

die kubanische Auffassung, die sich trotz aller Abhängigkeit von der sowjetischen Hilfe bewahrt hat, maßgebend bis heute beeinflusst. Massaris »linkskommunistisches« Mißtrauen gegenüber den Bauern, besonders gegenüber den Bauern in Asien, Afrika und Lateinamerika, findet bei Che keine Unterstützung (IIIff.).

In der Auseinandersetzung mit der kubanischen Planungsdebatte in den Jahren 1962-1964 wird Massaris Vorliebe für eine Wirtschaft deutlich, in welcher das Wertgesetz weitestgehend außer Kraft gesetzt ist. Das war unzweifelhaft auch die Position Ches; hingegen konfrontiert Massari die als gescheitert zu betrachtenden wirtschaftspolitischen Konzepte Ches nicht mit den realen Gegebenheiten, sondern führt deren Nicht-Anwendung auf den Einfluß orthodox-kommunistischer, moskau-orientierter Kräfte zurück. Obwohl Massari seine Thesen mit sehr viel Material zu untermauern versucht, bleibt der Eindruck, daß Che in einen fast schon anachronistisch anmutenden »ideologischen Kampf« als Waffe benutzt wird. An mehreren Stellen zieht Massari massiv gegen das Buch »Revolution in der Revolution?« von Régis Debray vom Leder. Er macht selbst vor Verbalinjurien nicht halt und stellt die Dinge so hin, als ob sich da ein grober Fälscher des Guevaraismus am Werk befände. Die einzelnen Thesen Debrays mögen vielleicht nicht standhalten, unredlich jedoch ist, daß Massari das Vorwort Fidel Castros zu diesem Buch unterschlägt; denn ganz ohne Grund hat sich Castro noch zu Lebzeiten Guevaras nicht auf so etwas eingelassen.

Trotz dieser Einwände ist Massaris Buch für eine weitgehende Auseinandersetzung mit Leben und Werk Ernesto Che Guevaras nützlich, weil mit großem Fleiß verstreutes Material zusammengetragen ist. Dem Anspruch, das politische und philosophische Denken umfassend darzustellen, aber wird es nicht gerecht. Ein Wort noch zur deutschsprachigen Ausgabe; sie ist in zweifacher Hinsicht ein Ärgernis: Erstens, ein viel zu großer Satzspiegel erschwert die Lektüre; dazu kommen hunderte von Satzfehlern. Zweitens, die Übersetzung ist unsorgfältig und schlecht. Brauchbar ist hingegen die umfangreiche Che-Bibliographie, unvollständig aber das Verzeichnis zur Sekundärliteratur (z.B. fehlt gerade Debrays »Revolution in der Revolution?«).

Thomas Heilmann (Zürich)

Ökonomie

Lohmann, Karl-Ernst: Ökonomische Anreize im Staatssozialismus. Warteschlangen, geheime Reserven, Prämien. Verlag Michael Ernst-Pörksen, West-Berlin 1986 (212 S., br., 29,- DM)

Ein wesentlicher Bestandteil der Diskussion über den Sozialismus ist das Problem der Ungleichgewichte. Als einer der wichtigsten Beiträge in dieser Diskussion kann das Buch Kornais, *Economics of Shortage*, angesehen werden. Die meisten Beiträge analysieren die Ungleichgewichte als Angebotsdefizite. Gerade dies ist es, was Lohmann an diesem Ansatz kritisiert. Ihm zufolge müssen die Ungleichgewichte vielmehr als Übernachfrage analysiert werden. Er versucht, eine Theorie des Sozialismus auf Keynesianischen Prinzipien zu begründen, wobei Unsicherheiten über die Zukunft ebenso eine Rolle spielen wie das Funktionieren eines Vermögensmarktes. Lohmann entwickelt dazu eine Zinstheorie und weist die Geldfunktionen nach, die seiner Ansicht nach im Sozialismus existieren.

Dazu braucht er sieben Kapitel. In den beiden ersten führt er den Leser in die Problematik ein und formuliert sein Modell des Staatssozialismus. Das wichtigste daran ist, daß die Produktion über Mengenpläne koordiniert wird und daß Preise und Geld eine untergeordnete Rolle spielen. Die Betriebe können ihre Interessen nur durch-

setzen, indem sie den Staat mit Informationen versorgen; sie können korrekte, aber auch falsche Informationen liefern. Die Logik des Liefers falscher Informationen kann darin liegen, daß ein Betrieb in der Zukunft leicht zu erfüllende Pläne bekommen will, während der Staat, der die Pläne aufstellt, diese auf Grund berichteter Produktivitätsziffern der Vorperiode um einen bestimmten Faktor erhöht. Dazu kommt die Annahme, daß die Betriebe für jede Periode eine mindestens gleich hohe Prämie wie in der Vorperiode wünschen und Prämienmaximierung anstreben. Die Prämie ist abhängig von der Höhe des Plans oder dem Grad seiner Übererfüllung. Wenn der Betrieb für die Zukunft eine geringere tatsächliche als von der Zentrale abverlangte Produktivität erwartet, dann kann es für ihn rationell sein, die heute berichtete Produktivität niedriger als die faktische anzusetzen.

Im dritten Kapitel behandelt Lohmann Warteschlangen als staatssozialistische Alternative für Preisanpassungen. Wenn durch Planungsfehler Ungleichgewichte entstehen, dann werden sie nicht durch Preisanpassungen abgebaut, vielmehr entstehen Warteschlangen oder deren Länge variiert. Im Gegensatz zu Kornai braucht das Lohmann zufolge nicht notwendigerweise zu Unzufriedenheit zu führen. Auf Angebotsdefizite reagieren Kunden, indem sie in einem folgenden Lieferzyklus ihre Nachfrage nach dem betreffenden Produkt ausdehnen. Sie bauen Vorräte auf, um im Falle von unzureichender Belieferung die Produktion ungestört fortsetzen zu können. Sie erscheinen bereits wieder auf dem Markt, bevor ihre Vorräte aufgebraucht sind, und dehnen ihre Nachfrage in den folgenden Perioden aus, wenn sie in der aktuellen nicht zum Zuge kommen. So entsteht ein Nachfrageüberhang, ohne daß die Kontinuität der Produktion in Gefahr zu kommen braucht. Es entsteht eine Art Gleichgewicht, in dem die Nachfrage eine Funktion der Wartezeit ist.

Das bringt Lohmann zu den beiden wichtigsten Abschnitten seiner Arbeit, in denen er die Ökonomie der geheimen Reserven entwickelt. Die Lagerbildung wird aus dem Produktions-, dem Vorsichts- und dem Spekulationsmotiv heraus erklärt analog der Keynesianischen Erklärung der Kassenhaltung. Spekulative Lagerbestände bilden das Bindeglied in der Kommunikation zwischen Staat und Betrieben und damit auch den Kern von Lohmanns Zinstheorie. Geheime Reserven (Kapazität und/oder Inputgüter) werden genutzt, um Pläne zu erfüllen, aber das hat möglicherweise negative Folgen für die zukünftigen Planerfüllungen. Dazu kommt, daß mit dem Lagerabbau die Zentrale in zunehmendem Maße falsche Informationen über die tatsächliche Kapazität erhält. (Nur wenn alle geheimen Reserven aufgedeckt würden, würde die wirkliche Produktivität sichtbar.) Die Fehlinformation der Zentrale hat freilich ihren Preis, nämlich den Verzicht auf die Gegenwartsprämie und auf die Zinsen, wenn der Betrieb die gemäß Plan zugewiesenen, aber nicht benötigten Teile des Produktionsfonds nicht als Guthaben bei der Staatsbank anlegt. Der Betrieb hält die überflüssigen Inputgüter auf Lager, um sicherzustellen, daß er in der Zukunft angespannte Pläne erfüllen kann (Produktions- und Vorsichtsmotiv), aber auch weil die Reserven an Inputgütern in einer über Mengensteuerung koordinierten Ökonomie Geldfunktionen erhalten (Spekulationsmotiv). Daher sollte die zentrale Bank einen Zinssatz feststellen, der nicht nur Prämienverluste kompensiert, wenn die geheimen Reserven nicht ausreichen, die Produktion zu kontinuierieren (Verzicht auf Desinformation), sondern auch die sogenannte Liquiditätsprämie (Verzicht auf Verfügbarkeit) einschließt. Die Zinshöhe sollte gleichzeitig so bemessen sein, daß die Kreditnachfrager (Betriebe, die ihre Produktionspläne nicht erfüllen können und zusätzliche Inputs brauchen) nicht abgeschreckt werden. Es sollte also ein Gleichgewichtszins zwischen Kreditangebot und Kreditnachfrage zustandekommen.

Die Folgen der auf Gleichgewicht gerichteten Politik bildet den Inhalt der beiden

letzten Kapitel. Die Zielsetzung der Zentrale ist Lohmann zufolge die Maximierung der Investitionen, wobei die Industriestruktur, d.h. die Proportionen zwischen intermediärer, Investitions- und Konsumgüterproduktion, zu berücksichtigen ist. Das Problem dabei ist, daß der Staat bei einer einmal beschlossenen Allokation der Investitionsmittel nicht ohne weiteres die Produktivitätssteigerungen feststellen kann, da diese auch durch andere Planungen beeinflußt werden. Der Staat kann umgekehrt auch die gewünschte Produktivitätssteigerung festlegen und danach die Verteilung der Investitionsgüter über die Sektoren bestimmen. In diesem Fall muß zuerst die intermediäre Produktion geplant werden, die an die beiden anderen Sektoren zu liefern ist. Dieser Sektor kann jedoch kaum vorab ins Gleichgewicht gebracht werden, weil sich erst in der Planausführungsphase herausstellt, welche Betriebe leichte bzw. unerfüllbare Pläne zugewiesen bekamen. Während der Planperiode muß der Staat eine Zinspolitik betreiben, die die erforderliche Umverteilung der zugeteilten Mittel zustandebringt. Betriebe mit leichten Plänen müssen veranlaßt werden, ihre überschüssigen Mittel an Betriebe mit schwer erfüllbaren Plänen zur Verfügung zu stellen. Ein Gleichgewichtszinssatz ist allerdings schwierig herbeizuführen. Die Zentrale muß, um die Planerfüllung zu realisieren, den Zinssatz so weit senken, daß die Betriebe auf jeden Fall Kredite aufnehmen. Um jedoch bei diesem Zinssatz ein ausreichendes Angebot zu gewährleisten, muß der Staat von einem Teil seiner Investitionen absehen, weil Betriebe mit leichten Planaufträgen bei niedrigem Zinssatz ihre Nachfrage nach Inputgütern nicht vermindern, sondern Vorräte aufbauen werden, die als Geldgüter betrachtet werden können. Die Strategie, um die besten Resultate zu erreichen, wäre nach Lohmann eine Nachfragestrategie, bei der die Koordinationsfunktion der Pläne über ein ausreichendes Kreditangebot optimiert wird, und nicht eine Angebotsstrategie, mit der die Betriebe gezwungen werden, ihre geheimen Reserven aufzudecken. Diese Überlegenheit gilt insbesondere auf längere Sicht (auf kürzere ist die Angebotsstrategie überlegen), weil die Nachfragestrategie die betrieblichen Erwartungen stabilisiert, wohingegen in der Falle der Angebotsstrategie die Kumulation von Desinformationen ihren Zoll verlangt. Ein gewisses Maß an geheimen Reserven wird aber immer fortbestehen, so wie ein gewisser Umfang des informellen Sektors.

Das Buch Lohmanns ist eine wertvolle Ergänzung der Sozialismustheorie, weil es zeigt, daß Gleichgewichte im Staatssozialismus existieren können, auch wenn sie nicht unbedingt effizient sein müssen. Wichtiger noch ist die Herausarbeitung der Geldfunktionen von Waren. Karl-Ernst Lohmann argumentiert sehr präzise und nachvollziehbar, wobei er stets seine Voraussetzungen expliziert. Diese Genauigkeit geht zwar ab und zu auf Kosten der Lesbarkeit, ist aber im Vergleich zum allgemeinen Standard in diesem Genre eine Erholung. Joop de Kort (Tilburg)

Chaloupek, Günter, und Werner Teufelsbauer: Gesamtwirtschaftliche Planung in Westeuropa. Theoretische Entwicklungen und praktische Erfahrungen seit 1970. Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1987 (361 S., br., 68,- DM)

Vom früheren amerikanischen Arbeitsminister, John Dunlop, stammt die Bemerkung, »über Planung sei schwer zu diskutieren, weil fast niemand wisse, was damit gemeint sei«. Dieses von Chaloupek und Teufelsbauer angeführte Zitat ist eine treffliche Charakterisierung der in diesem Band zusammengeführten theoretischen und empirischen Überlegungen. Nach der Lektüre der 361 Seiten ist der Leser nicht sehr viel schlauer als zu Beginn. Die Probleme beginnen bereits mit dem Versuch einer theoretischen Fassung des Begriffs Planung. Im ersten Kapitel befindet sich ein zusammenfassender Durchgang durch die verschiedenen theoretischen Ansätze der

Wirtschaftsplanung, wie sie in der ökonomischen Theorie vorgelegt wurden. Planung wird dabei allgemein als normativer Prozeß gefaßt, der wünschenswerte Zustände definiert oder Definitionen zum Ausgangspunkt nimmt und Wege ihrer Umsetzung angibt. Soweit die anzusetzende Norm dabei extern vorgegeben ist, handelt es sich bei der Wirtschaftsplanung um ein rein technisches bzw. technokratisches Problem. In der wirtschaftspolitischen Praxis dominiert eine *strategische Planung*, die im Unterschied zu der *synoptischen Planung* nicht alle denkbaren Umsetzungswege identifiziert und zwischen ihnen anschließend optimiert, um die beste Variante herauszuarbeiten, sondern einem einfachen trial- and error-Prozeß folgt. Eine solche synoptische Planung ist den Autoren zufolge jedoch nur dann möglich, wenn »(1) das anstehende Problem die kognitiven Fähigkeiten des Menschen nicht übersteigt; (2) es allgemein akzeptierte Kriterien (und keine sozialen Wertkonflikte) gibt, nach denen Lösungen beurteilt werden können und (3) für diejenigen, die die Probleme zu lösen haben, ausreichende Anreize bestehen, die synoptische Analyse auch bis zu ihrer Vollendung beizubehalten« (21). Diese Erfolgsbedingungen sind nun sicherlich nicht zu bestreiten, aber theoretisch wie empirisch doch von sekundärem Interesse. Für die Analyse des Stellenwertes der Wirtschaftsplanung innerhalb eines kapitalistischen Wirtschaftssystems entscheidender wäre es demgegenüber, das konkrete gesellschaftliche Spannungsverhältnis von Planung zu den Bedingungen kapitalistischer Reproduktion herauszuarbeiten. Das Verhältnis von Marktsteuerung zu staatlicher Steuerung der Ökonomie wird von den Autoren aber erst gar nicht diskutiert. Dieser Mangel gilt sowohl für die theoretischen Überlegungen als auch für die empirischen Länderstudien, von denen sich immerhin 15 in diesem Band finden. Infolgedessen bleiben auch die Länderstudien eigentümlich karg und dürr. Der Erfolg oder Nichterfolg von Planung wird von den Autoren in erster Linie als *politisches Problem* gefaßt. Dies zeigt sich schlagend anhand der Analyse der französischen »*planification*«. Die Autoren berichten, daß in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre Premierminister Raymon Barre einen Plan ins Auge faßte, der vorsah, Planung überhaupt zu negieren bzw. politische Intervention auf weiten Strecken durch Marktmechanismen zu ersetzen. Die Bemühungen der sozialistischen Regierung nach 1981, einen Teil dieser Änderungen wieder rückgängig zu machen, waren allerdings wenig erfolgreich. Dafür verantwortlich waren nach Ansicht der Autoren: »*Ein mangelnder Realismus* dieser Vorstellungen betreffend politische Machbarkeit und wirtschaftliche Machtverhältnisse ..., teils auch *überoptimistische Erwartungen*, was die wirtschaftspolitische Leistungsfähigkeit des Staates betraf; zum Teil schließlich auch eine *Unterschätzung der Marktmechanismen*, zu denen man sich aber zunehmend bekehrte.« (70) Inwieweit Entwicklungen des Akkumulationsprozesses die Instrumente der indikativen Planung des direkten und indirekten Typs unterhöhlt haben, bleibt in dieser, aber auch in den anderen Länderstudien weitgehend ausgespart.

Auch was die längerfristige Einschätzung der Konzeption von Wirtschaftsplanung angeht, bleibt die Studie äußerst unscharf und zum Teil sogar mißverständlich. So schreiben die Autoren an einer Stelle, daß das Konzept der Wirtschaftsplanung einen charakteristisch-prozyklischen Bedeutungsverlauf aufweise: In Phasen ökonomischer Prosperität würden die Planungskonzepte in der staatlichen Administration, aber auch in der ökonomischen Praxis völlig an Bedeutung verlieren; im Falle von Wachstumsabschwächungen und Stagnationstendenzen würde das Planungskonzept dagegen an Bedeutung gewinnen (61). Zumindest für die ökonomische Entwicklungsphase seit 1974/75, die durch die Durchsetzung eines neuen Akkumulationstyps gekennzeichnet ist, dürfte dieser Zusammenhang allerdings nicht gelten. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise und der damit verbundenen nationalen wie interna-

tionalen Restrukturierungsprozesse haben wirtschaftsplanerische Konzeptionen zugunsten von neoliberalen und angebotsorientierten Politikkonzepten deutlich an Relevanz verloren. Dieser Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik dürfte zwar auch politischen Verhältnissen geschuldet sein, aber markiert in erster Linie eine Anpassungsbewegung der Wirtschaftspolitik an die veränderten nationalen wie internationalen Akkumulationsbedingungen, für die die traditionellen interventionistischen wirtschaftspolitischen Konzepte keine schnelle Antwort parat hatten. Der international komparative Ansatz von Chaloupek und Teufelsbauer hätte nun genauer dazu beitragen können, die immer wieder vertretene These eines Automatismus im Zusammenhang von Veränderungen des Akkumulationstypus und Reduktion des staatlichen Interventionsgrades in die kapitalistische Ökonomie auf ihre spezifischen nationalen *Spielräume* hin zu untersuchen. Diese Chance wurde aber sowohl in den Länderstudien als auch in den theoretischen Überlegungen versäumt.

Kurt Hübner (West-Berlin)

Šik, Ota: Wirtschaftssysteme. Vergleiche — Theorien — Kritik. Springer Verlag, West-Berlin, Heidelberg, Wien 1987 (232 S., br., 39,80 DM)

Ota Šik versucht, »möglichst leicht verständlich die beiden heute existierenden Wirtschaftssysteme, das kapitalistisch-marktwirtschaftliche und das sozialistisch-planwirtschaftliche System, in ihren Grundzügen darzustellen und miteinander zu vergleichen« (Vorwort).

Analog zum biologisch-naturwissenschaftlichen Gattungsbegriff, der verschiedene Arten eines Grundphänomens zu einem Sammelbegriff zusammenfaßt, ist nach Šik die idealtypische Unterscheidung beider Wirtschaftssysteme möglich und — trotz aller vermeintlichen oder realen »Konvergenzentwicklungen« (56) — auch nötig, obwohl es innerhalb dieser Systeme »ziemlich wesentliche Unterschiede in einzelnen Ländern gibt« (52). Er versucht nachzuzeichnen, warum es historisch überhaupt zu einer Ausdifferenzierung in vorwiegend marktwirtschaftlich und vorwiegend planwirtschaftlich organisierte Wirtschaftssysteme gekommen ist. Dazu stellt er dar: die Entstehung der marxistischen Planungstheorie, die kriegswirtschaftlichen Bedingungen der nach der Oktoberrevolution entstehenden Planungspraxis in der Sowjetunion, die Planungsdiskussion in der UdSSR der zwanziger Jahre, die analoge Wirtschaftsrechnungsdebatte im Westen sowie verschiedene Diskussionen nach dem Zweiten Weltkrieg über Planung in kapitalistischen Marktwirtschaften.

Šik führt die großen ökonomischen Probleme realsozialistischer Länder letztlich auf die bürokratische Unterdrückung und Fehlleitung ökonomischer Interessen, persönlicher Initiativen und materieller Motivationen zurück. Er zeigt auf, wie die realsozialistischen Länder versuchen, diese Probleme zu lösen. Er geht auf rein machtpolitisch motivierte Systemkosmetik ein, setzt sich sodann kritisch mit den Gorbatschowschen Reformversuchen auseinander und behandelt schließlich die Reformansätze in Jugoslawien, der CSSR, Ungarn und China.

Eines der aufschlußreichsten Kapitel ist jenes, in dem Šik den empirisch-quantitativen Nachweis der zuvor theoretisch analysierten ökonomischen Probleme planwirtschaftlicher Systeme liefert. Er vergleicht zunächst die wirtschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion mit derjenigen in Finnland. Weil Finnland bis zur Oktoberrevolution 1917 zum russischen Zarenreich gehörte, bietet es sich für einen solchen Vergleich in idealer Weise an. Šik zeigt, daß das Volkseinkommen in Finnland 1981 »um 150,25 % höher als in der Sowjetunion lag« (112) — trotz der in beiden Ländern fast identischen ökonomischen Ausgangspositionen. Daß es sich bei dieser ungeheuren ökonomischen Zurückgebliebenheit der Sowjetunion gegenüber Finnland

nicht um »Kinderkrankheiten« des entwicklungsgeschichtlich neuen Wirtschaftssystems in der Sowjetunion oder um sowjetische Spezifika handelt, zeigt Šik im weiteren anhand eines Vergleiches der wirtschaftlichen Entwicklung in der Tschechoslowakei mit jener in der Bundesrepublik Deutschland. Obwohl, wie er nachweist, in beiden Ländern vor und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg fast identische ökonomische Ausgangsbedingungen herrschten (Industrialisierungsgrad, Industriestruktur, kultureller Entwicklungsstand etc.), hat die marktwirtschaftliche Entwicklung hier und die planwirtschaftliche dort zu derartigen Unterschieden im heutigen Entwicklungsstand beider Länder geführt, daß es jedem ehemaligen oder aktuellen Anhänger zentralistisch-dirigistischer Planungs- und Leitungssysteme die Schamröte ins Gesicht treiben müßte. Šik belegt diesen Entwicklungsunterschied anhand quantifizierter Angaben über die je unterschiedlichen Entwicklungen des Verbrauchs von Produktionsgütern je Produktionseinheit, der Arbeitsproduktivität, des Wachstumstemplos und der Investitionseffektivität, des privaten und sozialen Konsums sowie der Produktion auf Lager. Die Zahlen, die Šik hier vorlegt, sind in der Tat erschütternd.

Wenn Šik den realsozialistischen Ländern marktwirtschaftliche Systemsteuerungselemente dringend anempfiehlt, so zeigt er im weiteren, daß damit keinesfalls ein Übergang zu einer *kapitalistischen* Marktwirtschaft gemeint ist. Šiks Kritik am kapitalistischen System wendet sich vielmehr gerade gegen die planlose und zukunftsblinde Entwicklung der ökonomischen Einkommensverteilungsprozesse, die periodisch mit der Produktionsentwicklung disharmonisieren und so letztlich für ökonomische Krisen verantwortlich gemacht werden müssen. Weder der zynische Ansatz der Neoliberalen, via Krise, Massenarbeitslosigkeit und Lohndruck zu einem neuen makroökonomischen Gleichgewicht zu kommen, noch keynesianisch orientierte Fiskalpolitik, die nach Šik nur in einer derzeit nicht vorhandenen langfristigen ökonomischen Aufstiegsphase — einer sogenannten aufsteigenden »langen Welle« — funktioniert, können als Wege aus der Krise in Betracht kommen.

Als Lösungsansätze für die derzeitigen ökonomischen Probleme verwirft Šik jedoch auch dualwirtschaftliche Theorien (Gorz, Huber u.a.). Obwohl er den Ausbau und die Förderung eines selbstbestimmten »autonomen Sektors« (Gorz) für unbedingt erforderlich hält, kritisiert er die fast völlige Ausblendung des für alle absehbare Zeit noch dominanten heteronomen Wirtschaftssektors aus diesem Theorieansatz. Gerade um die Humanisierung und Demokratisierung dieses Sektors geht es jedoch Šik. Auf der mikroökonomischen Ebene fordert er die Einführung demokratisch selbstverwalteter, d.h. aber auch *markt-* und insofern effizienz- und innovationsorientierter Mitarbeitergesellschaften. Um deren Eigeninteressen (Stichwort »Betriebsegoismus«) nicht ins Kraut schießen zu lassen, fordert Šik zusätzlich eine makroökonomische Einkommensverteilungsplanung. Die krisenüberwindende Harmonisierung der Einkommensverteilungs- mit den Produktionsprozessen in Form demokratisch ausgewählter Makropläne darf, so Šik, keinesfalls mit einer dirigistischen Produktionsplanung verwechselt werden. In Form von Quoten würde den Mitarbeitergesellschaften vorgeschrieben werden, wie sie ihre Einkommen *relativ* auf Investitionen und konsumtive Gewinnbeteiligungen aufschlüsseln müßten. Ihre *absoluten* Einkommenshöhen würden nach wie vor durch ihre Marktleistungen (wirtschaftliche, innovative und nachfragegerechte Produktionsentwicklung) bestimmt werden. Dadurch, daß die Makropläne nicht nur die makroökonomische Aufteilung des Volkseinkommens auf individuellen und sozialen Konsum bestimmen würden, sondern auch die innere Struktur des letzteren, könnte das Volk demokratisch über die gewünschte Höhe der Bildungs-, Gesundheits- oder Umweltschutzausgaben etc.

entscheiden. Mit der demokratischen Bestimmung der Höhe dieser Ausgaben würde die marktmäßige Produktion dieser Güter also indirekt gesteuert.

Šiks Modell einer »Humanen Wirtschaftsdemokratie« (215) sowie die theoretischen Prämissen dieses Modells — die Diskussion der Bedürfnis- und Interessenproblematik und der planwirtschaftlichen wie marktwirtschaftlichen Systemmängel — werden Lesern der bisherigen Bücher von Ota Šik bekannt sein. Da aber das Šiksche Gesamtwerk kaum bekannt ist, kann ich sein Buch nur dringend zur Lektüre empfehlen.

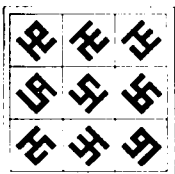
Zum zweiten scheint mir Šiks theoretische Entwicklung in den letzten Jahren etwas zu zeitgeistig zu verlaufen. Wenn er für seine neuesten krisentheoretischen Überlegungen Theorien übernimmt, nach denen es rein *technologisch* induzierte »lange Wellen« der ökonomischen Entwicklung gibt (140ff.), oder nach denen die heutige Massenarbeitslosigkeit — im Zusammenhang mit den behaupteten »langen Wellen« — wiederum primär *technologisch* zu erklären ist (144ff.), dann behauptet er, was in Zitierkartellen leider sehr viele behaupten. Gleichwohl sind beide Theorieelemente wissenschaftlich vollkommen unhaltbar.

Zum dritten schließlich eine Formalkritik. Man hat bei der Lektüre seines Buches streckenweise den Eindruck, als hätte ein Zufallsgenerator die Kommata gesetzt. Das erregt unnötig autoritär-formalistische Gemüter, denen Šik inhaltlich — zum Glück — schon genug zumutet.

Egbert Scheunemann (Hamburg)

W.F.Haug

**Vom hilflosen
Antifaschismus
zur Gnade der
späten Geburt**



Argument

Wolfgang Fritz Haug

**Vom hilflosen Antifaschismus
zur Gnade der späten Geburt**

Die Frage des Verhältnisses zur NS-Vergangenheit und der Lehren aus ihr ist eine Schlüsselfrage für die politische Identität der Westdeutschen.

W.F. Haug analysiert die Diskurse der »Vergangenheitsbewältigung« der sechziger und achtziger Jahre im Vergleich und gibt so einen Einblick in die westdeutsche Nachkriegsgeschichte der Faschismusverarbeitung.

260 Seiten, br., 22,- DM

Verfasser/innen

A: =Arbeitsgebiete; V: =Veröffentlichungen M: =Mitgliedschaften

- Ammon, Herbert**, 1943; Studienrat am Studienkolleg der FU Berlin. V: *Die Linke und die Nationale Frage* (Mitautor, 1981); div. Aufsätze. A: Neuere Geschichte; Zeitgeschichte; Amerikanistik. M: GEW
- Ammon, Ulrich**, 1943; Dr.phil., Prof. an der Univ. GH Duisburg. V: *Schulschwierigkeiten von Dialektsprechern* (1978); *Perspektiven der Deutsch-Didaktik* (Mithrsg., 1981). A: Soziolinguistik, Sprachdidaktik
- Anders, Günther**, 1902; promovierte 1923 bei E. Husserl; Mitinitiator der internationalen Anti-Atom-Bewegung. V: *Der amerikanische Krieg in Vietnam oder philosophisches Wörterbuch heute*, in: *Argument* 45 (1967); *Die Antiquiertheit des Menschen* (Bd.1: 1960; Bd.2: 1980); *Hiroshima ist überall* (1980); *Ketzereien* (1982). M: PEN Wien, Akademie der Künste Berlin
- Andresen, Sünne-Maria**, 1958; Dipl.-Soz.; wiss. Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin; Mitglied der *Argument-Frauenredaktion*. V: *Subjekt Frau*, AS 117 (Mitautorin, 1985); *Der Widerspenstigen Lähmung*, AS 130 (Mitautorin, 1986). A: Vergesellschaftung von Frauen, Frauen und Politik. M: HBV
- Balke, Friedrich**, Studium der Literaturwissenschaft (Germanistik) und Philosophie an der Univ. Bochum
- Bajohr, Stefan**, 1950; Dr.phil., Persönlicher Referent des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion NRW. V: *Die Hälfte der Fabrik* (1984); *Vom bitteren Los der kleinen Leute* (1984). A: Arbeiteralltag, Oral History, Faschismus, Sozialpolitik. M: SPD, ÖTV
- Bensussan, Gérard**, 1948; Dozent am Institut d'Études politiques in Lyon. V: *Dictionnaire critique du Marxisme* (Mithrsg., 1985); *Moses Hess — la philosophie, le socialisme* (1985); *Questions Juives* (1988)
- Blankenburg, Ursula**, 1950; Studium der Germanistik und Politologie, arbeitet in einem Berufsorientierungsprojekt für arbeitslose Jugendliche. V: *Frauenformen*, AS 45 (Mitautorin, 1980). A: Frauenbewegung, Sprach- und Literaturwissenschaft. M: GEW
- Braun, Wilker**, Mitarbeiter am Berliner Ensemble. V: *Unvollendete Geschichte* (1977); *Großer Frieden*, Schauspiel (1979); *Training des aufrechten Gangs*, Gedichte (1980); *Geschichten von Hinze und Kunze* (1983); *Hinze-Kunze-Roman* (1985)
- Dimmel, Nikolaus**, 1959; Dr.jur.; Univ.Ass. V: *Recht und Politik* (Mithrsg., 1988). A: Rechtssoziologie; Rechtstheorie; Neokorporatismus
- Fleischer, Helmut**, 1927; Dr.phil., Prof. für Philosophie an der TH Darmstadt; 1961-1969 Osteuropa-Forschung. V: *Marxismus und Geschichte* (1969); *Ethik ohne Imperativ* (1987). A: Philosophie der Geschichte
- Franck, Norbert**, 1950; Dr.phil. V: *Heil Hüler, Herr Lehrer! (Redaktion, 1983); Zur Theoriediskussion in der Erwachsenenbildung*. In: *Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung 18* (1986); *Schulperspektiven*, AS 148 (Mithrsg., 1987). A: Bildungstheorie und -geschichte. M: AL, GEW
- Gandler, Stefan**, 1964; Studium der Philosophie, Politologie und Romanistik
- Gamm, Hans-Jochen**, 1925; Dr.phil., Prof. f. Erziehungswissenschaft an der TH Darmstadt. V: *Allgemeine Pädagogik* (1979); *Das pädagogische Erbe Goethes* (1980); *Materialistisches Denken und pädagogisches Handeln* (1983). A: Allgemeine Pädagogik/Historische Pädagogik
- Göbel, Eberhard**, 1951; Dr.rer.pol., wiss. Ang. an der FU Berlin. A: Ärztausbildung; Arbeit und Gesundheit
- Haug, Wolfgang Fritz**, 1936; Dr.phil., Prof. für Philosophie an der FU Berlin. V: *Kritik der Warenästhetik* (1971, 1983); *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (1974, 1975); *Warenästhetik und kapitalistische Massenkultur* (1980); *Der Zeitungsroman oder der Kongress der Ausdrucksberater* (Realsatire, 1980); *Pluraler Marxismus* (1985/87); *Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts*, AS 80 (1986); *Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt* (1987). M: GEW
- Haupt, Michael**, 1951; Dr.phil., z.Zt. Gesamtschullehrer. V: *Von Holbach zu Marx* (1987). A: Materialismus, Ästhetik; Philosophie im Faschismus, Postmoderne
- Hausser, Kornelia**, 1954; Dr.phil., Lehrbeauftragte an der Univ. Hamburg. V: *Frauenformen 1 und 2*, AS 45 und 90 (Mitautorin, 1980 und 1983); *Viele Orte, überall?* (Hrsg., 1987); *Strukturwandel des Privaten? Das »Geheimnis des Weibes« als Vergesellschaftungsrituel* (1987). A: Ideologietheorie; Subjekttheorie; Frauenbewegung. M: SFB Hamburg, *Argument-Frauenredaktion*
- Heilmann, Thomas**, 1949; Lic.rer.pol. Nationalökonom; politisch, wissenschaftlich und publizistisch tätig. A.: Wirtschaftliche und politische Entwicklung der Schweiz; M: POCH (Progressive Organisationen der Schweiz)
- Hickethier, Knut**, 1945; Dr.phil., Privatdozent, wiss. Autor. V: *Grenzgänger — Schauspieler zwischen Theater und Kino* (Hrsg., 1986); *Medienzeit — Beschleunigung und Verlangsamung* (1986). A: Fernsehen; Film; Hörfunk; Literatur; Theater
- Hinz, Manfred**, 1952; Dr.phil., wiss. Ass. an der Univ. Augsburg. V: *Fichtes »System der Freiheit«* (1981); *Die Zukunft der Katastrophe* (1985). A: Politische Philosophie des 16. und 17. Jh. in Italien und Spanien; Faschismus
- Hübner, Kurt**, 1953; Dipl.-Volkswirt, Wiss. Mitarbeiter; Redakteur der *ProKla*. V: *Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus* (1983); *Die Armut der Nationen* (Mithrsg., 1987). A: Politische Ökonomie.
- Klein, Thomas**, 1962; Studium der ev. Theologie. A: Materialistische Bibellektüre. M: VVN, CFK
- Kasten, Michael**, 1947; Dipl.-Soziologe. V: *Bunkerrepublik Deutschland* (1986); *Gesundheitspolitik in der BRD* (1987). A: Gesundheitspolitik und Zivilschutz
- Konersmann, Ralf**, 1955; Dr.phil., Medizinsoziologe. V: *Spiegel und Bild. Zur Metaphorik neuzeitlicher Subjektivität* (1988). A: Philosophie der Subjektivität; Geethezeit. M: GEW

- Kort, Joop de, 1958; Dipl.-Volkswirt, Wiss. Assistent. A: Theorie des Sozialismus, Planungstheorie
- Krüger, Helga, 1940; Dr.phil., Prof. für Soziologie. V: *Mädchen und Frauen* (Mithrsg., 1987); *Privatsache Kind — Privatsache Beruf* (zus. m. C. Born, 1987); *Hauptsache eine Lehrstelle* (zus. m. W.R. Heinz, 1987). A: Berufsbiographien von Frauen, geschlechtsspezifische Segmentierungen im Berufsbildungs- und Beschäftigungssystem. M: Beirat der Sozialforschungsstelle Dortmund
- Leaman, George, 1958; Studium der Philosophie, Doktorand an der Univ. Massachusetts, z. Zt. Stipendiat an der FU Berlin; Mitglied des Gemeinderats Amherst. A: Politische Philosophie
- Liedman, Sven-Eric, 1939; Dr.phil., Prof. an der Univ. Göteborg. V: *Von Platon bis Mao. Geschichte der politischen Ideen* (schwedisch, 1971); *Das Spiel der Gegensätze. Über Friedrich Engels* (1977, dt. 1985); *Neoliberalismus und Neokonservatismus*, in: *Argument* 134 (1982). A: Ideologien, Dialektik, Geschichte der Neuzeit
- Lilienthal, Markus, 1964; Studium der Philosophie, Soziologie und Theologie. A: Gesellschaftstheorie, Dt. Idealismus, Theorie der Moderne
- Maas, Utz, 1947; Dr.phil., Prof. f. Allg. und german. Sprachwissenschaft an der Univ. Osnabrück. V: *Als der Geist der Gemeinschaft eine Sprache fand — Sprache im Nationalsozialismus* (1984); *Kann man Sprache lehren?* (1976); *Grundkurs Sprachwissenschaft I* (1973)
- Magenau, Jörg, 1961; Studium der Philosophie/Germanistik an der FU Berlin
- Meyer-Siebert, Jutta, 1947; Dipl.-Psych., Lehrerin. V: *Weibliche Lebensperspektiven und Männer*, in: *Der Widerspenstigen Lähmung*, AS 130 (Mitautorin, 1986). A: Verarbeitungsweisen von Berufsverbot; polit. Handlungsfähigkeit. M: GEW
- Müller, Uwe, 1955; Dr.phil., z.Zt. wiss. Mitarbeiter am Institut für mediendidaktische Forschung. V: *Die Politisierung der Körper* (1986). A: Soziologie des menschlichen Körpers
- Puetow, Holger, 1946; Dipl.-Kfm., Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule f. Wirtschaft und Politik, Hamburg. Mitarbeit an »Memoranden« der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. A: Wettbewerbs- und Regulierungspolitik, Wohnungspolitik, Markttheorie
- Rehmann, Jan, 1953; arbeitsloser Lehrer für Geschichte und Französisch, Mitarbeiter der Berliner Volksuni. V: *Theorien über Ideologie*, AS 40 (Mitautor, 1986); *Faschismus und Ideologie*, AS 60/62 (Mitautor, 1980); *Die Kirchen im NS-Staat. Untersuchung zur Interaktion ideologischer Mächte*, AS 160 (1986)
- Riess, Rolf, 1959; Studium der Geschichte. A: Alltagsgeschichte, marxistische und kritische Theorie, Faschismus. M: GEW
- Rohmann, Josef A., 1952; Dr.päd., Dipl.-Psych. in einem psychiatrischen Langzeitkrankenhaus. V: *Entwicklung und Handlung* (1982). A: Sozialisation und Persönlichkeitsentwicklung; Handlungs- und Lerntheorie. M: BdWi und ÖTV
- Scheunemann, Egbert, 1958; Dipl.-Pol., Studium der Politologie/Philosophie, Doktorand. Zeitschriftenveröffentlichungen zu Ota Šik/Wirtschaftsdemokratie/Okosozialismus
- Schildt, Axel, 1951; Dr.phil., Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Univ. Hamburg. V: *Militärdiktatur mit Massenbasis?* (1981). A: Arbeiterbewegung, Faschismustheorie, politische und soziale Geschichte der Nachkriegszeit
- Schönleier, Wolf, 1953; Dipl.-Soziologe, Doktorand, wiss. Mitarbeiter an der Fern-Univ. Hagen. V: *Leo Kofler: Die Kritik ist der Kopf der Leidenschaft* (Mithrsg., 1987). A: Theorie der Soziologie, Anthropologie
- Shubert, Volker, 1952; Dr.phil., Lektor für deutsche Sprache und Literatur in Kumamoto, Japan. V: *Identität, individuelle Reproduktion und Bildung* (1984); *Vergesellschaftung als Vereinzelung*, in: *Argument* 156 (1986). A: Sprachdidaktik, Brecht
- Steinrück, Margareta, 1953; Dipl.-päd., wiss. Angestellte am ISO-Institut Köln, Projekt »Interessenvertretung von Frauen und neue Technologien«. V: *Generationen im Betrieb* (1986). M: IG Druck und Papier
- Tillner, Christiane, 1948; Dipl.-Päd., wiss. Mitarbeiterin der Grünen im Bundestag. A: Frauenpolitik; feministische Bildungstheorie. M: AL, GEW
- Treec, Werner van, 1943; Dr.phil., Prof. f. Arbeits- und Sozialpolitik an der GH Kassel, Redakteur des *Argument*. V: Zur Industrie- und Verwaltungssoziologie, zur allgemeinen und Kultusozologie. M: ÖTV, BdWi
- Wentzel, Lothar, 1947; Dr.phil., Mitarbeiter in der Bildungsstelle Jer IGM in Frankfurt. V: *Inflation und Arbeitslosigkeit* (1981); *Zum Bergmann wird man gemacht* (zus. m. C. Brückelmann, 1984); *»Gegen den Strom«*, Nachdruck des theoretischen Organs der KPO (Bearb., 1986). A: Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung
- Weyer, Johannes, 1956; Dr.phil., Hochschulassistent an der Univ. Bielefeld. V: *Die Entwicklung der westdeutschen Soziologie von 1945 bis 1960* (1984). A: Wissenschaftssoziologie, Forschungspolitik. M: BdWi, GEW
- Wolf, Frieder Otto, 1943; Priv.Do. an der FU Berlin, Mitglied der Grünen im Europäischen Parlament. Redakteur des *Argument*. V: *Wissenschaftskritik und sozialistische Praxis* (Mithrsg., 1972); *Umwege* (1983); *Für eine subversive Praxis der Philosophie*, in *Argument* 137 (1983); *Grünes und alternatives Jahrbuch* (Mithrsg., 1986). A: Philosophie, Politik. M: Die Grünen, Alternative Liste
- Zimmer, Hasko, 1941; Dr.phil., Erziehungswissenschaftler (Akad. Oberrat). V: *Literatur, Faschismus, Leser* (Hrsg., 1986). A: Historische Bildungs- und Sozialisationsforschung, Geschichte der päd. Intelligenz, Faschismus. M: GEW, BdWi

Kommune

1. Forum für Politik und Gesellschaft

kürbiskern

LITERATUR, KRITIK, KLASSENKAMPF

1'88

Kommune-Thema

M. Damus: Postmodernismus als neueste Variante der Moderne. Beispiel Architektur *Magazin*

W. Bruckmann: Doppel-Null: Ein Doppelschlag für Kohl

A. Vollmer: Kommentar aus Bonn: Zwischen den Linien

Ch.Semler: Polen: Aus Niederlagen lernen — oder?

K.Seifert: Schweiz: Das Zeichen von Rothenthurm

A.Langer: Brief aus Italien: »Grande riforma«

G.Fritz: Österreich: Grüner suden infant death?

W.Scheewe: Philippinen: Demokratischer Spielraum — nur noch Illusion?

Aktuelles

G.Wülfing: FrauenEssay: Lust zu siegen. Machtgewinn allein ist unerotisch

W.Schenk: Neue Spielräume — alte Polizeimethoden. Die DDR zwischen Schriftstellerkongreß und Verhaftungen

B.Voigt: Ost-westliches Friedenstreffen in Budapest

J.Schnappertz: Wie die Nato-Austrittsforderung populär wurde

P.Tómás: Autonomie in der Sowjetunion

Schwerpunkt

C.Klinger: Abschied von der Emanzipationslogik?

Debatte

M.Mies: Frauenutopien — Frauenpolitik

6. Jg. 1988

Redaktion: M.Ackermann, G.Heinemann, M.Ibrahim-Knoke, J.Schmierer. — Monatszeitschrift. — Einzelheft 6 DM, Jahressabo 66 DM. — Kommune, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt II. — Vertrieb: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach II 11 62, 6000 Frankfurt II

4'87

Zum Abschied

Briefe und Gedichte von: Tondern, Schöfer, Dürsson, Wittlinger-Strutynski, Gardein, Borsich, Michalski, Böni, Stössel, Peters, Engelmann, Brender, Pelzer, Taepler, Eckert, v.Westphalen, Herburger, Walser

Gedichte

Oliver Behnssen, Gabriele di Ciriaco, Fritz Deppert, Georg Diederichs, Barbara Erdmann, Horst Feiler, Karlhans Frank, Joachim Fuhrmann, Gisela Gorenflo, Thomas Gruber, Jochen Grünwaldt, Rolf Haarmann, Jens Hagen, Harald Höpf, Lisa Kahn, Christina Kiewitz, Eberhard Kirchhoff, Thomas Krüger, Ute Meinhardt, Hans-Jörg Modlmayr, Kurt Neuburger, Hans van Ooyen, Rotraud Sarker, Erhard Schümmelfeder, Susanne Späth, Eckart Spoo, Karl Taepler, Manfred Wieninger

Prosa

August Kühn, Orlando Mardones, Peter Pollak, Uta Rappenstein, Bernhard Speh, Peter M. Stephan, Katja Wolff

Kritik und Essay

S.Hanuschek: Alfred Andersch und Paul Klee

U.Gardein: Zu Alfred Andersch

O.Rehlinger: Über Michael Ende

G.Elsner: Dressurleistungen schreibender Leisetreter

D.Chotjewitz: Über das Schreiben

Renate Marschner: Gespräche mit Franckenstein

R.Steigerwald/E.Schöfer: Briefe zu »Tod in Athen«

5. Jg. 1987

Hrsg. Friedrich Hitzer, Klaus Konjetzky, Oskar Neumann, Hannes Stütz. — Redaktion: Friedrich Hitzer (verantwortl.), Klaus Konjetzky, Oskar Neumann. — Erscheint vierteljährlich. Einzelheft 8,50 DM; Jahressabo 32 DM; Studentenabo 27 DM. — Damnitz Verlag, Hohenzollernstr. 144, 8000 München 40

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Zeitschrift für Demokratie
und Sozialismus

12'87

M.Engelhard: »Ach ja, Puschkin ...«

H.Ehmke: Feindbilder und politische Stabilität in Europa

Woher wir kommen, wohin wir wollen ...

O.Dann: Geschichte im Parteiprogramm?

B.Faulenbach: »Zustimmungsfähige« Geschichte? Zum »historischen« Kapitel des Irseer Programmentwurfs

R.Diehl: Kurzer Lehrgang. Eine Verteidigung

Dokumentation: »Diese Gesellschaft ist noch immer eine Klassengesellschaft ...« - Aus dem »Stuttgarter Entwurf« 1958

K.Maldaner: Individualität, Solidarität und politische Kultur

H.Göttig/J.Hofmann-Göttig: Was die SPD aus den Wahlen 1986/87 lernen kann

M.Linz: Gewinnen und verlieren

C.Leggewie: Body count. Ein Juristenstreit um »Verbrechen gegen die Menschheit« und Lehren aus dem Lyoner Barbie-Prozess

K.Bloemer: Kolonialpolitik in Mittelost

H.Herr: Die Sozialdemokraten und das Schuldenmachen

M.Moral: Die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei

M.Dörr: Thomas Paine — sozialer Demokrat in bürgerlichen Revolutionen

R.Görner: Die Not steht Kopf. Schlaglichter auf die britische Kultur

Kritik

34. Jg. 1987

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Walter Dirks, Eugen Kogon, Heinz Kühn, Johannes Rau, Heinz O. Vetter, Hans-Jochen Vogel und Herbert Wehner. Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Rainer Diehl, Hans Schumacher (verantwortl.). — Erscheint monatlich. Einzelheft 9,50 DM zzgl. Versandkosten, Jahresabo 66 DM zzgl. Versandkosten. — Verlag Neue Gesellschaft, Postfach 201 352, 5300 Bonn 2

new left review

165'87

Themes

J.Pontusson: Radicalization and Retreat in Swedish Social Democracy

S.Cohen: A Labour Process to Nowhere?

R.Samuel: Class Politics: The Lost World of British Communism, Part Three

E.Sader: The Workers' Party in Brazil

B.Jessop/K.Bonnett/S.Bromley/T.Ling: Accumulation and Left Strategy

Scanner

L.Castellina: The Peace Movement at Coventry

Editor: Robin Blackburn. — Editorial Committee: Tariq Ali, Perry Anderson, Victoria Brittain, Patrick Camiller, Alexander Cockburn, Mike Davis, Peter Dews, Diane Elson, Norman Geras, Quintin Hoare, Oliver MacDonald, Ellen Meiksins Wood. — Erscheint zweimonatlich. — Einzelpreis Ausland 3,50 \$/Abo 15 \$. — New Left Review, 6 Meard Street, London W1V 3HR

rote blätter

1'88

Hochschule

28.11. - Aufbruch statt Abbruch
Reden auf der Demo
Erste Erfolge durchgesetzt
Alles easy? Interview mit Jochen Brack
FH Karlsruhe - Ein Staatssekretär auf Abwegen
Bildung '88 - Ein Kommentar von Vera Kissel
Köln: Faschist zückt Pistole
Prüfungsterror, ohne Alternative? Reportage
Nach der bundesweiten Demo brodelt es vor Ort

Politik

Die »Jahrhundertreformen« der Bundesregierung
Ende der Wende in Sicht? Kommentar
Der Arias-Plan - Frieden für Mittelamerika?
Interview
Der Gipfel in Washington

Leben

Der sowjetische Liedermacher Wladimir Wysozki
Der neue Schöfer
Musikalische Entdeckung '87: Rainbirds

18. Jg. 1988

SOCIALISM IN THE WORLD

63'87

D.Blunkett: Local Politics and the Economy
Y.Durrieu: L'Economie sociale en France
M. Barratt Brown: Towards a new Relationship between Europe and the Third World
U.Himmelstrand: Workers' Participation and Economic Democracy in Sweden
K.Coates: New Frameworks of International Co-operation between Socialist Forces

62'87

S.Holland: Socialist International Committee on Economic Policy, SICEP Action Programme
P.M. Swezy/H.Magdoff: What is Stagnating: The Welfare State or Capitalism?
M.Beaud: La Gauche Française entre Capitalisme et Étatisme 1981-1985
C.Preve: Deliberations on the Subject Matter Critique of Political Economy in Contemporary Italian Marxism

Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus. — Redaktion: Manfred Confurius (verantwortlich), Vera Kissel, Michael Rittmeier (Gestaltung). — Erscheint monatlich (außer März und August). — Einzelheft 2,50 DM, Jahresabo 24 DM. — Redaktionsanschrift: rote blätter, Postfach 2006, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 22 20 54. — Verlag: Plambeck & Co, Xantener Str. 7, 4040 Neuil

Editor: International Conference »Socialism in the World«, Cavtat, and IC »Communist«, NIP Komunist, Beograd, Yugoslavia. Auslieferung für BRD und West-Berlin: Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Preise wie Argument-Sonderbände AS (ca. 300 S.)

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

14'87

Normalität, Ausgrenzung und Widerstand

- M.Foucault: Das Subjekt und die Macht
 P.Hug: Von der Risikoakkumulation zur
 Notstandsgesellschaft
 Komitee gegen Isolationshaft: Aufstandsbe-
 kämpfung als präventive Konterrevolution
 P.Bichsel: Vom Reichtum in unseren Köpfen
 K.Petersen: Armsein heute
 D.Karrer: Biographie, Habitus und kultu-
 relle Praxis
 M.Rufer: Rassismus und Psychiatrie in der
 Schweiz
 U.Ruckstuhl: Die Linke und die Dro-
 genszene
 E.Wulff: Zementierung oder Zerspielung.
 Ideologische Subjektion und Delinquenz

Diskussion

- U.Mäder: Selbsthilfe: Neue Subsidiarität
 kontra Sozialstaat?
 G.Trepp: Casino-Kapitalismus International
 II
 J.Lang: Solidarität — und das Erbe des revo-
 lutionären Republikanismus. Zur linken
 »Heimatpolitik«
 F.Cahannes: Kampf um Arbeitsperspektiven
 statt Arbeitsfrieden

Dossiere

Leitbild der Alternativen Bank

7.Jg. 1987

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv Widerspruch:
 Martin Bondeli, Franz Cahannes, Peter Farago, Pierre
 Franzen, Urs Hänsenberger, Urs Rauber, Giaco Schiesser,
 Jakob Tanner. — Erscheint zweimal jährlich. — Einzelheft
 Fr 12.-, im Abo: Fr 9.-. — Redaktionsanschrift: Redaktions-
 kollektiv Widerspruch, Postfach 652, CH-8026 Zürich

wiener tagebuch

marxistische
monatsschrift

1'88

- L.Spira: Ein Jahr in meinem Leben
 C.-W.Macke: Waldheim - beinahe eine
 Wohltat
 H.Hartmann: Im Namen von Heinrich Böll
 R.W.Müller: Atombombe und Ethik
 E.Hackl: Guatemaltekkische Weihnacht
 M.v.Emde Boas: Amsterdam: Soziale Zeit-
 geschichte in Bildern

- Oeconomicus: Rezession oder Depression?
 L.Spira: Vom Umgang mit der Geschichte
 K.Weyl: Harlem Désir kontra Le Pen
 E.Hackl: Spanische Gewerkschaften, die
 Modernisierung und die Krise
 R.Swartz: Serbien — Warten auf Godot
 Die weißen Flecken färben sich. Gespräch
 mit Juri Afanasjew
 Th.Winkelbauer: Der Jännerstreik 1918:
 Eine verhinderte Revolution?
 A.Pfoser: Weltfreud und Herrgottschnitzer.
 Über eine jüngst erschienene Biographie
 Franz Werfels
 K.-M.Gauß: »Die Welt ist deine heiße
 Wunde ...« Attila Józsefs letzte Jahre

Herausgeber: Verein »Freunde des Wiener Tagebuch«. —
 Geschäftsführender Redakteur: Leopold Spira. — Er-
 scheint monatlich. — Einzelpreis ÖS 25.-; Jahresabo ÖS
 230.- (Ausland ÖS 280.-/DM 40.-); Studenten ÖS 130.-
 (Ausland ÖS 200.-/DM 28.-. — Verlags- und Redaktions-
 adresse: Belvederegasse 10, A-1040 Wien

Summaries

Helmut Fleischer: Perestroika comes to Philosophy

The article is largely a report, with associated materials, of a discussion-symposium held by Soviet philosophers (Moscow, April 1987; reports continuing in the journal »Philosophical Questions«, July 1987 ff.). The author combines his report with a critical assessment of the historical situation faced by contemporary Soviet philosophy and in connection discusses the different directions that a (urgently recommended) radical reform of this philosophy might take.

Wolfgang Fritz Haug: Gramsci and the Politics of the Cultural

The politics of the cultural, not cultural policy: this concept is developed from recently available material from Gramsci's *Prison Notebooks*, in the course of which problems surrounding the translation of the concept »società civile« are discussed. The politics of the cultural deals with the capacity for cultural activity from below; that is, the conditions and perspectives of an alternative culture free from the determinations of the market and the dominant ideology. This vision of a collective 'emergence from self-induced immaturity', as Kant described the Enlightenment (or, to use Gramsci's language, the liberation from subordination), develops in contrast to the hegemonic »Zeitgeist« of the West, which is sketched out herein.

Utz Maas: Gramsci as Philologist

Gramsci's thoughts on language and philology are posed in connection with his political project, and are reconstructed in the socio-historical and scientific context of his time. What is at issue is a critical reflection on the potential of linguistic praxis (including specifically vernacular usage) and the possibilities therein for the appropriation of the resources of literary culture. These thoughts are part of Gramsci's analysis of the role of intellectuals (as opposed to intellectuals as a social group) in modern society. They hold out the promise of an overcoming of the established contrast between the oral and the written, and popular culture and literary culture respectively.

Helga Krüger: The Qualification Offensive — A Chance for Women?

The demand for 'appropriate qualifications' strengthens the dominant gender-specific division of labour. Firms use gender difference as an employment strategy: female labour-power of a high level of general education arouses interest because of its atmospheric value and because its transitoriness and the short break-in period it requires make it more profitable.

Gérard Bensussan: The Jewish Question in the Marxisms

The Jewish question applied to Marxism is essentially that of its historical temporality; that is to say, that of transhistoricity. The article begins with the recall of the philosophical genesis of the functional and fictional uses of Judaism (Hegel, Feuerbach, Bauer, Hess, Marx), and then points out two important areas in which Marxism is deficient: in its theory of ideology and in its conception of historical and social causality. It then shows, by contrast, how a common perception of time can animate both Judaism and the spirit of revolution: *pakad* (which initiates messianic expectation), *non-contemporaneity* (Bloch), *remembrance* (Benjamin).

Sven-Eric Liedman: The Problem of an Institutionally-Based History of Ideas

In his impressive and influential work, *The Decline of the German Mandarins: The German Academic Community, 1890-1933*, Fritz K. Ringer demonstrates how the ideology of the German academic intelligentsia can be derived »from its peculiar role in society«. Ringer's analysis, however, is not sufficient and must be supplemented by an investigation of social tensions and controversies. Put simply, what a professor says or writes is determined not only by his university position but also by contradictions and struggles going on in the society where he lives.

Erziehungswissenschaft

<i>Tenorth, Heinz-Elmar</i> : Zur deutschen Bildungsgeschichte 1918-1945 (<i>H.Zimmer</i>)	139
<i>Heim, Helmut</i> : Systematische Pädagogik. Eine historisch-kritische Untersuchung (<i>V.Schubert</i>)	141
<i>Brinkmann, Wilhelm</i> : Zur Geschichte der Pädagogischen Soziologie in Deutschland. Dogmenhistorische Studien zu ihrer Entstehung und Entwicklung (<i>H.-J.Gamm</i>)	141
<i>Mund, Jörn W.</i> : Die Bildung der Herrschaft und die Herrschaft der Bildung. Über das Bildungswesen in Deutschland (<i>N.Franck</i>)	143
<i>Bolder, Axel, und Klaus Rodax (Hrsg.)</i> : Das Prinzip der aufge(sc)hobenen Belohnung. Die Sozialisation von Arbeiterkindern für den Beruf (<i>E.Göbel</i>)	143
<i>Nickel, Horst (Hrsg.)</i> : Sozialisation im Vorschulalter. Trends und Ergebnisse institutioneller Erziehung (<i>J.A.Rohmann</i>)	144
<i>Arbeitsgruppe Pädagogisches Museum (Hrsg.)</i> : Ich bin kein Berliner. Minderheiten in der Schule (<i>Ch.Tillner</i>)	145

Geschichte

<i>Kocka, Jürgen (Hrsg.)</i> : Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich (<i>R.Rieß</i>)	146
<i>Mühlberg, Dietrich</i> : Proletariat. Kultur und Lebensweise im 19. Jahrhundert (<i>N.Dimmel</i>)	147
<i>Jäckel, Eberhard, und Jürgen Rohwer (Hrsg.)</i> : Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung (<i>S.Bajohr</i>)	148
<i>Gossweiler, Kurt</i> : Aufsätze zum Faschismus (<i>A.Schildt</i>)	150
<i>Trommler, Frank (Hrsg.)</i> : Amerika und die Deutschen. Bestandsaufnahme einer 300jährigen Geschichte (<i>H.Ammon</i>)	151

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Aly, Götz, u.a.</i> : Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik (<i>M.Kasten</i>)	153
<i>Besier, Gerhard, und Gerhard Ringshausen (Hrsg.)</i> : Bekenntnis, Widerstand, Martyrium. Von Barmen 1934 bis Plötzensee 1944 (<i>J.Rehmann</i>) ..	155
<i>Bergmann, Theodor</i> : Gegen den Strom. Die Geschichte der Kommunistischen-Partei-Opposition (<i>L.Wentzel</i>)	157
<i>Massari, Robert</i> : Che Guevara, Politik und Utopie — Das politische und philosophische Denken Che Guevaras (<i>Th.Heilmann</i>)	158

Ökonomie

<i>Lohmann, Karl-Ernst</i> : Ökonomische Anreize im Staatssozialismus. Warteschlangen, geheime Reserven, Prämien (<i>J.de Kort</i>)	160
<i>Chaloupek, Günter, und Werner Teufelsbauer</i> : Gesamtwirtschaftliche Planung in Westeuropa. Theoretische Entwicklungen und praktische Erfahrungen seit 1970 (<i>K.Hübner</i>)	162
<i>Šik, Ota</i> : Wirtschaftssysteme. Vergleiche — Theorien — Kritik (<i>E.Scheunemann</i>)	164